Lieb
Demokratie

ARBEIT – DEMOKRATIE – GESCHLECHT

herausgegeben von Ingrid Kurz-Scherf

Band 10

Redaktion: Lena Correll, Stefanie Janczyk, Julia Lepperhoff, Anja Lieb, Clarissa Rudolph und Alexandra Scheele

Anja Lieb, geb. 1969, Dipl.-Politikwissenschaftlerin, ist seit März 2008 wissenschaftliche Geschäftsführerin des Zentrums für Genderstudies und feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg. Zuvor war sie sieben Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität tätig. Zwischen 2002 und 2005 hat sie im Projekt GendA – Netzwerk Feministische Arbeitsforschung mitgearbeitet und ist seitdem Mitglied von GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie und Geschlecht. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der theoretischen Auseinandersetzung mit Arbeit, Demokratie und Geschlecht; insbesondere im Feld der Demokratietheorie und feministischer Theorie sowie in den Politikfeldern Arbeits- und Geschlechterpolitik.

Anja Lieb

Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt?

Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung zur Förderung von Forschung und Lehre an der Philipps-Universität Marburg

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

1. Auflage Münster 2009
© 2009 Verlag Westfälisches Dampfboot
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
ISBN 978-3-89691-761-4

Inhalt

Editorial 9

Vorwort 11

Einleitung 13

1 „Why Free Markets Are Not Enough" (Robert Dahl) 26

1.1 Prozedurale Demokratie 28

1.1.1 Normative Prämissen verfahrensorientierter Demokratie 29

1.1.2 Polyarchie als eine institutionalisierte Annäherung an Demokratie 32

1.2 Die Konfiguration von Demokratie und Arbeit 35

1.2.1 Das Verhältnis von Demokratie und Ökonomie 37

1.2.2 Die angemessene Ordnung einer Ökonomie in der Demokratie 44

1.2.3 Demokratie innerhalb der Ökonomie 47

1.2.4 Demokratietheoretisch relevante Einsichten zu Arbeit 53

1.3. Würdigung und Kritik des Ansatzes 57

1.3.1 Prozedurale Demokratie und der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit 59

1.3.2 Kritische Einsichten zur prozeduralen Demokratie und Dahls Konzeption von „economic democracy" 61

2 „Der Sinn von Politik ist Freiheit" (Hannah Arendt) 67

2.1 Politik und Arbeit bei Hannah Arendt 70

2.1.1 Philosophische Grundlagen 72

2.1.2 Der Politikbegriff 78

2.1.3 Der Arbeitsbegriff 85

2.2 Die Konfiguration von Demokratie und Arbeit 90

2.2.1 Der Zusammenhang von Politik und Arbeit 90

2.2.2 Demokratietheoretisch relevante Einsichten zur Kategorie Arbeit 98

2.3 Würdigung und Kritik des Ansatzes 100
2.3.1 Anknüpfungspunkte in Hinblick auf Demokratie 101
2.3.2 Demokratie und Arbeit: Mit Hannah Arendt gegen Hannah Arendt 103

3 Demokratie als „Projekt einer sich selbst bestimmenden Assoziation freier und gleicher Rechtsgenossen“ (Jürgen Habermas) 108
3.1 Deliberative Demokratie 112
3.1.1 Gesellschaftstheoretische Grundlagen 112
3.1.2 Normative Prämissen deliberativer Demokratie 114
3.1.3 Konzeptionelle Grundlagen 115
3.1.4 Das institutionelle Design 120
3.2 Die Konfiguration von Demokratie und Arbeit 124
3.2.1 Arbeit in der deliberativen Demokratie 124
3.2.2 Demokratietheoretische Einsichten zu Arbeit 126
3.3 Würdigung und Kritik des Ansatzes 132
3.3.1 Würdigung des deliberativen Demokratiekonzepts 134
3.3.2 Kritische Einsichten in Hinblick auf Demokratie und Arbeit 136

4 „Which Equalities Matter?“ (Anne Phillips) 144
4.1 Feministische Kritik der liberalen Demokratie 146
4.1.1 Normative Grundlagen 147
4.1.2 Konzeptionelle Dimension 151
4.1.3 Institutionelle Aspekte 155
4.2 Die Konfiguration von Demokratie und Arbeit 158
4.2.1 Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung 159
4.2.2 Politische Gleichheit und soziale Ungleichheit 161
4.2.3 Demokratie und Arbeit: Ein konsekutives Modell 165
4.3 Würdigung und Kritik des Ansatzes 170
4.3.1 Feministische Erkenntnisse zum Zusammenhang von Demokratie und Arbeit 171
4.3.2 Kritik an Phillips’ Konzept von Demokratie und Arbeit 174

5 Demokratie und Arbeit im Zusammenhang 177
5.1 Demokratie als politisches und soziales Projekt 178
5.2 Eine innovative Idee: Demokratie als reflexive Kooperation 186
5.3 Anknüpfungen und Abgrenzungen 193
5.3.1 Dahl 194
5.3.2 Arendt 198
5.3.3 Habermas 201
5.3.4 Phillips 204

6 Schlussbemerkung: An die Arbeit! – Eine Anstiftung zur Demokratie 207

Literatur 216

Editorial
Vorwort der Reihenredaktion

Die Buchreihe „Arbeit, Demokratie, Geschlecht" versammelt Beiträge der mit „Arbeit" und „Demokratie" befassten feministischen und gender-orientierten Forschung und stärkt die Gender-Kompetenz der Arbeitsforschung. Ziel der Reihe ist es, die Geschlechterproblematik systematisch in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs um die Zukunft von Arbeit und die Entwicklungsperspektiven von Demokratie zu integrieren. Dabei wird Demokratie nicht nur als Staats- und Regierungsordnung, sondern auch als Gesellschafts- und Lebensform begriffen, deren Entwicklung maßgeblich von der Gestaltung des aktuellen Wandels der Arbeits- und Geschlechterverhältnisse abhängt.

Das Buch von Anja Lieb setzt genau an der im Reihentitel benannten Schnittstelle an und behandelt den Zusammenhang von Arbeit, Demokratie und Geschlecht aus einer demokratietheoretischen Perspektive. Damit erhält der in der Trias von Arbeit, Demokratie und Geschlecht von der feministischen Arbeitsforschung am wenigsten beachtete Teil besondere Aufmerksamkeit: Die „demokratische Frage" wird neu gestellt. Dies erscheint dringend geboten, denn die demokratische Dimension von Arbeit wird in der Debatte um den Wandel und die Zukunft der Arbeit gegenwärtig kaum (noch) berührt. Auf der Suche nach tragfähigen Leitbildern zur Zukunft der Arbeit, die auch den darin angelegten geschlechterpolitischen Herausforderungen angemessen Rechnung tragen, erhellt Anja Lieb durch die Auseinandersetzung mit Demokratietheorien von Dahl, Arendt, Habermas und Phillips konzeptionelle Schwachstellen bei der Analyse von Arbeit und entwickelt ein neues Verständnis des Wandels von Arbeits- und Geschlechterverhältnissen.

In ihrer anspruchsvollen und kritischen Auseinandersetzung mit liberalen, republikanischen, deliberativen und feministischen Demokratiekonzeptionen wird nicht nur die Begrenzung der aktuellen Debatte um die Weiterentwicklung moderner Demokratien deutlich: So ist Arbeit nur bedingt eine relevante Kategorie für die Demokratietheorie. Anja Lieb zeigt auch, welch geringen Stellenwert die Kategorie Geschlecht in dieser Debatte einnimmt und dass die soziale Konstruktion hierarchischer Geschlechterverhältnisse auch als eine demokratische Frage verhandelt werden muss.

Anja Lieb trägt mit diesem Buch dazu bei, im Mainstream weitgehend voneinander abgekoppelte Debatten zusammenzuführen. Sie fragt, wie bei der Weiter-

entwicklung demokratietheoretischer Überlegungen an Konzepte angeknüpft werden kann, die Demokratie gerade nicht nur als politisches, sondern auch als soziales Ideal begreifen. In diesem Kontext ermöglicht es die Geschlechterperspektive, die Debatte jenseits androzentrischer Verkürzungen zu führen sowie die notwendige Re-Vision des Gegenstandbereiches der Arbeitsforschung, des ihr zugrunde liegenden Arbeitsbegriffs und ihrer Fragestellungen voranzutreiben. Die Kenntnis über die sozialen und ökonomischen Umstände, unter denen sich Demokratie entfaltet, aber auch über die demokratischen Bedingungen, in denen emanzipatorische Vorstellungen von Arbeit realisierbar werden, sind von zentraler Bedeutung für die Debatte um die Zukunft der Arbeit. Das macht dieses Buch für die Reihe so wertvoll.

Julia Lepperhoff
(für die Redaktion)

Vorwort

Die vorliegende theoretische Untersuchung ist eine leicht überarbeitete Version meiner Doktorarbeit, die im Januar 2008 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg angenommen wurde.

Die Doktorarbeit wurde erstellt im Rahmen meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft. Im Rahmen der Arbeit für die Professur „Politik und Geschlechterverhältnis“ und als Projektmitarbeiterin des BMBF-geförderten und an der Philipps-Universität Marburg unter der Leitung von Ingrid Kurz-Scherf angesiedelten Forschungsprojekts „GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung“ konnte ich meine zentrale Fragestellung herausarbeiten und habe viele inhaltliche Ideen und Anregungen erhalten. Mein herzlicher Dank gilt vor allem meiner Erstgutachterin Ingrid Kurz-Scherf, die mich als Doktormutter zu dem Unterfangen einer theoretischen Untersuchung ermutigt und im Laufe der Zeit vor dem Sich-Verlieren in der theoretischen Abstraktion bewahrt hat. Aus dem andauernden kritisch-konstruktiven Dialog mit ihr sind zentrale Aspekte der Argumentationsführung dieser Arbeit erwachsen. Bedanken möchte ich mich ebenfalls bei Hans Karl Rupp, der das Vorhaben auch über seine Emeritierung hinaus als Zweitgutachter begleitet und gefördert hat.

Inhaltliche Diskussionen, aus denen Kritik, weiterführende Aspekte und viel Motivation für die Weiterarbeit hervorgingen, konnte ich im von Ingrid Kurz-Scherf am Institut für Politikwissenschaft ins Leben gerufenen Forschungskolloquium „Arbeit, Demokratie und Geschlecht“ führen. Ein großer Dank gebührt hier Alexandra Scheele, Diana Auth, Stefanie Janczyk, Sabine Beckmann, Tina Jung und Patrick Ehnis, die mein Projekt teilweise von Anfang an, teilweise erst zu einem späteren Zeitpunkt mit mir diskutiert sowie schließlich Kapitel gelesen, besprochen und korrigiert haben.

Bedanken möchte ich mich darüber hinaus bei meinen Kolleginnen aus dem Projektzusammenhang „GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung“, inzwischen „GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie und Geschlecht“, von denen ich wichtige Anregungen für meine Arbeit erhielt. Ein besonderer Dank gilt Julia Lepperhoff, die als Redaktionsmitglied der Buchreihe „Arbeit, Demokratie und Geschlecht“ hilfreiche und gründliche Überarbeitungshinweise für die Buchpublikation gegeben hat.

Mein Dank gilt außerdem Marie Reusch für das Korrekturlesen der gesamten Dissertation und die technische Unterstützung bei der Erstellung der Druckfas-

sung. Gedankt sei auch Julia Graf für die Hilfe beim Layouten der Dissertation; für redaktionelle Korrekturen einzelner Kapitel bedanke ich mich außerdem bei Verena Fibich und Mirjam Dierkes. Susanne Behr und Imke Dzewas möchte ich für die Unterstützung bei Literaturrecherche und -beschaffung danken.

Ein weiterer Dank gilt dem DFG-Graduiertenkolleg „Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnisse im Wandel: Dimensionen von Erfahrung". Im Rahmen des von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und der Universität Kassel getragenen Kollegs wurde mein Dissertationsprojekt ein Jahr lang von der DFG gefördert. Ihr gilt mein Dank dafür, dass ich die Arbeit an der Dissertation zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit – wenn auch damals noch in einer weniger theoretisch orientierten Perspektive – aufnehmen konnte; den am Graduiertenkolleg beteiligten Professorinnen, insbesondere Ute Gerhard, ebenso wie den Stipendiatinnen danke ich für ein Jahr gewinnbringender interdisziplinärer Auseinandersetzung. Für finanzielle Unterstützung möchte ich darüber hinaus der Universitätsstiftung der Philipps-Universität Marburg danken, die die Publikation meiner Dissertation mit einem Druckkostenzuschuss gefördert hat.

Und *last but not least* gilt ein warmer und herzlicher Dank meiner Familie sowie meinen Freundinnen und Freunden. Sie haben mit persönlicher Unterstützung und Ermutigung dafür gesorgt – um es mit den Worten der begeisterten Klettererin auszudrücken – dass ich gerade in schwierigen Passagen niemals seilfrei gegangen bin, bei Abstürzen an schwierigen Schlüsselstellen weich gesichert wurde und die Freude über erfolgreich bewältigte Seillängen teilen konnte.

Einleitung

Am Ende des 20. Jahrhunderts ist die Zukunft der Demokratie weltweit sowohl in der politischen Auseinandersetzung als auch in der wissenschaftlichen Debatte relativ euphorisch diskutiert worden. Dies lässt sich insbesondere aus dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Europa erklären. In diesem Zusammenhang wurde die „demokratische Frage" meist unter dem Gesichtspunkt einer Restrukturierung etablierter demokratischer Verfahren diskutiert und analysiert. Der Vertiefungsgedanke, also die Erweiterung politischer Partizipation und die Bedeutung gesellschaftlicher und hier ausdrücklich zivilgesellschaftlicher Akteure, die neben staatlichen Akteuren in der demokratischen Politikarena meinungsbildend und mehrheitsfähig werden, hat dabei eine zentrale Bedeutung eingenommen. Diese Euphorie ist mittlerweile jedoch verflogen bzw. erheblich gedämpft worden und zwar nicht nur durch die massiven Einschränkungen, die Demokratie – nach innen und nach außen – im Zuge von terroristischen Anschlägen zu Beginn des 21. Jahrhunderts erfährt, sondern auch durch sozioökonomische Entwicklungen, die die Fundamente der Demokratie von innen heraus auszuhöhlen drohen. So stellen zunehmende soziale Ungleichheit, Marginalisierung und Prekarisierung nicht mehr nur zentrale Probleme in den ökonomisch und demokratisch weniger entwickelten Regionen der Welt dar, sondern kehren im Zuge sozialökonomischer Transformationsprozesse auch in den entwickelten „kapitalistischen Demokratien des Westens" (Offe) in die Mitte der Gesellschaft zurück.

Viele Aspekte dieser neuen, nicht mehr allein aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit resultierenden sozialen Ungleichheit, aber auch die so genannte „neue" Armut oder die Migrationsproblematik hängen eng mit dem Zugang zur Erwerbsarbeit, mit der Arbeitsteilung und mit dem Formwandel von Arbeit zusammen. Erwerbsarbeit stellt einerseits ein zentrales gesellschaftliches Integrationsmedium dar, kann aber andererseits diese Integrationsfunktion für viele Menschen nur noch partiell oder gar nicht mehr leisten. Dies spiegelt sich in der Bundesrepublik einerseits in sich verfestigender Massenarbeitslosigkeit und andererseits in einem steigenden Anteil der Niedriglohnbeschäftigten unter den

abhängig Beschäftigten wider. Die Sozialwissenschaften identifizieren mittlerweile eine neue Unterschicht, in der Menschen sich als „Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige“ wiederfinden (Bude/Willisch 2006; vgl. auch Bude 2008; Bude/Willisch 2008; Kronauer 2007). Untersuchungen zeigen, dass solche gesellschaftlichen Tendenzen teilweise in nicht-demokratieverträgliche politische Orientierungen münden (vgl. Dörre 2006; Kröhnert/Klingholz 2007, 68-71).

Negativeffekte der Funktionsweise des ökonomischen Systems wie z.B. Umweltzerstörung oder soziale Desintegration in Folge von Ausgrenzung und Marginalisierung im Kontext hoher Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheit oder prekärer Beschäftigung untergraben die materiellen und sozialen Bestandsvoraussetzungen von Demokratie. Darüber hinaus können sie sich negativ auf die individuellen Partizipationsmöglichkeiten bzw. auf das Partizipationsverhalten auswirken, da das (politische) Engagement auf ganz unterschiedliche Weise von der arbeitsmarktlichen Position der Subjekte beeinflusst wird: So beschneidet z.B. die räumliche und zeitliche Entgrenzung von Arbeit und Arbeitszeit die realen Spielräume demokratischer Partizipation. Dauer und Lage der Arbeitszeit werden ausgeweitet (Stichwort: „Arbeiten ohne Ende“), so dass den Beschäftigten kaum mehr Zeit für demokratisches Engagement bleibt. In der zugespitzten Variante werden die Arbeitskräfte im Rahmen von Rationalisierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen der Unternehmen „freigesetzt“ und somit gleich ganz aus einem zentralen Bereich gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Demokratie lebt jedoch von der Idee der Selbstbestimmung und Selbstregierung, d.h. von einer Beteiligung der Regierten an der Regierung. Wenn im Alltag die Möglichkeiten hierfür nicht gegeben sind und noch dazu die Erfahrung fehlt, das Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können sowie darüber hinaus demokratische Politik subjektiv nicht als problemlösend erlebt wird, dann hat jede Demokratie ein ernsthaftes Problem.

Es gibt im Zusammenhang von Arbeit und ihrem Wandel aber noch eine Reihe anderer aus demokratischer Perspektive problematischer Phänomene, die sich nicht in erster Linie nur auf den aktuellen Formwandel der Produktionsbedingungen und -beziehungen zurückführen lassen. Als paradigmatisch kann hier der Zusammenhang zwischen Arbeit und Geschlecht angesehen werden. Obwohl die Beteiligung der Frauen an außerhäuslicher beruflicher Arbeit in der Bundesrepublik kontinuierlich zunimmt, kann von geschlechtergerechten und demokratischen Verhältnissen im Zusammenhang mit Arbeit noch längst keine Rede sein. Die Erwerbsmuster von Frauen und Männern unterscheiden sich deutlich. Frauen arbeiten in aller Regel in Hinblick auf Dauer und Umfang der Arbeitszeit immer noch weniger als Männer. Auch die Einkommensschere

zwischen Männern und Frauen ist weit geöffnet; die Einkommen von Frauen sind deutlich niedriger als die von Männern. Die Einkommensunterschiede beruhen vor allem auf den indirekten Effekten eines horizontal und vertikal gespaltenen geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes: Frauen arbeiten überwiegend in so genannten Frauenbranchen, in denen die Entlohnung deutlich niedriger ist als in so genannten Männerbranchen. Die gegenwärtige Arbeits- und Leistungsbewertung spricht frauentypischen Tätigkeiten zumeist einen geringeren Wert zu als männertypischen. Darüber hinaus profitieren Frauen aufgrund ihrer häufig diskontinuierlichen Erwerbsverläufe seltener als Männer von geltenden Senioritätsprinzipien bei Einkommensanhebungen und beruflichem Aufstieg.

Auch wenn Frauen im Bereich der beruflichen Arbeit heute bessere Chancen und Teilhabemöglichkeiten haben als jemals zuvor, erweist sich die androzentrische Grundstruktur insgesamt als sehr beharrlich.[1] Über die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung konstituieren sich immer noch hierarchische Geschlechterverhältnisse. Geschlechterpolitische Defizite der Demokratie liegen somit vor allem auch in der sozialen Organisation, Verteilung und Bewertung von Arbeit begründet. Gesamtgesellschaftlich zeigt sich die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung nicht nur in der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, sondern auch in Form mangelnder Gleichberechtigung im politischen Bereich (Repräsentations- und Partizipationsdefizite der Frauen).

Auf der Ebene der realen Probleme und Herausforderungen, denen sich entwickelte Demokratien gegenübersehen, spielt Arbeit bzw. der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit, wie die oben schlaglichtartig beleuchteten Beispiele zeigen, eine zentrale Rolle. Wie spiegelt sich dieser Problemkontext nun in den herrschenden wissenschaftlichen und öffentlichen Auseinandersetzungen wider? Wird dort beispielsweise der Frage nachgegangen, ob und inwiefern in den sozialen Verwerfungen und Spaltungen, die mit dem Wandel von Arbeit einhergehen, eine Blockade der Demokratieentwicklung liegt? Oder welche Probleme in der

1 Ausführlicher zu den widersprüchlichen Entwicklungen im Zusammenhang von Wandel in der Arbeit und in den Geschlechterverhältnissen vgl. u.a. Gottschall 2000; Hausen 2000; Kurz-Scherf/Lepperhoff/Rudolph 2003; Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2006; Scheele 2008, 20-34; 2004). Anschaulich dokumentiert werden anhaltende Geschlechterungleichheiten für die Bundesrepublik im Bereich der Arbeit auch in dem gemeinsam von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung entwickelten Gender-Index. Das Internetinformationsportal ist das erste bundesweite Messinstrument zum regionalen Vergleich der Gleichstellung von Frauen und Männern, 17 der dabei untersuchten 19 Indikatoren entstammen dem Bereich Ausbildung und Beschäftigung (vgl. Gender-Index).

kapitalistischen und geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung für die Zukunftsfähigkeit entwickelter liberaldemokratischer Gesellschaften liegen und ob bzw. inwieweit soziale Konflikte zukünftig in einer demokratiekompatiblen Art und Weise gelöst werden können?

Ein erster Blick auf die wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen um den Wandel und die Zukunft der Demokratie zeigt, dass „Arbeit" und soziale Fragen darin überwiegend keine zentrale Rolle spielen. Fragen der Demokratieentwicklung werden zumeist unter den Vorzeichen von Globalisierung und sich vertiefender europäischer Integration diskutiert. In den aktuellen Auseinandersetzungen um Demokratie spielt insbesondere der Topos der 'Entgrenzung' von Politik eine zentrale Rolle. Erörtert und diskutiert werden einerseits die Möglichkeiten und Gefahren demokratischer Politik des Nationalstaats vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung supra- und transnationaler Politikinstitutionen wie z.B. der EU, der UNO oder der Weltbank. Demokratietheoretische Ansätze fragen zumeist aus einer Staatsperspektive nach den Steuerungspotentialen jenseits nationalstaatlicher Regulierungskompetenz (vgl. Mayntz/Streeck 2003; Scharpf 2006, 1999; Zürn 2000). Konstatiert wird dabei ein Wandel von Staatlichkeit und untersucht wird die Steuerungskompetenz des Staates in komplexen Netzen vertikaler und horizontaler Akteure (vgl. Scharpf 1993; Benz 2001, 1998; Teubner 1999). Diskutiert wird die Transnationalisierung der Demokratie darüber hinaus im Rahmen von Ansätzen der „(Global) Governance" als neuer demokratischer Regierungsform (Altvater u.a 2002; Behrens 2005; Brand 2007; Brand u.a. 2000; Held/McGrew 2002; Jarren/Lachenmeier/Steiner 2007; Neyer 2003; Risse 2005; Schmalz-Bruns 2001).[2]

Neben diesem eher an Demokratie als Staatsform orientierten Zweig der Demokratiedebatte gibt es einen anderen Strang, in dem gerade die nicht-staatliche Seite demokratischer Politik im Mittelpunkt steht. Diese Demokratiekonzeptionen konzentrieren sich eher auf die Frage, wie Demokratie als Form der Selbstregierung nicht nur staatstheoretisch gefasst werden kann, sondern wie die Inklusion der demokratischen Öffentlichkeit als zentrale Dimension der demokratischen Frage theoretisch und praktisch bewerkstelligt werden kann. Die Konzepte erstrecken sich dabei sowohl auf postnationale Demokratieformen (vgl. Held/Koenig-Archibugi 2005; Höffe 1999a, b) als auch auf die Intensivierung demokratischer Partizipation auf nationaler und subnationaler Ebene (vgl. Barber 1994; Young 2000; 1998). Als zentralen Aspekt der demokratischen Frage identifizieren solche Beiträge zumeist die Zivilgesellschaft (vgl. u.a. Brunkhorst 2005; Dubiel 1994a; Klein 2002; 2001; Putnam 1994; Rödel/Dubiel/Frankenberg 1989). Die demokratische Frage bezieht sich insgesamt aber überwiegend auf prozedurale und institutionelle Dimensionen von Demokratie als Form der Selbstregierung einer modernen Gesellschaft. Demokratie wird hauptsächlich als Verfahren der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung angesehen, in dem der Gegenstand 'Arbeit' so gut wie keine Rolle spielt. Demokratietheoretisch taucht der Bereich gesellschaftlicher Arbeitsteilung in den aktuellen Auseinandersetzungen um Demokratie allenfalls im Zusammenhang mit der Frage nach Bedingungen und Bestandsvoraussetzungen von Demokratie und ihrer Entwicklung auf. Dabei wird er aber in aller Regel unter die sozioökonomischen und soziokulturellen Funktionsvoraussetzungen von Demokratie subsumiert (vgl. Lipset 2000; 1994; 1959; Lipset u.a. 1993; Rueschemeyer 2004; Tulchin 2002; Vanhanen 1997; 1989).

Alex Demirović hält fest, dass Arbeit und die soziale Frage in der liberalen Demokratietheorie keine Rolle spielen, weil dieser ein Politikbegriff zugrunde liegt, der Arbeit, Ökonomie und Fragen der Gestaltung und Organisation sozialer Arbeitsteilung nicht als Gegenstandsbereiche des Politischen ansieht (vgl. Demirović 2006, 59f.). Andere Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler bezeichnen Arbeit als „demokratietheoretische Leerstelle" (Reese-Schäfer 2000). Gegenüber dem hier von Demirović als liberal gekennzeichneten Demokratieverständnis gibt es aber auch eine lange Tradition, in der Demokratie nicht nur als ein politisches, sondern durchaus auch als soziales Projekt begriffen wird. Diesen Konzepten liegt ein Politikverständnis zugrunde, das Ökonomie und somit auch Arbeit und ihre Organisation als Gegenstandsbereich politischen Handelns begreift. Das zentrale Kennzeichen solcher Demokratiekonzepte, die unter Begriffen wie „Soziale Demokratie" oder auch „Wirtschaftsdemokratie" rubriziert werden, besteht darin, dass sie nicht nur die Ordnung des politischen Bereichs, sondern auch Fragen nach einer (gerechten) Ordnung der Sphäre sozialer Arbeitsteilung als inhärente Bestandteile der demokratischen Frage erachten. In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Konzeptionen und Entwicklungsperspektiven von Demokratie spielen diese Ansätze aber nur eine äußerst marginale Rolle. Dies ist für den liberalen Mainstream der Demokratiedebatte sicherlich nicht weiter verwunderlich. Es fällt allerdings auf, dass auch in den liberalismuskritischen Debatten um die Zukunft der Demokratie heute kaum

2 Die Einschätzungen und Bewertungen dieser Prozesse fallen ganz unterschiedlich aus. So gibt es demokratische Entwürfe, die eine „Weltrepublik" skizzieren (Höffe 1999), aber auch solche, die eine systematische Privilegierung von Kapitalinteressen in politischen Aushandlungsprozessen erkennen und von „Post-Democracy" sprechen (Crouch 2004).

noch Bezug genommen wird auf den Ansatz, Demokratie als politisches und soziales Projekt zu begreifen. Axel Honneth identifiziert als Ursache hierfür einen *linguistic turn* innerhalb der liberalismuskritischen Demokratieansätze (vgl. Honneth 1999).[3] Solche Ansätze präge ein Öffentlichkeitskonzept, in welchem der demokratische Diskurs die zentrale Instanz und somit Sprache die zentrale demokratietheoretische Kategorie darstellt. Dem hierin hergestellten Zusammenhang zwischen Sprache und Demokratie sei es geschuldet, dass Arbeit als Problem der Demokratie und des demokratischen Handelns in der demokratietheoretischen Auseinandersetzung marginalisiert werde. In diesem Kontext stellt sich aber auch die Frage, inwiefern jene Ansätze, die Demokratie als ein politisches und soziales Ideal begreifen, nicht auch deshalb an den Rand der Auseinandersetzung geraten sind, weil sie den realen Problemen im Zusammenhang von Arbeit und Demokratie zumeist nur im problematischen Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie nachgehen und dabei fast ausschließlich den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit fokussieren. Andere gesellschaftliche Transformationsverhältnisse, wie z.B. der problematische Zusammenhang von Geschlecht und Arbeit sowie die damit einhergehenden widersprüchlichen Entwicklungen, finden in der Regel keine Berücksichtigung.

Vor dem Hintergrund der eingangs geschilderten Probleme stellt sich die Aufgabe, dieses Desiderat einer Auseinandersetzung mit der sozialen Frage einerseits und Arbeit andererseits in der demokratietheoretischen Auseinandersetzung zu füllen. Folgende Fragen sollen dabei erkenntnisleitend vorweg gestellt werden: Wie kann bei der Weiterentwicklung demokratietheoretischer Überlegungen an Konzepte angeknüpft werden, die Demokratie gerade nicht nur als politisches, sondern auch als soziales Ideal begreifen? Wie könnte eine solche Anknüpfung zeitgemäß erfolgen, d.h. in einer sowohl dem aktuellen Stand der Probleme als auch dem gegenwärtigen Stand und Niveau der demokratietheoretischen Auseinandersetzung angemessenen Weise? Was können Konzepte, für die Demokratie ein politisches und soziales Projekt darstellt und für die der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit eine wichtige Rolle spielt, aus der demokratietheoretischen Debatte der Gegenwart lernen? Zur Bearbeitung dieser Fragen möchte dieses Buch einen Beitrag leisten.

3 Der *linguistic turn* bezeichnet einen Paradigmenwechsel in der Philosophie des 20. Jahrhunderts. Anhängerinnen und Anhänger einer „linguistic philosophy" (Rorty) begreifen nicht mehr das Sein (im Sinne von Bewusstsein) als zentrales philosophisches Erkenntnisfeld, sondern die Sprache: „I shall mean by 'linguistic philosophy' the view that philosophical problems are problems which may be solved (or dissolved) either by reforming language, or by understanding more about the language we presently use" (Rorty 1967, 3).

Konzeption und Aufbau der Untersuchung

Die Konzeption der Untersuchung orientiert sich an einem Aufsatz von Axel Honneth, in dem die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit aus demokratietheoretischer Perspektive gestellt wird (Honneth 1999). Honneth problematisiert nicht nur den liberalen Mainstream, sondern auch diesen kritisierende demokratietheoretische Ansätze in Hinblick darauf, dass Arbeit darin keine zentrale demokratietheoretische Kategorie bildet. Er besteht demgegenüber auf der Zentralität von Arbeit für ein angemessenes Verständnis von Demokratie und skizziert eine Idee der Demokratieentwicklung, die Demokratie als eine politische und soziale Form der reflexiven Kooperation begreift. Im Anschluss an John Dewey hält Honneth an der normativen Idee von Demokratie als einem nicht nur politischen, sondern vor allem auch sozialen Ideal fest (vgl. Honneth 1999). Dabei könnte dieses Projekt vor dem Hintergrund eines – wie Honneth meint – „absehbaren allmählichen Endes der Erwerbsarbeitsgesellschaft" in den hochentwickelten Ländern allerdings

> „(...) nicht mehr einfach die Form einer normativ inspirierten Restrukturierung des kapitalistischen Arbeitsmarktes annehmen; vielmehr ist eher an das Projekt einer weitreichenden, radikalen Neudefinition dessen zu denken, was in Zukunft in dem Sinn als kooperativer Beitrag zur gesellschaftlichen Reproduktion zu gelten hat, dass jedes erwachsene Gesellschaftsmitglied erneut die Chance zur Mitwirkung an der arbeitsteiligen Kooperation erhält" (Honneth 1999, 65).

Honneths demokratietheoretischer Versuch, die Segel des demokratischen Projekts mit frischem Wind zu füllen, mündet somit darin, dass er die Frage nach einem demokratisch sinnvollen und tauglichen Arbeitsbegriff aufwirft.

Die Forderung nach einer „radikalen Neudefinition dessen, was in Zukunft (...) als kooperativer Beitrag zur gesellschaftlichen Reproduktion zu gelten hat" (ebd.), trifft sich mit der insbesondere in der feministischen Wissenschaft schon seit langem formulierten Kritik an dem in den modernen Gesellschaften vorherrschenden Arbeitsbegriff. Zwar folgt auch die feministische Wissenschaft der Zuordnung von 'Arbeit' und 'Demokratie' zu unterschiedlichen, oft kaum miteinander vermittelten Diskurssträngen. Dennoch lassen sich aber sowohl in der feministischen *Arbeits-* wie auch in der feministischen *Demokratie*forschung zumindest Ansätze dafür finden, den Zusammenhang von sozialen und politischen Verhältnissen zu problematisieren und die Frage nach der Zukunft

der Arbeit und der Zukunft der Demokratie so auch konzeptionell zusammenzubringen (vgl. dazu Lieb 2005; Sauer 2006).

Insbesondere dem feministischen Diskurs um Arbeit liegt dabei ein Verständnis von Arbeit zugrunde, das die politische Dimension der Arbeit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückt. In zahlreichen Analysen und empirischen Untersuchungen über den wechselseitigen Zusammenhang von Arbeit und Geschlecht konnte deutlich gemacht werden, dass die Organisation, Verteilung und Bewertung von Arbeit und die darin wirksamen Geschlechterstereotypen und Geschlechterhierarchien als ein politischer Prozess erfasst werden können.[4] Als solcher steht er dann aber prinzipiell auch alternativen Gestaltungsoptionen offen. Insofern kann Arbeit als ein „politisches Feld" verstanden werden, „das von unterschiedlichen und widersprüchlichen Interessen und Werten, sich wandelnden Kräfteverhältnissen und Machtkonstellationen strukturiert und reguliert wird" (Memorandum 2005, 281; ausführlicher Scheele 2008; 2005). Ausgehend von einem solchen Verständnis von Arbeit kann auch die gesellschaftlich vorherrschende Definition von Arbeit, die nach wie vor androzentrisch verkürzt ausschließlich die außerhäusliche abhängige Beschäftigung in Form von Erwerbsarbeit als Arbeit begreift, als Ausdruck von Machtverhältnissen und Interessenkonflikten analysiert werden (vgl. Kurz-Scherf 2007, 277).

In der Auseinandersetzung um ein positiv formuliertes Leitbild feministischer Arbeitsforschung gibt es z.B. den Versuch, über den Begriff der Geschlechterdemokratie eine konzeptionelle Vermittlung zwischen dem Zusammenhang von Arbeit und Politik zuwege zu bringen. Dieser Begriff stammt ursprünglich aus

4 Stellvertretend sei hier beispielsweise auf die frühen Untersuchungen von Becker-Schmidt u.a. zur Fabrikarbeit von Frauen (Becker-Schmidt u.a. 1984) und auf die Ausführungen von Beck-Gernsheim und Ostner zum Zusammenhang von Berufsarbeit und Alltagsarbeit und dessen geschlechtsspezifischer Ausprägung verwiesen. Letzterer wurde auf die Formeln vom „geschlechtsspezifisch gespaltenen Arbeitsmarkt" (Beck-Gernsheim 1976; Ostner 1978) und dem „1½-Personenberuf" (Beck-Gernsheim 1980) gebracht. Wetterer konnte in ihren Analysen zur Geschlechterdimension von Professionalisierungsprozessen die Veränderung von Festlegungen auf bestimmte geschlechtsspezifische Zuschreibungen in Berufen nachweisen (Wetterer 2002; 1995). In jüngeren Untersuchungen wird auf dieses Prinzip des „Doing Gender" oder auch „Working Gender" als eine Konstante der betrieblichen wie auch der gesellschaftlichen Organisation, Verteilung und Bewertung von Arbeit aufmerksam gemacht. Geschlechterstereotypische und -hierarchische Zuschreibungen und Festlegungen können sich demzufolge zwar formal und inhaltlich verändern, die Kopplung von Arbeit an Geschlecht und umgekehrt bleibt allerdings unverändert (vgl. West/Zimmermann 1987; Dunkel/Rieder 2004).

der Anti-Gewaltdebatte im Bereich der Frauenprojektebewegung und wurde dann in der Organisationsentwicklung aufgegriffen, in der er sich im Kontext von Gender Mainstreaming zu einem zentralen Leitbild von Geschlechterpolitik ausgebildet hat (vgl. Diaz 2003; Jung 2007; Wedl/Bieringer 2002). Der Begriff steht für eine neue Praxis in der Geschlechterpolitik unterschiedlicher Institutionen, wie z.B. öffentliche Verwaltungen, politische Organisationen, NGOs und Wirtschaftsunternehmen.[5] Innerhalb dieses Debattenstrangs bezeichnet Geschlechterdemokratie nicht nur ein Organisationsprinzip, sondern beinhaltet eine normative Komponente und formuliert als Ziel „die Herstellung demokratischer Verhältnisse zwischen Frauen und Männern" (Lukoschat 1997, 32). In der feministischen Arbeitsforschung dient diese Orientierung an demokratischen Verhältnissen zwischen den Geschlechtern in Hinblick auf Arbeit sowohl als ein Maßstab der Kritik an androzentrisch verengten und verzerrten Deutungsmustern des Wandels der Arbeit als auch als Orientierung für feministische Konzepte zur Zukunft der Arbeit.

Innerhalb der feministischen Auseinandersetzung äußerten vor allem Demokratietheoretikerinnen Einwände gegen diesen Begriff.[6] Sie betonen, dass darin der normative Zusammenhang zwischen Demokratie und Geschlecht bisher allenfalls rudimentär geklärt ist (vgl. Young 1998). Insoweit als das Konzept der Geschlechterdemokratie aber gerade auch als normatives Leitbild für feministische Auseinandersetzungen um die Zukunft der Arbeit relevant wird, erweitert sich der im Rahmen dieses Konzepts noch keineswegs hinlänglich geklärte Zusammenhang zwischen Geschlecht und Demokratie um eine weitere Kategorie: die der Arbeit. Diese wirft sowohl in Hinblick auf ihren Zusammenhang mit 'Demokratie' wie in Hinblick auf ihre Verschränkung mit der Kategorie 'Geschlecht' Fragen und Probleme auf.

Feministinnen attestieren modernen Demokratien trotz wachsender Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen ein fortgesetztes strukturelles geschlechterpolitisches Defizit. Dieses Demokratiedefizit wird dabei nicht

5 Bei der Implementierung von Geschlechterdemokratie als Instrument der (personellen und programmatischen) Organisationsentwicklung hat die grünennahe Heinrich-Böll-Stiftung eine Vorreiterrolle eingenommen (vgl. Ahrens u.a. 2002; Bargen 2005; Jung 2007). Mittlerweile ist Geschlechterdemokratie aber auch bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di programmatisch verankert (vgl. Klett 2003).

6 Birgit Sauer etwa weist darauf hin, dass Demokratie nicht teilbar ist (Sauer 1999, 82). Holland-Cunz und Abels (in Young 1999, 67) halten den Begriff, da er bisher analytisch und konzeptionell so wenig bestimmt ist, für nichts anderes als ein „catchword" innerhalb des Ringens um mediale Aufmerksamkeit und Beachtung.

ausschließlich auf politische Faktoren zurückgeführt, sondern auch über den Zusammenhang zwischen sozialer Arbeitsteilung und das Funktionieren von Politik erklärt.[7] Für feministische Demokratietheoretikerinnen bildet der Zusammenhang zwischen Arbeit und Demokratie in unterschiedlicher Weise einen wichtigen Ausgangspunkt ihrer Analysen real existierender Demokratie: Beate Hoecker z.B. stellt im Rahmen einer Studie über den Stand politischer Gleichberechtigung in verschiedenen parlamentarischen Demokratien der Europäischen Union die These auf, dass sich die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung über das System beruflicher Politik uneingeschränkt in die politischen Arenen der modernen Demokratie fortsetzt:

> „Die nach wie vor bestehende soziale Ungleichheit von Frauen, die wiederum Resultat der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie der damit verbundenen traditionellen Geschlechterrollen ist, setzt sich in den politischen Institutionen fort und begrenzt die Beteiligungschancen von Frauen" (Hoecker 2000, 38).

Ein anderes Beispiel für anhaltende strukturelle geschlechterpolitische Defizite der Demokratie findet sich in den Ausführungen von Anne Phillips. Diese weist darauf hin, dass es Feministinnen waren, die innerhalb der Debatte um die Verträglichkeit von Kapitalismus und Demokratie herausgearbeitet haben, dass nicht nur die kapitalistische Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung im Bereich der Erwerbsarbeit problematische Implikationen für die Demokratie mit sich bringt. Innerhalb des produktivistischen Paradigmas geraten zwar die herrschaftlichen und somit demokratiefeindlichen Implikationen kapitalistischer Lohnarbeit in den Blick. Die Tatsache, dass die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und die Zuständigkeit von Frauen für den privaten Bereich ebenso problematische Implikationen für die Demokratie aufwerfen, bleibt dem androzentrischen Blick

7 Das offizielle politische System entwickelter Demokratien basiert auf Berufspolitik. Die feministische Politikwissenschaft hat gezeigt, dass das Geschlechterverhältnis innerhalb demokratischer Politik bekannte Arbeitsmarktphänomene spiegelt: Frauen sind nicht in allen Politikfeldern zu finden; sie agieren eher in den „weichen" Politikbereichen; je größer die mit einem Amt einhergehende Machtfülle, desto weniger Frauen kommen vor; Frauen beteiligen sich häufiger themenorientiert in konkreten Problembereichen und häufig in nicht institutionalisierten Politikformen, d.h. verfügen über wenig Entscheidungsmacht (vgl. u.a. Femina Politica 2008; Geißel 1999; Hoecker 2006; 2000; 1999; 1998; Lovenduski/Norris 1993; Meyer 1997; 1992; Norris/Inglehart 2001; Schöler-Macher 1994). Für die deutschen Bundesländer zeigt das Informationsportal Gender-Index, dass die Indikatorenwerte zur Geschlechterungleichheit in der politischen Partizipation auf regionaler Ebene fast durchgängig noch um ein Vielfaches schlechter sind als in den Bereichen Ausbildung und Beschäftigung (vgl. Länder-Genderindex).

allerdings verborgen (vgl. Phillips 1995a, 156-164). Frauen leiden häufig unter Zeitarmut bzw. darunter, dass sie aufgrund mehrfacher Arbeitsbelastung nur eine unzureichende Kontrolle über die eigene Zeit haben. Oftmals verfügen Frauen über ein geringes politisches Selbstbewusstsein, weil ihnen beispielsweise berufliche Netzwerke und Kommunikationsmöglichkeiten fehlen (vgl. Lister 1997, 133-139). Iris Young benennt noch einen weiteren Aspekt gesellschaftlicher Arbeitsteilung, der nicht nur in geschlechterpolitischer Hinsicht Demokratieunverträglichkeit impliziert: die Trennung zwischen leitenden und entscheidungsbefugten Arbeitstätigkeiten und solchen, die ausschließlich ausführenden Charakter haben. Letztere versagen den Personen, die sie leisten, Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in einem sehr bedeutenden Bereich ihres Lebens. Diese Trennung hierarchisiert nicht nur verschiedene Tätigkeitsbereiche, sondern auch die Menschen, die sie ausführen (vgl. Young 1990, 214-222).

Für das hier verfolgte Anliegen, Anknüpfungspunkte herauszuarbeiten für ein Konzept, das Demokratie als politisches und soziales Projekt begreift und dabei sowohl der Komplexität gegebener Problemlagen als auch dem Niveau aktueller demokratietheoretischer Entwürfe Stand halten kann, wird in der vorliegenden Untersuchung kritisch an die von Honneth formulierte Idee von Demokratie als reflexiver Kooperation angeknüpft. Zunächst wird hierzu Honneths Feststellung, dass weder das liberale noch das deliberative oder republikanische Demokratiekonzept dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit hinreichend Rechnung tragen, nachvollzogen und kritisch überprüft. Die Auswahl aktueller demokratietheoretischer Konzepte hinsichtlich der Frage, ob und wie sie Demokratie und Arbeit in einen Zusammenhang bringen, folgt daher der von Honneth vorgenommenen Dreiteilung normativer demokratietheoretischer Ansätze, erweitert die Liste aber um ein viertes, ein feministisches Konzept, da in der Argumentation von Honneth feministische Ansätze nicht berücksichtigt werden. Diese Erweiterung ist darin begründet, dass insbesondere feministische Wissenschaftlerinnen dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit einen zentralen Platz bei der Analyse gegenwärtiger Arbeits- wie auch Demokratieprobleme im Kontext der Kategorie Geschlecht einräumen. Hierin unterscheidet sich ein feministischer demokratietheoretischer Ansatz grundlegend von denjenigen Konzepten, die Honneth hinsichtlich ihrer nur unzureichenden Reflexion des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit kritisiert.

Honneths Interpretation und Kritik der drei Demokratiediskurse bewegt sich auf einer sehr grundlegenden Ebene ihrer Prämissen und zentralen Kategorien. In der vorliegenden Untersuchung werden diese Konzepte einer sorgfältigen Lektüre und detaillierten Analyse unterzogen, um seine These zu überprüfen. Der liberale,

republikanische und deliberative[8] Strang von Demokratiekonzeptionen werden in der vorliegenden Arbeit jeweils exemplarisch in der Fassung von Robert Dahl (liberal) (Kapitel 1), Hannah Arendt (republikanisch) (Kapitel 2) und Jürgen Habermas (deliberativ) (Kapitel 3) analysiert. Einbezogen wird darüber hinaus der Demokratieentwurf von Anne Phillips als Repräsentantin eines feministischen Demokratiekonzeptes (Kapitel 4).

In der Analyse der vier Demokratiekonzeptionen wird zunächst das Verständnis von Demokratie, das den einzelnen Ansätzen zugrunde liegt, rekonstruiert. Im nächsten Schritt wird der Status von Arbeit innerhalb dieser Demokratiekonzepte herausgearbeitet. Die erkenntnisleitende Frage lautet hier, ob und wie Arbeit in den Demokratiekonzepten enthalten ist. Dabei soll nicht zwangsläufig auf dem Begriff der Arbeit oder Arbeitsteilung als Analysekriterium bestanden werden. In politikwissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen findet häufig keine direkte Auseinandersetzung mit Arbeit statt, sondern sie erscheint oft vermittelt über andere Debatten, wie z.B. über die Auseinandersetzung mit Ökonomie oder sozialer Ungleichheit. In diesem Untersuchungsabschnitt wird das Augenmerk auch darauf zu richten sein, wie die Konfigurationen von Arbeit und Demokratie innerhalb der demokratietheoretischen Ansätze jeweils begründet werden. Lassen sich explizite oder implizite demokratietheoretische oder demokratiepolitische Einsichten feststellen, auf die zurückgeführt werden kann, dass kein oder ein nur unzureichender Zusammenhang zwischen Arbeit und Demokratie hergestellt wird? Dabei wird auch nach der Überzeugungskraft dieser Einsichten zu fragen sein und ob sie nicht gerade bei einem Versuch, den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit herauszuarbeiten, berücksichtigt werden müssen. Abschließend sollen die einzelnen Demokratiekonzeptionen in Hinblick auf die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit kritisch gewürdigt werden.

Unter der Überschrift „Der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit" (Kapitel 5) werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung in Hinblick auf den Ertrag für ein Konzept, das Demokratie als politisches und soziales Projekt begreift, zusammengetragen. Es werden zunächst grundlegende demokratietheoretische Prämissen, Kategorien und Begrifflichkeiten solcher Ansätze dargelegt und ihre Defizite und Beschränkungen herausgearbeitet. Im Folgenden wird die konzeptionelle Idee von Axel Honneth, Demokratie als reflexive Kooperation zu begreifen, als innovative und anschlussfähige Grundlage für ein Konzept, das Demokratie als politisches und soziales Projekt begreift, vorgestellt und kritisch reflektiert. Hierzu werden die Erkenntnisse der Einzeluntersuchungen herangezogen. Es wird nicht nur überprüft, ob Honneths schlaglichtartige Kritik auch einer detaillierten Lektüre standhält, sondern auch gefragt, ob und welche anderen ergänzenden Befunde sich aus der vorliegenden Untersuchung in Hinblick auf den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit ergeben. In der Schlussbemerkung „An die Arbeit! – Eine Anstiftung zur Demokratie" (Kapitel 6) wird skizziert, was einer demokratietheoretischen Konzeption, die den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit angemessen berücksichtigen will, als Orientierungspunkte an die Hand gegeben werden kann bzw. welche weiterführenden Forschungsfragen hierfür aufgeworfen werden müssten.

8 Honneth spricht nicht von deliberativer, sondern von prozeduralistischer Demokratie. Er bezieht sich dabei jedoch insbesondere auf Ansätze, die Demokratie als ein Verfahren der Deliberation begreifen. Als paradigmatischer Ansatz eines solchen Verständnisses gilt ihm die deliberative Demokratie von Jürgen Habermas. Da in der vorliegenden Studie das Demokratiekonzept von Robert Dahl als prozeduralistischer Demokratieentwurf charakterisiert wird, wird hier – um Missverständnisse zu vermeiden – der Ansatz, den Honneth als „Prozeduralismus" kennzeichnet, als deliberativer Demokratieansatz wiedergegeben.

1 „Why Free Markets Are Not Enough“ (Robert Dahl)

Robert Allan Dahl (geboren 1915) ist us-amerikanischer Politikwissenschaftler und lehrte bis zu seiner Emeritierung 1986 an der Yale University. Er zählt zu den führenden Köpfen innerhalb der politikwissenschaftlichen Demokratieforschung der Gegenwart.[1] Im Laufe seiner langen Aktivität als Demokratieforscher, die über seine Emeritierung hinaus bis zum heutigen Tag andauert, hat er unzählige Artikel und zahlreiche Bücher veröffentlicht. Während der Vielfältigkeit des demokratietheoretischen Werks von Dahl in der angelsächsischen Diskussion durchaus Rechnung getragen wird (vgl. Shapiro/Reeher 1988), konstatiert Gary S. Schaal für die deutschsprachige Rezeption, dass sie „in der Regel einer kanonischen Kategorisierung, die ihn regelmäßig als Pluralisten wahrnahm“ (Schaal 2006, 248), folgte und ihn dem „liberalen demokratietheoretischen und kapitalismusfreundlichen *mainstream* zurechnet“ (ebd.). In der fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit wird Dahl vor allem als empirischer Demokratietheoretiker rezipiert, der insbesondere mit seiner institutionellen Beschreibung moderner nationalstaatlicher politischer Systeme als Polyarchien sowie mit eliten- und pluralismustheoretischen Analysen derselben assoziiert wird (vgl. Roller 2005, 17; Schmidt 2006, 27, 393-398). Dahl taucht als Referenz in demokratietheoretischen Debatten zumeist auf, wenn es um die Festlegung von Kriterien von und Minimalanforderungen an Demokratie geht (vgl. u.a. Fuchs 1998a; Held 1996, 120; Roller 2005, 20; Vorländer 2003, 96f.).[2] Ein Blick in seine umfangreiche Veröffentlichungsliste macht aber deutlich, dass es sich hierbei um eine verkürzte Rezeption von Dahls demokratietheoretischem Gesamtwerk handelt. Dahls Forschungsinteresse ist nie auf eine politikwissenschaftliche Perspektive in dem Sinn beschränkt gewesen, dass er sich lediglich mit der Frage beschäftigt hat,

1 Gewürdigt wird er als „a colossus in political science“ (Ware 1998, 394), dessen Schriften alle den Stempel einer „purposive authority“ (Muhll 1977, 1070) tragen.

2 Schaal spricht sogar davon, dass die beiden Werke „Procedural Democracy“ (1979) und „Democracy and its Critics“ (1989) „innerhalb der postkommunistischen empirischen Demokratieforschung zur kanonischen theoretischen Fundierung“ (Schaal 2006, 251) avancierten.

welchen *politischen* Anforderungen die Institutionen in einer Demokratie genügen müssen und wie es in modernen nationalstaatlichen Polyarchien um deren Performanz bestellt ist. Im Zentrum des demokratietheoretischen Interesses steht bei ihm auch die soziale Seite der Demokratie.[3]

Seit Beginn seiner wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Demokratie setzt sich Dahl intensiv mit dem Zusammenhang und dem Verhältnis von Politik und Ökonomie auseinander. Dabei interessiert ihn insbesondere die Frage nach angemessenen Steuerungsmechanismen für politische und ökonomische Kontexte (vgl. Dahl 1973; 1961; 1959a; 1959b; 1955; 1947; Dahl/Lindblohm 1953). Seine Beschäftigung mit diesem Gegenstandsbereich wird bis Ende der 1980er Jahre deutlich geprägt durch den Systemgegensatz bzw. die Systemkonkurrenz zwischen liberaler Demokratie auf der einen und Staatssozialismus auf der anderen Seite. Für Dahl stellt sich die Frage nach einer politischen Regulation der Ökonomie allerdings jenseits der Frage nach den Eigentumsverhältnissen an Produktionsmitteln. Während der Konflikt zwischen kapitalistischer und sozialistischer Regulationsform der Ökonomie häufig entlang der Eigentumsfrage an Produktionsmitteln ausgetragen wurde, erklärt Dahl die Frage nach der effizientesten Form der Führung und Steuerung von industriellen Großbetrieben theoretisch für unabhängig von deren Eigentumsformen. Entscheidend sei, ob die Großbetriebe autoritär oder demokratisch gesteuert würden. Er hält beide Regulationsformen für kapitalismuskompatibel (vgl. Dahl 1973; 1984b; 1985). Gleichwohl erklärt er in einer Diskussion Ende der 1980er Jahre, dass er an diesem Punkt selbst keinesfalls der liberalen Doktrin vom Privateigentum an Produktionsmitteln anhängt: „I have never had any commitment to capitalism or to the private ownership and operation of the means of production. My commitment has been to democracy, to liberty, and to a kind of equality which I will come back to in a moment“ (Roundtable Discussion 1988, 158).

Auch nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und während der im Anschluss stattfindenden demokratischen Transformation zieht sich die Frage, inwieweit eine kapitalistische Marktwirtschaft und ein demokratischer Staat

3 Alan Ware unterscheidet Dahls demokratietheoretischen Ansatz insbesondere von deliberativen Ansätzen, welche von zentralen Kategorien wie dem demokratischen Argument und „the airing of ideas“ bestimmt werden und das Erkenntnisinteresse weniger auf soziale Dimensionen der Demokratie fokussieren als vielmehr darauf, wie in einer demokratischen Gesellschaft Meinungen entstehen. Im Gegensatz dazu ist für Dahl zu konstatieren: „At the centre of Dahl's analysis was the issue of how individuals could affect social outcomes“ (Ware 1998, 399; vgl. auch Cunningham 2005, 168f.).

einander bedingen oder auch wechselseitig verhindern, gleichsam wie ein roter Faden durch viele seiner Reflexionen und Auseinandersetzungen mit aktuellen Problemen der Demokratie (vgl. Dahl 2006; 1998a, b; 1997b; 1993; 1992; 1990a, b). In der us-amerikanischen Rezeption wird dieser zentrale Strang des demokratietheoretischen Gesamtwerks in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um Dahls Werk durchaus zur Kenntnis genommen (vgl. u.a. Cohen 1989; Lee 1991; Mayer 2001a, b; Phillips 1999, 8, 15; 1995a, 68f.; Shapiro/Reeher 1988; Ware 1998). In der bundesdeutschen Rezeption besteht die Regel allerdings darin, dass in einschlägigen Auseinandersetzungen mit Demokratie diese Seite des Dahl'schen Demokratieverständnisses nicht zur Kenntnis genommen wird (vgl. u.a. Roller 2005; Sartori 1992; Schmidt 2006; Waschkuhn 1998; Waylen 1999, 40-43). Man findet bestenfalls einen Hinweis (z.B. Schaal 2006, 248f.), die umfangreichen einschlägigen Arbeiten des Demokratietheoretikers hierzu werden in der weiteren Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis aber nicht berücksichtigt (vgl. Schaal 2006).

Dahls Demokratiekonzeption wird hier exemplarisch als ein Versuch betrachtet, zwischen Demokratie und Arbeit explizit einen Zusammenhang herzustellen. Herausgearbeitet wird in diesem Kapitel insbesondere jene Dimension des demokratietheoretischen Werks von Robert Dahl, die die Perspektive der Demokratie in das Soziale hinein verlängert. Hierzu wird zunächst seine Konzeption einer prozeduralen Demokratie dargestellt (1.1). Sodann wird ausgeführt, welchen Status Arbeit innerhalb dieses Konzepts einnimmt (1.2). Dabei lassen sich in Hinblick auf die Konfiguration des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit verschiedene Aspekte aufzeigen. Bevor das Konzept einer kritischen Würdigung unterzogen wird (1.3), werden die demokratietheoretischen Einsichten, die hinter dieser Konzeption stehen, zusammengetragen.

1.1 Prozedurale Demokratie

Innerhalb der umfangreichen Auseinandersetzung mit Demokratie lässt sich im Werk von Robert Dahl eine analytische Trennung feststellen. Unterschieden werden kann zwischen der Erörterung des normativen Ideals eines politischen Gemeinwesens einerseits und der Analyse und Kritik der konkreten institutionellen Ausprägung von Demokratie unter den Bedingungen der Moderne (Flächenstaaten und Heterogenität) andererseits: „[F]or an adequate account we need to describe democracy as a goal, aspiration, or ideal that a good political system would satisfy, and also as a set of actual political institutions, practices, or processes that are required" (Dahl 2001a, 3406). Im Konzept der prozeduralen

Demokratie werden einerseits normative Kriterien, denen Demokratie als Ideal genügen müsste, präsentiert und andererseits wird untersucht, welche Form diese Kriterien in Gestalt von konkreten politischen Institutionen in modernen nationalstaatlichen Repräsentativdemokratien annehmen.

1.1.1 Normative Prämissen verfahrensorientierter Demokratie

In der normativen Auseinandersetzung mit Demokratie als Ziel oder auch Ideal begreift Dahl die Demokratie nicht als abstrakte und universale Größe in dem Sinne, dass sie für alle konkreten Formen menschlichen Zusammenlebens, zu allen Zeiten und unter allen Bedingungen gelten kann und muss (vgl. u.a. Dahl 1998a; 1989; 1985; 1984b). Sie bezeichnet in Dahls Augen ein politisches Prinzip, das nur für besondere Formen menschlicher Gemeinschaften gelten soll. Er identifiziert zwei wesentliche Qualifikationsmerkmale, an Hand derer ein Anspruch auf Demokratie geltend gemacht werden kann:

> „First, there is a *need for collective decisions* binding on the members of the association. That is, this set of persons is confronted by a matter which they think it would be disadvantageous to leave entirely to individual action or to choices made exclusively through a market, and comparatively advantageous to make collectively and enforce on the members.
> Second, among the persons obligated to abide by collective decisions on this matter, there is a subset, the *demos*, whose members are *roughly equally qualified, taken all around*" (Dahl 1977, 11; Hervorhebung im Original) (vgl. auch Dahl 1998a, 35f.; 1989, 106-108; 1979, 97-100).

Demokratie kann also nur in solchen menschlichen Gemeinschaften stattfinden, in denen ein Bedarf an kollektiv bindenden Entscheidungen formuliert und anerkannt wird und in denen die Mitglieder des Demos als „Gleiche" gelten. In diesen beiden[4] Qualifikationsmerkmalen stecken zugleich auch die zwei zentralen

4 In „A Preface to Economic Democracy" arbeitet Dahl die Qualifikationsmerkmale detaillierter aus und zählt insgesamt sieben auf: (1) einen Bedarf an bindenden Kollektiventscheidungen, (2) unterschiedliche Phasen im Entscheidungsprozess, (3) bindende Kollektiventscheidungen sollten nur von Mitgliedern des Kollektivs getroffen werden, (4) ein schwaches Gleichheitsprinzip: Das Wohl einer jeden Person wird als gleichwertig zu dem einer jeden anderen betrachtet, (5) Freiheitsprinzip: Jeder erwachsenen Person obliegt die letztendliche Entscheidungsfreiheit über ihr Wohl und ihre Interessen, (6) ein starkes Gleichheitsprinzip: Alle erwachsenen Mitglieder des Demos werden hinsichtlich der Teilnahme an der Entscheidungsfindung als gleich qualifiziert und gleichberechtigt anerkannt, (7) Fairnessprinzip: Knappe und wertvolle Güter sollten fair verteilt sein (Dahl 1985, 58f.). Ich beschränke mich

Kategorien, die das Dahl'sche Demokratieverständnis kennzeichnen: Demokratie steht einerseits für Gleichheit und andererseits für ein Verfahren. Ausgehend von der Annahme, dass eine menschliche Gemeinschaft kollektive Entscheidungen trifft, die für alle gelten, begreift Dahl Demokratie als einen Prozess politischer Selbstbestimmung, und die fundamentale Grundlage hierfür bildet die (politische) Gleichheit ihrer Mitglieder. Demokratie bezeichnet „[a] vision of a body of persons governing themselves as political equals (...) that is citizens governing themselves through a democratic process" (Dahl 1996, 96). Er hält fest, dass der Prozess der politischen Selbstbestimmung als „Regierung" bzw. Selbstregierung zu begreifen ist und diese am besten als ein Verfahren der Entscheidungsfindung konzipiert wird. Damit das Entscheidungsverfahren als demokratisch gelten kann, müssen in Dahls Augen fünf auf das Verfahren orientierte Kriterien erfüllt sein (vgl. Dahl 2006, 20; 2001a, 3406; 1998a, 37-40; 1996, 98; 1990b, 5f.; 1989, 108-118; 1985, 59f.; 1982, 6; 1979, 101-107; 1977, 11-13):

1. Gleiches Wahlrecht: Alle Mitglieder haben gleiches Wahlrecht, d.h. dürfen wählen, und alle Stimmen haben dasselbe Gewicht (alle individuellen Präferenzen und Willensbekundungen hinsichtlich der Politikergebnisse müssen gleichberechtigt berücksichtigt und erörtert werden).
2. Wirksame Teilnahme: „Effective participation" bedeutet für Dahl, dass alle Bürgerinnen und Bürger die gleiche Möglichkeit haben, sich im Rahmen eines Entscheidungsprozesses über Inhalt und Form einer Politik zu beteiligen.
3. Authentische, aufklärerische Willensbildung („enlightened understanding"): Hierunter versteht er, dass grundsätzlich alle Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines zumutbaren Zeitaufwands die Möglichkeit haben, sich über Politikalternativen und ihre jeweiligen Konsequenzen umfassend zu informieren und dadurch zu lernen.
4. Kontrolle über die politische Tagesordnung: Die Entscheidung darüber, was auf die politische Agenda gehört und wie es dorthin gelangt, obliegt ausschließlich der Gesamtheit aller Stimmberechtigten. Das bedeutet auch, dass Politikprozesse niemals abgeschlossen werden bzw. Entscheidungen jederzeit rückholbar sind, indem sie wieder auf die Agenda gesetzt werden können.
5. Vollständige Inklusion („full inclusion"): Jedes Mitglied des Volkes verfügt in vollem Umfang über all jene Bürgerrechte, die sich aus den vier zuvor genannten Kriterien ergeben.

hier auf die in den meisten Publikationen gewählte weniger differenzierte Form der Darstellung.

Diese fünf Punkte bilden in Dahls Augen notwendige und hinreichende Kriterien, anhand derer ein Prozess als demokratisch identifiziert werden kann (vgl. Dahl 1985, 60). Außerdem geben die Kriterien nach Dahl hinreichend Auskunft darüber, wie politische Gleichheit zu fassen und auch zu messen ist. Als politisch Gleiche können Personen identifiziert werden, auf die alle fünf Kriterien zutreffen und in dem Maße, wie die Kriterien nicht erfüllt werden, können sie auch nicht als politisch Gleiche gelten (vgl. Dahl 1985, 60). Gleichheit und das politische Verfahren der Selbstbestimmung bilden für Dahl somit zwei gleichursprüngliche und in einem normativen Zusammenhang stehende Aspekte der Demokratie. Das Verfahren politischer Selbstbestimmung bestimmt sich inhaltlich über gleiche Rechte und Möglichkeiten, die allen Bürgerinnen und Bürgern zustehen, d.h. das demokratische Verfahren setzt Gleichheit ebenso voraus wie es sie erzeugt. Und Gleichheit wird von Dahl inhaltlich nicht substantiell bestimmt – etwa als Verteilungsgerechtigkeit –, sondern prozedural, d.h. anhand jener Kriterien, die das Verfahren politischer Selbstbestimmung kennzeichnen. So begreift Dahl Gleichheit zwar als ein normatives und moralisches Prinzip, allerdings nicht in Hinblick auf eine substantielle Gleichheit aller Menschen, sondern in Hinblick auf prozedurale Gleichheit im Sinne von intrinsischer Gleichwertigkeit: „that all human beings are of equal intrinsic worth, that no person is intrinsically superior in worth to another, and that the good or interests of each person must be given equal consideration" (Dahl 2001b, 7). Dahl bezeichnet dies als die normative Annahme von „intrinsic equality" (Dahl 2001b, 7; 1998a, 62-69; 1989, 84f.).[5]

5 Eine ausführliche Erörterung des Prinzips „intrinsic equality" sowie der darin liegenden Stärken und Schwächen findet sich in Kapitel 6 von „Democracy and its Critics" (Dahl 1989, 83-96). Außerdem diskutiert er den historischen Konflikt zwischen der allgemeinen Annahme von „intrinsic equality" aller Menschen und deren eingeschränktem Geltungsbereich innerhalb der Bevölkerungsgruppen insbesondere am Beispiel des us-amerikanischen Demos. Er verweist hier auf den historischen Ausschluss von weiblichen, schwarzen und indigenen Personen sowie von anderen Bevölkerungsgruppen aus der Demokratie (Dahl 2006, 29-33; 2001b, 3-6). Darüber hinaus setzt er sich mit Einwänden gegen Gleichheit als zentraler Norm der Demokratie vor allem in Hinblick auf die These auseinander, dass Gleichheit Freiheit zerstört (vgl. Dahl 2001b, 6-11; 1985, 7-51).

1.1.2 Polyarchie als eine institutionalisierte Annäherung an Demokratie

Die Frage, welche politischen Institutionen in einer menschlichen Gemeinschaft notwendig sind, um das Ideal des demokratischen Verfahrens praktisch umzusetzen, wird von Dahl nicht normativ, sondern empirisch-analytisch untersucht. Ihn interessiert insbesondere, welche Form die Demokratie unter modernen Bedingungen annimmt. Um die konkrete historische Form moderner Demokratie begrifflich sowohl vom normativen Ideal als auch von historisch älteren Demokratieformen unterscheiden zu können, verwendet Dahl die Bezeichnung Polyarchie (vgl. Dahl 1998a; 1996; 1989; 1984a; 1971).[6] Bei Polyarchie handelt es sich um eine deskriptive Kategorie, die nicht nur eine Regierungsform bezeichnet, sondern jene konkrete Form, die die Demokratie in modernen Nationalstaaten annimmt: „Polyarchy (...) is more than just a form of government, it is also a form of democracy, (...) polyarchy is the characteristic form that democracy has taken in the twentieth century" (Dahl 1996, 95). Den oben aufgezählten Anforderungen für ein demokratisches Verfahren politischer Selbstbestimmung nähert sich eine Polyarchie anhand der Umsetzung in sechs charakteristische politische Institutionen (vgl. Dahl 2005, 188-192; 2001a, 407f.; 1998a, 85f., 92-99; 1996).[7]

1. Gewählte Amtsinhaber („elected officials"): Die Kontrolle über Regierungsentscheidungen ist institutionell dadurch verankert, dass alle, die ein (Regierungs-)Amt oder Mandat innehaben, selbst Bürgerinnen oder Bürger sind und durch Wahl bestimmt und abgelöst werden. In diesem Sinne sind moderne Demokratien repräsentativ.
2. Freie, faire und regelmäßig stattfindende Wahlen („free, fair, and frequent elections").
3. Meinungsfreiheit („freedom of expression").
4. Informationsfreiheit (v.a. Pressefreiheit) („alternative sources of information").
5. Organisations- und Koalitionsfreiheit bei der Bildung politischer Parteien und autonomer Organisationen und Verbände („associational autonomy").

Diese fünf Institutionen gewährleisten eine wirksame Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger, und dass sie die politische Agenda kontrollieren können. Die Institutionen der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie der Organisations- und Vereinigungsfreiheit ermöglichen darüber hinaus eine authentische Willensbildung. Das gleiche Wahlrecht wird von der Institution freier, fairer und gleicher Wahlen erfüllt. Das fünfte Demokratiekriterium der vollständigen Inklusion wird aber erst durch die Institution der inklusiven Bürgerschaft formal und real erfüllt.

6. Inklusive (Staats-)Bürgerschaft („inclusive citizenship"): Das bedeutet, dass nahezu keinem Erwachsenen, der oder die dauerhaft in einem Land lebt und dessen Gesetzen unterworfen ist, die umfassenden politischen Rechte verweigert werden können, die für alle gelten und die notwendig sind, um die fünf zuvor genannten politischen Institutionen mit Leben zu füllen. Für Dahl stellt diese letzte Institution unzweifelhaft die jüngste Errungenschaft in der Entwicklung moderner Polyarchien dar. Die Inklusion nahezu der gesamten erwachsenen Bevölkerung in den Demos gelingt auch in entwickelten Demokratien, wie z.B. Frankreich und der Schweiz, erst nach dem zweiten Weltkrieg, als auch Frauen endlich das Wahlrecht zuteil wird (vgl. Dahl 2005, 189-191). „In all democracies and republics throughout twenty-five centuries, the rights to engage fully in political life were restricted to a minority of adults. 'Democratic' government was government by males only – and not all of them" (Dahl 2005, 191).

Als essentielle Bedingungen für die Ausbildung und Stabilität von Polyarchie identifiziert Dahl: eine demokratische politische Kultur und fest verwurzelte demokratische Überzeugungen; demokratische Kontrolle des staatlichen Gewaltmonopols (Militär und Polizei); Tradition in und Erfahrung mit Rechtsstaatlichkeit sowie Unabhängigkeit und Souveränität des Staates. Als Bedingungen, die die Entwicklung und Stabilität von Polyarchie begünstigen, gelten: mode-

6 In seinen neueren Veröffentlichungen spricht Dahl auch einfach von „large-scale democracy" oder „modern representative democracy" (vgl. Dahl 2005; 1998a; 1996). Erstmals eingeführt wird der Begriff Polyarchie in dem von ihm und Charles Lindblohm gemeinsam verfassten Werk „Politics, Economics and Welfare" (Dahl/Lindblohm 1953). Zu Beginn der 1980er Jahre hält Dahl fest, dass er Polyarchie synonym verwendet mit Begriffen wie „modern democratic systems, democratic regimes, democratic countries, large-scale democracy", wenn er bestehende politische Systeme beschreiben will. Dabei betont er: „None of these terms is meant to imply, of course, that these regimes are democratic in the ideal sense" (Dahl 1982, 11).

7 Dahl betont, dass es sich bei den beschriebenen Institutionen um jene handelt, die gegeben sein müssen, um in einem politischen Gemeinwesen vom Format eines nationalen Flächenstaates ein signifikantes Maß an Demokratie zu erreichen. Kleinteiligere politische Systeme, wie z.B. ein Komitee oder eine Kommune, erfordern nicht unbedingt alle diese Institutionen, um als demokratisch im Sinne der oben genannten fünf Kriterien gelten zu können (Dahl 2005, 187, 192). In einigen älteren Textversionen nennt Dahl das passive Wahlrecht als „right to run for office" explizit als eine weitere Institution (Dahl 1996, 94f.; 1990b, 11; 1989, 221) oder auch „responsiveness of the government to voters and election outcomes" als Regimecharakteristikum einer Polyarchie (Dahl 1984a, 229).

rate Homogenität innerhalb eines Landes, d.h. keine harten unversöhnlichen Konflikte innerhalb der Bevölkerung (entlang der Merkmale Ethnie, Ideologie, Sprache, „Rasse“) oder zwischen Staat und Bevölkerung (Dahl 1998a, 147). Darüber hinaus zählen zu den begünstigenden Faktoren auch moderne sozioökonomische Systeme, die durch sozialen und organisationalen Pluralismus, Marktwirtschaft, ein – historisch gesehen – relativ hohes Niveau an Einkommen und Reichtum, Konsum, Alphabetisierung und Bildung gekennzeichnet sind (vgl. Dahl 1998a, 147-158; 1996, 101-103; 1989, 244-264). Pluralismus stellt in Dahls Augen noch keine hinreichende Bedingung für Polyarchie dar, aber die Institutionen der Polyarchie können Pluralismus hinreichend garantieren:

> „For while organizational pluralism may not be a sufficient condition for polyarchy, the institutions of polyarchy are everywhere sufficient to ensure that organizations and associations of considerable independence, variety, and number will play an important role in the political life of a country“ (Dahl 1984a, 234).[8]

Kennzeichnend für Dahls Verständnis von Polyarchie ist allerdings auch, dass er sich gegen eine normative und theoretische Verknüpfung von Polyarchie als der politischen Form moderner Gesellschaften und Kapitalismus als der Form ihrer ökonomischen Organisation verwehrt. Er räumt zwar ein, dass Polyarchie in Ländern mit zentralverwaltungswirtschaftlichen ökonomischen Systemen, wie z.B. die ehemalige Sowjetunion oder Kuba, nie existiert hat und dass die empirische Koexistenz von Polyarchie und Marktwirtschaften evident ist. Dennoch sollten sie nicht als identisch begriffen werden. Akzentuiert werden hier insbesondere der explizit politische und nicht ökonomische Charakter polyarchischer Institutionen: „Polyarchy is a set of political institutions, not a set of economic institutions“ (Dahl 1996, 100). Die Definitionsmerkmale der Polyarchie sind von jenen Kriterien zu differenzieren, anhand derer marktförmig organisierte Ökonomien von nicht marktförmig organisierten unterschieden werden können. Auch liefert eine

8 Dahl hält aber auch deutlich fest, dass trotz dieser engen Verknüpfung von Polyarchie und Pluralismus deren Beziehung zueinander komplex sei und sich nicht einfach und ausschließlich positiv bestimmen lässt (Dahl 1984a, 235). Auch wenn Pluralismus wünschenswert ist, kann er negative, unerwünschte Konsequenzen haben: So haben beispielsweise einige Interessen uneingeschränkt Zugang zu Organisationen und ihren Ressourcen und andere nicht (Dahl 1984a, 235). Dahl sieht beispielsweise im Repräsentationsprinzip die Gefahr von „delegation but alienation of authority“ (Dahl 1984a, 236). Außerdem arbeiten Korporatismusstudien – Dahl verweist insbesondere auf Stein Rokkan – heraus, dass Stimmen zwar gezählt werden, Entscheidungen aber durchaus anders fallen: „votes count, but often organisational resources decide“ (Dahl 1984a, 238; vgl. auch 1989, 280-298; 1982).

historische Betrachtung dem Demokratietheoretiker hinreichende Beweise dafür, dass eine moderne industriell oder auch postindustriell geprägte Marktwirtschaft weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für Polyarchie darstellt. Er verweist dabei auf die Entstehung von Polyarchien in Staaten, die zu diesem Zeitpunkt vorwiegend agrarisch geprägt waren, wie z.B. USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Schweden und Dänemark. Außerdem zeigt sich, dass die Polyarchie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts besonders dort kräftige Blüten getrieben hat, wo ein beeindruckender Anteil von bis zu fünfzig Prozent des Volkseinkommens dem Staat für Umverteilungsmaßnahmen und zur Kompensation von unerwünschten Folgen einer kapitalistischen Marktwirtschaft zur Verfügung standen (vgl. Dahl 1996, 99f.).

Dahl definiert die charakteristischen Institutionen der Polyarchie als Kriterien, die das *politische* System einer modernen Demokratie kennzeichnen und sich als solche von den sozioökonomischen Institutionen des Wirtschaftssystems unterscheiden. Dennoch grenzt er Fragen nach der Gestaltung und Organisation von Arbeit und sozialer Arbeitsteilung in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen nicht aus der Reichweite der Demokratie aus. Normative Orientierung gewinnt die prozedurale Demokratie durch die Ausrichtung auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit als grundlegende Werte. Entscheidend ist, dass für Dahl das Bekenntnis einer Gesellschaft zu einem politischen System, das diesen Werten verpflichtet ist, nicht nur in den politischen, sondern auch in den ökonomischen Bereich dieser Gesellschaft wirkt und mit Konsequenzen verbunden ist. Wenn Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gemeinsam zur Blüte gebracht werden sollen, dann ist ein sozioökonomisches System unabdingbar – so Dahls These –, das diesen Zielen zuträglich ist, indem es die notwendigen Politiken unterstützt (vgl. Dahl 1977, 10).

Politischen Zielen wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit räumt er also einen normativen Vorrang vor ökonomischen Zielen wie Effizienz, Prosperität und Wachstum ein.

1.2 Die Konfiguration von Demokratie und Arbeit

Nachfolgend soll herausgearbeitet werden, ob und wie Demokratie und Arbeit in der Dahl’schen Konzeption von Demokratie zusammenkommen und was sie miteinander zu tun haben. Welchen Status nimmt Arbeit innerhalb der Demokratiekonzeption ein? In den einleitenden Bemerkungen zu diesem Kapitel wurde dargelegt, dass Dahls Konzeption der Demokratie als ein Ansatz betrachtet wird, in dem durchaus explizit ein Zusammenhang zwischen Demokratie und

Arbeit hergestellt wird. Es fällt allerdings auf, dass in den in Abschnitt 1.1 ausgeführten Erläuterungen zu seinem Demokratiekonzept von Arbeit oder sozialer Arbeitsteilung als Kategorie innerhalb des Demokratieverständnisses bisher keine Rede gewesen ist. Dahl redet nicht explizit von Arbeit oder der Sphäre sozialer Arbeitsteilung, man findet die Kategorie Arbeit in seinen Ausführungen vielmehr vermittelt. Arbeit erscheint bei Dahl insofern, als er die Ökonomie und das Wirtschaftssystem durchaus in den Fokus seiner demokratietheoretischen Überlegungen und Untersuchungen einbezieht. Die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit findet sich in Dahls Werk somit als die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Wirtschaft.

Dem Verhältnis von Demokratie und Ökonomie geht Dahl auf zwei verschiedenen Ebenen nach. Erstens fragt er danach, in welcher Beziehung Demokratie und Ökonomie zueinander stehen. Auf dieser ersten analytischen Ebene werden wiederum zwei Dimensionen unterschieden: einerseits das Verhältnis von Demokratie und Ökonomie als jeweils unterschiedliche theoretische Konzepte, die systematisch unvereinbar sind, und andererseits der Zusammenhang zwischen Demokratie und Ökonomie als historisch konkreten, verschiedenen Formen sozialen Handelns, die in einem nicht spannungsfreien Wechselverhältnis zueinander stehen. Die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit wird hier in Gestalt der Frage nach dem Zusammenhang von einem politischen Organisationsprinzip, wie es die Polyarchie darstellt, und einem ökonomischen Organisationsprinzip, wie es der Kapitalismus geschaffen hat, aufgeworfen. Inwiefern bedingen und befördern, aber auch behindern sie sich wechselseitig in ihrer Entfaltung (1.2.1)? Aufbauend auf der Analyse dieses Zusammenhangs stellt Dahl darüber hinaus auch konzeptionelle Überlegungen an, wie eine einer Demokratie angemessene und förderliche Ökonomie aussehen könnte (1.2.2). Auf dieser ersten Ebene steht also eher die Frage im Zentrum, wie Ökonomie in die Demokratie zu integrieren ist.

Auf der zweiten Ebene von Dahls Auseinandersetzung um den Zusammenhang von Demokratie und Ökonomie geht es dagegen um die Frage, ob und wie die Ökonomie Ort von Demokratie sein kann und soll. Analytisch und konzeptionell beschäftigt sich Dahl hier mit Fragen der Wirtschaftsdemokratie und entwirft ein entsprechendes Modell zur Demokratisierung bestimmter Unternehmensformen (1.2.3).

1.2.1 Das Verhältnis von Demokratie und Ökonomie

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Ökonomie wird von Dahl in unterschiedlicher Form aufgeworfen. Er geht zunächst einmal von einer Trennung der beiden in ein politisches und ein ökonomisches System als unterschiedliche Sphären menschlichen Handelns aus. Diese fundamentale Unterscheidung zwischen politischem und ökonomischem Bereich einer Gesellschaft diskutiert, ordnet und beurteilt Dahl aus theoretischen und empirischen Blickwinkeln und konfiguriert sie nicht eindeutig zueinander.

Auf einer epistemologischen Ebene konturiert er ein konflikthaftes Verhältnis, das in den zu Grunde liegenden Konzepten und Ideen einer „theoretical vision of democracy“ (Dahl 1986, 8) einerseits und „the neoclassical economic theory that justifies market capitalism“ (Dahl 1997c, 547) andererseits widersprüchliche und unvereinbare Annahmen und Anforderungen enthält: „On the face of it, the two systems, the political and the economic, appear to be fundamentally incompatible“ (ebd.). In einer zugespitzten und vereinfachten Gegenüberstellung unterscheidet er zentrale Grundwerte, das Menschenbild, die Reichweite des demokratischen und ökonomischen Systems, den jeweils zentralen Bezugspunkt des theoretischen Konzepts, z.B. Gleichheit, Freiheit und Macht, sowie die Frage nach Regulationsbefugnissen und -anforderungen an eine staatliche Ordnung (vgl. Dahl 1997c, 547f.; 1989, 324-26; 1986, 8-11).

Dahl charakterisiert die Orientierung auf Gleichheit als das Herzstück einer theoretisch fundierten Vision der Demokratie, während Effizienz den zentralen Wert der ökonomischen Theorie bildet: „At the core of democratic ideas is the value of human equality. The central, even exclusive, value in the economic theory of market capitalism is efficiency“ (Dahl 1997c, 547). In einer Demokratie begegnen sich die Menschen als Bürgerinnen und Bürger, die sich einander zugehörig und verbunden fühlen sollen und dies in aller Regel auch tun. Das in der Welt der Neoklassik herrschende Menschenbild „focuses on men and women as producers and consumers of goods and services“ (Dahl 1989, 325; 1986, 8). Als Produzenten und Konsumenten begegnen sie sich auf Märkten, führen wie rational arbeitende Computer ihre Handlungen auf der Grundlage eines komplizierten Kosten-Nutzen-Kalküls der Grenzwerte dieser Handlungen aus und sind jederzeit bemüht, ihren Nettonutzen zu maximieren. Die Reichweite eines ökonomischen Systems lässt sich nicht genau bestimmen: „Producers and consumers exist in a more indefinite, almost unbounded economic system that may in principle cover the globe“ (ebd.). Ein politisches System hingegen ist klar umgrenzt, „a hard-edged system“ (ebd.). Es grenzt sich nach außen gegenüber anderen politischen Gemein-

wesen ab und auch nach innen gibt es Abgrenzungen in Form von spezifischen Rechten und Pflichten, die nur für Mitglieder des Gemeinwesens berechtigte Ansprüche und obligatorische Verpflichtungen darstellen (ebd.).

In einer demokratietheoretischen Vision gelten das Recht der Bürgerinnen und Bürger, sich selbst zu regieren, und ihre politische Gleichheit als zentrales Axiom der moralischen Grundlagen und Perspektiven der Demokratie. Gleichheit bedeutet hier die Annahme, dass alle Bürgerinnen und Bürger als gleichermaßen fähig und qualifiziert gelten, Entscheidungen das Gemeinwesen betreffend zu fällen. Von diesem fundamentalen Gleichheitsprinzip leitet sich z.B. das Recht auf gleiche Partizipation ab, d.h. „the opportunities to exercise power over (...) the decisions of the government of the state are, or at any rate ought to be, distributed equally among all citizens" (Dahl 1986, 9). Innerhalb der neoklassischen Standardtheorie wird Gleichheit nicht eindeutig bestimmt, d.h. sie wird von der Theorie weder explizit umfasst noch ausgeschlossen. Es wird lediglich eine einzige besondere Form von Gleichheit vorausgesetzt: „All economic actors, whether consumers or producers, are equally rational (that is, perfectly so) and they are all equally free to accept or reject the offers and contracts available to them" (Dahl 1986, 10; 1989, 326). Was in diesem Zusammenhang gleichermaßen frei („equally free") genau bedeutet, werde jedoch in keiner Weise ausgeführt. Gleichheit ökonomischer Ressourcen zähle jedenfalls nicht notwendigerweise zu den erwünschten Zielen und noch viel weniger zu den wahrscheinlichen Ergebnissen des Marktprozesses (vgl. Dahl 1989, 325f.; 1986, 9).

Das demokratische Postulat politischer Gleichheit impliziert bestimmte Anforderungen hinsichtlich staatlicher Regulation: Politische Gleichheit muss durch ein bestimmtes Set rechtlicher und institutioneller Arrangements unterstützt und notfalls per Gesetz durchgesetzt und aufrechterhalten werden. Die einzige Anforderung, die demgegenüber die neoklassische Theorie an den Staat formuliert, besteht darin, dass er Gesetze erlässt, die Verträge, Eigentum und Konflikte verbindlich regeln, da diese für das reibungslose Funktionieren der Märkte erforderlich sind (Dahl 1989, 326; 1986, 9). So liegt der ökonomischen Standardtheorie auch ein anderes Freiheitskonzept zugrunde als der Demokratietheorie: „[F]reedom achieved by the economic order is above all the primary freedom of choice in the marketplace" (Dahl 1989, 326), welche konkretisiert wird als

> „(...) the freedom of consumers to choose among goods and services, the freedom of businessmen to compete with others in offering commodities and services and aquiring the resources to produce them, of workers (...) to contract with employers to engage in labor in exchange for wages and thus aquire the resources necessary to perform their function as consumer" (ebd.).

Im Unterschied dazu gilt Freiheit, die in einer demokratischen Ordnung erreicht wird, vor allem als eine Form kollektiver Autonomie: „the self-determination of citizens entitled to participate as political equals in making the laws and rules under which they will live together as citizens" (Dahl 1989, 326; 1986, 10). Demokratische Freiheiten müssen deshalb all jene Rechte, Möglichkeiten und Verpflichtungen umfassen, die den Prozess kollektiver Entscheidungsfindung ermöglichen:

> „It follows that a democratic society would, among other things, manage to allocate its resources so as to insure political equality, and thus the primary freedom of collective self-determination by means of the democratic process as well as the liberties necessary to that process" (Dahl 1986, 10).

Auch die Frage nach konkreten institutionellen Formen, in die der Prozess der bürgerlichen Selbstregierung gegossen wird, stellt einen wichtigen Gegenstandsbereich demokratietheoretischer Erörterung dar. Autorität und Legitimität der staatlichen Regierung leiten sich von der Zustimmung der Regierten ab (vgl. Dahl 1989, 325f.; 1986, 8-11).

> „Democracy may be understood, then, as a system that gives legitimacy to power insofar as ultimate power, or sovereignty, resides in the citizens, considered as political equals. A democratic government ought to be the servant of its citizens, not their ruler" (Dahl 1997c, 548).

Fragen nach Legitimität und Formen von Autoritätsausübung interessieren die neoklassische Theorie der Ökonomie hingegen wenig. Als Quelle der Legitimität von Kontrolle in den Unternehmen gilt das (Privat-)Eigentum und die Eigentümer verfügen in Hinblick auf alle unternehmerischen Entscheidungen über absolute Souveränität:

> „In the perspective of market capitalism the owners of a firm have a right to control it as their property. They may govern the firm hierarchically if they so choose, as they usually do; they may even try to govern it despotically, and sometimes succeed in doing so" (ebd.).

Dahls Resümee aus dem Vergleich der theoretischen Konzeptionen von Demokratie und Marktwirtschaft beinhaltet eine gewisse Verwunderung:

> „Because of conflicts like these between democracy as a political system and market capitalism as an economic system, it may seem strange that during the whole of the twentieth century the political institutions of polyarchy have never existed for long except in countries with economies in which firms are predominantly market-oriented and privately-owned" (Dahl 1997c, 548).

Aus einer theoretischen Perspektive erscheinen Dahl Demokratie und Ökonomie systematisch unvereinbar. Ändert er die Perspektive aber hin zu einer

Betrachtung des historisch-konkreten, d.h. des empirischen Zusammenhangs der beiden Systeme, so fällt der Befund allerdings eher gegenteilig aus. Betrachtet Dahl das Verhältnis zwischen Ökonomie und Demokratie aus einer empirischen Perspektive als die Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Polyarchie, kommt er insgesamt zu keiner eindeutigen Einschätzung. Einerseits begreift er den Zusammenhang als historische Allianz, andererseits als „pervasive conflict" (Dahl 1997c, 549): „[I]n my view democracy and market capitalism help one another in some ways and in some ways each inflicts harm on the other" (Dahl 2001b, 12f.).

Die Betrachtung und Analyse jener positiven Effekte des Kapitalismus', die sich auch demokratieförderlich auswirken, erfolgt aus einer modernisierungstheoretischen Perspektive (vgl. Dahl 1989, 251). Zu den Kennzeichen kapitalistischer Marktwirtschaften zählt Dahl, dass sie innerhalb ihrer Leistungsbilanz eine weitaus größere ökonomische Effizienz verzeichnen können als alle anderen ökonomischen Systeme. Auch das Maß an Freiheit, das im ökonomischen Leben herrscht, fällt höher aus als in alternativen Wirtschaftssystemen. So wird in vielen kapitalistischen Ländern ein historisch einzigartiges Maß an Demokratie und politischer Freiheit im Bereich staatlicher Entscheidungen erreicht (vgl. Dahl 1998a, 165; 1997d, 35f.; 1985, 55). Diese enge Relation besteht, weil bestimmte grundlegende Aspekte des marktwirtschaftlichen Kapitalismus' die Ausbildung einer beachtlichen Anzahl von Praktiken, Strukturen und Haltungen befördert, die sich ihrerseits begünstigend auf die Entwicklung und Stabilität demokratischer Institutionen auswirken. Hierzu zählt Dahl vor allem den Pluralismus und dezentralisierte ökonomische Entscheidungsstrukturen, da sie innerhalb einer Gesellschaft zu Dekonzentration von Macht, Einfluss, Autorität und Kontrolle führen. Die Effekte einer dynamischen Marktwirtschaft (ökonomisches Wachstum und steigender Lebensstandard) ermöglichen Umverteilungsprozesse. Diese bilden die Grundlage dafür, dass politische Prozesse nicht als Nullsummenspiele konzipiert werden müssen, in denen sich die absoluten Vorteile/Gewinne der einen immer in absolute Nachteile/Verluste der anderen übersetzen. Erst jenseits von Nullsummenspielen ist eine Situation gegeben, in der politische Gegner nicht zu Feinden werden müssen, sondern Verhandlungsspielräume bestehen. Auch trägt die Verteilung von Reichtum, Einkommen, Erziehung, Status und Macht, die in modernen Marktwirtschaften weniger disparat ist als in vormodernen Gesellschaften, dazu bei, dass es den Menschen leichter fällt, sich prinzipiell als ähnlich oder gleich hinsichtlich der ihnen zustehenden Rechte zu betrachten (vgl. u.a. Dahl 1998a, 166-172; 1997d; 1997b, 527-531; 1989, 251-253; 1971, 48-80).

Dahl begreift das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie aber auch eindeutig als Konflikt „between a political order shaped by the political institutions of polyarchy and an economic order shaped by the predominance of market-oriented, privately owned firms" (Dahl 1997c, 551). Demokratie und Kapitalismus finden sich eingeschlossen in einem Konflikt, innerhalb dessen sie sich wechselseitig modifizieren und begrenzen. Die Erfahrung des 20. Jahrhunderts zeigt deutlich: „All democratic governments play a major role in the operation of the economy. All democratic countries have mixed economies, not 'pure' market capitalist systems" (Dahl 1997c, 549; vgl. auch Dahl 1997d; 1993; 1990a). Das demokratische Vermögen von Polyarchien wird begrenzt, da marktförmig organisierter Kapitalismus unvermeidlicherweise Ungleichheit erzeugt. Die Ungleichheit befördernde Tendenz einer kapitalistischen Ökonomie äußert sich in weitreichenden Differenzen zwischen Bürgerinnen und Bürgern: Sie verfügen nicht in gleichwertigem Maße über Reichtum, Einkommen, Status, Fähigkeiten, Information, Kontrolle über Information und Propaganda, den Zugang zur politischen Führungselite. Darüber hinaus driften auch die allgemein vorhersagbaren durchschnittlichen Lebenschancen nicht nur der erwachsenen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch von Kindern und Jugendlichen auseinander. Diese sozialen und ökonomischen Ressourcen lassen sich in politische Ressourcen konvertieren, d.h. in Einfluss auf den Regierungsprozess und das politische Leben übersetzen. Mangelnder Einfluss aufgrund von defizitären Ressourcen führt hier zu einer Ungleichheit in Hinblick auf Macht. Diese Form der ungleichen Machtpositionen und Einflussmöglichkeiten wiederum verletzt nachhaltig das demokratische Gebot und die Anforderung politischer Gleichheit (vgl. Dahl 2001b, 13; 1998a, 177; 1996, 104). Dahl folgert, dass sich eine kapitalistische Marktwirtschaft innerhalb des Prozesses demokratischer Entwicklung nur begrenzt als zuträglich erweist: „Market capitalism greatly favors the development of democracy up to the level of polyarchal democracy. But because of its adverse consequences for political equality, it is unfavorable to the development of democracy beyond the level of polyarchy" (Dahl 1998a, 178; vgl. auch Dahl 1986).[9]

9 Bereits in seiner ersten großen Polyarchiestudie hat Dahl die herrschenden Besitzverhältnisse als Begrenzung von Demokratie kritisiert: „Private ownership is neither a necessary nor a sufficient condition for a pluralistic social order and hence for public contestation and polyarchy" (Dahl 1971, 61). In seinen jüngsten Veröffentlichungen stellt er aber weniger auf die Beseitigung kapitalistischer Eigentumsformen ab, sondern bestimmt das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Polyarchie als ein Paradox im Sinne einer „antagonistic symbiosis" (Dahl 1998a, 166; 1997a, 150) oder auch einer „antagonistic cohabitation" (Dahl 1998a, 181).

In diesem Zusammenhang betont er auch, dass moderne, dynamische und pluralistische Gesellschaften, die u.a. durch die Existenz einer Marktwirtschaft gekennzeichnet sind, Demokratie zwar in gewissem Maße befördern, dass sie aber keinesfalls identisch sind mit dem normativen Ideal der Demokratie bzw. einer weiteren Demokratisierung der Polyarchie nicht zwangsläufig zuträglich sind: „But while the dynamics of an MDP [modern dynamic pluralist, A.L.] society produce some of the conditions necessary for polyarchy (...) they do not spontaneously produce the conditions necessary for the further democratization of polyarchy" (Dahl 1989, 324).

Für den hier untersuchten Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit ist dabei insbesondere von Interesse, worin Dahl die Ursache für die nicht demokratieverträglichen Effekte des Kapitalismus' sieht. Hinsichtlich der Demokratieverträglichkeit einer ökonomischen Ordnung hält er die Frage, ob es sich bei den Steuerungs- und Entscheidungsmechanismen in der Ökonomie um ein dezentralisiertes oder ein zentralisiertes System handelt, für die entscheidende (vgl. Dahl 1989, 302). Gleichzeitig – und das ist für die hier verfolgte Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit der relevante Punkt – sieht er in Hinblick auf Demokratie keinen theoretischen Zusammenhang zwischen der Frage danach, ob ökonomische Entscheidungen über einen dezentralisierten (Markt) oder zentralisierten (Staat/Bürokratie) Mechanismus getroffen werden, und der Eigentumsfrage. Für Dahl ist ein dezentrales über Märkte koordiniertes Steuerungssystem in der Ökonomie nicht gleichbedeutend mit der in kapitalistischen Marktwirtschaften existierenden Verknüpfung von privaten Eigentumsrechten und daraus resultierenden Entscheidungsbefugnissen (vgl. Dahl 1989, 302; 1982, 111f; 1971, 48-61; 1940).

Für die Beurteilung der Demokratieverträglichkeit und -förderlichkeit von Steuerungsmechanismen und daran gekoppelten Eigentumsverhältnissen diskutiert Dahl die unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten anhand historischer Beispiele (vgl. Dahl 1993; 1982, 113-115) und theoretischer Debatten (Dahl 1992; 1940).[10] Als eindeutig demokratieförderlich identifiziert er marktwirtschaftlich funktionierende Ökonomien. Alle zentralistischen und dirigistischen Systeme, in denen staatliche Verwaltungen und Bürokratien die Ökonomie koordinieren, sind aufgrund der Tatsache, dass sie führenden Eliten ein hohes Maß an Machtressourcen zur Verfügung stellen, perspektivisch mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar (vgl. u.a. Dahl 1992, 82). Doch wie bereits in der Analyse des Zusammenhangs von Ökonomie und Demokratie dargestellt, sind auch rein kapitalistische Marktwirtschaften demokratischen Prinzipien nur begrenzt zuträglich. Deshalb haben alle stabilen demokratischen Gesellschaften gemischte Wirtschaftssysteme hervorgebracht (vgl. u.a. Dahl 1993): „Although it is true that a market economy exits in all democratic countries, it is also true that in every democratic country the market economy is modified by government intervention" (Dahl 1992, 87).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Gleichheit und der demokratische Prozess von Dahl im oben genannten Sinne als abstrakt-formale, aber normative Kriterien von Demokratie definiert werden. Er postuliert keinesfalls, dass die gesellschaftliche und politische Realität in jenen Staaten, die als Polyarchien gelten, seinem idealen Konzept von Demokratie entspricht. Ein bedeutendes Defizit, das Dahl den modernen Polyarchien attestiert, stellt die Existenz sozialer Ungleichheit, resultierend aus der kapitalistischen Form von Eigentumsverhältnissen und sozialer Arbeitsteilung, dar. Obwohl Dahl historisch und theoretisch einen positiven Zusammenhang zwischen Demokratie und einer dezentralisierten sowie auf individuellem Privateigentum basierenden Marktwirtschaft einräumt, hebt er doch gleichzeitig auch die demokratiefeindlichen Effekte dieser Wirtschaftsform hervor. Die Verletzung demokratischer Normen wird somit also nicht auf politische Faktoren allein zurückgeführt, sondern explizit auch im sozioökonomischen Bereich verortet, insbesondere in der Verknüpfung von Privateigentum an und Verfügungsgewalt, d.h. der zentralen Entscheidungsgewalt, über große ökonomische Unternehmen.

Die Analyse des gegebenen Verhältnisses von Demokratie und Arbeit mündet bei Dahl in die Kritik, dass aus der kapitalistischen ebenso wie aus bestimmten Formen sozialistischer Wirtschaftsweisen tendenziell eine derartig ungleiche Verteilung von sozialen und ökonomischen Ressourcen resultiert, dass die Kri-

10 Dahl verweist z.B. auf eine sozialistische Ökonomie, deren Produktionsmittel sich in Staatsbesitz befinden, die die Koordination von Preisen und Ressourcen aber einem Markt bzw. der unternehmensinternen Selbststeuerung durch Partizipation aller Beschäftigten überlässt. Ansätze hierfür sieht er im jugoslawischen System des Sozialismus' unter Tito, in dem eine zentralisierte Form des Eigentums mit dezentralisierten Steuerungsmechanismen kombiniert wurde. Ein Beispiel für private Eigentumsformen von ökonomischen Einheiten und ein Ersetzen des Marktes als dezentralisiertes ökonomisches Steuerungsprinzip durch den Staat als zentrale Steuerungs- und Koordinationsinstanz stellen die Kriegswirtschaften der USA und Großbritanniens im zweiten Weltkrieg dar (vgl. Dahl 1993; 1990b, 113-115). Theoretisch rekurriert er zur Widerlegung der liberalen These, dass nur private Eigentumsformen mit einer Marktwirtschaft vereinbar sind – wie sie u.a. von Mises, Robbins und von Hayek vertreten wird – auf das theoretische Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft nach Lange und Dickinson (vgl. Dahl 1940).

terien politischer Gleichheit und des demokratischen Prozesses dauerhaft und nachhaltig verletzt werden. Entscheidend ist das Verhältnis von Demokratie und Ökonomie für ihn insbesondere auch in Hinblick auf die weitere Demokratisierung bestehender Polyarchien. Eine der zentralen Herausforderungen für die demokratische Transformation von Polyarchien bildet die ökonomische Ordnung derselben (Dahl 2001b; 1998a, 181-183; 1990b, 87, 96-115; 1989, 312, 324-332; 1971). Als Demokratietheoretiker stellt er sich dieser Herausforderung, indem er auch konzeptionell versucht, ökonomische Alternativen zu formulieren, die eher mit demokratischen Normen und Werten zu vereinbaren sind. Dahl beschränkt sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit somit nicht nur auf die Analyse und Kritik bestehender Verhältnisse zwischen Demokratie und Arbeit. Es handelt sich bei seinen alternativen Überlegungen allerdings nicht um ein abgeschlossenes und vollständig ausgearbeitetes Konzept.[11] Unterscheiden kann man im Rahmen seiner konzeptionellen Überlegungen aber zwischen einer gesamt- und einer einzelwirtschaftlich orientierten Argumentationslinie. Erstere zielt auf die Steuerung und Koordination des ökonomischen Geschehens insgesamt, also auf die angemessene Ordnung einer Ökonomie in der Demokratie (1.2.2), und letztere auf die Frage nach Kontroll- und Entscheidungsbefugnissen innerhalb einzelner ökonomischer Einheiten, d.h. auf die Frage nach Demokratie in der Ökonomie, also Wirtschaftsdemokratie (1.2.3).

1.2.2 Die angemessene Ordnung einer Ökonomie in der Demokratie

Die Frage, wie eine Ökonomie verfasst und strukturiert sein muss, damit sie sich demokratieverträglich und -förderlich entfalten kann, treibt Robert Dahl bereits seit seiner Dissertation um. In dieser Arbeit hat er 1939/1940 verschiedene Steuerungsformen sozialistischer Systeme auf ihre Demokratiefähigkeit hin untersucht (vgl. Dahl 1998b, 388; 1986, 21-24). In seinen frühen Publikationen beschreibt Dahl die ideale ökonomische Ordnung für eine Demokratie im Anschluss an Lange und Dickinson zunächst explizit als „market-socialism“ (Dahl 1986, 23; 1940, 35-38).[12] Viele Jahre des Studiums der Empirie demokratischer und nichtdemokratischer Gesellschaften lassen ihn im Laufe der Zeit sowohl in Hinblick auf die Machbarkeit als auch auf die Wünschbarkeit einer einzigen universellen Lösung für die Gestaltung der ökonomischen Ordnung zunehmend von diesem konkreten Ideal abrücken. In „A Preface to Economic Democracy“ (Dahl 1985) – jenem Buch, in dem er eine umfassende und systematische Argumentation für die Demokratisierung der Ökonomie entfaltet – entwickelt er fünf Ziele für eine ökonomische Ordnung, die möglichst demokratieverträglich und -förderlich ist. Es handelt sich hierbei um Ziele, die nicht ausschließlich auf seine demokratietheoretischen Überlegungen zurückgehen, sondern auch gerechtigkeitstheoretische und ökonomische Aspekte einbeziehen (vgl. Dahl 1985, 84-91):

1. Politische Gleichheit: Die beste ökonomische Ordnung erzeugt eine Verteilung politischer Ressourcen, die die Verwirklichung der fünf zentralen demokratischen Ziele (gleiches Wahlrecht, effektive Partizipation, aufgeklärtes Verständnis/Bewusstsein, vollständige Inklusion und abschließende Kontrolle über die politische Agenda) befördert. Wie genau diese Verteilung aussieht, lässt sich nach Dahl nicht bestimmen. Verschiedene gleichermaßen zufriedenstellende Verteilungssituationen sind denkbar. Zu den kritischen politischen Ressourcen zählt Dahl nicht nur ökonomische, wie Einkommen und Reichtum, sondern auch Wissen und Fähigkeiten (vgl. Dahl 1985, 85).
2. Fairness: Die beste ökonomische Ordnung orientiert sich nicht nur an politischer Gleichheit, die eine, aber nicht die einzige Form distributiver Gleichheit darstellt. Dahl konzipiert Gerechtigkeit oder Fairness als eine gesamtgesellschaftliche Anforderung, die sich in verschiedenen Sphären in ihrer je eigenen Art darstellt. Eine dieser Sphären bildet der Bereich ökonomischer Aktivität, in dem es um Verteilungsgerechtigkeit der ökonomischen Ressourcen geht: „Among the spheres to which the requirements of justice apply is, of course, the distribution of economic resources – that is economic fairness“ (Dahl 1985, 85).

11 Verschiedene zentrale Aspekte und Fragen werden in „A Preface to Economic Democracy“ (1985) verdichtet und als zukunftsfähige Vision der Demokratie bzw. Anforderungen an eine in ihrer Entwicklung fortgeschrittene demokratische Gesellschaft an verschiedenen anderen Stellen seines Werkes skizziert (u.a. Dahl 2006; 2001b; 1998a, 180-188; 1997a; 1993, 275-279; 1992; 1990a, b; 1989, 322-341; 1987; 1973; 1940).

12 Obwohl Dahl die Verknüpfung von Privateigentum an und Entscheidungsgewalt über Produktionsmittel in einer kapitalistischen Ökonomie für ein entscheidendes institutionelles Hindernis bei der fortschreitenden Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft hält, war er nie Marxist. Er lehnt die marxistische ökonomische Theorie in Gestalt der objektiven Wertlehre ab und hält die neoklassische Gleichgewichtstheorie als Konzeption einer Marktökonomie für überzeugender. Kritisch äußert er sich auch zu den demokratietheoretischen Implikationen orthodoxer marxistischer Theorie (vgl. Dahl 1993, 261-263; 1948).

3. Effizienz: Die beste ökonomische Ordnung muss so effizient wie möglich sein, d.h. das Verhältnis zwischen dem Einsatz knapper Ressourcen und dem ökonomischen Output soll optimal sein, um die Verschwendung knapper Ressourcen zu verhindern (vgl. Dahl 1985, 86). „For if it were inefficient, then we would needlessly squander our scarce resources and so live more poorly than we need – which is irrational" (ebd.).
4. Beförderung von Tugend („virtue") und Intelligenz („intelligence") der Bürgerinnen und Bürger: Hierbei handelt es sich um Kriterien, die John Stuart Mill zur Identifizierung von „a good form of government" (Dahl 1985, 87) zu Rate gezogen hat. Dahl räumt ein, dass es sich zwar um eher vage Kriterien allgemein menschlicher Eigenschaften handelt, die als Konzept noch dazu sehr umstritten sind. Dennoch ist er der Ansicht, dass man auch eine gute Ökonomie daran erkennt, dass sie dazu tendiert „to strengthen beliefs and conduct upholding personal honesty, say, or willingness to assume responsibility for the foreseeable consequences of one's actions" (ebd.).
5. Ökonomische Freiheit: Hier unterscheidet Dahl zwischen einer Minimal- und einer Maximaldefinition ökonomischer Freiheit. Die Minimaldefinition basiert auf einem negativen Freiheitsverständnis: „(...) that is, no one would have the right to prevent any other person from exercising the right to aquire personal economic resources whenever an opportunity exists to exercise that right in a way that is not harmful to the equal right of another" (Dahl 1985, 88). Die Maximaldefinition umfasst darüber hinaus eine positive Garantie ökonomischer Freiheit: „(...) that is, our social order would ensure that such opportunities actually existed for each of us" (ebd.). Auch ökonomische Freiheit wird hier von Dahl nicht nur als die Abwesenheit von Zwang bei der Ausübung eines Rechts begriffen, sondern als die Ermöglichung zum Handeln, welche nicht voraussetzungslos gegeben ist.

Im nächsten Schritt erörtert Dahl vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen die Tauglichkeit bekannter ökonomischer Formen. Als unvereinbar mit den fünf Zielen erscheint ihm eine bürokratisch organisierte sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft („bureaucratic socialism"), weil sie eine ausgeprägte Machtkonzentration in den Händen der Regierung nach sich zieht. Gelten die oben genannten fünf Ziele als normative Orientierung für ökonomisches Handeln, so ist anzunehmen, dass „a desirable economic order would disperse power, not concentrate it" (Dahl 1985, 89; vgl. auch Dahl 1971, 48-61). Auch wenn wichtige ökonomische Aspekte einer zentralen Kontrolle unterstellt wären, so sollte das Handeln in der Ökonomie so weit als möglich in Gestalt von „relatively, though not completely, autonomous enterprises" (ebd.) erfolgen. Um

eine wirksame Dezentralisierung von Macht und Kontrolle zu erreichen, hält Dahl es für unumgänglich, dass wichtige Unternehmensentscheidungen über den Einsatz von Ressourcen, die Art der Endprodukte, Preise, Löhne und die Verwertung von Gewinnen „would have to be made mainly or entirely at the level of the individual enterprise" (Dahl 1985, 90). Die Koordination dieser Einzelentscheidungen sollte über den Markt erfolgen, der den unternehmensinternen Entscheidungen in gewisser Weise externe Beschränkungen setzt. Gleichwohl plädiert Dahl nicht für eine unregulierte oder selbst regulierte Ökonomie, sondern für eine Wirtschaftsform

> „(...) that would decentralize many significant decisions among relatively autonomous economic enterprises, which would operate within limits set by a system of markets, and such democratically imposed laws, rules and regulations as we may believe are necessary to achieve our goals" (Dahl 1985, 90).

In seinen jüngeren Schriften fügt Dahl diesen eher abstrakten Ausführungen zur angemessenen ökonomischen Verfassung einer Demokratie keine konkreteren Vorstellungen hinzu. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass er sich weder aufgrund der Reflexion historischer Erfahrungen verschiedener Länder noch aufgrund von theoretischen Überlegungen in der Lage sieht, ein einziges stabiles und für alle marktwirtschaftlich funktionierenden Demokratien ähnliches Muster der komplexen Verschränkung von Markt und Staat zu identifizieren:

> „There is no convincing evidence that points to the existence of a Platonic ideal equilibrium towards which these various patterns converge. On the contrary, there are strong reasons for concluding that 1) different countries will continue to display different patterns of market competition, regulation, and intervention, and 2) the pattern within any particular country will continue to change together with changes in the society, the economy, the political forces, and the ideas, beliefs, perceptions, and values of its people" (Dahl 1992, 87).

Etwas konkreter werden seine Erörterungen zum Zusammenhang von Demokratie und Arbeit allerdings im Kontext der Frage, ob und wie Ökonomie demokratisch gestaltet werden kann.

1.2.3 Demokratie innerhalb der Ökonomie

Dahl widmet einen beträchtlichen Teil seiner Studien der Frage, wie Demokratie in die Ökonomie gebracht werden kann, d.h. wie der demokratische Prozess auf sehr große ökonomische Unternehmen ausgeweitet werden kann und wie dies zu rechtfertigen ist (vgl. u.a. Dahl 2001b; 1987; 1986; 1985; 1984b; 1973; 1970; 1947).

In der Argumentation von Dahl können dabei verschiedene Aspekte unterschieden werden. Er setzt sich erstens mit der Frage auseinander, ob und wie sich Demokratie in der Ökonomie mit Blick auf die zwei zentralen Qualifikationsmerkmale (Bedarf an bindenden Entscheidungen; grundsätzlich gleiche Qualifikation aller Mitglieder) einer demokratischen Gemeinschaft rechtfertigen lässt. Zweitens prüft er, ob und welche positiven Implikationen eine Demokratisierung der Ökonomie für die Demokratie hat. Drittens erörtert er, mit welchen Problemen demokratische Unternehmen konfrontiert sind und warum fast alle historischen Beispiele gescheitert sind.

Das Rechtfertigungskriterium der bindenden Kollektiventscheidungen überprüft Dahl in Hinblick auf die Frage, inwiefern es sich bei Entscheidungen in einem Unternehmen für die dort Beschäftigten um bindende Entscheidungen handelt. Sind Beschäftigte in derselben Art und Weise an Unternehmensentscheidungen gebunden und auf sie zu verpflichten, wie Bürgerinnen und Bürger einer liberalen Demokratie an und auf Gesetze? Innerhalb der liberalen Demokratie sind alle Mitglieder, selbst jene, die persönlich gegen bestimmte Gesetze sind, gezwungen, ihnen Folge zu leisten (staatliches Gewaltmonopol). Demokratisch zustande gekommene Gesetze müssen auch von oppositionellen Minderheiten befolgt werden. Gegen ein demokratisches Prinzip in der Wirtschaft lässt sich in klassisch liberaler Doktrin anführen, dass es sich bei einem Unternehmen nicht um einen Staat, sondern um einen Marktplatz handelt, auf dem die Akteure jeweils individuelle, auf Freiwilligkeit gründende Austauschbeziehungen eingehen (vgl. Dahl 1985, 113f.; 1984b, 54f.). Diese Ansicht widerspricht in Dahls Augen der Realität:

> „Like the government of the state, the government of a firm makes decisions that apply uniformly to all workers or a category of workers: decisions governing the place of work, time of work, product of work, minimally acceptable rate of work, equipment to be used at work, number of workers, number (and identity) of workers laid off in slack times, and whether there is to be any work at all – or if, instead, the plant is to be shut down. These decisions are enforced by sanctions, including the ultimate sanction of firing" (Dahl 1984b, 55).

Kritiker eines demokratischen Prinzips für die Wirtschaft wenden ein, dass eine beschäftigte Person den Entscheidungen des Managements immer freiwillig folgt (da sie das Unternehmen auch verlassen kann), während Bürgerinnen und Bürger gezwungen sind, Gesetze zu befolgen. Dahl hingegen sieht die Beschäftigten in einer ähnlichen Zwangslage: „because exit is too costly, membership in a firm is not significantly more voluntary or less compulsory than citizenship in a municipality or perhaps even in a country" (Dahl 1984b, 55).

Ebenfalls erfüllt sieht Dahl das Kriterium der gleichen Qualifikation aller Personen, die innerhalb eines Unternehmens tätig sind. Er verweist darauf, dass hierunter nicht zu verstehen ist, dass alle Beschäftigten die gleichen beruflichen Qualifikationen aufweisen oder gar dieselben Tätigkeiten ausführen.

> „[T]he strong principle of equality does not require that citizens be equally competent in every respect. It is sufficient that they are qualified enough to decide which matters do or do not require binding collective decisions, citizens are competent to decide whether they are themselves sufficiently qualified to make the decisions collectively through the democratic process; and on matters they do not feel competent to decide for themselves, they are qualified to set the terms on which they will delegate these decisions to others" (Dahl 1984b, 56).

Dahl kann sich nur für kleine Unternehmen Verfahren direkter Partizipation vorstellen. In allen anderen Unternehmensformen würden die Beschäftigten wahrscheinlich einen Teil der Entscheidungen an ein Management delegieren. In großen Unternehmen würde voraussichtlich ein Entscheidungsgremium installiert, an das die Personalentscheidungen für die Führungsebenen des Unternehmens delegiert werden.

> „Except in very large enterprises the workers might constitute an assembly for legislative purposes – to make decisions on such matters as the workers choose to decide, to delegate matters they prefer not to decide directly, and to review decisions on matters they had previously delegated as well as the conduct of the board and the managers in other ways. In very large firms a representative government would have to be created" (Dahl 1987, 199; vgl. auch Dahl 1989, 331f.; 1985, 113-118).

Dahl hält die Beschäftigten eines Unternehmens für mindestens ebenso gut, wenn nicht sogar besser qualifiziert, Entscheidungen über Produktionsabläufe und -gestaltung zu treffen als die bisher (formell) damit Beauftragten. Die Kapitalgeber eines Unternehmens seien als externe Akteure nicht in das Geschehen innerhalb eines Unternehmens eingebunden und ihre Kenntnisse stützten sich ausschließlich auf Berichte und Darstellungen des Managements, das sie eigentlich kontrollieren sollten (vgl. Dahl 1989, 331f.; 1987, 199; 1985, 119).

Da die Kriterien, die eine menschliche Gemeinschaft als eine demokratische Assoziation identifizieren, für die Beschäftigten eines Unternehmens erfüllt sind, gilt in Dahls Augen auch hier das Recht auf demokratische Selbstbestimmung:

> „If democracy is justified in governing the state, then it is also justified in governing economic enterprises. What is more, if it cannot be justified in governing economic enterprises, we do not quite see how it can be justified in governing the state. Members of any association for whom the assumptions of the democratic process are valid have a *right* to govern themselves by means of the democratic process. If, as we believe, those assumptions hold among us, not only for the government of the state

but also for the internal government of economic enterprises, then we have a *right* to govern ourselves democratically within our economic enterprises" (Dahl 1985, 134f.; Hervorhebung im Original) (vgl. auch Dahl 1989, 327).

Dahl plädiert in seinem Konzept für eine Ordnung der Wirtschaft, die auf den Prinzipien von Markt *und* Demokratie basiert. Innerhalb der einzelnen Wirtschaftsunternehmen sind alle Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse so weit wie möglich nach Maßgabe der Kriterien eines demokratischen Prozesses zu organisieren. Er bezeichnet Unternehmen, die diesen Anforderungen genügen, als „self-governing enterprises" (Dahl 1985, 91). Eines der wesentlichen demokratischen Merkmale, das gleiche Stimmrecht, bedeutet übertragen auf ökonomische Organisationen, dass alle Beschäftigten einer Firma wie Bürgerinnen und Bürger eines Staates über eine Stimme verfügen und dass alle Stimmen gleich wiegen. Ein demokratisch gestaltetes Steuerungs- und Führungskonzept für Unternehmen impliziert, dass alle unternehmensrelevanten Entscheidungen, wie z.B. die Festlegung der Lohnhöhe oder die Verwendung der Erträge, d.h. die Entscheidung ob und wie viel davon reinvestiert oder an die Beschäftigten umverteilt wird und in welcher Form dies erfolgt, alle Beschäftigen treffen. Die freie Wahlentscheidung wird dabei allerdings von ökonomischen Rationalitäten (wie z.B. das Verhältnis von Kosten und Erlösen) eingegrenzt. Die Mitglieder des Unternehmens müssen außerdem entscheiden, ob Entscheidungen von allen direkt getroffen werden, oder ob Repräsentanten bestimmt werden, z.B. Manager, an die diese Entscheidungen delegiert werden (vgl. Dahl 1985, 92-94).

Insgesamt sieht Dahl drei positive demokratische Implikationen, die mit seinen Vorstellungen von Demokratie in der Ökonomie im Sinne von „self-governing enterprises" einhergehen:

> „First, that democracy within firms would improve the quality of democracy in the government of the state by transforming its members into better citizens. Second, that it would improve the quality of democracy in the government of the state by facilitating greater political equality among citizens. Third, that it would extend political self-determination to a sphere of government – the government of economic enterprises – in which hierarchic authority typically prevails" (Dahl 1987, 196).

Das Argument, dass Demokratie als Entscheidungsprinzip in ökonomischen Angelegenheiten einen Beitrag zur Qualifizierung der Demokratie als Regierungsform des Staates leiste, wird insbesondere auch von partizipatorischen Demokratiekonzepten vertreten. Indem Bürgerinnen und Bürger als Beschäftigte an den Entscheidungsprozessen und -strukturen in der Ökonomie beteiligt werden, steigern sie ihre demokratische Kompetenz und werden somit zu besseren Staatsbürgerinnen und -bürgern. Sie lernen Kooperation und erfahren, dass

die Maximierung des Eigeninteresses nicht in jedem Fall die individuell beste Lösung hervorbringt. Kooperation und Partizipation stärken Vertrauen sowohl in andere Menschen als auch in die eigenen Handlungs- und Gestaltungsfähigkeiten. Gestärkt werde auch das individuelle Verantwortungsbewusstsein (vgl. Dahl 1985, 94-100). Da empirische Analysen partizipatorischer Unternehmensorganisation den Zusammenhang zwischen ökonomischer Demokratie und der Steigerung individueller demokratischer Kompetenzen und Fähigkeiten aber nicht eindeutig bestätigen können (vgl. Dahl 1985, 97f.), hält Dahl die beiden anderen Implikationen für entscheidender.

Politische Gleichheit unter den Bürgern würde zunehmen, da in „self-governing enterprises" die Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung ökonomischer Ressourcen in mancher Hinsicht anders ausfallen würden als in kapitalistischen Unternehmen. Es lassen sich zwar keine theoretisch abgeleiteten Aussagen darüber machen, wie die Beschäftigten einer „self-governing enterprise" entscheiden und welche Ergebnisse daraus resultieren. Zu erwarten sei aber beispielsweise eine geringere Einkommensspreizung als bisher (vgl. Dahl 1987, 197; 1985, 102-107). Die positiven Effekte in Hinblick auf politische Gleichheit könnten allerdings durch Ungleichheiten, die aufgrund des Marktmechanismus' zwischen den Unternehmen entstehen, konterkariert werden. Deshalb muss es über das demokratische Selbstbestimmungsverfahren in Unternehmen hinaus weiterhin regulierende und umverteilende Maßnahmen geben (vgl. Dahl 1987, 197; 1985, 108). Die wichtigste demokratische Implikation besteht in Dahls Augen aber letztendlich darin, dass sich über „a system of self-governing enterprises" hierarchische Regierungsformen, unter denen eine sehr große Zahl von arbeitenden Menschen viel Zeit ihres Lebens verbringen, in demokratische Regulationsformen transformieren (vgl. Dahl 1987, 198).

Obwohl „self-governing enterprises" positive Beiträge für die Entwicklung und qualitative Verbesserung der Demokratie versprechen, sind sie bisher nur selten und noch seltener langfristig erfolgreich verwirklicht worden. Das zentrale Hindernis bei der Umsetzung von demokratischer Selbstbestimmung in der Ökonomie sieht Dahl in den eingeführten kapitalistischen Eigentumsformen ökonomischer Unternehmen und der damit einhergehenden ideologischen Verknüpfung von privaten Eigentumsrechten mit zentralisierten Entscheidungs- und Kontrollbefugnissen in einem Unternehmen.[13] Für „self-governing enterprises"

13 Einer der von Dahl ausführlich diskutierten Einwände gegen demokratische Selbstbestimmung in der Ökonomie besteht in dem liberalen Axiom, dass Privateigentum an Produktionsmitteln entweder als unhintergehbares moralisches Recht postuliert

sind im Unterschied zur vorherrschenden Form des (mehr oder weniger) individuellen Privateigentums an Unternehmen andere Eigentumsformen wünschenswert. Dahls präferierte Eigentumsform stellt „cooperative ownership" dar. Hierbei handelt es sich um ein genossenschaftliches Prinzip, wonach alle Beschäftigten gemeinsam Eigentümer des Unternehmens werden. Ihre Mitbestimmungsrechte leiten sich dabei nicht aus ihrem individuellen Eigentumsanteil an dem Unternehmen ab, sondern aus der Mitgliedschaft in einem Kollektiv (vgl. Dahl 1985, 141f., 148-150).

> „As in any territorial democratic unit, the rights of citizenship in the enterprise are determined not by ownership, but by membership. Just as citizenship in a democratic country entitles one to full and equal rights as a member of a polity, but does not entitle one to claim ownership of an individual share of the country's wealth, so too in a cooperatively owned enterprise members have full and equal rights but cannot lay claim to a share in the assets or net worth of the firm to dispose of as they choose. Instead, each member is entitled to an internal account to which an alloted share of surplus revenues is allocated, according to distributive principles adopted democratically by the members" (Dahl 1987, 198f.).

Aus dem Vergleich zwischen gescheiterten und erfolgreichen Produktionsgenossenschaften filtert Dahl drei Punkte heraus, die einen großen Einfluss auf den ökonomischen Erfolg solcher Unternehmen haben. Damit „a system of economic enterprises collectively owned and democratically governed" ökonomisch überleben kann, bedarf es einer unterstützenden Struktur, die sicherstellt, dass folgende Bedarfe gedeckt werden können: a) ein systematisches Bemühen zur kontinuierlichen Weiterbildung von Managern (vgl. Dahl 1987, 200; 1984b, 59f.). b) Beschäftigte einer erfolgreichen „self-governing enterprise" könnten dafür optieren, keine neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen, weil sich dadurch ihre eigenen Anteile am Überschuss reduzieren. Um dies zu verhindern, braucht es neue Formen von demokratisch kontrollierten Investmentfonds (vgl. Dahl 1987, 200; 1984b, 57-59). c) Unterstützung brauchen „self-governing enterprises" auch im Bereich der Innovationen und bei Firmenneugründungen (vgl. Dahl 1987, 201).

---

wird oder aus einer utilitaristischen Perspektive behauptet wird, dass Privateigentum an Produktionsmitteln sowohl individuell als auch gesellschaftlich von Vorteil ist, da es Werte wie Effizienz, ökonomischen Fortschritt und politische Freiheit befördert. Dahl argumentiert ausführlich, dass es weder moralisch zu rechtfertigen ist, Eigentumsrechte für höherrangig zu halten als demokratische Selbstbestimmungsrechte, noch dass es eine überzeugende utilitaristische Begründung dafür gibt (vgl. Dahl 1985, 62-83; 1977, 146f.).

Konzeptionell hält Dahl in Hinblick auf eine demokratieverträgliche Form der Ökonomie somit am Prinzip einer (regulierten) Marktwirtschaft fest, postuliert aber keineswegs den für das liberale Politikparadigma charakteristischen normativen Zusammenhang zwischen ökonomischer sowie politischer Freiheit und dem kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln.

> „Whether a predominantly market economy requires that economic enterprises be owned and controlled in their prevailing capitalist forms is, by contrast, much less certain. The 'internal governments' of capitalist firms are typically undemocratic; sometimes, indeed, they are virtually managerial despotisms. Moreover, the ownership of firms and the profits and other gains resulting from ownership are distributed in highly unequal fashion. Unequal ownership and control of major economic enterprises in turn contribute massively to the inequality in political resources (...) and thus to extensive violations of political equality among democratic citizens" (Dahl 1998a, 182).

1.2.4 Demokratietheoretisch relevante Einsichten zu Arbeit

Robert Dahl begreift Ökonomie im Sinne *politischer* Ökonomie. Er konstatiert, dass die im späten 19. Jahrhundert erfolgte akademische Trennung in neoklassische Ökonomie einerseits und politische Wissenschaft andererseits zur Konsequenz hat, dass Politologen heute ebenso wenige bzw. keinerlei Kenntnisse ökonomischer Theorie besitzen wie neoklassische Ökonomen Wissen über das politische Leben zum Inventar ihres Forschungshandwerks zählen (vgl. Dahl 1997, 6).

Zentral für Dahls Verständnis von Politischer Ökonomie ist die Annahme, dass der gesellschaftliche Bereich ökonomischen Handelns in seiner Komplexität von der ökonomischen Theorie, so elaboriert ihre abstrakten theoretischen Modelle auch sind, nur unzureichend erfasst und analysiert werden kann. Die Begrenztheit ökonomischer Theorieinstrumente sieht Dahl darin, dass sie komplexe Formen sozialer Koordinationsprozesse ausschließlich in individuelles Wahlverhalten unabhängiger und rational agierender Individuen auflösen und dabei auch Macht und Autorität aufgehen lassen in freiwilligen Verträgen sowie Tauschhandlungen und Transaktionen, in die Produzenten (Arbeitgeber) und Konsumenten (Arbeitnehmer) als unabhängige Akteure eintreten (vgl. Dahl 1989, 326). „In the standard economic interpretation of capitalism, relations of power and authority do not exist. Their place is entirely taken by exchanges and contracts freely entered into by rational actors" (Dahl 1986, 9). Diese macht- und autoritätstheoretische Blindstelle erstreckt sich auch auf die Betrachtung der Art und Weise, wie ein Unternehmen geführt wird.

> „In the economic theory that justifies market capitalism, power dissolves into transactions between independent actors – entrepreneurs, consumers, workers. Even the

government of a firm is, in principle, nothing more than a set of transactions. A firm is not a state, and the 'government' of a firm is not equivalent to the government of the state" (Dahl 1997c, 548).

Abgeleitet aus kapitalistischen Eigentumsrechten, die Verfügungsgewalt und Kontrolle sichern, haben die Besitzer der Unternehmen das Recht, diese selbstständig zu führen. In welcher Form sie dies tun, ob hierarchisch oder gar despotisch, ist eine Frage, die nicht nur außerhalb der Reichweite der Theorie liegt, sondern auch als irrelevant gilt, weil postuliert wird, dass in einer Firma keine Regierung im Sinne von mit Macht und Autorität ausgestatteten Amtsinhabern existiert (vgl. Dahl 1989, 329). Zentrale Fragen nach Macht, Einfluss, Sanktionen und Legitimität, die von Dahl alle als Herrschafts- und Regierungshandeln („government") begriffen werden, liegen außerhalb der theoretischen Reichweite dieser Analyseinstrumente (vgl. Dahl 1959a, 3).

Dahl insistiert gegenüber einer Konzeption von Ökonomie mit macht- und autoritätstheoretischen Leerstellen auf einem Verständnis von Ökonomie und ökonomischen Einheiten als einem Kontext, in dem Macht- und Autoritätsbeziehungen nicht nur existieren, sondern auch erforderlich sind. Solche Beziehungen konstituieren für Menschen, die am produktiven Prozess eines Betriebes beteiligt sind, eine Regierung.

> „A large firm is also inherently a *political* system because the government of a firm exercises great power, including coercive power. The government of a firm can have more impact on the lives of more people than the government of many a town, city, province, state" (Dahl 1982, 184; Hervorhebung im Original).

Während Dahl der Ökonomie als wissenschaftlicher Disziplin eine machttheoretische Leerstelle attestiert, kritisiert er an der Politikwissenschaft, dass diese sich nicht für „relations between business and politics" interessiert.[14] Dahl hingegen

14 „What is written is more likely to come from the pen of a sociologist, an historian, a lawyer, or an economist than from a political scientist" (Dahl 1959a, 1). Für die späten 1950er Jahre hält Dahl fest, dass sich Politologen in den USA hinsichtlich des Verhältnisses von Ökonomie und Politik bestenfalls mit Fragen nach den Beziehungen zwischen Ökonomie und der politischen Ordnung Amerikas befassen oder den grundsätzlichen Konsequenzen für die politische Ordnung Amerikas, wie sie aus der Organisation der Businesswelt resultieren. Die in seinen Augen wirklich relevanten und interessanten Fragen, nämlich welcher Art die politische Ordnung ist, die durch Beziehungen und Verhältnisse innerhalb eines Unternehmens konstituiert wird und welche Art von politischer Ordnung durch die Beziehungen und Verhältnisse zwischen Unternehmen konstituiert wird, werden in der Politikwissenschaft nicht als disziplinrelevante Gegenstandsbereiche wahrgenommen (vgl. Dahl 1959a, 1-3).

vertritt ein Verständnis von „political order", das auch ökonomische Unternehmen einschließt.

> „The most comprehensive set of processes for making decisions we shall call the political order. From this point of view, an economic system is merely a special subsystem within the political order. It is the set of processes for making decisions on matters concerning the allocation of resources, the distribution of incomes, the stability of prices and employment, the choice of items to be produced, the rate of savings, investment and development, and efficiency in production" (Dahl 1959b, 342).

Ein Unternehmen verfügt in demselben Maß wie eine Gewerkschaft, eine religiöse Organisation oder der Staat über eine politische Ordnung. Die Politikwissenschaft studiert die politische Ordnung der Ökonomie bisher aber nicht: „Like the internal 'government' of the economic system, the internal government of the firm has been effectively proscribed to the economic theorist and ignored by the political scientist" (Dahl 1959a, 3). Analog zu einem machttheoretischen *bias* der ökonomischen Wissenschaft attestiert Dahl der Politikwissenschaft also ein beschränktes Politikverständnis in Hinblick auf die Ökonomie.

Ein politischer Aspekt des Ökonomieverständnisses von Dahl besteht darin, dass eine moderne Ökonomie – im Gegensatz zu ihrer privaten Verfasstheit in kapitalistischen Ländern – als Angelegenheit von gesellschaftlichem oder öffentlichem Interesse im Sinne einer *social* or *public* economy konzipiert und behandelt werden muss (vgl. Dahl 1982, 182f., 202-205). Diese erkenntnisleitende Grundannahme wurzelt in der Überzeugung, dass sich die grundsätzliche Rechtfertigung einer ökonomischen Ordnung daraus speist, wie sehr diese dazu beiträgt, bestimmte grundlegende Ziele sozialen Handelns zu erreichen:

> „The adequacy of its performance and alternatives for achieving better performance require social judgments and decisions. (...) Our notion of a good society is one in which the members seek the ends for social action by means of a public economy that is subject to the final say of a democratic government" (Dahl/Lindblohm 1953, x-vii).

Diese Auffassung konkretisiert sich im Laufe der Zeit. Anfang der 1970er Jahre beschränkt Dahl sich auf die Analyse der „giant corporation", hierunter fasst er alle sehr großen Unternehmen in den USA, die nicht dem Finanzsektor zuzurechnen sind. Dahl fixiert als axiomatische Prämisse, dass jedes sehr große Unternehmen konzeptionell als ein soziales Unternehmen („social enterprise") gedacht werden sollte, d.h. als eine Entität, deren Existenz und Entscheidungshandeln nur insoweit zu rechtfertigen sind, als sie einem öffentlichen oder sozialen Interesse („public or social purposes") dienen (vgl. Dahl 1973, 10; 1978, 194). Als „soziale" im Sinne von gesellschaftlichen Institutionen sind sehr große Unternehmen aber

auch deshalb anzusehen, weil sie trotz ihrer individualrechtlichen Eigentumsverfassung auf verschiedene gesellschaftliche Inputs zurückgehen und zugreifen:

> „It is inherently social in the sense that its very existence and function depend on contributions made by joint actions, past and current, that cannot be attributed to specific persons: the arrow of causation is released by 'social forces', history, culture, or other poorly defined agents" (Dahl 1982, 183f.).

Eine zweite politische Perspektive äußert sich in dem Verständnis, dass Ökonomie und Wirtschaftsunternehmen nicht nur soziale Systeme, sondern auch politische Ordnungen konstituieren: „Every large corporation should be thought of as a political system, that is, an entity whose leaders exercise great power, influence, and control over other human beings" (Dahl 1973, 11; vgl. auch Dahl 1982, 110). Das moderne industrielle Großunternehmen wird von Dahl in diesem Sinne als „corporate Leviathan" (Dahl 1990b, 96) charakterisiert. Den entscheidenden Faktor bei der Untersuchung der Funktionsweise der politischen Ordnung einer Ökonomie sieht Dahl darin, wie interne und externe Kontrollmechanismen funktionieren: Wie werden Entscheidungen getroffen, die den aktuellen Produktionsprozess ebenso wie langfristige Entscheidungen hinsichtlich der Entwicklung des Unternehmens betreffen? Wenn das Axiom akzeptiert wird, dass „a specific form of ownership is not a sufficient condition for a specific control relationship (...) then the question of control is theoretically prior to the question of ownership" (Dahl 1978, 194).

Im Rahmen eines solchen politischen Verständnisses von ökonomischen Unternehmen wird Demokratie als ein Koordinationsmechanismus im Sinne eines Prozesses zur Entscheidungsfindung und -kontrolle in der Ökonomie konzipiert und der Frage nach den externen Kontrollsystemen und internen Regierungsformen bestimmter ökonomischer Produktionseinheiten als „government of firms" nachgegangen.[15] In seiner demokratietheoretischen Argumentation spitzt Dahl die Ansicht, dass wirtschaftliche Produktionseinheiten politische Ordnungen konstituieren, auf die These zu, dass in einer Demokratie alle Regierungsformen, auch die eines Unternehmens, demokratischen Kriterien genügen müssen. Er

15 Zentraler Gegenstand der Auseinandersetzung ist das Thema u.a. in folgenden Arbeiten: „Social Reality and 'free' Markets" (1990a); „On the Theory of Democratic Socialism" (1940); „Workers' Control of Industry and the British Labor Party" (1947); „Business and Politics" (1959a); „Governing the Giant Corporation" (1973); „Democracy in the Workplace" (1984b); „A Preface to Economic Democracy" (1985), darin Kapitel 4: The Right to Democracy within firms; „Sketches for a Democratic Utopia" (1987).

räumt allerdings ein, dass dieser Standpunkt in der Demokratietheorie bisher abgelehnt wird. Jedenfalls fühlt sie sich nicht zuständig für die Frage nach einer angemessenen internen (oder auch externen) Regierungsform eines Unternehmens. Sowohl die ökonomische als die politische Theorie begreifen interne Führungs- und Kontrollprozesse eines Unternehmens nicht als Regierung, da es sich bei einem Unternehmen nicht um eine staatliche Institution handele (Dahl 1986, 11).

1.3. Würdigung und Kritik des Ansatzes

Abschließend werden jene Aspekte aus Dahls Auseinandersetzung um eine prozedurale Konzeption von Demokratie zusammengestellt, in denen insbesondere dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit Rechnung getragen und nachgegangen wird. Es konnte gezeigt werden, dass Arbeit in Dahls Untersuchungen und Überlegungen zur prozeduralen Demokratie implizit eine zentrale Rolle spielt. Als Kategorie taucht Arbeit dabei allerdings nicht unmittelbar auf, sondern vermittelt über die Kategorien der Ökonomie und des Wirtschaftssystems. Dahls prozedurale Demokratiekonzeption enthält vor allem auch einen wichtigen Beitrag zu Überlegungen in Hinblick auf das, was man eine „Politische Ökonomie der Demokratie" nennen könnte.

Der Demokratietheoretiker formuliert als eine zentrale Einsicht aus seinen Untersuchungen zeitgenössischer Demokratien, die von ihm als Polyarchien charakterisiert werden, einen widersprüchlichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Kapitalismus. Die moderne kapitalistische Produktionsweise erweist sich der demokratischen Entwicklung bis zum Niveau einer Polyarchie in der Summe als durchaus zuträglich. Für die weitere Demokratisierung zeitgenössischer Polyarchien erweist sich der Kapitalismus aber als ein ernstzunehmendes Hindernis. Auf dieser Erkenntnis fußt in Dahls demokratietheoretischen Überlegungen sodann die Frage, wie eine der Demokratie angemessene Ordnung der Ökonomie aussehen könnte bzw. welche zentralen Fragen in diesem Zusammenhang aufzuwerfen sind. Dahl leitet aus demokratietheoretischen, gerechtigkeitstheoretischen und ökonomischen Überlegungen fünf Ziele für eine möglichst demokratieverträgliche und -förderliche ökonomische Ordnung ab: politische Gleichheit auch als eine Form distributiver Gerechtigkeit, Fairness, Effizienz, die Beförderung von menschlichen Fähigkeiten wie 'Tugend' und 'Intelligenz' sowie ökonomische Freiheit. Letztere begreift er einerseits als negative Freiheit, d.h. als das Recht, dass niemand an der Ausübung ökonomischer Tätigkeiten gehindert werden soll. Andererseits versteht Dahl unter ökonomischer Freiheit aber auch

Freiheit in einem positiven Sinn. Alle sollen nicht nur das Recht, sondern auch die Möglichkeit haben sich am ökonomischen Handeln zu beteiligen, d.h. dass die soziale Ordnung allen Gesellschaftsmitgliedern die Teilhabe an entsprechenden Handlungsmöglichkeiten garantiert.

In dem durch diese Ziele vorgegebenen Rahmen ist für den Demokratietheoretiker aber weder empirisch noch konzeptionell ein einheitliches und universelles Regulationsmuster der Ökonomie in Demokratien erkennbar. Er kommt zu dem Schluss, dass verschiedene Muster der komplexen Verschränkung marktlicher und staatlich-politischer Regulationsformen denkbar und zielführend sind. In diesem Sinne hat sich Dahl in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wiederholt auch in die Auseinandersetzungen um die Etablierung von demokratischen politischen Systemen und marktwirtschaftlich verfassten Ökonomien in den ehemals staatssozialistischen Ländern eingemischt. Er ist hier als ein nachhaltiger Verfechter der Demokratie und ein steter Mahner vor den nicht demokratieverträglichen Effekten unregulierter Märkte aufgetreten.[16] Dahls systematische Untersuchungen zum Zusammenhang von Demokratie und Ökonomie, deren Anfänge in der Auseinandersetzung um den Zusammenhang von Politik und Ökonomie in den 1950er und 1960er Jahren liegen und schwerpunktmäßig in den 1970er und 1980er Jahren stattfanden, müssen sicherlich auch vor dem Hintergrund ihrer zeitgeschichtlichen Einbettung in die Systemkonkurrenz zwischen kapitalistisch verfassten liberaldemokratischen und sozialistisch verfassten autoritären Regimen betrachtet werden. Dahls Werk wurde von dieser Auseinandersetzung sichtlich geprägt; seine Position innerhalb der Auseinandersetzung liegt – insbesondere was den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit angeht – allerdings quer zu den im Rahmen des Systemgegensatzes diskutierten Konfliktlinien. In der Frage nach einer der Demokratie angemessenen Regulationsweise der Ökonomie verschreibt sich das Konzept der prozeduralen Demokratie weder dem im liberalen Demokratiediskurs üblichen Diktum von der Demokratie als einem ausschließlich auf das politische System zu beschränkenden Verfahren politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung noch folgt es einer staatssozialistischen Auffassung, die die Politik quasi in der Ökonomie aufgehen lässt. Auch nach dem Ende der Systemkonkurrenz setzt sich Dahl unter den veränderten weltwirtschaftlichen und politischen Bedingungen weiter und durchaus im Gegensatz zum demokratietheoretischen *Mainstream* nicht nur mit der Frage nach den sozialen Bedingungen der Demokratie, sondern nach der Bedeutung

16 Vgl. hierzu insbesondere Dahl 1993, 1990a und den Artikel „Why Free Markets Are Not Enough“, der in diesem Kapitel als Überschrift zitiert wird (Dahl 1992).

des Sozialen, insbesondere der Ökonomie, für die Demokratie und als Aspekt der Demokratie auseinander.[17] Diese Dimensionen des Dahl'schen Demokratiekonzepts werden insbesondere in der bundesdeutschen demokratietheoretischen Auseinandersetzung bisher kaum zur Kenntnis genommen.

Im Folgenden werden jene Prämissen und kategorialen Voraussetzungen zusammengefasst, die es Dahl ermöglichen, seine Auseinandersetzung mit Demokratie – im Unterschied zum klassischen liberalen Demokratiediskurs – zum Sozialen hin zu öffnen. In einem zweiten Schritt werden die prozedurale Demokratie und Dahls „economic democracy“ als der Versuch, einen bestimmten Aspekt des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit in einen konzeptionellen Entwurf zur Demokratisierung der Ökonomie zu übersetzen, kritisch gewürdigt.

1.3.1 Prozedurale Demokratie und der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit

In dem Konzept der prozeduralen Demokratie von Robert Dahl wird das für den liberalen Demokratiediskurs charakteristische Verständnis von Politik an markanten Punkten gebrochen. Eine klassisch liberale Demokratiekonzeption beruht in aller Regel auf einem „engen“ Politikverständnis. Dabei wird Politik innerhalb eines dichotomen Zusammenhangs von öffentlich und privat als öffentliche Angelegenheit betrachtet und diese ausschließlich auf den Staat beschränkt. Unterschieden wird im liberalen Entwurf von diesem öffentlich-staatlichen Bereich der Politik ein gesellschaftlich-privater Bereich, in dem die Bürgerinnen und Bürger in Freiheit ihren Angelegenheiten nachgehen können. Die Aufgabe des demokratischen Staates besteht darin, gewisse grundlegende Freiheitsrechte dauerhaft zu sichern, die als Voraussetzung für die freie Selbstentfaltung der Individuen im gesellschaftlichen und politischen Bereich gelten. Als handlungstheoretische Grundlage dieses Politikbegriffs fungieren eine Vorstellung vom 'Bürger' in Gestalt eines autonomen Individuums sowie ein negatives Freiheitsverständnis. Das negative individualistische Freiheitskonzept des Liberalismus' erschöpft sich darin, dass individuelle Freiheitsrechte in Form von Grundrechten institutionalisiert und geschützt werden müssen.

Mit einem solchen Politikverständnis bricht Dahl insofern, als sein Freiheitsverständnis sich nicht in der Forderung nach der Fixierung bestimmter

17 Dies bezeugen insbesondere seine jüngeren Werke, in denen er die Auseinandersetzung um die Bedeutung von politischer Gleichheit als zentraler Norm der Demokratie in den Mittelpunkt rückt (vgl. Dahl 2006; 2001b; 1998a, b).

Grundrechte erschöpft, sondern Freiheit als ein demokratisches Verfahren begriffen wird, das prozedurale Gleichheit voraussetzt. Hierunter wird nicht nur die formale Rechtsgleichheit aller Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme am demokratischen Prozess verstanden, sondern auch der Anspruch, dass tatsächlich alle über die gleiche Möglichkeit der Teilhabe verfügen. Im Rahmen der prozeduralen Demokratie wird Ungleichheit nicht nur in Hinblick auf formale politische Ungleichheit problematisiert, sondern insbesondere auf soziale Ungleichheit, impliziert durch die ökonomische Ordnung.

Dahls prozedurale Demokratiekonzeption bricht das dichotome Verhältnis und die Trennung von Politik und Ökonomie partiell auf. Er unterscheidet zwar institutionell zwischen Politik und Ökonomie, dennoch begreift er Ökonomie in zweifacher Hinsicht als politisch: (1) In demokratischen Regimen mit kapitalistisch verfassten Ökonomien weist das Prinzip prozeduraler politischer Gleichheit einen sozialen *bias* auf: Das marktwirtschaftliche ökonomische System erzeugt ein signifikantes Maß an sozialer Ungleichheit. Diese übersetzt sich in politische Ungleichheit und unterläuft somit die Anforderungen prozeduraler Gleichheit. (2) Ökonomie gilt als politisch, weil sie einen gesellschaftlichen Bereich darstellt, in dem eine „Regierung" existiert und in dem sich Macht- und Autoritätsprozesse vollziehen. Somit gilt Robert Dahl insbesondere die Form der Ökonomie als ein genuines Demokratieproblem. Politik wird nicht auf das politische System beschränkt, sondern auf alle Systeme ausgedehnt, die durch politische Beziehungen gekennzeichnet sind. Im Rahmen dieses Politikbegriffs erstreckt sich auch die Reichweite der Demokratie auf mehr als die im klassischen liberalen Demokratiediskurs aufgeworfene Frage nach den „sozioökonomischen Voraussetzungen" der Demokratie (wie z.B. Lipset 2000; 1994; 1959; Lipset u.a. 1993; Vanhanen 1997; 1989). Es geht dabei um die demokratische Gestaltung von Steuerungs-, Entscheidungs- und Kontrollmechanismen in der Ökonomie selbst, und zwar auf der Ebene einzelner Unternehmen ebenso wie auf der Ebene der Beziehungen zwischen Unternehmen oder zwischen Unternehmen und dem Staat.

In Hinblick auf ein Konzept für die Demokratisierung der Ökonomie bricht Dahl mit der „besitzindividualistischen" Verfasstheit (Macpherson 1977) als zentraler Prämisse des liberalen Demokratiediskurses. Der Demokratietheoretiker hält zwar alternativlos an der Wünschbarkeit und Nützlichkeit von Märkten als dezentralem Steuerungsmechanismus für ökonomische Entscheidungen fest. Gleichwohl erachtet er die herrschende kapitalistische Eigentumsordnung und deren steuerungs- und entscheidungspolitische Implikationen für ökonomische Entscheidungen als ein ernsthaftes Hindernis bei der weiteren Demokratisierung

von Polyarchien. Die Frage nach der Demokratisierung der Ökonomie ist für Dahl eine Frage nach der Veränderung von Kontroll- und Entscheidungsmechanismen in der Ökonomie und somit letztlich eine Frage der Veränderung von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen.[18] Im Rahmen des Konzepts der prozeduralen Demokratie findet sich somit eine Infragestellung der ökonomischen Verhältnisse entwickelter Demokratie, die außerhalb eines sozialistischen oder marxistischen Kontextes sehr ungewöhnlich anmutet. Gleichwohl kann man Dahl nicht einer sozialistischen Tradition zurechnen. Der Reflexion über den Zusammenhang von Demokratie und Ökonomie fehlt die Einbettung in einen kritischen gesellschaftstheoretischen Entwurf, es wird darin lediglich von den Anforderungen des demokratischen Prozesses her argumentiert: „It asserts the intrinsic importance of political institutions independently of the class interests that may at any particular time be served by the outcomes" (Muhll 1977, 1096). Er hält dabei am individualistischen Prinzip der Politik des Liberalismus' ebenso fest wie am methodologischen Individualismus (vgl. Muhll 1977, 1094). Auch wenn Dahl kapitalistische Eigentumsverhältnisse in der Ökonomie nicht für eine sakrosankte Errungenschaft moderner Demokratie hält, sieht er die Lösung des ökonomischen Problems der Demokratie keinesfalls in der Verstaatlichung von Produktionsmitteln. Für die prozedurale Demokratie bzw. ihren Autor kann festgehalten werden, „that he saw the only route to democracy as being via systems of liberal democracy" (Ware 1998a, 398), wobei er betont, „how incomplete democratization had been so far" (ebd.). Gleichwohl – darauf verweist Cunningham – enthält prozedurale Demokratie nicht das Versprechen, dass sich alle sozialen Probleme ausschließlich durch weitere Demokratisierung lösen lassen (vgl. Cunningham 2005, 148).

1.3.2 Kritische Einsichten zur prozeduralen Demokratie und Dahls Konzeption von „economic democracy"

Dahl ist hinsichtlich der neoklassischen ökonomischen Theorie sensibel dafür, sie als theoretische Referenzfolie, aber auch als affirmative Rechtfertigungsideologie kapitalistischer Ökonomie zu identifizieren. Den affirmativen Charakter prozeduraler Demokratie in Bezug auf den in den real existierenden repräsentativen Massendemokratien herrschenden Geschlechterbias nimmt er hingegen kaum wahr. Der *gender gap* moderner Demokratien taucht in der Auseinandersetzung

18 Von einigen Rezipienten wird Dahl deshalb sogar als „democratic socialist at heart" (Isaac 1988) bezeichnet.

mit Demokratie allenfalls am Rande auf. Dahl kritisiert zwar, dass sowohl die antike Polisdemokratie als auch die erste moderne nationalstaatliche Konzeption von Demokratie, vorgelegt von Tocqueville, keinesfalls so inklusiv waren, wie es ihr Selbstverständnis von Demokratie als der Herrschaft aller über alle nahe legt. In beiden Konzeptionen bilden die Annahmen darüber, wer überhaupt zum Demos gehört und somit als Bürger gilt, die soziale Praxis der jeweiligen Gegenwart deutlicher ab, als dass sie sie hinterfragen. Dahl verweist darauf, dass in der Polis dem weitaus größten Teil der Bevölkerung, nämlich Frauen, Sklaven, Kindern und Metöken, der Status des Bürgers verweigert wurde, und dass auch die frühe Phase der us-amerikanischen Demokratie im 19. Jahrhundert nur weiße Männer als Bürger kannte. Das Problem der formalen Inklusion von Frauen in den Demos ist mittlerweile in allen modernen Massendemokratien gelöst, und somit scheint es für Dahl keine weiteren Geschlechterprobleme in der Demokratie zu geben. Dahls Analyse demokratischer Gesellschaften ist durchaus sensibel für den *social bias* der westlichen Demokratien und erhebt das Kriterium sozialer Ungleichheit und deren Auswirkungen auf politische Gleichheit zur normativen Richtschnur bei der Beurteilung von demokratischen Leistungsbilanzen. Die geschlechterpolitische Dimension sozialer Ungleichheit und die geschlechterspezifischen Effekte von Ungleichheitsprozessen nimmt er dabei allerdings nicht wahr.

Dasselbe lässt sich für die Analyse, Erörterung und Problematisierung der ökonomischen Ordnung feststellen. Die androzentrische Organisation der Arbeit in Gestalt geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung wird nicht wahrgenommen. Dahl versucht zwar eine politische Perspektive in den Gegenstandsbereich der Ökonomie zu integrieren. Diesem Unterfangen liegt aber seinerseits ein enger Begriff von Wirtschaft zu Grunde, der auf einen androzentrisch verkürzten Arbeitsbegriff zurückzuführen ist. „Die" Ökonomie bezeichnet bestimmte marktwirtschaftlich organisierte Unternehmensformen. Alle gesellschaftlichen Bereiche, in denen jene Arbeit stattfindet, die nicht erwerbsförmig organisiert wird, werden aus der Ökonomie ausgeklammert. Selbst innerhalb des Spektrums der Erwerbsarbeit gerät nur ein bestimmter Bereich, nämlich der industriell geprägte Großbetrieb, in den Blick. Unternehmen im Finanzsektor werden von Dahl ohne Begründung ausgeschlossen; überhaupt nicht in das Blickfeld geraten sämtliche personenbezogene Dienstleistungstätigkeiten pflegerischer, sorgender oder erziehender Art. Betrachtet man die Konzeption der „economic democracy" aus einer geschlechterspezifischen Perspektive, so kann festgestellt werden, dass es sich bei den darin berücksichtigten Tätigkeitsfeldern vornehmlich um männlich dominierte Beschäftigungsbereiche handelt. In jenen begrifflich ausgegrenzten Bereichen gesellschaftlicher Arbeit, die überwiegend unentgeltlich erledigt werden oder als soziale Dienstleistungen über den Markt bzw. den Staat in Form von beruflicher Arbeit organisiert werden, trifft man hingegen hauptsächlich auf Frauen. Dieses analytisch verengte Deutungsmuster von Arbeit und Ökonomie ist problematisch, weil es die Lebensrealität eines großen Teils der Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie überhaupt nicht in die Betrachtung einbezieht und deshalb analytische Fehlschlüsse und Verzerrungen zur Folge hat. So deutet Dahl beispielsweise den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie als einen Konflikt, der aus widersprüchlichen Effekten und Anforderungen der beiden Prinzipien resultiert. Dabei übersieht er jedoch die androzentrische Allianz beider Prinzipien, die den fortgesetzten Ausschluss oder marginalisierten Einschluss von Frauen aus den ökonomischen wie den demokratisch legitimierten Zentren der Macht bewirkt.

Dahl erweitert die Reichweite der Demokratie auf die Ökonomie. Prozedurale Demokratie bezeichnet ein Verfahren politischer Selbstbestimmung, das auf alle Gruppen und Vereinigungen angewendet werden kann, die als demokratisch identifiziert werden können. In Dahls Augen lässt sich ein sehr großes Industrieunternehmen als eine solche Vereinigung charakterisieren. Das Recht auf Selbstregierung gilt als ein unveräußerliches Recht solcher Gemeinschaften. Deshalb müssen in der prozeduralen Demokratie auch Autorität und Kontrolle in industriellen Großunternehmen demokratisch legitimiert und ausgeführt werden. Hierbei handelt es sich in Hinblick auf den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit zweifelsohne um das Projekt, private soziale Macht qua Rechtsanspruch demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Es stellt sich allerdings die Frage, wieso Finanzunternehmen oder auch der gesamte Bereich der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen davon ausgeschlossen bleiben. In Hinblick auf öffentliche und soziale Dienstleistungen wäre dabei aber nicht nur die Frage nach demokratischen Prinzipien der Unternehmensführung und -organisation aufzuwerfen, sondern umgekehrt auch die Frage, ob sich das ökonomische Handeln dieser Einheiten deutlicher als bisher üblich an Wirtschaftlichkeitskriterien auszurichten hätte.[19]

19 Die Einbeziehung von Wirtschaftlichkeitskriterien soll hier allerdings explizit abgegrenzt werden von der dem kapitalistischen Prinzip inhärenten Ausrichtung ökonomischen Handelns auf Profit- und Gewinnmaximierung. Die Analyse und Kritik der darin enthaltenen Tendenzen zur Instrumentalisierung und zur Unterwerfung aller Handlungslogiken unter das Verwertungsprinzip bleiben in Dahls Problematisierung der negativen demokratietheoretischen Implikationen der kapitalistischen Organisationsform der Ökonomie leider ausgeblendet.

Betrachtet Dahl das Verhältnis zwischen Kapitalismus als der ökonomischen und Demokratie als der politischen Ordnung moderner dynamischer pluralistischer Gesellschaften als positiven Zusammenhang, so fragt er nach den positiven demokratischen Implikationen bestimmter Formen sozialer Arbeitsteilung. Die Gestaltung dieser Arbeitsteilung wird als rationale Kooperation, die im Modus von Wettbewerb und Konkurrenz und auf der Basis individuellen Nutzenmaximierungskalküls funktioniert, beschrieben. Darin werden auf individueller und gesellschaftlicher Ebene positive Effekte für die Ausbildung demokratischen Bewusstseins und demokratischer Handlungsfähigkeit erkannt. Im Rahmen dieser Analyse der sozialen Arbeitsteilung in einer marktwirtschaftlichen Ordnung bleibt der Demokratietheoretiker allerdings den Prämissen des methodologischen Individualismus verhaftet. Interessenkoordination, die unter der Ausrichtung auf individuelle Ziele erfolgt, wird im Sinne einer negativen Kooperation begriffen. Dem auf das rational kalkulierende Individuum konzentrierten Blick entgeht dabei aber, dass viele Formen sozialer Arbeitsteilung durchaus in einem Modus positiver Kooperation, d.h. in Form von reziprokem und solidarischem Handeln stattfinden. Auch solche Formen von Arbeitsteilung finden sich in marktlich koordinierten ökonomischen Bereichen, charakteristisch sind sie aber vor allem in Familien, Vereinen, sozialen und politischen Bewegungen. Da in Dahls Beurteilung über den positiven Zusammenhang von Marktwirtschaft und Demokratie reziproke und solidarische Kooperation aber nicht einfließen, stellt sich die Frage, inwiefern dadurch die positiven Effekte rationaler Kooperation für Demokratie verzerrt wahrgenommen und überschätzt werden.

Dahls Analyse der historischen Auseinandersetzung um „economic democracy" erfolgt vornehmlich bezogen auf die englischsprachige Debatte.[20] Dabei geraten wichtige Aspekte dieser Diskussion nicht in den Blick, die auch auf kritische Punkte in Dahls Konzept von „economic democracy" hinweisen. Beispielsweise diskutiert er verschiedentlich die Frage, wer den Demos konstituieren soll, der die

20 In seiner Diskussion von konzeptionellen Entwürfen zur Wirtschaftsdemokratie wird beispielsweise nur die sozialistische Auseinandersetzung in Großbritannien (ausgehend von der *Fabian Society* und den Positionen des Ehepaars Webb) analysiert. Die deutsche Auseinandersetzung um Wirtschaftsdemokratie, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit Bernstein (1899) angefangen, über Heller (1931; 1930; 1928) und Naphtali (1928) in der Weimarer Republik bis in die 1970er Jahre der Bundesrepublik (u.a. Vilmar 1975; Vilmar/Sattler 1978) geführt worden ist, wird von Dahl ebenso wenig rezipiert wie französische oder italienische Debatten. Dies ist allerdings ohne Kenntnis der entsprechenden Sprachen auch nur schwer möglich, da die Werke zumeist nicht in englischer Übersetzung vorliegen.

kollektiven Entscheidungen innerhalb einer „self-governing enterprise" trifft. Die Variante, dass alle Bürgerinnen und Bürger des Gemeinwesens zu einem solchen Demos zählen, die Steuerung des Unternehmens somit der zentralen staatlichen Gewalt unterstellt wird, hält er für erwiesenermaßen unzureichend. Sein Plädoyer besteht darin, dass nicht die Gesamtbevölkerung, sondern die Beschäftigten eines Unternehmens den Demos einer „self-governing enterprise" konstituieren. An dieser Stelle kann kritisch hinterfragt werden, ob für die Beteiligung an demokratischen Steuerungs- und Kontrollverfahren in der Ökonomie Mitgliedschaft das zentrale Kriterium sein kann und soll. Von den kollektiven Entscheidungen eines Unternehmens sind nicht nur die Beschäftigten, sondern in der Tat viele Bevölkerungsgruppen direkt oder indirekt betroffen: z.B. durch externe Effekte (z.B. Umweltbelastungen); mangelnde Produktqualität; Arbeitsarrangements, die Geschlechtergerechtigkeit verhindern, indem sie Frauenarbeit weniger wertschätzen oder die Vereinbarung von beruflichen und außerberuflichen Lebenswelten erschweren. Müssten diese Interessengruppen deshalb nicht auch in der Gestalt von staatlichen und/oder zivilgesellschaftlichen Akteuren an den Entscheidungsprozessen von „self-governing enterprises" beteiligt werden? In Dahls Konzept der repräsentativen Beteiligung von Beschäftigten in „self-governing enterprises" werden darüber hinaus bereits bestehende kollektive Akteure wie z.B. die Gewerkschaften und bereits erzielte wirtschaftsdemokratische Errungenschaften (wie Tarifautonomie), arbeits- und sozialrechtliche Regelungen zum Schutz von Beschäftigten und auch die Frage nach der Beteiligung nicht-ökonomischer Akteure als Subjekte der Wirtschaftsdemokratie nicht hinreichend berücksichtigt.

Dahls prozedurale Demokratie und seine Konzeption der „economic democracy" können als Versuch gelesen werden, dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit aus demokratietheoretischer Perspektive in Form der Frage nach dem Zusammenhang von Politik und Ökonomie sowohl analytisch als auch theoretisch-konzeptionell Rechnung zu tragen. Im Unterschied zu vielen liberalen demokratietheoretischen Ansätzen stehen bei ihm nicht freiheitliche Grundrechte, die als Schutz- und Abwehrrechte gegenüber Dritten und dem Staat konzipiert werden, im Zentrum. Dahl fokussiert vielmehr auf Gleichheit als zentrales Ziel, aber auch als entscheidende normative Grundlage von Demokratie. Geöffnet wird die demokratietheoretische Diskussion für das Soziale bei Dahl über seine Konzeption politischer Gleichheit als prozedurale Gleichheit. Prozedurale Gleichheit als Prinzip bezieht sich nicht nur auf die Frage nach der formalrechtlichen Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch darauf, dass sie die gleichen Möglichkeiten haben müssen, tatsächlich partizipieren zu können. Dieses Prinzip wird in modernen marktwirtschaftlich verfassten

Demokratien von ökonomischen Systemen, die fortgesetzt soziale Ungleichheit produzieren, unterlaufen.

Die Thematisierung des sozialen *bias* moderner Demokratie erfolgt hier allerdings aus einer geschlechterblinden Perspektive. Dies beschränkt sowohl die analytische Erklärungskraft als auch die konzeptionelle Reichweite der Dahl'schen Demokratiekonzeption. Dahl kritisiert zwar die demokratietheoretisch problematischen Implikationen einer kapitalistischen Eigentumsordnung, die nicht demokratieverträglichen Implikationen einer hierarchischen Geschlechterordnung nimmt er hingegen nicht einmal zur Kenntnis. So gelingt es ihm zwar, den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit als den Zusammenhang von Politik und Ökonomie zu erfassen, indem er mit dem klassischen liberalen Politikverständnis an einer zentralen Stelle bricht und auch die Ökonomie als politischen Handlungszusammenhang begreift. Sowohl der von ihm zugrunde gelegte Politik- als auch der Arbeitsbegriff bleiben dabei aber einem androzentrischen Verständnis von Politik wie auch von Arbeit und Ökonomie verpflichtet, welche nur bedingt geeignet sind, den komplexen Zusammenhang von Demokratie und Arbeit adäquat zu erfassen.

2 „Der Sinn von Politik ist Freiheit" (Hannah Arendt)

Auf den ersten Blick scheint das Werk von Hannah Arendt (1906-1975) nicht in die Reihe der hier behandelten Demokratieansätze zu passen. Im Gegensatz zu den anderen Demokratiekonzeptionen stammen ihre für die vorliegende Untersuchung relevanten Schriften vornehmlich aus den 1950/60er Jahren. Sie kann schon aus diesem Grund sicherlich nicht zu den Protagonistinnen und Protagonisten in der aktuellen Auseinandersetzung um Demokratie gezählt werden. Darüber hinaus finden sich in ihrem umfangreichen Werk zur politischen Philosophie nur sehr wenige konkrete Vorstellungen von und Aussagen über Demokratie. Wenn sie den Begriff Demokratie verwendet, steht er zumeist für eine bestimmte institutionalisierte Regierungsform, die durch Wahlen sowie durch das Repräsentations- und Mehrheitsprinzip charakterisiert wird. Die repräsentative parlamentarische Demokratie ihrer eigenen Gegenwart kritisiert Arendt heftig und konfrontiert sie mit ihren Vorstellungen von einer Republik als dem „besseren" Regierungssystem (vgl. Arendt 1994a, 212-214, 302-305, 344-350).[1] Arendts Kritik am herrschenden Demokratieverständnis zielt darauf, dass sie die darin institutionalisierte Form von Politik selbst für das Problem hält. Sie entwirft gegenüber dem modernen liberalen Politikbegriff ein anderes Verständnis von Politik.

Dieses Politikverständnis hat insbesondere Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre eine Arendt-Renaissance ausgelöst, deren Grund darin gesehen wird, dass Arendt auf dem Feld der politischen Theorie „eine Alternative jenseits von Marxismus und Liberalismus" anzubieten scheint (Heuer 1997, 25). Im Bereich der politischen Theorie und Philosophie bewegte sich der Diskurs um Hannah Arendt in den 1990er Jahren vornehmlich unter den Vorzeichen einer „Wiedergewinnung des Politischen" (Bielefeldt 1993) oder der „Zukunft des Politischen" (Kemper 1993).[2] Im Zentrum der Diskussionen standen dabei ihr Begriff des

1 Vgl. dazu auch Dubiel 1997; 1994b; Fetscher 2007; Isaac 1994; Kateb 1989; Marchart 2006a; Markell 2006; Schindler 2000; Wellmer 1998a; Wolin 1989.

2 Bis in die späten 1980er Jahre hat im deutschsprachigen Raum kaum eine Auseinandersetzung mit dem Werk von Hannah Arendt stattgefunden. Wolfgang Heuer

Politischen und die damit im Zusammenhang stehenden Konzepte von Öffentlichkeit, Macht und politischer Urteilskraft. Im Zuge des 50jährigen Erscheinens ihrer Studie „Origins of Totalitarism" und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York erfuhren ihre Überlegungen zur Zerstörung der Freiheit durch Anti-Politik noch einmal neue Aufmerksamkeit (vgl. Grunenberg 2003; Mack/Kohn 2002; Meints/Klinger 2004). Auch anlässlich ihres 100. Geburtstags im Jahr 2006 fanden in der Bundesrepublik zahlreiche Konferenzen statt, die entsprechenden Publikationen folgten auf dem Fuß (u.a. Grunenberg u.a. 2008; Heinrich-Böll-Stiftung 2007; Horster 2007; Internationale Zeitschrift für Philosophie 2007; King/Stone 2007; Social Research 2007a, b).[3]

Arendt gilt in diesem Zusammenhang als eine der wichtigsten Inspiratorinnen einer republikanischen Demokratiekonzeption (vgl. Honneth 1999). Auf sie berufen sich Autorinnen und Autoren, deren republikanisches Politikverständnis

spricht im Rückblick auf die Arendt-Rezeption im deutschsprachigen Raum von einem „schwierigen Dialog" und Otto Kallscheuer gar von einem „verweigerten Dialog" der europäischen Intellektuellen mit Arendt (vgl. Heuer 1997; Kallscheuer 1993). Seit diesem Zeitpunkt ist die wissenschaftliche und publizistische Auseinandersetzung mit der Philosophin allerdings explosionsartig angestiegen, so dass mittlerweile tatsächlich von „einer publizistischen Arendt-Industrie" (Marchart 2006b, 33) gesprochen werden kann. Mehr als 500 der insgesamt 628 Bücher, die in der Deutschen Nationalbibliothek im Jahr 2006 unter dem Stichwort Hannah Arendt zu finden sind, sind erst nach 1989 erschienen. Seit 1995 haben über 30 internationale Konferenzen stattgefunden, 1999 wurde an der Universität Oldenburg ein Hannah Arendt-Zentrum (inkl. eines Archivs) eingerichtet und bereits 1993 an der Universität Dresden das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung gegründet. In Bremen wird seit 1995 der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken verliehen und es finden sich zahlreiche andere öffentliche Formen der Anerkennung, z.B. regelmäßig stattfindende Vorlesungsreihen (in Hannover und Bremen) oder auch die Benennung von Strassen, Schulen und Zügen nach der Philosophin (vgl. Wild 2006, 126f.).

3 Die Arendt-Renaissance im ausgehenden 20. Jahrhundert beschränkte sich aber nicht nur auf das genuine Feld der politischen Theorie und Philosophie. Als fast schon obligatorischer Zitatenschatz begegnet einem ihr philosophisches Hauptwerk „Vita activa — oder vom tätigen Leben" im Verlauf der 1990er Jahre vor allem auch im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Zukunft der Arbeit, deren diskursives Zentrum weder in der Politikwissenschaft noch in der Philosophie, sondern in der Soziologie liegt (vgl. Dahrendorf 1983; 1980; Eckart 1998; Gorz 1991, 128; Jahoda 1988; Offe 1983a; Senghaas-Knobloch 2001; Ulrich 1998; Vobruba 1998). Auffällig ist, dass innerhalb der beiden hier dargestellten Rezeptionslinien jeweils nur einem Konzept, nämlich entweder der Politik oder der Arbeit, dem Zusammenhang zwischen beiden aber kaum nachgegangen wird. Auch findet zwischen den unterschiedlichen Rezeptionslinien keine Vermittlung statt.

allerdings sehr unterschiedlich ist. So bildet sie eine wichtige Referenzfolie für kommunitaristisch orientierte Demokratietheoretikerinnen und -theoretiker wie z.B. Benjamin Barber (1994), aber auch für Vertreterinnen und Vertreter eines deliberativen Demokratiekonzepts wie z.B. Iris Marion Young (2000; 1990) oder Seyla Benhabib (1995a, b). Im deutschsprachigen Raum findet sich ihr kommunikatives Machtverständnis bei Jürgen Habermas (vgl. Habermas 1999b; 1988; 1976b; 1966) wieder und auch „Die demokratische Frage" von Ulrich Rödel u.a. (1989) stützt sich maßgeblich auf Arendts Politik- und Öffentlichkeitsverständnis.[4] Gemeinsam ist den unterschiedlichen Rezipientinnen und Rezipienten von Arendt, dass das Demokratieverständnis aus einer kritischen Haltung gegenüber dem liberalen Demokratiediskurs entwickelt wird. In der Ausarbeitung ihres eigenen Demokratieverständnisses stützen sie sich dabei entweder explizit oder implizit auf Arendts Politik- und Öffentlichkeitsverständnis. In der demokratietheoretischen Rezeption wird somit nicht auf den von Arendt selbst verwendeten Demokratiebegriff rekurriert, wohl aber auf ihr Politikverständnis als Demokratieverständnis, d.h. in dieser Rezeption wird quasi gegen Arendt Politik mit Demokratie gleichgesetzt.

Insbesondere jene aus einer sozialemanzipatorischen Perspektive argumentierenden Rezipientinnen und Rezipienten von Arendt setzen sich vor allem auch mit dem Zusammenhang zwischen dem Politischen und dem Sozialen in ihren Schriften auseinander (vgl. u.a. Benhabib 1998; Bernstein 1986; Canovan 1994; 1978; Jaeggi 2007; 1997; Pitkin 1998; 1981; Schindler 1996; Wellmer 1998a). Die Interpretinnen und Interpreten betonen, dass eine Trennung zwischen dem Sozialen und Politischen, wie sie von Arendt postuliert wird, für die Moderne keinen Sinn macht, da beide Bereiche miteinander verbunden und ineinander verwoben sind (vgl. Bernstein 1977, 157). Diese Richtung der Arendt-Rezeption bemüht sich insbesondere darum nachzuweisen, dass soziale Fragen zu politischen im Sinne Hannah Arendts transformiert werden können, d.h. die Arendt'sche Kategorie Politik wird um eine soziale Dimension erweitert. Das Vorgehen ist

4 Die Bandbreite der Rezeption des Arendt'schen Politikbegriffs umfasst ein weites Spektrum. Neben den genannten liberalismuskritischen Demokratietheoretikerinnen und Demokratietheoretikern finden auch Konservative wie Ernst Vollrath (1993; 1979; 1971) und Arnold Gehlen (1961) bei Arendt Anknüpfungspunkte für ein elitär-republikanisches Politikverständnis. Sie dient aber ebenso Paolo Flores d'Arcais als Leitstern für seine Überlegungen zu einem libertären, d.h. anarchistischen Existentialismus (vgl. Flores d'Arcais 1993). Auch von Politikern und Politikerinnen wird Arendt gleichermaßen für eher sozialdemokratische wie auch für konservative Projekte ins Feld geführt (vgl. Rau 1999; Schavan 2007).

jedoch nicht eingebunden in eine kritische Auseinandersetzung mit Arendts Arbeitsbegriff und ihrer Kritik an modernen Arbeitsgesellschaften. Es gerät dabei denn auch aus dem Blick, dass die Trennung zwischen dem Sozialen und Politischen bei Arendt in der Überzeugung wurzelt, dass das Soziale über die Arbeit konstituiert wird und Arbeit per se anti-politisch ist, so dass die „Politisierung des Sozialen" in ihren Augen nicht nur ein aussichtsloses, sondern auch ein verwerfliches Unterfangen darstellt, dem letztendlich das Politische zum Opfer fallen muss.

Für diese Untersuchung ist Hannah Arendt somit nicht eigentlich als Demokratietheoretikerin, sondern als Politiktheoretikerin relevant. Sie fungiert dabei weniger als Stellvertreterin einer republikanisch orientierten Demokratietheorie, sondern vielmehr als die übergeordnete Bezugsgröße unterschiedlicher gegenwärtiger republikanischer Vorstellungen von Demokratie und in diesem Sinne als exemplarische Repräsentantin eines solchen Demokratieverständnisses. Es wird im Folgenden nicht nur darum gehen, das Politikverständnis von Hannah Arendt als Demokratieverständnis herauszuarbeiten, sondern auch und insbesondere, welchen Zusammenhang die politische Philosophin zwischen Politik und Arbeit herstellt und welche demokratischen Implikationen damit einhergehen. Im ersten Abschnitt des Kapitels werden hierzu sowohl ihr Politik- als auch ihr Arbeitsverständnis rekonstruiert (2.1), bevor im zweiten Abschnitt der Konfiguration von Demokratie und Arbeit im Rahmen des Zusammenhangs, den Arendt zwischen Politik und Arbeit herstellt, nachgegangen wird (2.2). Eine kritische Würdigung des Arendt'schen Konzepts schließt das Kapitel ab (2.3).

2.1 Politik und Arbeit bei Hannah Arendt

Um die zentralen Aspekte eines im Anschluss an Arendt formulierten Demokratieverständnisses benennen zu können, wird im Folgenden Arendts Konzeption des Politischen nachgezeichnet, das zu einem eigenen und eigenwilligen Macht- und Öffentlichkeitsbegriff führt. Die Auseinandersetzungen mit dem Politischen bzw. der Frage, was Politik ist, sind zeitlebens zentrale Themen für Hannah Arendt gewesen. Ihr Politikverständnis entwickelte sie dabei aus der Kritik sowohl an der Verfasstheit, Funktionsweise und dem Inhalt von zeitgenössischer Politik als auch an der sich auf diese beziehenden Wissenschaft. Bereits 1955 hatte sie mit ihrem deutschen Verleger Klaus Piper über eine Einführung in die Politik, die sie zu schreiben gedachte, korrespondiert. Dabei betonte sie, sie habe nicht die Absicht, „eine Einführung in die Staatswissenschaft oder in die Politik 'als Wissenschaft' zu schreiben", sondern es gehe ihr „um eine Einführung in

das, was Politik eigentlich ist und mit welchen Grundbedingungen menschlichen Daseins das Politische zu tun hat" (zitiert nach Ludz 1993, 137). Im Rahmen des werkgeschichtlichen Kontextes scheint es an dieser Stelle geboten, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die letztendliche Klärung dessen, „was Politik eigentlich ist", von der Philosophin nie veröffentlicht wurde. In ihrem Nachlass finden sich dazu lediglich Fragmente (vgl. Ludz 1993; Wild 2006, 82-84).[5]

Für eine Rekonstruktion des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit, wie er im Werk von Arendt zu Tage tritt, ist insbesondere ihr 1958 auf Englisch erschienenes philosophisches Hauptwerk „The Human Condition", das im Deutschen unter dem Titel „Vita activa" erschien, als Grundlage anzusehen. In „Vita activa" setzt sich Arendt mit jenen Grundbedingungen menschlichen Daseins auseinander, mit denen das Politische zu tun hat. Sie stellt in diesem Werk zwar nicht die Frage nach dem Politischen, sondern betrachtet in durchaus historischer Perspektive das tätige Leben der Menschen (vgl. Arendt 1996a; 1993, 200). Sie hält jedoch fest, dass unter den von ihr analysierten Formen menschlichen Tuns „das Handeln als die im eigentlichen Sinne politische Tätigkeit" (Arendt 1996a, 23) anzusehen ist. Folglich können aus Arendts Beschreibungen und Analysen des Handelns durchaus Rückschlüsse auf ihr Verständnis von Politik gezogen werden.[6] Die Kategorie Arbeit erschließt sich relativ unproblematisch aus den Darstellungen zum Arbeiten. Im Folgenden wird zunächst das philoso-

5 Diese Fragmente sind als Vorarbeiten für das bei Piper geplante Buch „Einführung in die Politik" anzusehen. Das Buch ist nie erschienen; es lässt sich zwar nachweisen, dass der 1956 darüber abgeschlossene Vertrag 1960 annulliert wurde, über die Gründe dafür lässt sich hingegen nur spekulieren (vgl. Arendt 1993, 137 und die Briefe Arendts an Jaspers Nr. 179, 187, 204, 209, 222, 233 in Arendt/Jaspers 1993). Im Jahr 1993 wurde eine Auswahl der nachgelassenen Fragmente unter dem Titel „Was ist Politik?" von Ursula Ludz herausgegeben und ausführlich kommentiert (vgl. Arendt 1993).

6 Neben „Vita activa" werden in den Ausführungen zur Rekonstruktion ihres Politikbegriffs und dessen demokratietheoretischen Implikationen die oben erwähnten Fragmente (Arendt 1993) sowie der Aufsatz „Freiheit und Politik" zu Rate gezogen. Dieser Aufsatz erschien zuerst 1958 in der Zeitschrift „Die neue Rundschau". Es handelte sich dabei um die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den Arendt im Mai 1958 in der Schweiz gehalten hatte (vgl. Arendt 1994b, 410). Eine weitere Quelle für die Rekonstruktion des Politikbegriffs stellt Arendts Buch „Über die Revolution" dar. Die englische Originalausgabe „On Revolution" erschien 1963. Hierin finden sich rudimentäre Überlegungen dazu, wie ein politisches Gemeinwesen aussehen könnte (Arendt 1994a).

phische Grundgerüst dargelegt, innerhalb dessen Arendt ihr Kategorienschema entwickelt, bevor ihr Politik- und Arbeitsbegriff rekonstruiert werden.

2.1.1 Philosophische Grundlagen

Arendt denkt in „Vita activa" darüber nach, „was wir tun, wenn wir tätig sind" (Arendt 1996a, 23). Das tätige Leben der Menschen vollzieht sich in ihren Augen in drei Grundtätigkeiten: Arbeiten, Herstellen und Handeln. Diese Tätigkeiten gelten ihr als grundlegend, weil eine jede gebunden ist an eine der Grundbedingungen menschlicher Existenz (*condition humaine*), das Leben, die Welt und die Pluralität.[7] Das menschliche Tätigsein wird von der grundlegenden Zuordnung der Tätigkeiten zu den Bedingungen menschlicher Existenz hinsichtlich der Merkmale und Eigenschaften sowie der Erzeugnisse und der verschiedenen Existenzformen, die es generiert (*animal laborans*, *homo faber*, *zoon politikon*), unterschieden.

Das Arbeiten entspricht als Tätigkeit der ersten Grundbedingung menschlicher Existenz, welche das Leben im Sinne von Natur darstellt. Dieses vollzieht sich im Körper des Menschen als organischer Lebensprozess. Die „Vorgänge des lebenden Organismus und des menschlichen Körpers" (Arendt 1996a, 115) sind kreisend wie die Natur selbst und frei „von willentlichen Entscheidungen und vorgefaßten Zwecken" (Arendt 1996a, 124). Wie der Kreislauf der Natur ist auch der Lebensprozess endlos und eine ewige Wiederholung (vgl. Arendt 1996a, 144, 168). Für Arendt ist „dies biologische Leben der Motor des eigentlich menschlichen Lebens" (Arendt 1996a, 141). Gleichwohl muss dieser Motor jederzeit und unausweichlich betrieben werden, so dass sich der Lebensprozess in den Kategorien des Zwangs und der Notwendigkeit manifestiert. Er ist der „Notdurft des Lebens" (Arendt 1996a, 100) bzw. der „Notdurft des Körpers" (Arendt 1996a, 101) unterworfen und erscheint den Menschen als „Last des Lebens" (Arendt 1996a, 140). Arendt bezeichnet den Menschen, sofern er ein arbeitendes Wesen ist, als *animal laborans*. Charakteristisch für diese Existenzform ist die Konzentration auf die Lebensnotwendigkeit, die mit einer gewissen Subjektivität und Begrenztheit

7 Neben Leben, Weltlichkeit und Pluralität benennt Arendt mit Mortalität und Natalität noch zwei weitere Grundbedingungen menschlicher Existenz (vgl. Arendt 1996a, 17f.). Diese werden aber lediglich aufzählend erwähnt und finden keinen Eingang in die systematische dreigliedrige Erörterung menschlichen Tuns. Das Faktum der Natalität, d.h. dass jeder Mensch, indem er geboren wird, einen neuen Anfang in der Welt darstellt, spielt allerdings eine wichtige Rolle bei ihren Analysen des Handelns und wird von ihr somit im Zusammenhang mit Politik diskutiert.

einhergeht. *Animal laborans* interessiert sich ausschließlich für das, was „das Leben für sein Lebendigsein braucht" (Arendt 1996a, 150). In dieser Existenzform ist der Mensch in seinem Tun „auf sich selbst zurückgeworfen" (Arendt 1996a, 134) und wird in „seinem schieren Lebendigsein gefangen" (ebd.) gehalten.

Als zweite Grundbedingung fasst Arendt Weltlichkeit, d.h. „die Angewiesenheit menschlicher Existenz auf Gegenständlichkeit und Objektivität" (Arendt 1996a, 16). In der Welt und für die Welt vollzieht sich das Herstellen. Indem er herstellt, schafft der Mensch „eine künstliche Welt von Dingen" (ebd.), die das individuelle Leben überdauert. Die Produkte des Herstellens gesellen sich nicht einfach zu den Naturdingen. Im Herstellen wird „vorgegebenes Material bearbeitet" (Arendt 1996a, 161), das zuvor der Natur „entrissen" (ebd.) wurde. Durch das Herstellen wird das Material transformiert und kann am Ende als ein Gegenstand der Welt hinzugefügt werden. Bei diesen von Arendt als „Weltdingen" (Arendt 1996a, 162) bezeichneten Produkten handelt es sich um Gebrauchsgegenstände, die der Natur in gewissem Maße Widerstand leisten. Als Tätigkeit orientiert sich das Herstellen an Dauerhaftigkeit und Haltbarkeit der produzierten Gebrauchsgegenstände, die menschlichem Leben innerhalb „der reißenden Veränderung des natürlichen Lebens" (ebd.) Stabilität verleihen.

Die Welt als künstlich hergestellte wird von Arendt im Gegensatz zur Natur als die Heimat der Menschen begriffen (vgl. Arendt 1996a, 16, 211).[8]

> „In dieser Dingwelt ist menschliches Leben zu Hause, das von Natur in der Natur heimatlos ist; und die Welt bietet Menschen eine Heimat in dem Maße, in dem sie menschliches Leben überdauert, ihm widersteht und als objektiv-gegenständlich gegenübertritt" (Arendt 1996a, 16).

Der Mensch, sofern es sich bei ihm um ein herstellendes Wesen handelt, wird von Arendt als *homo faber* bezeichnet. Er ist der „Schöpfer der Welt", der sein

8 Dieses Verständnis verweist auf die ontologischen Kategorien Heideggers (vgl. Benhabib 1998; Hinchman/Hinchman 1984, 188-196, 197f.; Jaeggi 1997; Thaa 2005, 47f.; Villa 1996). Benhabib konstatiert, dass in Heideggers philosophischem Entwurf die ursprüngliche Bedingtheit menschlicher Existenz das Dasein in einer bestimmten Position in Raum und Zeit ist. Dieses Dasein wird dadurch charakterisiert, dass das Individuum immer schon in der Welt ist, und zwar in einer Umwelt, die aus der alltäglichen Sorge um etwas gebildet wird. Alle Dinge und Angelegenheiten, die um eine Person herum besorgt werden, konstituieren die Welt als Gesamtheit dieser Zusammenhänge. Die Welt bildet so eine Um-Welt, in der man sich zurechtfindet mit Zeichen, die allgemein verstanden werden, durch Verweisungen, die als bekannt vorausgesetzt werden, sowie durch ein Vertrauen in die Art und Weise, wie die Dinge in der Welt funktionieren (vgl. Benhabib 1998, 98).

Werk verrichtet, indem er Natur zerstört (Arendt 1996a, 165), und als solcher ist er „ein Herr und Meister" (Arendt 1996a, 170), der sich nicht nur die Natur untertan macht, sondern auch Herr seiner selbst ist; Herr über sein eigenes Tun und Lassen (vgl. ebd.). Charakteristisch ist für *homo faber*, dass die Logik seines Tätigseins von der Zweck-Mittel-Kategorie bestimmt wird. Die Herstellungsprodukte stellen zunächst einen Zweck dar, „zu dem der Herstellungsprozess selbst nur das Mittel" (Arendt 1996a, 169) ist.[9] Sind sie jedoch einmal fertig gestellt und nehmen ihren Platz in der Welt ein, so ist ihr Dasein in der Welt dadurch gekennzeichnet, dass sie zu Mitteln werden (vgl. Arendt 1996a, 181f.). Die „einseitig zielbewusste Werk-Mentalität von *homo faber*" (Arendt 1996a, 178) führt dazu, dass seine Weltanschauung von der zentralen Frage nach dem Nutzen, den ein Gegenstand oder eine Tätigkeit für etwas haben kann, geprägt wird (vgl. Arendt 1996a, 178f.). *Homo faber* ist unfähig, den „Unterschied zwischen dem Nutzen und dem Sinn einer Sache zu verstehen" (Arendt 1996a, 83), was zur Konsequenz hat, dass *homo faber* nicht in der Lage ist, in der Welt, die er errichtet, einen Sinn zu erkennen (vgl. Arendt 1996a, 81-185).

Die dritte Grundbedingung bezeichnet das Faktum der Pluralität, d.h. die Tatsache, „dass nicht ein Mensch, sondern viele Menschen auf der Erde leben und die Welt bevölkern" (Arendt 1996a, 17). Pluralität als Grundbedingung menschlicher Existenz bezeichnet etwas anderes als eine rein quantitative Größe. Sie ist nicht gleichbedeutend mit dem Tatbestand, dass Menschen im Sinne einer Vielheit existieren, d.h. als beliebige Vervielfältigung eines „Originals". Pluralität bedeutet vielmehr, dass es Menschen als Verschiedene gibt, d.h. im Sinne von Vielfalt, in der „zwar alle dasselbe sind, nämlich Menschen, aber dies auf die merkwürdige Art und Weise, dass keiner dieser Menschen je einem anderen gleicht, der einmal gelebt hat oder lebt oder leben wird" (Arendt 1996a, 17).[10]

9 Arendt besteht darauf, dass das Arbeiten im Unterschied zum Herstellen eine zweckfreie Tätigkeit ist: „Zwar produziert die Arbeit zweifellos auch für den 'Zweck' des Konsums, aber da dieser Zweck, als Endprodukt gesehen, der weltlichen Beständigkeit eines Gegenstandes ermangelt, ist das Ende des Arbeitsprozesses nicht durch das Endprodukt determiniert, sondern durch die Erschöpfung der Arbeitskraft. Die Arbeitsprodukte andererseits werden sofort wieder zu Mitteln, ihr Zweckcharakter ist eine ganz vorübergehende Eigenschaft, die sofort verschwindet, wenn die erzeugten Güter ihrer Bestimmung zugeführt werden, um als Lebensmittel für die Regeneration der Arbeitskraft verwendet zu werden" (Arendt 1996a, 169).

10 Wie bereits der Begriff der Welt muss auch der der Pluralität als einer Bedingung menschlicher Existenz auf die kritische Auseinandersetzung mit Heidegger zurückgeführt werden. Ebenso wie Dana Villa (Villa 1996, 123) hebt Benhabib hervor, dass die Welt in Heideggers Analysen nicht nur die Dimension einer Um-Welt, sondern auch einer Mitwelt enthält (Benhabib 1998, 99). Obwohl Mitsein eine Grundverfassung des Daseins sei, sei es für Heidegger nicht die authentischste Form des Daseins, da es das Dasein von sich selbst trenne. Somit verkörpere es „die Verfallenheit des Daseins an das Gerede der Alltagswelt und sein Verschwinden in der Erfahrung des anonymen 'Man'" (Benhabib 1998, 100). Diese nivellierenden Tendenzen des Mitseins werden auch von Arendt anerkannt und spiegeln sich in ihrem Gesellschaftsbegriff wider. Sie teilt jedoch nicht Heideggers Position, dass das Mitsein grundsätzlich eine nicht authentische Daseinsform darstellt. Für sie ist das Mitsein, solange es der Grundbedingung der Pluralität untersteht, durchaus die authentische Form menschlicher Existenz und als solche muss es von der nicht authentischen Form des Daseins in Gestalt des anonymen „Man" unterschieden werden (vgl. auch Hinchman/Hinchman 1984; Blättler 2001, 108-110).

Pluralität wird von Arendt somit als eine Einheit von Gleichheit und Differenz begriffen oder, wie George Kateb es ausdrückt: „[P]lurality has a twofold character, equality and distinction" (Kateb 1977, 154).[11] Die Tätigkeit, die mit dieser Bedingung korrespondiert, das Handeln, vollzieht sich im Gegensatz zu Arbeiten und Herstellen „ohne die Vermittlung von Materie, Material und Dingen direkt zwischen Menschen" (Arendt 1996a, 17). Obwohl es nichts gegenständlich Greifbares hervorbringt (Arendt 1996a, 112f., 225), erzeugt das Handeln doch Realität: „Wir nennen diese Wirklichkeit das Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten, wobei die Metapher des Gewebes versucht, der physischen Ungreifbarkeit des Phänomens gerecht zu werden" (Arendt 1996a, 225). Dieses Bezugsgewebe bildet sozusagen den Stoff, aus dem Geschichten und damit auch Geschichte gemacht werden (Arendt 1996a, 226-251). Eine weitere Qualität des Bezugsgewebes besteht darin, dass in ihm ein räumliches Zwischen in Form eines Erscheinungsraums etabliert werden kann:

> „Ihn unterscheidet von anderen Räumen, die wir durch Eingrenzungen aller Art erreichen können, dass er die Aktualität der Vorgänge, in denen er entstand, nicht überdauert, sondern verschwindet, sich gleichsam in nichts auflöst, und zwar nicht erst, wenn die Menschen verschwunden sind, die sich in ihm bewegten, (...) sondern bereits, wenn die Tätigkeiten, in denen er entstand, verschwunden oder zum Stillstand gekommen sind. Er liegt in jeder Ansammlung von Menschen potentiell vor, aber eben nur potentiell; er ist in ihr weder notwendigerweise aktualisiert, noch für immer oder auch nur für eine bestimmte Zeitspanne gesichert" (Arendt 1996a, 251).

11 Michael Greven bemerkt dazu: „Pluralität bei Hannah Arendt hat wenig mit dem Pluralismus konkurrenzdemokratischer Massendemokratien zu tun, sondern bezeichnet eine der prä-politischen Existenzialien des Politischen; sie ergibt sich aus der Personalität der Menschen, aus deren Vielheit und Verschiedenheit (...)" (Greven 1993, 79).

Ein Erscheinungsraum dieser Art ist für Arendt deshalb so wichtig, weil er für sie identisch ist mit ihrem Begriff der authentischen Öffentlichkeit (s.u.).

Als handelnde Wesen werden Menschen von Arendt als *zoon politikon* bezeichnet. Im Unterschied zum herstellenden *homo faber* handelt es sich beim *zoon politikon* nicht um eine unabhängige und souveräne Existenzform. Die handelnden Subjekte werden als abhängige Wesen beschrieben. Handeln und Sprechen bedürfen immer einer Mitwelt, an die sie sich richten (vgl. Arendt 1996a, 170, 234). Bedingt durch die Pluralität bleibt das Handeln einzelner Personen immer abhängig von anderen Subjekten. Aufgrund der Interferenz mit anderen handelnden Subjekten gehört die Unvorhersehbarkeit der Ergebnisse, d.h. Kontingenz, zu den charakteristischen Kennzeichen dieser Existenzform (vgl. Arendt 1996a, 222-226). Indem sie durch Handeln und Sprechen das Faktum der Natalität bestätigen, sind Menschen immer „Anfänger" (Arendt 1996a, 16). Da das Anfangen jederzeit und aus allen Situationen heraus möglich ist, entziehen sich handelnde und sprechende Menschen „aller Absehbarkeit und Berechenbarkeit" (Arendt 1996a, 217). Mit Kontingenz haben es handelnde Subjekte aber auch deshalb zu tun, weil sie ihre eigenen Pläne durch die Interaktion mit anderen zumeist nicht in Reinform umsetzen können: „Jedenfalls bleiben auch in den beschränktesten Umständen die Folgen einer jeden Handlung schon darum unabsehbar, weil das gerade eben noch Absehbare, nämlich das Bezugsgewebe mit den ihm eigenen Konstellationen, oft durch ein einziges Wort oder eine einzige Geste radikal geändert werden kann" (Arendt 1996a, 237f.).

Das dreidimensionale Beziehungssystem menschlichen Tuns wird darüber hinaus mit einer Zuordnung der Tätigkeiten zu verschiedenen Räumen verschränkt. Der räumlichen Ordnung des tätigen Lebens liegt eine Theorie zugrunde, die einerseits phänomenologisch, andererseits aus der idealtypisch gesetzten Ordnung der griechischen Polis abgeleitet wird und einen öffentlichen von einem privaten Raum unterscheidet. Im Rahmen der phänomenologischen Analyse betrachtet Arendt die beiden Bereiche in ihrer Bedeutung für die menschliche Existenz als komplementär und in diesem Sinne normativ als durchaus gleich wichtig.[12] Über

12 In der phänomenologischen Perspektive zeichnet sich der öffentliche Bereich durch zwei Qualitäten aus: Einerseits stellt er einen Raum des Erscheinens dar (vgl. Arendt 1996a, 62f.), andererseits bildet er die allen gemeinsame Welt (vgl. Arendt 1996a, 65-73). Benhabib bezeichnet diese Dimensionen als phänomenologische, weil es sich dabei unter gleich welchen sozialgeschichtlichen Voraussetzungen und gleich welcher Epoche um Aspekte der menschlichen Bedingtheit an sich handelt (Benhabib 1998, 206). Die phänomenologischen Qualitäten des privaten Bereichs werden von Arendt an keiner Stelle derart hervorgehoben wie die des öffentlichen.

den Rückbezug auf die klassische Polis werden Öffentlichkeit und Privatheit allerdings in anderer Form normativ aufgeladen. Innerhalb dieses Argumentationsmusters bezeichnet der öffentliche Bereich den Ort der Freiheit, und das Private stellt den Raum der Notwendigkeit dar (Arendt 1996a, 34-48). In ihrer Bedeutung für die menschliche Existenz werden die Bereiche von Arendt deshalb hierarchisch angeordnet. Metaphorisch bezeichnet sie die Trennung zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen als eine „Kluft" (Arendt 1996a, 43). Der einzige Bezug, der laut Arendt in der Antike zwischen den beiden Bereichen hergestellt wurde, bestand darin, dass „die Beherrschung der Lebensnotwendigkeiten innerhalb eines Haushalts die Bedingungen für die Freiheit in der Polis bereitstellte" (Arendt 1996a, 41).

Über eine Verschränkung der menschlichen Tätigkeiten mit der räumlichen Ordnung menschlicher Existenz ergibt sich für Arendt auch eine Hierarchisierung der Tätigkeitsformen. Das Arbeiten bildet die unterste Stufe menschlicher Existenz, da es den Charakter einer privaten Tätigkeit hat und immer an die Notwendigkeiten des Lebens gebunden bleibt. Das Herstellen nimmt eine Zwischenposition ein. Die Tätigkeit selbst wird zwar meist im Privaten vollzogen, die fertigen Produkte jedoch in einem (halb-)öffentlichen Bereich zur Schau gestellt. Die einzige durch und durch öffentliche Tätigkeit stellt das Handeln dar und gemeinsam mit dem Sprechen bildet es den Modus, in dem „sich das Menschsein selbst offenbart" (Arendt 1996a, 214).[13] Im Handeln der Menschen entsteht

Dennoch lassen sie sich aus dem Text rekonstruieren. Das Private wird in seiner phänomenologischen Dimension als komplementär zum Öffentlichen aufgefasst. Bildet der öffentliche Raum einen Erscheinungsraum, so besteht die Qualität des privaten Raums darin, dass er verbirgt. Die metaphorische Umschreibung ist hier die „Dunkelheit des Verborgenen und Geborgenen" (Arendt 1996a, 64). In diesen Raum gehören „eine große Anzahl von Sachen, die die Helle nicht aushalten" (ebd.). Zu diesen Sachen zählen z.B. die Liebe, die eine öffentliche Zurschaustellung nicht überlebt, ebenso wie Geburt und Tod der Menschen, die sich im Verborgenen und nicht im hellen Licht der Öffentlichkeit vollziehen. Während die Öffentlichkeit die Welt als das allen Gemeinsame umfasst, bildet das Private ergänzend dazu das, was jedem Menschen individuell zu eigen ist. Komplementär sind die beiden Räume insofern, als jedes Leben, das sich in der Öffentlichkeit vollzieht, gleichsam als Rückzugs- und Schutzraum das Private benötigt (vgl. Arendt 1996a, 85-87).

13 In „Vita activa" sieht Arendt das Handeln in engem Zusammenhang mit dem Sprechen: „Erst durch das gesprochene Wort fügt sich die Tat in einen Bedeutungszusammenhang, wobei aber die Funktion des Sprechens nicht etwa die ist, zu erklären, was getan wurde, sondern das Wort vielmehr den Täter identifiziert und verkündet, dass

jener besondere Erscheinungsraum, den Hannah Arendt für eine authentische Öffentlichkeit hält.[14]

2.1.2 Der Politikbegriff

In „Vita activa" sind verschiedene Spuren gelegt, auf denen man sich Arendts Politikbegriff nähern kann: Hier findet sich zum einen der Zugang zur Politik über aristotelische Begriffe wie z.B. die normative Unterscheidung zwischen öffentlich und privat oder das Konzept des *zoon politikon*. Zum anderen unternimmt die Philosophin in diesem Werk ausführliche Analysen des Handelns, das ihr als „die politische Fähigkeit par excellence" (Arendt 1994c, 204) gilt und ihren Macht- und Öffentlichkeitsbegriff prägt.

Wie oben herausgearbeitet wurde, rekurriert Arendt auf die aristotelische Trennung zwischen öffentlich und privat im Sinne der Polis als dem Reich der Freiheit und des Haushalts als dem Reich der Notwendigkeit. Dieses Postulat bildet die Grundlage für zwei ihrer zentralen Thesen, „der These vom Vorrang und der Höherrangigkeit und der These von der Autonomie des Politischen" (Brunkhorst 1994, 157) (vgl. auch Botstein 1983, 76; Reist 1990, 250). Arendt identifiziert Politik mit Öffentlichkeit und dem öffentlichen Leben. Die Höherrangigkeit des Öffentlichen führt sie dabei nicht nur auf die These zurück, dass die Politik den eigentlichen Sitz der Freiheit darstellt, sondern auch darauf, dass die Öffentlichkeit „die Welt selbst, insofern sie das uns Gemeinsame ist" (Arendt 1996a, 65), darstellt. In der Rede von dem, was allen gemeinsam ist, bezieht Arendt sich nicht auf ein allen gemeinsames Interesse, sondern sie verwendet den Ausdruck als Metapher für einen Raum, der intersubjektiv erzeugt und am Leben erhalten wird: „[D]ie Wirklichkeit des öffentlichen Raums [erwächst, A.L.] aus der gleichzeitigen Anwesenheit zahlloser Aspekte und Perspektiven, in denen ein Gemeinsames sich präsentiert und für die es keinen gemeinsamen Maßstab und keinen Generalnenner je geben kann" (Arendt 1996a, 71). Das Öffentliche genießt in Arendts Kategorisierung menschlicher Existenz einen höheren Stellenwert als das Private, weil man als Privatmensch nicht „in Erscheinung" tritt und ein ausschließlich privates Leben „wesentlicher menschlicher Möglichkeiten beraubt ist" (Arendt 1996a, 74). Somit kann die Philosophin Politik nicht nur von anderen Bereichen, wie z.B. Kultur oder Ökonomie, unterscheiden, sondern auch postulieren, dass Politik ihren Zweck in sich selbst hat und nicht von außerpolitischen Zwecken determiniert wird.

Ein weiteres Konzept, das Arendt aus der aristotelischen Ethik übernimmt, beinhaltet die Definition des Menschen als *zoon politikon*. Entgegen dem traditionellen Verständnis fasst Arendt hierunter aber keine wesensmäßige, d.h. essentielle Eigenschaft des Menschen. Für sie ist der Mensch kein politisches Lebewesen in dem Sinn wie er ein natürliches Lebewesen ist. Die Philosophin betont vielmehr, dass mit der Bestimmung des Menschen als *zoon politikon* gerade keine wesensmäßige Eigenschaft des Menschen beschrieben wird: „[A]ls ob es *im* Menschen etwas Politisches gäbe, das zu seiner Essenz gehöre" (Arendt 1993, 11; Hervorhebung im Original). Es gibt keine wie auch immer geartete Substanz des Menschen, die als politisch bezeichnet werden kann:

> „[D]er Mensch ist a-politisch. Politik entsteht in dem *Zwischen-den*-Menschen, also durchaus *außerhalb des* Menschen. Es gibt daher keine eigentlich politische Substanz. Politik entsteht im Zwischen und etabliert sich als der Bezug" (ebd.; Hervorhebung im Original).

Arendt besteht darauf, dass Politik und Freiheit in einem engen Zusammenhang stehen. Sie widerspricht jedoch der These, dass Politik das Mittel bereitstellt, mit dem der Zweck, die Freiheit, erreicht oder gesichert werden kann. Ihre eigene These lautet vielmehr: „Der Sinn von Politik ist Freiheit" (Arendt 1993, 28; 1994c, 210). Das bedeutet für sie, dass lediglich in der Politik Freiheit realisiert werden kann.[15] Freiheit bezeichnet dabei eine „objektiv feststellbare Art und Weise menschlicher Existenz" (Arendt 1996a, 86), die dadurch gekennzeichnet ist, dass der Mensch sich frei von allen Herrschaftsverhältnissen und den ihnen innewohnenden Ungleichheiten bewegt. Herrschaft bedient sich der Mittel des Zwangs und der Gewalt und ist im präpolitischen Bereich durchaus zu rechtfertigen: „Die Notwendigkeit, deren Zwang alle Sterblichen unterworfen sind, rechtfertigt die Gewalt; gewaltsam befreien sich die Menschen von der Notwen-

er es ist, der handelt, nämlich jemand, der sich auf andere Taten und Beschlüsse berufen kann und sagen, was er weiterhin zu tun beabsichtigt" (Arendt 1996a, 218).

14 Handlungsprozesse können von Arendt durchaus danach unterschieden werden, „ob sie im Privaten oder im Öffentlichen stattfinden" (Arendt 1996a, 240). Im Unterschied zum Herstellen und Arbeiten ist aber allein das Handeln „diejenige Tätigkeit, die einen öffentlichen Raum in der Welt überhaupt erst hervorbringt" (Arendt 1996a, 249) und am Leben erhält (vgl. Arendt 1996a, 252). Deshalb hält die Philosophin das Handeln für die existentiell höchste Tätigkeitsform.

15 Jerome Kohn bringt den Freiheitsbegriff von Arendt im Unterschied zu neuzeitlichen Demokratietheorien wie folgt auf den Punkt: „If, moreover, the gift of freedom is imparted through birth, on which Arendt insists, for her that does not imply that it can be imputed to humans as natural beings. Man is not born free, as Rousseau believed, but born for *freedom*" (Kohn 2000, 23; Hervorhebung im Original).

digkeit, die das Leben auf sie legt, für die Freiheit der Welt“ (Arendt 1996a, 41; vgl. auch Arendt 1996a, 101).

So wie Arendt sie versteht, ist „Freiheit ein wesentlich politisches Phänomen“ (Arendt 1994c, 210).

> „Das Politische in diesem griechischen Sinne verstanden ist also um die Freiheit zentriert, wobei Freiheit negativ als Nicht-beherrscht-Werden und Nicht-Herrschen verstanden wird und positiv als ein nur von Vielen zu erstellender Raum, in welchem jeder sich unter seinesgleichen bewegt“ (Arendt 1993, 39).

Freiheit fällt für Arendt mit dem Handeln zusammen (Arendt 1994c, 206). Aus diesem Grund beginnt Freiheit dort, „wo die Sorge um das Leben aufgehört hat“ und „Politik es mit der Welt zu tun hat“ (Arendt 1994c, 210). Die Kategorie Politik bezeichnet sowohl einen Bereich menschlicher Existenz im Sinne eines Raumes, die Öffentlichkeit, als auch ein praktisches Vermögen der Menschen, das Handeln.

Dieser handlungstheoretische Zugang kennzeichnet auch das Machtverständnis, das mit dem Arendt'schen Politikverständnis einhergeht. Arendt charakterisiert das, „was den öffentlichen Bereich, den potentiellen Erscheinungsraum zwischen Handelnden und Sprechenden, überhaupt ins Dasein ruft und am Dasein erhält“ (Arendt 1996a, 252), als Macht. Sie leitet 'Macht' nicht von 'machen' ab, sondern von 'mögen' und 'möglich'. Sie unterstreicht, dass Macht immer ein Machtpotential und niemals etwas Unveränderliches, Messbares oder Verlässliches wie Kraft oder Stärke bezeichnet. Macht hat für Arendt performativen Charakter, „sie entsteht, wenn Menschen zusammen handeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen“ (ebd.).[16] Der für das Politische charakteristische Erscheinungsraum der Öffentlichkeit entsteht nur, wenn dieses Machtpotential als „Handlungsmacht“ (Medzeg 1995, 31) durch das Zusammenhandeln realisiert wird. Arendt grenzt dieses positive und produktive Machtverständnis ab gegen das negative Weber'sche Konzept von Macht als Unterwerfungsmacht, d.h. einen strategischen Handlungszusammenhang mit repressivem Charakter.[17]

16 Die trennscharfe Unterscheidung zwischen Macht und Gewalt arbeitet Arendt erstmals 1970 in einem Essay aus, den sie unter dem Eindruck weltweiter Studentenunruhen und dem Krieg in Vietnam geschrieben hatte. Sie zeigt darin die Abgrenzungen ihres Machtkonzepts gegenüber der Gewalt (Arendt 1970). Dieser Essay bildet die Grundlage für die noch im selben Jahr erscheinende mittlerweile berühmte und viel zitierte Schrift „Macht und Gewalt“ (Arendt 1996b).

17 Vgl. dazu Breen 2007; Brunkhorst 1994, 158; Grunenberg 1995; Habermas 1976b; 1966; Heuer 2006, 11f.; Medzeg 1995, 31-35; Paul-Horn 1994; Rese 2008; Sifft/Zwingel 1996; Vowinckel 2007. Winfried Thaa legt ausführlich dar, dass und wie die im Grunde fast identische Kritik an der Moderne von Weber und Arendt aus der Perspektive ihrer jeweils verschiedenen Machtbegriffe bei ersterem in ein „Plädoyer für die plebiszitäre Führerdemokratie“ (Thaa 2005, 27) mündet, während Arendt „für eine republikanische, partizipatorische Demokratie“ (ebd.) eintritt.

Im Anschluss an Margaret Canovan lassen sich in diesem Verständnis, das Politik in erster Linie als politisches Handeln begreift, zwei verschiedene subjektorientierte Dimensionen des Politischen unterscheiden (vgl. Canovan 1994, 136-141).[18] Die erste Dimension kann als agonales Prinzip bezeichnet werden. Illustrative Beispiele hierfür entnimmt Arendt der griechischen Antike. Sie betont, dass „das Urbild des Handelns, wie es der griechischen Antike vorschwebte, von dem Phänomen der Selbstenthüllung bestimmt war“ (Arendt 1996a, 243), und dass „der Unabsehbarkeit der Folgen des Gehandelten in dieser Sicht keine allzu große Bedeutung“ zukam (ebd.). Deshalb ist der „agonale Geist, (...) dies leidenschaftliche Sich-an-Anderen-Messen“ (ebd.), so kennzeichnend für den Begriff des Politischen in den griechischen Stadtstaaten gewesen (vgl. auch Arendt 1996a, 242, 247). Die Kriterien, unter denen sich das kompetitive Handeln in diesem Raum vollzieht, sind Größe und Vortrefflichkeit. Größe bezeichnet das „Außerordentliche“ (Arendt 1996a, 260) und die Tatsache, dass das, was „im Alltagsleben gültig und maßgebend ist, nicht mehr gilt“ (Arendt 1996a, 261). Vortrefflichkeit besagt, dass jeder „durch Hervorragendes in Tat, Wort und Leistung zu beweisen hatte, dass er als ein 'Bester' lebte“ (Arendt 1996a, 53).[19]

Die zweite Dimension des Arendt'schen Politikbegriffs beleuchtet Canovan zufolge Politik unter dem Gesichtspunkt von „action-as-foundation“ (Canovan 1994, 144). Im Mittelpunkt stehe in diesem Kontext die Fähigkeit des Handelns im Sinne eines Neuanfangs (vgl. Canovan 1994, 143). Beispiele für

18 In der Sekundärliteratur taucht die Unterscheidung zwischen den beiden Politikmodellen erstmals bei Peter Fuss auf (vgl. Fuss 1979, 173), ausführlicher dargestellt wird sie von Biku Parekh. Er trifft dieselbe Unterscheidung wie Canovan (vgl. Parekh 1981, 177-185). Benhabib unterscheidet ebenfalls zwei Handlungsmodelle. Da im Zentrum ihrer Analysen Arendts Öffentlichkeitsbegriff steht, läuft ihre Unterscheidung auf zwei verschiedene Formen von Öffentlichkeit hinaus (vgl. Benhabib 1995a, 101-105; 1988, 170-174). Auch Maurizio P. D'Entreves unterscheidet ein zweigleisiges Handlungsmodell bei Arendt (D'Entreves 1989).

19 Dieses Deutungsmuster der Polis als dem Raum des Öffentlichen in seiner Eigenschaft als „agonaler und dramaturgischer Raum“ (Benhabib 1988, 172) wird auch von Benhabib herausgearbeitet (vgl. Benhabib 1995a; 1998): „Der öffentliche Raum im agonistischen Sinn stellt eine Art Bühne dar, auf der moralische und politische Größe, heldenhaftes, herausragendes Verhalten 'aufgeführt', öffentlich gemacht werden“ (Benhabib 1995a, 101).

politische Gründungsakte, in denen etwas völlig Neues ins Leben gerufen wird, bilden für Arendt das Römische Reich und moderne Revolutionen, insbesondere die amerikanische, und der Aufstand in Ungarn 1956. In diesem Fall steht nicht der individuelle Wettstreit in der Arena des politischen Raumes im Vordergrund, sondern die Konstitution einer politischen Öffentlichkeit. Arendt bezeichnet diesen Akt als „Gründung der Freiheit" (vgl. Arendt 1994a, 183-231). Dabei betont sie den Aspekt der Unvorhersehbarkeit des Ereignisses (vgl. Arendt 1996a, 216), die der Spontaneität der Menschen geschuldet ist. Das Prinzip, das dabei zum Tragen kommt, ist kein kompetitives, sondern ein konsensuales Miteinanderhandeln oder wie Canovan es formuliert, „acting with one's equals in bonds of mutual trust" (Canovan 1994, 143). Benhabib erfasst den öffentlichen Raum in dieser Form als einen „Assoziationsraum" (Benhabib 1995a, 101). Während das agonale Prinzip den Modus der Interaktion innerhalb einer existierenden Öffentlichkeit beschreibt, erfasst das assoziative Prinzip jene Form des Handelns, die Öffentlichkeit erst schafft.[20]

Arendts Konzeption der Pluralität als Gleichheit und Differenz erhält für das Politische eine besondere Bedeutung. In Arendts Terminologie bezeichnet politische Gleichheit nicht eine Gleichartigkeit, sondern Ebenbürtigkeit. Das Konzept von politischer Gleichheit als Ebenbürtigkeit führt sie auf das antike Prinzip der Gleichheit zurück. Diesem Prinzip hat die Vorstellung zugrunde gelegen, dass man sich unter „seinesgleichen" (Arendt 1996a, 42) bewegte und „unter Ebenbürtigen sein Leben zubringen durfte" (Arendt 1996a, 53), dass also Gleichheit „das eigentliche Wesen der Freiheit" (Arendt 1996a, 43) bildete.[21]

20 Im Gegensatz zu Canovan und Benhabib beschränken Fuss, Parekh und D'Entreves den Geltungsbereich des assoziativen Politikmodells nicht ausschließlich auf den Moment der Gründung eines politischen Gemeinwesens, sondern identifizieren darin Arendts „participatory view of politics" (Parekh 1981, 177) (vgl. D'Entreves 1989; Fuss 1979, 173; Parekh, 1981, 177-185).

21 Arendt unterscheidet dies von dem neuzeitlichen naturrechtlichen Gleichheitsverständnis, in dem Gleichheit im Sinne von Egalität begriffen wird und eine Forderung der Gerechtigkeit darstellt (vgl. Arendt 1996a, 42f.). Sie beruft sich auf das griechische Konzept der Isonomie, das sich auf die Gleichheit der Bürger, aber nicht der Menschen bezieht. Kennzeichnend für die Bürger ist, dass sie sich als Gleiche begegnen und kein Bürger über einen anderen herrscht (vgl. Villa 2000, 10; Balibar 2007, 266f.). „Die Isonomie garantierte Gleichheit, aber nicht weil alle Menschen als Gleiche geboren oder von Gott geschaffen sind, sondern im Gegenteil, weil die Menschen von Natur nicht gleich sind und daher einer von Menschen errichteten Einrichtung bedürfen, nämlich der Polis, um Kraft des Gesetzes einander ebenbürtig zu werden. Gleichheit existierte nur in diesem spezifisch politischen Bereich, wo die Einwohner der Polis als Bürger und nicht als Privatpersonen zusammenkamen" (Arendt 1994a, 36).

Deutlich tritt dies auch in einem kurzen Fragment zutage, in dem Arendt ihre Überlegungen zur Politik in sieben Thesen zusammenfasst. Dort hält sie fest:

> „*Der* Mensch, wie ihn Philosophie und Theologie kennen, existiert – oder wird realisiert – in der Politik nur in den gleichen Rechten, die die Verschiedensten sich garantieren. (...) Politik organisiert ja von vornherein die absolut Verschiedenen in Hinblick auf *relative* Gleichheit und im Unterschied zu *relativ* Verschiedenen" (Arendt 1993, 11f.; Hervorhebung im Original).

Bei Arendt enthält das Konzept von Gleichheit als Ebenbürtigkeit allerdings tendenziell eine elitäre Dimension, denn ebenbürtig sind „nie alle, auch nicht die Vielen, sondern immer nur die Wenigen" (Brunkhorst 1994, 161).[22] Eine solche partikularistische Haltung erstreckt sich nicht nur auf die Form des politischen Gemeinwesens bzw. die Frage, wer das Recht zur Teilhabe daran hat, sondern auch auf den Inhalt von Politik. Politisches Handeln manifestiert sich im Außergewöhnlichen, dem, was über jene den Alltag bestimmenden Zusammenhänge hinausgeht. Um was es sich dabei konkret handeln könnte, was der Gegenstand von Politik sein kann, darüber erteilt Arendt keine Auskunft. Ihr wird sicherlich das Verdienst zuteil, mit einer emphatischen Würdigung „das Pathos des Politischen" (Sternberger 1979, 110) erneuert zu haben. Der Begriff dessen, was sie so nachhaltig preist, bleibt hingegen abstrakt.[23]

22 Gestützt wird diese These beispielsweise von Arendts Ausführungen in „Über die Revolution", in denen sie ihre präferierte Form eines politischen Gemeinwesens entwirft. Es handelt sich dabei um eine „Elementarrepublik", die nach dem Prinzip eines föderalen Rätesystems organisiert sein solle, und für die gelte: „Öffentliche Freiheit, öffentliches Glück und die Verantwortlichkeit für öffentliche Angelegenheiten würden dann den Wenigen zufallen, die in allen Gesellschafts- und Berufsschichten daran Geschmack finden. Sie sind ohnehin die politische Elite eines Landes (...). Vielleicht würde eine solche im wahrsten Sinne des Wortes 'aristokratische' Staatsform dann nicht mehr zu dem Mittel der allgemeinen Wahlen greifen, denn nur diejenigen, die freiwillige Mitglieder einer 'Elementarrepublik' sind, hätten den Beweis dafür erbracht, dass es ihnen um anderes und vielleicht um mehr geht als um ihr privates Wohlbefinden und um ihre legitimen Privatinteressen. Nur wer an der Welt wirklich interessiert ist, sollte eine Stimme haben im Gang der Welt" (Arendt 1994a, 359f.) (vgl. dazu auch Brunkhorst 2000; Herb 2001, 62; Jay 1978, 361-363; Vollrath 1993, 45f.).

23 Höffe betont, dass Arendt sich souverän über alle anerkannten Versuche, Politik zu definieren, hinwegsetzt. Sie bestimme Politik „nicht durch das, was wir gewöhnlicherweise unter politischer Macht verstehen, auch nicht durch charakteristische Ziele ('Staatsaufgaben') wie etwa Sicherheit, Frieden oder Wohlfahrt, ebenso wenig durch

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass unter der Kategorie der Politik die Thesen von der Autonomie und dem Vorrang des Politischen und die Annahme, dass der Sinn von Politik Freiheit ist, subsumiert werden. Politik bezeichnet das Handeln und Sprechen der Ebenbürtigen, die miteinander jenen Raum konstituieren, in dem sie sich voreinander auszeichnen oder sich gegenseitig überzeugen, um gemeinsam handeln zu können. Innerhalb des kategorialen Rasters stellt das Handeln die einzige Tätigkeit dar, die politisch sein kann, d.h. die Lokalisierung der Kategorie Politik kann entlang der für das Handeln gültigen Bezüge vorgenommen werden. Demzufolge kann für Politik die Bindung an die existentiellen Grundbedingungen der Pluralität und Natalität ebenso postuliert werden wie die Bindung von Politik an einen öffentlichen Raum.

Ein an der Arendt'schen Politikkonzeption anknüpfendes Demokratieverständnis wird zwei zentrale Kategorien berücksichtigen müssen. Arendts Öffentlichkeitskonzept markiert ein republikanisches Demokratieverständnis, in dem das Gemeinwohl als das „gute Leben" oder auch „public freedom" (Dubiel 1997, 23) und nicht individuelle Freiheitsrechte den zentralen Referenzpunkt der Demokratiekonzeption ausmachen.[24]

Der zweite zentrale Aspekt für ein Verständnis von Demokratie, das an die Arendt'sche Kategorie der Politik anknüpft, betrifft die subjektive Dimension des Politischen, die Arendt so nachdrücklich betont und herausarbeitet. Hierunter ist nicht nur der handlungstheoretische Zugang zur Politik zu verstehen, sondern auch die Tatsache der Pluralität. Dies bedeutet, um es mit den Worten Linda Zerillis auszudrücken, „das Faktum der Pluralität nicht von vornherein als ein zu lösendes Problem, sondern als Grundvoraussetzung demokratischer Politik zu verstehen" (Zerilli 2006, 17). Darüber hinaus gilt es, die von Arendt im Bild der Natalität verankerte Spontaneität, die handelnden Subjekten eigen ist, zu berücksichtigen. Pluralität und Spontaneität zusammen sind dafür verantwortlich, dass Kontingenz ein wesentliches Kennzeichen demokratischer Politik darstellt. Da

eine normative Idee wie Gerechtigkeit" (Höffe 1993, 19). Arendts Auffassung von Politik ist ohne eine normative Position, die in universalistischen Menschenrechten, Gleichheit und Respekt wurzelt, kaum nachzuvollziehen. Die Philosophin bemüht sich aber nicht, eine solche normative Rechtfertigung für Politik explizit zu machen. Diese „normative Lücke" im politischen Denken Arendts wird auch von anderen Autorinnen und Autoren gesehen (vgl. Benhabib 1998, 302-304; Kateb 1983, 31; Pitkin 1981, 336-338.).

24 Zu Arendts republikanischem Politikverständnis vgl. u.a. Brumlik 2007; 2006; Canovan 2002; Fetscher 2007; Herb 2001; Isaac 1994; Marchart 2006a; Schindler 2000; Thaa 1999.

Arendt politisches Handeln als ein intersubjektives Geschehen ansieht, verfügen die Einzelnen darin nicht über Souveränität in dem Sinne, dass sie ihren Willen gegen andere Interessen und Bedürfnisse einfach jederzeit durchsetzen können. Somit sind auch die Ergebnisse demokratischer Politik nicht vorhersehbar. Dies wird verstärkt durch die Möglichkeit, an jedem Punkt eines politischen Prozesses immer auch andere Wege einschlagen zu können. „Es wird die Tatsache evident, dass die Welt verändert werden kann, dass nichts so bleiben muss, wie es ist, und dass, im Pathos der Globalisierungskritiker gesprochen, eine andere Welt möglich ist" (Marchart 2006b, 36). Arendts emphatischer Politikbegriff enthält darüber hinaus ein produktives und positives Machtverständnis, mit dem demokratische Macht nicht als Unterwerfungsmacht konzipiert werden muss, sondern als Handlungsmacht, die von Gewalt und Herrschaft zu unterscheiden ist.

In Hinblick auf eine Konzeption der Demokratie im Anschluss an Arendt muss allerdings problematisiert werden, dass sie den Politikbegriff einseitig auf die subjektiven Dimensionen des Politischen beschränkt und keinen Begriff für die strukturelle Seite politischer Zusammenhänge hat (vgl. Jay 1978, 353). Darüber hinaus erweist sich die bei ihr angelegte Tendenz zu einem konservativen Elitismus und Partikularismus mit einem demokratischen Begriff des Politischen als gänzlich unverträglich (vgl. Brunkhorst 2000; 1994; Canovan 1978, 10f.; Demirović 2003, 273f.). Diese Tendenz wurzelt aber nicht nur in ihrem Politikverständnis, sondern, wie im Folgenden herausgearbeitet werden soll, viel eher in dem mit diesem Politikbegriff korrespondierenden Verständnis von Arbeit und insbesondere in dem spezifischen Zusammenhang, den Arendt zwischen Politik und Arbeit herstellt.

2.1.3 Der Arbeitsbegriff

Im Gegensatz zu ihrem Verständnis von Politik, das die Philosophin letztendlich nicht ausformuliert hat und das aus fragmentarischen Texten und den Analysen des Handelns in „Vita activa" heraus gedeutet werden muss, kann der Arbeitsbegriff explizit aus „Vita activa" rekonstruiert werden. Das Verständnis der Kategorie Arbeit geht aus den Analysen des Arbeitens und insbesondere auch aus der Anwendung ihrer Kategorien als kritische Instrumente gegenüber der Realität moderner Gesellschaften unmissverständlich hervor. Im Folgenden werden die wichtigsten Elemente der Tätigkeitsanalysen aus „Vita activa" dargelegt und sodann in einer Beschreibung des Arbeitsverständnisses zugespitzt.

Die Grundbedingung, mit der das Arbeiten korrespondiert, ist das Leben. Es antwortet auf „die drängenden Antriebe des Lebensprozesses" (Are-

ndt 1996a, 167), steht „unter dem Druck der Lebensnotdurft oder der subjektiven Bedürfnisse“ (Arendt 1996a, 171), und gefangen im Kreislauf des Körpers kennt es weder Anfang noch Ende (vgl. Arendt 1996a, 170). Da das Arbeiten notwendig ist, um den Lebensprozess aufrechtzuerhalten, weist es bestimmte Merkmale auf, die mit den Merkmalen des Kreislaufs der Natur identisch sind: Es ist zyklisch wie der Kreislauf der Natur selbst, kennt weder einen Anfang noch ein Ende, „sondern dreht sich in unendlicher Wiederholung in dem immer wiederkehrenden Kreise, den der biologische Lebensprozess ihm vorschreibt und dessen ‘Mühe und Plage’ erst mit dem Tod des jeweiligen Organismus ein Ende findet“ (Arendt 1996a, 117).

Die Produkte der Arbeit sind Konsum- oder Verbrauchsgüter und werden von Arendt nicht zu den Gegenständen, die in der Welt erscheinen, gerechnet (vgl. Arendt 1996a, 104-106). Das entscheidende Charakteristikum eines Konsumguts besteht darin, dass es nur produziert wird, um verzehrt zu werden (vgl. Arendt 1996a, 106, 163); es weist unter allen Gütern den „geringsten Grad an Beständigkeit“ (Arendt 1996a, 114) auf. Der quasi automatisch ablaufende Wechsel zwischen Arbeiten und Konsumieren, die lediglich zwei verschiedene Stadien im Lebensprozess markieren (vgl. Arendt 1996a, 117), prägt sich dem menschlichen Erfahrungshorizont als Vergeblichkeit ein. Dieser Wechsel kann weder zum Stillstand kommen noch jemals etwas Dauerhaftes oder Beständiges hervorbringen (vgl. Arendt 1996a, 104, 154). Als ein ebenso vergebliches Unterfangen erweist sich auch jenes Arbeiten, das erforderlich ist, um die Welt zu erhalten, denn „nicht nur die Erhaltung des Körpers, sondern auch die Erhaltung der Welt erfordert die mühevolle, eintönige Verrichtung täglich sich wiederholender Arbeiten“ (Arendt 1996a, 119).

Die Menschen, sofern sie arbeitende Wesen sind, charakterisiert Hannah Arendt als *animal laborans*, d.h. sie bestimmt den Menschen als arbeitendes „Tier“.[25] Das

25 Bei dem Begriff *animal laborans* handelt es sich um einen Ausdruck, der von Arendt selbst geprägt wird. Sie verdeutlicht damit, dass der Mensch arbeitet, um zu leben. Der unausweichlichen Notwendigkeit, sich am Leben zu erhalten, sind alle Formen organischen Lebens ausgesetzt. Allerdings erfüllen lediglich die Menschen diese Anforderung durch Arbeit. Das Arbeiten avanciert somit zwar zu einer Tätigkeit, durch deren Ausübung die Menschen sich von den Tieren unterscheiden. Aber für Arendt handelt es sich beim Arbeiten um eine Form menschlicher Existenz, die ihrem Wesen nach dem Tierischen näher steht als dem Menschlichen. In diesem Punkt ist ihre Diktion unmissverständlich: „Bestimmt man den Menschen als ein Animal laborans, so kann er in der Tat nichts wesentlich anderes sein als ein Tier, bestenfalls die höchste der Tiergattungen, die die Erde bevölkern“ (Arendt 1996a, 102).

animal laborans gilt Arendt als ein „soziales“ Lebewesen, was in diesem Zusammenhang nichts Anderes meint als ein geselliges Lebewesen.[26] Es besitzt nicht die Fähigkeit, sich als Person, d.h. als ein einzigartiges, von anderen verschiedenes Individuum zu konstituieren und mit anderen Personen in Interaktion zu treten. Arendt bezeichnet *animal laborans* als ein Wesen, „dessen Zusammenleben daher niemals über Stammesorganisationen hinauskommt“ (Arendt 1996a, 191):

> „Das Zusammen in der Arbeit besteht vielmehr in der einfachen Multiziplität von Gattungsexemplaren, die einander bis zur Austauschbarkeit gleichen, insofern sie nämlich lediglich in ihrer Eigenschaft als lebende Organismen sind, was sie sind“ (Arendt 1996a, 271).

Diesem Begriff von Arbeit ist ein Gleichheitskonzept inhärent, das die Gleichartigkeit aller Menschen aufgrund biologischer Tatbestände postuliert. Aus der Perspektive von Natur und Leben, wie Arendt sie definiert, sind in der Tat alle Menschen gleich. Hierbei handelt es sich um die Gleichheit und Einheit von Gattungsexemplaren. Das Kriterium, an dem die Gleichartigkeit ausgerichtet ist, stellt die Notwendigkeit dar, die vom Leben selbst diktiert wird und auf alle Menschen denselben Zwang ausübt. Diese Gleichartigkeit begründet Arendt mit der Abhängigkeit aller Menschen von der Natur; sie bedeutet die Aufhebung der Pluralität im Kollektiv (vgl. Arendt 1996a, 272). Das Prinzip der Gleichheit, das für die Arbeit Gültigkeit besitzt, lässt sich beschreiben als das Prinzip der gleichen Notwendigkeit.

In der Charakterisierung des *animal laborans* nimmt der Aspekt der Abhängigkeit eine völlig andere Form an als im Rahmen der Charakterisierung des Menschen als *zoon politikon*. Als Handelnde gelten die Menschen auch als abhängige und auf andere Menschen angewiesene Subjekte. Zurückgeführt wird diese Abhängigkeit auf die Pluralität als einer unaufhebbaren Grundbedingung

26 Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Begriff ‘sozial’ von Hannah Arendt immer im Sinne von quasi-natürlich, gemeinschaftlich und egalitär verwendet wird. Hanna Pitkin hat in einer Studie über Arendts Konzept des Sozialen herausgearbeitet, dass Arendt diesen Begriff in „Vita activa“ in zweifacher Hinsicht verwendet: Sie bezeichne damit die Gesellschaft als eine einzelne Subjekte vereinheitlichende und normalisierende, ihre Individualität einebnende Instanz. Darüber hinaus begreife Arendt aber als Gesellschaft und das Soziale auch alles, was mit der biologischen Notwendigkeit und der Ökonomie zu tun habe. Entscheidend sei dabei, dass Arendt das Soziale und die Sozialität der Menschen als quasi biologische Eigenschaft begreife, die Menschen in einem Kollektiv zusammenhalte, welche aber ganz verschieden sei von der Pluralität und Intersubjektivität, wie sie das Handeln kennzeichneten (vgl. Pitkin 1998, 177-202).

menschlicher Existenz. Diese intersubjektive Abhängigkeit hat einen kooperativen und freiheitlichen Charakter. Die Abhängigkeit des *animal laborans* hingegen wird als eine Konsequenz des biologischen Lebens aufgefasst und in den Kategorien von Zwang und Notwendigkeit beschrieben. Im Arbeiten ist der Mensch auf den „Körper zurückgeworfen, der nackten Notwendigkeit unterworfen" (Arendt 1996a, 270).

Als grundlegende Erfahrung des Arbeitens bezeichnet Arendt die „qualvoll-erschöpfende Anstrengung" (Arendt 1996a, 166); mit der Arbeit werden vornehmlich Mühe, Last und Plage assoziiert oder aber auch Notwendigkeit, Zwang und Dringlichkeit, da der Körper auf die im Arbeitsprozess erzeugten Lebensmittel angewiesen ist. Aus dieser Perspektive enthält das Arbeiten ausschließlich negative Konnotationen. Demgegenüber erkennt Arendt aber auch positive Aspekte, die dieser Tätigkeit inhärent sind. Hierzu zählen die Fruchtbarkeit und die Vermittlung eines Lebensgefühls. Die Fruchtbarkeit der Arbeit besteht darin, dass der Mensch in der Lage ist, mehr an Lebensmitteln hervorzubringen, als er zu seiner eigenen Reproduktion benötigt (vgl. Arendt 1996a, 105f., 119 129). In ihr sieht Arendt auch den „Lohn für Mühe und Arbeit" (Arendt 1996a, 126), den die Natur selbst zahlt. Als ein authentisches Lebensgefühl beschreibt Arendt „die elementar sinnliche Seligkeit, die der Segen des Lebendigseins ist" (Arendt 1996a, 127) und als Erfahrung nur beim Arbeiten entsteht:

> „Der Segen der Arbeit ist, daß Mühsal und Lohn einander in dem gleichen regelmäßigen Rhythmus folgen wie Arbeiten und Essen, die Zubereitung der Lebensmittel und ihr Verzehr, so daß ein Lustgefühl den gesamten Vorgang begleitet, nicht anders als das Funktionieren eines gesunden Körpers" (Arendt 1996a, 126f.).

Das Arbeiten bedeutet für die Menschen somit gleichzeitig „Hölle" (Arendt 1996a, 138) und Segen. Beide Erfahrungen sind untrennbar miteinander verbunden. Die Erfahrungen der Mühe und Plage sind keine „Symptome einer Störung, sondern eher die Art und Weise, in welcher das Leben selbst mitsamt der Notwendigkeit, an die es gebunden ist, sich kundgibt" (Arendt 1996a, 141). Das Erlebnis des als Segen des Lebendigseins beschriebenen Wechsels zwischen Anstrengung und Ruhe, Lust und Unlust wird von Arendt auch als „Glück" (Arendt 1996a, 127) bezeichnet. Sie behauptet, dass die Erfahrung dieses Glücks dem menschlichen Leben verloren geht, wenn es durch „die Not der Armut" in ein unaufhörliches Arbeiten gezwungen wird, weil „an die Stelle der Erholung das Elend tritt und die Erschöpfung ein Dauerzustand wird" (Arendt 1996a, 127). Auch ein in Reichtum verbrachtes, aller Arbeit entledigtes Leben verliert den Segen des Lebendigseins, da der Körper nicht mehr erschöpft wird und an die Stelle der Erholung blanke Langeweile tritt (ebd.).

Innerhalb des kategorialen Rasters wird Arbeit zum einen hergeleitet aus der existenziellen Bedingung des Lebens und damit eine Bindung von Arbeit an Natur postuliert. Zum anderen wird über die Rückkopplung an das Schema von öffentlich und privat eine Bindung der Arbeit an die Privatheit behauptet. Arbeiten wird von Arendt in zweierlei Hinsicht als private Tätigkeit identifiziert: einerseits weil das Arbeiten bzw. der arbeitende Mensch nicht auf einen öffentlichen Raum, im Sinne eines Erscheinungsraums, angewiesen ist.[27] Andererseits ist es nicht möglich, aus dem Erfahrungshorizont und dem Spektrum der Merkmale des Arbeitens heraus einen öffentlich-weltlichen Bereich zwischen den Menschen zu etablieren. Dies scheitert daran, dass der arbeitende Mensch – monadenhaft eingesperrt in seine Körperlichkeit und das darüber definierte Eigeninteresse – außerstande ist, ein Verständnis für das allen Gemeinsame zu entwickeln (vgl. Arendt 1996a, 191, 270-272). Die Welt oder das allen Gemeinsame zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie außerhalb der Menschen und jenseits ihrer Eigeninteressen liegen. Darüber hinaus repräsentiert der öffentliche Raum den Ort der Freiheit. Das Arbeiten hingegen disqualifiziert die Arbeitenden per se von der Möglichkeit, frei zu sein. Zudem kann ein öffentlicher Bereich nur dort entstehen und bestehen, wo durch Pluralität eine Vielzahl der Perspektiven gewährleistet ist. Wie oben dargestellt, wird Pluralität jedoch im Kollektiv, das die Form des Zusammenlebens des *animal laborans* kennzeichnet, aufgehoben (vgl. Arendt 1996a, 272).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Arbeit eine faktische Notwendigkeit im Sinne einer Forderung an die menschliche Existenz beschreibt. Im Rahmen des menschlichen Erfahrungshorizonts bildet sie eine janusköpfige Kategorie. Einerseits wird sie assoziiert mit Zwang und Notwendigkeit und den Erfahrungen der Mühe, Last und Plage, andererseits lässt sich nur durch die Arbeit das erfahren, was man als menschliches Lebensgefühl bezeichnen könnte. Konstitutiv für Arendts Begriff der Arbeit ist das Prinzip der Gleichheit, das ihr zugrunde liegt. Dieses lässt sich beschreiben als die gleiche Notwendigkeit, die die Menschen zu einer Einheit von Gattungsexemplaren zusammenschweißt.

---

27 Charakteristisch für arbeitende Menschen ist die Tatsache, dass in ihrem Tun „der menschliche Körper auf sich selbst zurückgeworfen ist" (Arendt 1996a, 134) und in „seinem schieren Lebendigsein gefangen" (ebd.) gehalten wird. Sie sind demnach weltlose Wesen, nicht weil „sie die Welt fliehen", sondern weil sie „aus ihr ausgestoßen [sind; A.L.] in die unzugängliche Privatheit des eigenen Körpers" (Arendt 1996a, 139). Arbeiten bezeichnet demnach eine private Lebensform, da *animal laborans,* als weltloses Wesen an seinen subjektiven körperlichen Bedürfnissen interessiert, auf einen Erscheinungsraum verzichten kann.

Im Zusammenhang mit dem Arbeiten ist von den so genannten Lebensnotwendigkeiten die Rede. Hierunter fallen neben den physischen Bedürfnissen z.B. nach Nahrung, Kleidung und Schlaf auch emotionale Bedürfnisse. Beide Arten von Bedürfnissen verweisen darauf, dass Menschen abhängige Wesen sind: abhängig von der Natur und abhängig von ihresgleichen. Solange die Menschen sich auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse konzentrieren, d.h. solange sie nichts anderes tun als zu arbeiten, sind sie zurückgeworfen auf ihr Dasein als Gattungsexemplar und außerstande, über das gesellige Zusammensein hinaus menschliche Beziehungen und Interaktionen zu etablieren. Insofern als Arbeit außerstande ist, ein Bezugsgewebe zwischen den Menschen zu errichten, da sie an individuelle Eigeninteressen gebunden bleibt und an Notwendigkeit gekoppelt keine Möglichkeit für Freiheit enthält, stellt sie eine ausschließlich im Privaten verortete Tätigkeit und Lebensform dar.

2.2 Die Konfiguration von Demokratie und Arbeit

Im folgenden Abschnitt wird der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit dahingehend dargestellt, dass zunächst das von Arendt formulierte Verhältnis von Politik und Arbeit herausgearbeitet und auf seine demokratiepolitischen Implikationen hin befragt wird. In einem zweiten Schritt werden demokratietheoretische Einsichten, die sich aus Arendts eigenwilliger Konfiguration von Politik und Arbeit sowie insbesondere aus ihrer Kritik an der Moderne gewinnen lassen, herauskristallisiert.

2.2.1 Der Zusammenhang von Politik und Arbeit

Für Arendt konstituiert die Gesamtheit der drei Tätigkeiten Arbeiten, Herstellen und Handeln den Bereich menschlicher Praxis, die *vita activa*. Die Philosophin erfasst das tätige Leben nicht im Sinne eines einheitlichen menschlichen Tuns, das verschiedene Dimensionen enthält, sondern unterscheidet drei Kategorien, d.h. drei verschiedene Tätigkeitsarten, die deutlich gegeneinander abgegrenzt werden. Die Tätigkeiten werden hinsichtlich der Bedingungen menschlicher Existenz, der sie entspringen, der Imperative, denen sie gehorchen, und der Maßstäbe, die an sie anzulegen sind, strikt voneinander unterschieden. Einer jeden ist sozusagen eine eigene Verfahrenslogik inhärent: Das Arbeiten folgt dem Diktat der Notwendigkeit, das Herstellen dem Zweck-Nutzen-Kalkül, und das Handeln enthält und entfaltet Sinn. Diese je eigene Verfahrenslogik ist gebunden an die jeweilige Tätigkeit, sie lässt sich nicht ohne Folgen auf eine andere Tätigkeit

übertragen. Arbeit und Politik sind demnach voneinander zu trennen, weil sie verschiedenen Prinzipien folgen.

Unter Rückbezug auf die existentiellen Grundbedingungen menschlichen Lebens sind alle drei Tätigkeiten gleichwohl als komplementär anzusehen. Jede von ihnen ist unverzichtbar. Das Arbeiten sichert das Überleben der Einzelnen wie der Gattung; ohne das Herstellen wären die Menschen nicht in der Lage, eine Welt zu erschaffen; und ohne das Handeln fehlen menschlichem Leben Freiheit, Sinn und eine Vorstellung von persönlicher Identität. Des Weiteren sind sie wechselseitig voneinander abhängig: Ohne Arbeiten wäre weder das Herstellen noch das Handeln möglich; ohne das Herstellen würden den Menschen die Werkzeuge fehlen, die das Arbeiten erleichtern und produktiver machen; und ohne das Handeln würde dem Leben der Sinn fehlen. Insofern sie sozusagen die Antworten auf die existentiellen Bedingungen der Menschen darstellen, die als solche gleichwertig nebeneinander stehen und von denen keine eine absolute Bedingung menschlicher Existenz darstellt (vgl. Arendt 1996a, 21), erlaubt keine der Tätigkeiten für sich genommen den Menschen, ein erfülltes Leben im Bereich ihrer Möglichkeiten zu führen: „Zu einem erfüllten Lebensvollzug gehört die Integration der drei Momente des Tätigseins“ (Schindler 1996, 133) (vgl. auch Reist 1990, 277f.). Unter dem Gesichtspunkt eines erfüllten Lebensvollzugs werden Arbeit und Politik normativ als komplementäre Elemente menschlicher Praxis begriffen. Cooper spricht von einer pluralistischen Konzeption „in dem Sinne, daß sie jeder Aktivität, wie Arbeiten, Herstellen, Handeln, Denken, Lieben, ihre entsprechende Bedeutung und ihren Platz in der menschlichen Existenz zumißt“ (Cooper 1976, 149). Arendt formuliert dies in „Vita activa“ folgendermaßen:

> „Die Fähigkeit, in einer Welt zu leben, kann sich nur in dem Maße realisieren, als Menschen gewillt sind, die Lebensprozesse zu transzendieren und sich ihnen zu entfremden, während umgekehrt die Vitalität und Lebendigkeit menschlichen Lebens nur in dem Maße gewahrt werden können, als Menschen bereit sind, die Last, die Mühe und Arbeit des Lebens auf sich zu nehmen“ (Arendt 1996a, 142).

Nur durch das Arbeiten ist erfahrbar, was man als ein authentisches Lebensgefühl bezeichnen kann: „[T]he sheer bliss with which we can experience our being alive“ (Arendt 1964, 33). Die Gesamtheit menschlicher Existenz aber basiert neben dem Lebensgefühl, das den subjektiven Erfahrungshorizont der Menschen beschreibt, auch auf einem „Wirklichkeitsgefühl“ (Arendt 1996a, 250), das sowohl objektiv durch die Gegenstände der Welt (vgl. Arendt 1996a, 19, 141, 225) als auch intersubjektiv durch das Handeln und Sprechen mit anderen Menschen konstituiert wird:

„Menschlich und politisch gesprochen, sind Wirklichkeit und Erscheinung dasselbe, und ein Leben, das sich, außerhalb des Raumes, in dem allein es in Erscheinung treten kann, vollzieht, ermangelt nicht des Lebensgefühls, wohl aber des Wirklichkeitsgefühls, das dem Menschen nur dort ersteht, wo die Wirklichkeit der Welt durch die Gegenwart einer Mitwelt garantiert ist, in der eine und dieselbe Welt in den verschiedensten Perspektiven erscheint" (Arendt 1996a, 250).

Der Raum, von dem hier die Rede ist, bezeichnet sowohl das Bezugsgewebe der menschlichen Angelegenheiten im Allgemeinen als auch „den Bereich menschlicher Angelegenheiten" im Besonderen, d.h. den Bereich der Politik. In diesem Rahmen erscheinen Politik und Arbeit zwar als getrennte, aber komplementäre Bereiche menschlicher Existenz.

Durch die Verschränkung des Kategoriensystems mit der Zuordnung menschlicher Existenz in öffentliche und private Bereiche ergibt sich neben der Komplementarität aber gleichzeitig eine Hierarchisierung der Tätigkeiten. Für die Wertigkeit, die Hannah Arendt den Kategorien menschlichen Tuns zuweist, ist nicht die Zuordnung zu den Grundbedingungen menschlicher Existenz, sondern deren Verortung innerhalb des Schemas von öffentlich und privat von Bedeutung. Die Hierarchie der Tätigkeiten innerhalb der *vita activa* ist konzeptionell eingelassen in die Zuordnung menschlichen Tuns und die normativen Setzungen hinsichtlich der Bedeutung, die den Räumen für die menschliche Existenz zugewiesen werden. Arendts Schema von öffentlich und privat läuft auf eine eindeutige Polarisierung und Hierarchisierung hinaus, die in die Bewertung der drei Formen menschlichen Tuns hinein verlängert werden: Handeln stellt die höchste Form menschlicher Existenz dar, Arbeiten die am meisten verachtete, und Herstellen nimmt eine Position dazwischen ein. Als entscheidend für die Hierarchisierung von öffentlich und privat und die entsprechende Bewertung der Tätigkeit kann dabei das Maß an Freiheit angesehen werden, mit dem sie jeweils einhergehen.[28] Die Wertehierarchie, die sich in dieser Ordnung menschlichen Tuns widerspiegelt, spricht auch deutlich aus den Bezeichnungen, die Arendt den Menschen in der jeweiligen Existenzform zuweist: Als arbeitende Wesen werden die Menschen mit dem despektierlichen Ausdruck des *animal laborans*

28 In der Arendt-Rezeption wird die Hierarchisierung der Tätigkeiten entlang des Freiheitsgrades in verschiedener Hinsicht interpretiert: zum einen als der Grad der Freiheit, der der Tätigkeit inhärent ist (vgl. Kateb 1977; Parekh 1979, 71), und zum anderen inwiefern die Tätigkeit selbst frei ist, d.h. ihren Zweck in sich selbst hat und somit in einem aristotelischen Sinn durch „self-sufficiency" gekennzeichnet ist und weder einer teleologischen noch einer instrumentellen Logik folgt (vgl. Bakan 1979, 49f.; Villa 1996, 21).

noch als völlig unbewusste und somit eher dem tierischen Leben nahe stehende Wesen bezeichnet. Demgegenüber verweisen *homo faber* als herstellender Mensch und *zoon politicon* als handelndes Subjekt auch sprachlich auf eine deutlichere Wertschätzung dieser Formen menschlicher Existenz. Berücksichtigt man auch diese Dimension der Arendt'schen Argumentation für die Frage nach der Konfiguration von Politik und Arbeit innerhalb ihres Kategorienschemas, so sind die beiden als voneinander zu trennende Bereiche menschlicher Existenz anzusehen, die zwar komplementär, gleichzeitig aber auch hierarchisch verortet werden. [29]

Auf einer rein begrifflichen und analytischen Ebene erscheinen weder die Trennung der Existenzformen noch deren Ordnung entlang einer bestimmten Wertehierarchie an sich problematisch. Sicherlich kann kritisch hinterfragt werden, ob die drei von Arendt formulierten Tätigkeitsarten das menschliche Tun tatsächlich vollständig abbilden. Streiten lässt sich auch darüber, ob die Differenzierungen, die Arendt analytisch vornimmt, den realen Formen menschlichen Tuns angemessen sind (vgl. Ring 1989).[30] Dennoch besteht das Hauptproblem nicht in der wie auch immer gearteten analytischen und begrifflichen Hierarchisierung der Tätigkeitsformen, sondern darin, dass die Frage, wie der Vollzug der hierarchisierten Tätigkeiten in einem sozialen Kontext organisiert ist bzw. zu organisieren sein sollte, von Arendt nicht eindeutig beantwortet wird.

In „Vita activa" lassen sich hierzu zwei unterschiedliche Argumentationsmuster aufzeigen, die widersprüchlich nebeneinander stehen bleiben. Bildet der Bezug auf die Bedingungen menschlicher Existenz den Fluchtpunkt der Argumentation, so begreift Arendt das Verhältnis der Tätigkeiten als ein komplementäres und übersetzt die soziale Organisation der Ausführung in eine intrapersonale Form. Die hier vertretene These, dass die normative Komplementarität von Arbeiten,

29 Dossa spricht für den Zusammenhang von Politik und Arbeit bei Arendt sogar von einer Dichotomie, die er zurückführt auf das sich wechselseitig ausschließende Verhältnis, wie es von Arendt für Freiheit und Notwendigkeit behauptet und in den Oppositionen von Natur (Arbeit) und Politik ebenso wie von öffentlich und privat perpetuiert werde (vgl. Dossa 1989, 67).

30 In der Arendt-Rezeption wird außerdem hinterfragt, ob es sinnvoll ist, die Tätigkeiten nur einer intrinsischen Logik folgend zu beschreiben (vgl. Wolff 1961). Diskutiert wird auch, ob das Abstraktionsniveau von Arendt realitätstauglich ist oder ob Tätigkeiten nicht immer auch kontextgebunden betrachtet werden müssen (vgl. Benhabib 1998, 215ff.) und als von Geschichte und Kultur durchzogen und somit wandelbar anzusehen seien (vgl. Bennett 1959, 686; Jaeggi 1997, 47; Schnell 1995, 216). Kritisch geprüft wird auch die innere Logik der Konstruktion der einzelnen Tätigkeiten und inwiefern die Kategorien von Arendt nicht auch tautologisch konstruiert werden (vgl. Dossa 1989, 74; Tlaba 1987, 1).

Herstellen und Handeln als eine intrapersonale begriffen werden kann, d.h. dass jedes einzelne Individuum alle Tätigkeiten ausführen kann und muss, um seine oder ihre Existenz als Mensch zu realisieren, stützt sich auf Arendts Beurteilung bestimmter sozialer oder historischer Zusammenhänge. Die Philosophin hält fest, dass Menschen, die versuchen, sich von der Arbeit zu befreien, auch auf die positive Erfahrung der „Lebendigkeit und Vitalität" verzichten müssen, denn mit der „konsequenten Ausmerzung der Mühsal" wird das Leben unweigerlich „seiner natürlichsten Genüsse beraubt" (Arendt 1996a, 141). Verdeutlicht wird die Behauptung mit kritischen Äußerungen zum Modell der Polis. In den Stadtstaaten war die Ausführung der Tätigkeiten zwar komplementär, aber interpersonal geregelt, d.h. Arbeit und Politik konstituierten verschiedene Lebensformen, die von bestimmten Gruppen von Menschen – jeweils exklusiv – ausgeführt wurden. Der Preis, den die freie Bürgerschaft in Arendts Augen dafür zu zahlen hatte, dass sie der Last des Lebens ledig war, bestand nicht nur in der „gewalttätigen Ungerechtigkeit" (Arendt 1996a, 140), die den Sklaven und Frauen angetan wurde, sondern hatte noch eine andere Dimension:

> „Und so ist der wirkliche Preis, den die absolute Freiheit von der Notwendigkeit zu zahlen hat, in einem gewissen Sinn das Leben selbst, bzw. seine Lebendigkeit; der Preis, um den allein man der Last des Lebens ledig sein kann, ist, daß eine Art Ersatzleben zurückbleibt, ein künstliches Leben, das seine natürliche Lebendigkeit verloren hat" (Arendt 1996a, 140f.).

Arendt ist davon überzeugt, dass Menschen, solange sie unter jenen Bedingungen leben, an die die menschliche Existenz gebunden ist, nur wirklich frei sein können, „wenn sie von der Notwendigkeit wissen und ihre Last auf den Schultern spüren" (Arendt 1996a, 143). Als gelungenes Beispiel für die soziale Verknüpfung von Arbeit und Politik in einem solchen intrapersonalen Modell dient ihr die Arbeiterbewegung. Arendt zeigt sich überrascht, dass, obgleich ihre phänomenologischen Analysen nahe legen, *animal laborans* als ein weltloses und anti-politisches Lebewesen zu identifizieren, die europäische Arbeiterbewegung „eine durchaus eigene politische Originalität und Produktivität bekundete" (Arendt 1996a, 273).[31] Um den Widerspruch zwischen der historischen Tatsache und

31 Dieser widmet sie in „Vita activa" ein ganzes Unterkapitel, und zwar nicht in der Sektion über das Arbeiten, sondern in der über das Handeln, und zollt ihr große Anerkennung: „In der Geschichte der Revolutionen von 1848 bis 1956, dem Jahr der Ungarischen Revolution, hat die europäische Arbeiterklasse eines der glorreichsten und vielleicht das einzige Kapitel geschrieben, das zu einer Hoffnung auf eine erwachende politische Produktivität der abendländischen Völker berechtigt" (Arendt 1996a, 273).

dem phänomenologischen Befund aufzulösen, unterteilt sie die Forderungen der Arbeiterbewegung in „die politischen und in die rein wirtschaftlich-sozialen Forderungen" (ebd.), die man genau voneinander trennen muss (ebd.). Nur im Rahmen der ersten handelt es sich bei der Arbeiterbewegung um eine politische Bewegung.[32] Dieses Beispiel zeigt, dass das Arbeiten, sobald die Menschen sich nicht in ihr Dasein als *animal laborans* ergeben, sondern als handelnde Personen auftreten, nicht zwangsläufig die Fähigkeit zu handeln eskamotiert.[33]

Eine anders gelagerte Argumentation hinsichtlich der sozialen Organisation der hierarchisierten Tätigkeiten tritt zutage, wenn die Argumentation nicht an den gleichwertigen Bedingungen menschlicher Existenz aufgehängt wird, sondern daran, dass die Tätigkeiten strikt voneinander getrennt werden müssen. In diesem Fall erscheinen Arbeit und Politik als sich wechselseitig ausschließende Bereiche menschlicher Existenz: Wo das eine ist, kann das andere nicht sein. Die Trennung der Tätigkeiten wird zurückgeführt darauf, dass sie unterschiedlichen Bedingungen entspringen, verschiedenen Imperativen gehorchen und jeweils andere Maßstäbe und Verfahrenslogiken gelten. Diese Unterscheidungen führen nicht nur zu einer räumlich getrennten Ordnung des Tätigseins, sondern auch zur Zuschreibung bestimmter Haltungen und Charaktere, die die Menschen annehmen, je nachdem, ob sie handeln, herstellen oder arbeiten. Somit stellt die Trennung zwischen den Tätigkeiten sozusagen die methodische Voraussetzung bereit, um Menschen in verschiedene Gruppen ordnen zu können. Gemäß dieser Argumentation wird der soziale Vollzug der drei Tätigkeiten von Arendt in eine interpersonale Form, d.h. in die soziale Trennung und Hierarchisierung menschlicher Existenzformen, übersetzt.

Innerhalb ihres Kategorienschemas begreift Arendt – in Übereinstimmung mit Marx – die Arbeit zwar als „ewige Naturnotwendigkeit" und „eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung" (Arendt 1996a, 123). Dies bedeutet für sie allerdings nicht, dass zu allen Zeiten alle Menschen tatsächlich

32 Ob diese Trennung zwischen einem politischen Kampf und einem Kampf um sozioökonomische Verbesserung Sinn macht oder eher problematisch ist, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden (vgl. dazu Benhabib 1998, 220-225; Habermas 1966; Wolin 1989).

33 Für dieses intrapersonale Deutungsmuster der Arendt'schen Konfiguration von Politik und Arbeit lassen sich in „Vita activa" allerdings nur wenige und zum Teil nur in den Fußnoten Belege finden. In der Sekundärliteratur wird die hier vertretene These der intrapersonalen Ausführung von Arbeiten, Herstellen und Handeln als Anforderung an die menschliche Existenz kaum formuliert (Ausnahmen: Cooper 1976; Dietz 2002, 108-111).

arbeiten oder gearbeitet haben. Als Beispiel für eine Form menschlichen Zusammenlebens, in der einige sich von der Arbeit befreien konnten, führt sie die antike Sklavenhaltergesellschaft an. Sie betont, dass die Sklaverei im Altertum nicht dazu diente, sich billige Arbeitskräfte zu beschaffen oder Menschen zwecks Profit auszubeuten, sondern den bewussten Versuch darstellte, „das Arbeiten von den Bedingungen auszuschließen, unter denen Menschen das Leben gegeben ist" (Arendt 1996a, 102). Die institutionelle Ordnung der antiken Polis hat dieser Tatsache Rechnung getragen, indem sie verschiedene Bereiche menschlicher Existenz voneinander trennte, was mit einer sozialen Trennung von Menschen einherging. Das Arbeiten wurde dem privaten Bereich des Haushalts zugeordnet und jene Menschen, die diese am meisten verachtete aller Tätigkeiten ausübten, Frauen und Sklaven, galten nicht eigentlich als Menschen (vgl. Arendt 1996a, 100f.). Auf diese Weise hätten sich die Polisbürger von der Notwendigkeit befreit und die Möglichkeit erhalten, im öffentlichen Bereich ihre Freiheit zu realisieren. Die „Befreiung" von der Arbeit wird hier als die notwendige Voraussetzung für die Realisierung der Freiheit in der Politik gesehen.

So sieht Arendt denn auch eine verhängnisvolle Entwicklung in der Moderne darin, dass alle Gesellschaftsmitglieder arbeiten. Ausschlaggebend für die von Arendt vorgenommene Kennzeichnung der modernen Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft ist die Tatsache, „dass alle Glieder der Gesellschaft, womit immer sie beschäftigt sind, ihre Tätigkeit vornehmlich als Lebensunterhalt für sich selbst und ihre Familien ansehen" (Arendt 1996a, 59). Arendt hält fest, dass in einer Arbeitsgesellschaft nicht jeder zwangsläufig ein Arbeiter oder Werktätiger ist (ebd.), aber (fast) alle ihr Tun als die Ausübung eines „Jobs" begreifen. Viele Bereiche menschlicher Existenz werden dadurch der Logik des Arbeitens unterworfen, auch wenn sie innerhalb der Arendt'schen Logik nichts mit Arbeit zu tun haben. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der modernen Berufspolitik (vgl. Arendt 1996a, 13). Dem Prinzip der gleichen Notwendigkeit, welche die egalitäre Lebensform einer Arbeitsgesellschaft bestimmt, wird das Prinzip der gleichen Freiheit, die die ebenbürtige Lebensform einer politischen Gemeinschaft prägt, gegenübergestellt. Deutlicher als in „Vita activa" schlägt Arendt in ihrem Buch „Über die Revolution" vor, die Arbeit zwischen politisch aktiven und passiven Bürgerinnen und Bürgern neu zu verteilen. Sie spricht darin von einer „aristokratischen" Staatsform, in der vielleicht nicht mehr anhand des Mittels politischer Wahlen über Politik entschieden werde, sondern nur die freiwilligen Mitglieder einer „Elementarrepublik" politische Mitspracherechte und Entscheidungsbefugnisse hätten: „Nur wer an der Welt wirklich interessiert ist, sollte eine Stimme haben im Gang der Welt" (Arendt 1994a, 360). Hier schwebt Arendt

also auch für die moderne Politik eine soziale Trennung zwischen Menschen, die arbeiten, und Menschen, die politisch handeln, vor.[34] Brunkhorst konstatiert, dass im Rahmen dieser aristokratischen Utopie das System funktionaler Differenzierung, das die Moderne kennzeichnet, zugunsten eines vormodernen Differenzierungstyps zurückgenommen wird, der sich nicht nur dadurch auszeichnet, dass er dem politischen Zentrum positiver Freiheit Vorrang vor der Peripherie einer negativen Freiheitssphäre (Abwehrrechte) einräumt, sondern auch durch eine herrschende Elite, die als soziale Schicht von der breiten Masse der Arbeitsbürger und Arbeitsbürgerinnen distanziert und getrennt wird. An die Stelle gleicher politischer Rechte für alle treten erneut sozial differenzierte Freiheitsprivilegien (vgl. Brunkhorst 1999, 145). In einem solchen Entwurf übersetzt sich die hierarchische Trennung von Politik und Arbeit in eine soziale Trennung und Hierarchie von Menschen. Die darin enthaltenen politischen Implikationen erweisen sich als unvereinbar mit einem modernen Demokratieverständnis.

In „Vita activa" werden diese beiden Argumentationslinien von Arendt allerdings nicht getrennt, sondern bei der Analyse der Tätigkeiten miteinander verschränkt. Die Verschränkung zwischen der *condition humaine* und der normativen Perspektive der Trennung in einen öffentlichen und einen privaten Raum führt zu ungelösten Spannungsverhältnissen und Widersprüchen. So lässt sich das hierarchische Verhältnis von Arbeit und Politik als intrapersonal komplementär bestimmen, wenn es auf die als gleichwertig gesetzten Bedingungen menschlicher Existenz zurückgeführt wird. Demgegenüber kann dieses hierarchische Verhältnis in der Verknüpfung von *condition humaine* und der Dichotomie von öffentlich und privat allerdings auch als exklusiv im Sinne einer sozialen Trennung zwischen Menschen, die arbeiten, und jenen, die politisch tätig sind, begriffen werden. Zwischen den beiden dargestellten Argumentationsführungen eines intrapersonal komplementären Verhältnisses einerseits und eines interpersonal hierarchischen Verhältnisses andererseits findet im Werk von Hannah Arendt keine Vermittlung statt, sie bleiben unverbunden nebeneinander stehen.

34 In „Über die Revolution" findet Arendt für diesen Zusammenhang das Bild von den „Inseln der Freiheit", die gegen das „Meer der Notwendigkeit" gehalten und verteidigt werden müssen (Arendt 1994a, 355). Wahlweise spricht sie auch von „Oasen in der Wüste zufälliger Willkür" (Arendt 1994a, 354). Und nicht von ungefähr taucht in „Vita activa" das idealtypische Modell der Polis als Beispiel für die erfolgreiche Etablierung eines politischen Raumes immer dann auf, wenn von der Gefahr des Verschwindens der Politik in einem Meer der Notwendigkeit, wie es die Arbeitsgesellschaft über die Menschheit gebracht habe, die Rede ist.

2.2.2 Demokratietheoretisch relevante Einsichten zur Kategorie Arbeit

In den einleitenden Bemerkungen zu „Vita activa" sieht Hannah Arendt eine der bedrohlichsten Entwicklungen für die Menschen in der „noch in ihren Anfangsstadien begriffenen Ausbreitung der Automation" (Arendt 996a, 12). Sie prophezeit, dass die Fabriken sich bereits in wenigen Jahren von Menschen geleert haben könnten und kommt zu der viel zitierten Aussage: „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?" (Arendt 1996a, 13). In der Bundesrepublik wird Arendt in Zeiten anhaltender und sich verfestigender Massenarbeitslosigkeit denn auch gerne als weitsichtige Prophetin in Bezug auf eines der gravierendsten Probleme moderner Demokratien zitiert (vgl. u.a. Espenhorst 1983; Klammer 1998; Vobruba 1998). Diesen Deutungsversuchen liegt allerdings eine bestenfalls oberflächliche Arendt-Lektüre zugrunde. Im Mittelpunkt der Überlegungen von Hannah Arendt steht gerade nicht die Frage, ob der Ausschluss von der Teilhabe an Erwerbsarbeit innerhalb einer demokratischen Gesellschaft, die ihre Mitglieder im Wesentlichen auch darüber integriert, einer Exklusion aus zentralen Bereichen gesellschaftlicher Teilhabe gleichkommt. In Arendts Analyse moderner Gesellschaften stellt nicht die Tatsache der Massenarbeitslosigkeit und deren individuelle und gesamtgesellschaftliche Konsequenzen das eigentliche Problem dar. Das Verhängnis sieht die Philosophin vielmehr darin, dass den Arbeitsgesellschaften mit der Arbeit das Einzige abhanden kommt, worauf sich die modernen Menschen noch verstehen.

Die Kritik, die Arendt in „Vita activa" auf der Grundlage ihres Kategorienschemas gegenüber modernen Demokratien entwickelt, richtet sich dagegen, dass diese sich als Arbeitsgesellschaften konstituieren, und somit gegen die Zentralität von Arbeit in modernen Gesellschaften. Arendt kritisiert dabei weniger die Form oder den Inhalt von Arbeit, als vielmehr den Status, der ihr in der Moderne zugewiesen wird. Während die Antike der Arbeit mit Verachtung begegnete, kommt es im Verlauf der Neuzeit zu einer „Glorifizierung der Arbeit als Quelle aller 'Werte'" (Arendt 1996a, 103) und zur „Erhebung der Arbeit auf den höchsten Rang menschlicher Tätigkeit" (Arendt 1996a, 194; dazu auch Arendt 1996a, 119).[35]

35 Sie referiert zunächst, dass der Aufstieg der Arbeit in der Theorie seinen Anfang nahm bei John Locke, der in ihr die Quelle des Eigentums entdeckt habe, über Adam Smith, der sie als den Ursprung des Reichtums interpretiert habe, und schließlich seinen Höhepunkt fand im Werk von Karl Marx, bei dem Arbeit zur „Quelle aller Produktivität und zum Ausdruck der Menschlichkeit des Menschen" (Arendt 1996a, 119) werde. Das Produktivitätsparadigma der Moderne kritisiert sie scharf und gegenüber Marx besteht sie darauf, dass sich die höchste Form menschlicher Existenz niemals im Arbeiten verwirklichen kann, da Menschen, sofern sie arbeiten, zwangsläufig der untersten Stufe ihrer Existenz verhaftet bleiben (zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Arendt'schen Marxkritik vgl. Bakan 1979; Braun 2001; Canovan 1994, 63-98; Fetscher 1996; Jay 1978; Kulla 1999, 73-76; Müller 2003; Parekh 1979; Pitkin 1998, 127-144; Ring 1989; Schäfer 1993, 31-74; Suchting 1962; Thaa 1997).

> „Die Neuzeit hat im siebzehnten Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen, und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln" (Arendt 1996a, 12).

Die moderne Arbeitsgesellschaft kehrt somit die in der Triade „Arbeiten – Herstellen – Handeln" enthaltene Hierarchie nicht nur um und macht aus der untersten Stufe menschlichen Tuns ihr höchstes Anliegen, sondern in ihr sinkt auch alle menschliche Tätigkeit auf das Niveau der Arbeit bzw. der „Notdurft der Daseinsvorsorge". Gleichzeitig ist der modernen Zivilisation aber auch jene Tendenz inhärent, die Arendt in der Einleitung von „Vita activa" auf die griffige Formulierung gebracht hat, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. Diesen Gedanken greift sie in ihrem weiteren Argumentationsgang nicht mehr auf – jedenfalls nicht in dem Sinn, dass sie sich mit dem Problem wachsender Arbeitslosigkeit in einer Gesellschaft auseinandersetzt, die sich selbst als Arbeitsgesellschaft konstituiert und ihre Mitglieder an den Status des *animal laborans* bindet. Die These, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht – sie gewissermaßen arbeitslos wird – erscheint am Ende von „Vita activa" in einer ganz anderen Fassung, nämlich der, dass menschliches Tun – nachdem es zunächst einmal insgesamt in den Modus von Arbeit überführt wurde – noch unter das Niveau des Arbeitens sinkt und zum inhalts- und sinnlosen Job verkommt (vgl. Kurz-Scherf 2003, 296; Weingarten 2000, 65).

Für das, was bleibt, wenn aus einer Arbeitsgesellschaft die Arbeit verschwunden ist, existiert in Arendts Vokabular menschlicher Tätigkeiten kein Begriff mehr. Das Zukunftsszenario, das Arendt für die Arbeitsgesellschaft entwirft, trägt dystopische Züge:

> „In ihrem letzten Stadium verwandelt sich die Arbeitsgesellschaft in eine Gesellschaft von Jobholders, und diese verlangt von denen, die ihr zugehören, kaum mehr als ein automatisches Funktionieren, als sei das Leben des Einzelnen bereits völlig

> untergetaucht in den Strom des Lebensprozesses, der die Gattung beherrscht, und als bestehe die einzige aktive, individuelle Entscheidung nur noch darin, sich selbst gleichsam loszulassen, seine Individualität aufzugeben, bzw. die Empfindungen zu betäuben, welche noch die Mühe und Not des Lebens registrieren, um dann völlig 'beruhigt' desto besser und reibungsloser 'funktionieren' zu können. (...) Es ist durchaus denkbar, dass die Neuzeit, die mit einer unerhörten und unerhört vielversprechenden Aktivierung aller menschlichen Vermögen und Tätigkeiten begonnen hat, schließlich in der tödlichsten, sterilsten Passivität enden wird, die die Geschichte je gekannt hat" (Arendt 1996a, 410f.).

Auch wenn die Tätigkeit des Arbeitens im Rahmen von Arendts Konzeption der *vita activa* nur die unterste Hierarchiestufe menschlicher Existenz darstellt, so korrespondiert Arbeit aber doch mit der *condition humaine*, d.h. die menschliche Existenz realisiert sich in der Arbeit zwar nur auf ihrer niedrigsten Stufe, sie ist aber immer auch an die Erfüllung des Arbeitens gebunden. Die Tätigkeit des Jobholders hingegen ist in ihrer Funktion nicht mehr an die menschliche Bedingtheit geknüpft, sondern muss nur den Erfordernissen eines anonymen Gesellschaftsprozesses genügen. Arendt befürchtet, dass moderne Arbeitsgesellschaften, wenn sie der von ihnen ausgelösten Entwicklung überlassen bleiben, zu einer Art Megamaschine mutieren, die selbstreferentielle Systemreproduktion betreibt und die Handlungszusammenhänge, in denen etwas anderes als die Erfüllung einer Funktion im Mittelpunkt steht, nicht mehr kennt. Die Philosophin verortet die modernen Menschen somit nicht nur jenseits von Freiheit, sondern auch jenseits der Notwendigkeit, d.h. sie konstatiert nicht nur das Verschwinden von Politik, sondern von Politik und Arbeit.

Nicht die Arbeitslosigkeit erscheint aus der Arendt'schen Perspektive als ein zentrales Demokratieproblem, sondern die Tatsache, dass moderne Demokratien arbeitsgesellschaftlich verfasst sind. Diesem Status quo einer Arbeitsgesellschaft, der dadurch, dass sie die Arbeit verherrlicht, zunächst die Politik als höchster Bereich menschlicher Tätigkeit abhanden kommt und der schließlich auch der Verlust der Arbeit gegenüber einem sinnentleerten Funktionalismus droht, hält Arendt normativ einen emphatischen Begriff des Politischen entgegen. Sie sieht die Lösung für die Probleme einer in diesem Sinne arbeitslosen Gesellschaft somit in der „Wiedergewinnung des Politischen" (Bielefeldt 1993).

2.3 Würdigung und Kritik des Ansatzes

Um den Ertrag der Auseinandersetzung mit Hannah Arendt für die Betrachtung des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit zusammenzuführen, wird im Folgenden zwischen zwei methodologischen Ebenen unterschieden, auf denen

Arendts Untersuchung über das tätige Leben der Menschen basiert. Die beiden Ebenen beziehen sich zum einen auf die normative Orientierung ihres Denkens und zum anderen auf das phänomenologische Vorgehen bei der Entwicklung des Kategorienschemas. Während sich aus der ersten wichtige Anknüpfungspunkte für ein Demokratieverständnis ergeben, muss letztere in Hinblick auf die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit einer kritischen Auseinandersetzung unterzogen werden.

2.3.1 Anknüpfungspunkte in Hinblick auf Demokratie

Die erste Ebene bildet die normative Orientierung, die Arendts Untersuchung zugrunde liegt. Hieraus können insbesondere Einsichten und Implikationen für einen demokratischen Politikbegriff gewonnen werden. Arendts Politikverständnis ist kritisch bezogen auf die Realität und Verfasstheit von Politik in modernen Massendemokratien. Die Kritik richtet sich dabei gegen einen bestimmten, eher technokratischen und instrumentalistischen – häufig auch als 'realistisch' bezeichneten – Begriff von Politik. Gegenüber diesem modernen Verständnis von Politik und Demokratie rekurriert Arendt auf ein alternatives Politikverständnis, das im Rahmen der republikanischen Traditionen politischen Denkens verortet werden kann. Das von Arendt angemahnte Projekt zur „Wiedergewinnung des Politischen" basiert auf einem emphatischen Politikverständnis, von dem für die vorliegende Untersuchung insbesondere drei Punkte von Interesse sind.

Der erste entscheidende Aspekt besteht darin, dass die Kategorie der Politik und somit auch die Demokratie des politischen Handelns bedürfen.[36] Dies verweist auf die Bedeutung der Subjekte innerhalb politischer Handlungszusammenhänge. Politik ist nicht nur eine Frage von Strukturen und Prozessen, sondern sie hat auch eine handlungstheoretische, d.h. subjektive Dimension. Diese subjektive Dimension wird von Arendt in den Analysen des Handelns herausgearbeitet und in ihrer Bedeutung für Politik dargestellt. Im Anschluss an Arendt können drei zentrale Aspekte für einen subjektorientierten Begriff des Politischen benannt werden. An erster Stelle steht dabei Pluralität: Handelnde Subjekte befinden sich immer in einer intersubjektiven Konstellation. Handlungsfähigkeit wird von Arendt dabei nicht wie in liberalen Demokratieentwürfen an die Figur eines autonomen, d.h. unabhängigen Individuums gebunden, sondern handelnde Subjekte sind insofern

36 Harald Bluhm verweist darauf, dass außer im Rahmen von rational-choice-Ansätzen in der Politikwissenschaft bis heute zwar vereinzelte Ansätze, aber keine Theorie politischen Handelns vorliegen (Bluhm 2001, 1).

abhängige Individuen, als sie auf die Anwesenheit von Anderen und die Anerkennung durch diese angewiesen sind. Intersubjektive Handlungsfähigkeit stellt sich somit nicht nur als eine Frage der Autonomie, sondern auch der Anerkennung. Arendts Verständnis von Pluralität als Voraussetzung von Politik hat zur Konsequenz, dass „intersubjectivity and solidarity" als „prime conditions of political existence" (Breen 2007, 364) gelten müssen. Ein anderer wichtiger Aspekt dieses subjektorientierten Politikbegriffs liegt darin, dass intersubjektive Handlungskontexte die Souveränität der Handelnden begrenzen und die Voraussagbarkeit der Ergebnisse einschränken. Demokratische Politik stellt somit sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Politiker und Politikerinnen immer einen kontingenten Zusammenhang dar. Kontingenz ist gleichzeitig aber auch die Folge von Spontaneität, einer weiteren von Arendt herausgearbeiteten subjektiven Dimension des Politischen. Spontaneität als Kennzeichen von Demokratie bedeutet, dass politisches Handeln jederzeit und an jedem Punkt Neues beginnen kann. Die Fähigkeit und Möglichkeit, immer wieder von Neuem anfangen zu können, versetzt demokratische Subjekte zwar nicht in die Lage, politische Handlungsergebnisse ungeschehen zu machen, aber mit einem neuen Anfang können immer auch neue Richtungen und andere Wege eingeschlagen werden.

Der zweite wichtige Punkt in Hinblick auf Arendts Politikbegriff besteht darin, dass sie für die Politik eine bestimmte Wertorientierung postuliert. Politik hat es in den Kategorien von Hannah Arendt immer mit der Welt, d.h. den Angelegenheiten, die alle angehen, zu tun, und deshalb kann Politik in ihren Augen nie nur ein Zusammenhang sein, der ausschließlich an bestimmten Funktionserfordernissen der Gesellschaft orientiert ist. Für die Erfüllung der Lebensnotwendigkeiten ist sowohl auf der individuellen wie auch auf der gesellschaftlichen Ebene die Arbeit zuständig. Die Kritik an modernen Arbeitsgesellschaften richtet sich darauf, dass in diesen Gesellschaften die Arbeit verherrlicht und zum gesellschaftlichen Gravitationszentrum wird. Im Gegensatz dazu eröffnet Arendt einen Weg, über das nachzudenken, was wir tun, wenn wir nicht arbeiten. Sie bestimmt als das Andere der Arbeit nicht das Spiel, die Freizeit oder den Konsum, sondern die Politik. Arendt lässt in schillernden Darstellungen Politik als einen solchen Raum aufleben, in dem das „gute Leben" jenseits der Notwendigkeit durch aktive und unmittelbare Anteilnahme an einem öffentlichen Leben realisiert wird. Dem Bedeutungsverlust von Politik, den sie in modernen Gesellschaften um sich greifen sieht, hält sie das Plädoyer einer „Wiedergewinnung des Politischen" (Bielefeldt 1993) entgegen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt von Arendts Politikverständnis besteht darin, dass sie das Projekt der Freiheit politiktheoretisch nicht einem liberalen

Paradigma überlassen will. Gegenüber dem negativen liberalen Freiheitsbegriff, der die Freiheit politisch nur als eine „Freiheit von" und die Abwesenheit von (staatlichem) Zwang denkt und ausschließlich auf Rechte und richtige Verfahren als Voraussetzungen demokratischer Politik verweist, entwickelt Arendt ein positives Freiheitsverständnis. Freiheit ist für sie nicht einfach nur die Abwesenheit von Zwang, sondern die Freiheit, etwas zu tun. Während innerhalb liberaler Vorstellungen die Freiheit das Ziel der Demokratie darstellt, welches es mit politischen Mitteln zu sichern gilt, stellen für Arendt Demokratie und Freiheit kein Zweck-Mittel-Verhältnis dar, sondern stehen in einer inhaltlichen (normativen) Relation zueinander: „Der Sinn von Politik ist Freiheit" (Arendt 1993, 28).

Arendts Politikbegriff eröffnet der Konzeption von Demokratie einen genuin subjektorientierten Zugang. In fast allen demokratietheoretischen Ansätzen bilden Prozesse und Strukturen des politischen Systems den Ausgangspunkt der Überlegungen und die zentrale Frage besteht in der Frage nach der Legitimität und Legitimierung demokratischer Herrschaft. Bei Arendt lässt sich lernen, dass Demokratie nicht nur eine Frage von Verfahren und Prozeduren ist, sondern dass handelnde Subjekte eine ebenso entscheidende Rolle spielen. Demokratische Macht bezeichnet nicht nur einen demokratisch legitimierten Herrschaftszusammenhang, sondern vor allem auch Handlungsfähigkeit und Handlungsmacht.

2.3.2 Demokratie und Arbeit: Mit Hannah Arendt gegen Hannah Arendt

Problematisch an Arendts Politikbegriff ist allerdings, dass sie Politik als einen intersubjektiven Zusammenhang mit ausschließlich positiven Vorzeichen begreift. Herrschaft gilt bei ihr definitionsgemäß als eine vorpolitische Erscheinung, die dem privaten Bereich der „Gesellschaft" zugeschrieben und dort gewissermaßen auch festgeschrieben wird. Dieser Aspekt ist mit einem modernen Verständnis von Demokratie kaum in Einklang zu bringen. Die Ursache für dieses Defizit kann in der zweiten methodologischen Ebene von Arendts Untersuchung gesehen werden: ihr phänomenologisches Vorgehen bei der Entwicklung des Kategorienschemas. Fragwürdig erscheint dabei weniger das phänomenologische Vorgehen an sich, sondern die Tatsache, dass Arendt die auf diese Weise entwickelten Kategorien in ihrer weiteren Untersuchung als Kritikmaßstäbe setzt und sie auf moderne Gesellschaften überträgt, ohne noch einmal zu prüfen, ob ihre Begrifflichkeiten auf die soziale Realität der Gegenwart applizierbar sind. Dieses Vorgehen muss insbesondere in Hinblick auf ihr Verständnis von Arbeit und deren Bedeutung in der Moderne kritisch begutachtet werden.

Auch wenn man Arendts Kritik an der Zentralität und an der Verherrlichung der Arbeit in der Moderne in bestimmten Punkten folgen kann, ist dabei aber zu problematisieren, dass sie diese Kritik vor dem Hintergrund eines völlig anderen Arbeitsbegriffs entwickelt, als er in der Gegenwart gilt. In den von Arendt vorgenommenen Unterscheidungen zwischen Tätigkeiten, den ihnen inhärenten Logiken und den ihnen zugeordneten Bedingungen menschlichen Lebens wird Arbeit im Grunde als ein natürlicher Stoffwechselprozess gefasst, dessen Ausführung auf die Kategorien Notwendigkeit und Zwang festgeschrieben ist. Dies impliziert, dass Arbeit theoretisch, d.h. auf der kategorialen Ebene, nicht mit Freiheit in Zusammenhang gebracht werden kann. Ein solcher Arbeitsbegriff versetzt Arendt in die Lage, die Realität moderner Industriegesellschaften kritisch zu beleuchten. Er erweist sich aber für eine Kritik am modernen Verständnis und an der modernen Realität von Arbeit als unzulänglich. Ein Begriff von Arbeit, der geeignet ist, die soziale Realität der Moderne angemessen zu erfassen, lässt sich nicht auf ein Verständnis von Arbeit als metabolischer Tätigkeit reduzieren (vgl. dazu Kurz-Scherf 2004a, 26-32; Schindler 1996, 168-189). Arbeit stellt eines der zentralen Medien gesellschaftlicher Integration dar. Sie sichert den Lebensunterhalt in Form eines individuellen Einkommens und sozialer Absicherung, ebenso wie sie eine psychosoziale Funktion erfüllt, indem sie Identität stiftet und bürgerschaftliche Integration gewährleistet (vgl. Fetscher 1998, 346f.; Senghaas-Knobloch 1998, 11-13). Unter emanzipatorischen Gesichtspunkten bedeutet dieser Tatbestand gegenüber älteren Gesellschaftsformen, in denen in aller Selbstverständlichkeit Anerkennung an arbeitsloses Einkommen gebunden war, einen zivilisatorischen Fortschritt. Dies wird in Arendts Konzeption von Arbeit weder gewürdigt noch anerkannt.[37]

Insbesondere die feministische Arendt-Rezeption hat darauf hingewiesen, wie sehr Arendts Beschreibung des Arbeitens vor allem jene Tätigkeiten in den Blick bekommt, die in der Tat seit den Tagen von Aristoteles als so genannte „Hausarbeit" den Frauen zugeschrieben und in der allgemeinen gesellschaftlichen Anerkennungsstruktur kaum wertgeschätzt werden (vgl. Benhabib 1998, 215-219; Dietz 1991, 237-240; Kurz-Scherf 2004a, 7f.). Dietz hat herausgearbeitet, dass sich Feministinnen von den 1970er bis in die Mitte der 1980er Jahre dabei durchaus positiv auf die Verschränkung bestimmter natürlicher Eigenschaften und damit einhergehender Fähigkeiten mit einem Konzept von Weiblichkeit beziehen. Sie entziffern allerdings die von Arendt vorgenommene Zuordnung der entsprechenden Tätigkeiten als Arbeit und ihre Geringschätzung im Gesamtkontext menschlicher Existenz als „phallocentric" (Dietz 2002, 124).[38] Dietz selbst dechiffriert den geschlechtlichen Subtext von Arendts Kategorien dergestalt, dass *animal laborans* als weibliche Tätigkeitsform konstruiert werde und *homo faber* als männliche, dass aber die Figur des *zoon politikon* mit einem neutralen, d.h. weder explizit männlichen noch weiblichen Kontext unterlegt sei. Die Kategorie der Pluralität öffne hier den Raum für Verschiedenheit, die sich auch auf das Geschlecht der Personen beziehen könne (vgl. Dietz 2002, 129-132).

An dieser Stelle sollte kritisch hinterfragt werden, ob das Faktum der Pluralität und Intersubjektivität in der konkreten Form menschlichen Tätigseins einzig und allein auf das Handeln begrenzt werden kann. Betrachtet man z.B. pflegende, versorgende und erziehende Tätigkeiten, die Arendt unter das Arbeiten subsumiert, so zeigt sich, dass sie einen doppelten Charakter haben. Sie sind zwar durchaus notwendig, weil diejenigen, an denen sie ausgeführt werden, auf sie angewiesen sind, aber sie bilden ebenso einen intersubjektiven Kontext, da sie direkt und – wie Hannah Arendt es für das Handeln postuliert – ohne „Vermittlung von Materie" zwischen Menschen stattfinden.[39] Kurz-Scherf hat

37 Kurz-Scherf hält in einer kritischen Auseinandersetzung mit Arendts These, dass in der Moderne alle menschlichen Tätigkeiten auf das Niveau der Arbeit sinken und somit alle Menschen arbeiten, fest: „Aber die Tatsache, dass heutzutage PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen ebenso 'ihrer Arbeit nachgehen' wie MüllwerkerInnen, StraßenbahnfahrerInnen oder KrankenpflegerInnen, ist *auch* ein Ausdruck der Demokratisierung der sozialen Organisation von Arbeit in den modernen Gesellschaften gegenüber vormodernen Zeiten. Und Geld ist tatsächlich nicht nur ein Vehikel der Kapitalisierung menschlichen Tuns, sondern auch ein Medium seiner 'Verwertung' im Sinn von Wertschätzung" (Kurz-Scherf 2004a, 30; Hervorhebung im Original).

38 Dietz arbeitet diese These an den Schriften von Adrienne Rich, Mary O'Brien und Wendy Brown heraus (vgl. Dietz 2002, 124-127). Eine ähnliche These vertritt Young-Bruehl (vgl. Young-Bruehl 1996, 311f.). Innerhalb des feministischen Diskurses gibt es durchaus auch einen Strang, der Arendt als „gynocentric" (Dietz 2002, 127) charakterisiert. Dieser Strang bezieht sich dabei aber nicht auf Arbeit, sondern auf Arendts Kategorie der Natalität (vgl. dazu Dietz 2002, 127-129; Young-Bruehl 1996, 313f.; Honig 1995, 2).

39 Benhabib hat am Beispiel des Erziehens von Kindern dargelegt, dass hier nicht nur einer quasi natürlichen Notwendigkeit Genüge getan werde, sondern dass diese Tätigkeit Merkmale der 'Welterhaltung' trage, welche von Arendt mit dem Herstellen assoziiert werden, und dass selbst die von Arendt für das Handeln benannten Charakteristika erfüllt werden: „Denn beim Aufziehen eines Kindes wird diesem Kind durch jedes Wort und jede Geste, jeden Ton und jede Handlung eine Welt vermittelt. (...) Wir lehren das Kind, 'wie die Welt ist', wir lehren das Kind, welche Aspekte der uns umgebenden Welt es wert sind, erhalten und kultiviert zu werden,

herausgearbeitet, dass es sich bei dieser Art von Tätigkeiten in einem gesellschaftlichen Sinne insoweit um Arbeit handle, als sie Tätigkeit für *andere* darstellen „und als sie zumindest prinzipiell auch von anderen verrichtet werden" können (Kurz-Scherf 2004a, 30).

Ein weiteres Defizit, welches in Arendts Kritik der Moderne zutage tritt, ist darin zu sehen, dass sich in dem von ihr konstatierten Entschwinden der Arbeit in einen sinnentleerten Funktionalismus keine Anknüpfungspunkte für eine „Wiedergewinnung der Arbeit" finden lassen. Sie entwickelt keinen alternativen Arbeitsbegriff, sondern entwirft in Opposition zur Arbeit ihren Politikbegriff. Dieser basiert auf einem Pathos von Freiheit, das Arbeit kategorial ausschließt, und geht an diesem Punkt mit partikularen und elitären Tendenzen einher. In „Vita activa" überwiegt ebenso wie in ihren Untersuchungen moderner Revolutionen das oben dargelegte Deutungsmuster des Zusammenhangs von Politik und Arbeit als einem interpersonalen und hierarchischen Verhältnis, das in eine soziale Trennung zwischen den vielen, die arbeiten, und den wenigen, die Politik machen (können), mündet. In Arendts Kategoriensystem wäre aber auch eine andere Perspektive möglich. Man kann das Verhältnis von Arbeit und Politik mit Hannah Arendt durchaus auch als einen hierarchischen, aber intrapersonalen Zusammenhang deuten. Aus dieser Perspektive lassen sich andere Anforderungen an demokratische Politik formulieren. Demokratie basiert auf dem zentralen Gedanken, dass alle Mitglieder des politischen Gemeinwesens an ihr teilhaben und partizipieren. Folgt man dieser Prämisse und der Überlegung, dass Politik und Arbeit gleichzeitig einen integralen Bestandteil im Leben eines jeden Individuums bilden sollen, so könnte sich als Forderung daraus auch ergeben, dass Arbeit so eingerichtet sein muss, dass jede Person gleichzeitig auch eine politische Existenz haben kann.

---

und was es in unserer Welt heimisch sein lässt. Und dieses Werk ist nicht nur ein Herstellen, sondern ein Handeln im emphatischen Arendt'schen Sinne einer 'Enthüllung der Person im Handeln und Sprechen'" (Benhabib 1998, 216). Auch Eva Senghaas-Knobloch plädiert im Anschluss an Joan Tronto dafür, die existentielle Angewiesenheit aller Menschen auf die fürsorgliche Praxis anderer Menschen in ihrer fundamentalpolitischen Bedeutung für die Gestaltung des Gemeinwesens anzuerkennen. Sie betrachtet „Demokratie als fürsorgliche Praxis" als die Bedingung der Möglichkeit dafür, dass Männer und Frauen gleichberechtigt im öffentlichen Bereich 'aktiv In-Erscheinung-Treten' können (vgl. Senghaas-Knobloch 2001, 290). Dies ist ein wichtiger Gedanke. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es nicht bedenklich ist, die Demokratie *ausschließlich* als fürsorgliche Praxis begreifen zu wollen.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit in Hannah Arendts Schriften keine explizite Rolle spielt. Gleichwohl kann Arendts Werk für eine Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit aber eine relevante Rolle spielen. Aus einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrem Arbeitsbegriff und aus ihren Ausführungen zur Politik resultieren durchaus wertvolle Einsichten für einen demokratischen Politikbegriff und das Verhältnis von Demokratie und Arbeit. Arendts Denken kann für die Frage, wie im Entschwinden von Politik und Arbeit die Vielfältigkeit des Lebens in demokratischer Perspektive gedacht werden kann, durchaus fruchtbar gemacht werden. Hierzu ist es jedoch erforderlich, das Projekt der „Wiedergewinnung des Politischen" (Bielefeldt 1993), das in ihrem Werk angelegt ist, um ein Projekt der „Wiedergewinnung der Arbeit" zu ergänzen. Dies wird innerhalb des von ihr entwickelten Kategoriensystems nicht möglich sein. Es lässt sich aber – sozusagen gegen Hannah Arendt – aus ihrem Kategorienschema heraus eine Option aufzeigen, wie sowohl Politik als auch Arbeit in einen demokratieverträglichen Zusammenhang gebracht werden können. Arendts Konzeption der Menschen als plurale Lebewesen, d.h. dass sie sowohl Gleiche als auch Verschiedene sind, und das daraus resultierende Prinzip der Ebenbürtigkeit lassen sich nicht auf den Bereich der Politik beschränken (vgl. auch Marti 1992, 520). Menschen treten in allem, was sie tun, als plurale Wesen in Erscheinung, im Arbeiten ebenso wie im Handeln, d.h. Arbeit hat die Dimension einer politischen Kategorie. Auch durch Arbeit wird in erster Linie ein Beziehungsgeflecht zwischen Menschen etabliert. Dieses lässt sich jedoch nicht als ein einheitliches Interesse oder als einheitlicher Interessengegensatz (beispielsweise zwischen Kapital und Arbeit) bestimmen. Die Verschiedenheit der Individuen beruht nicht nur auf deren exzeptioneller Einzigartigkeit als Person, sondern auch auf unterschiedlichen Lebenslagen und nicht zuletzt darauf, dass sie Verschiedenes tun. Dies impliziert allerdings eine heterogene Interessenlage. Die Verteilung und Organisation von Arbeit ebenso wie die Frage, was überhaupt Arbeit ist, sind politische Fragen. Freiheit und Notwendigkeit lassen sich aus einer demokratischen Perspektive nicht als Gegensatz von Politik und Arbeit denken.

3 Demokratie als „Projekt einer sich selbst bestimmenden Assoziation freier und gleicher Rechtsgenossen“ (Jürgen Habermas)

Jürgen Habermas (geboren 1929) gehört zu den einflussreichsten Philosophen und Gesellschaftstheoretikern der Gegenwart. Er gilt als der maßgebliche Vertreter der so genannten zweiten Generation der Kritischen Theorie und wird als „postwar Europe's leading social and political philosopher“ (Benhabib 1997, 725) sowie als „der bedeutendste Sozialtheoretiker Europas“ (Dubiel 2001, 86) bezeichnet. Die Vertreter jener Theorietradition, die die Sozialwissenschaften auch mit dem Etikett „Frankfurter Schule“ belegen, werden zumeist in eine ältere und eine jüngere Generation von am Institut für Sozialforschung tätigen oder assoziierten Wissenschaftlern unterschieden. Zur älteren Generation zählte dabei die Generation um Institutsleiter Max Horkheimer, während jene Mitarbeiter, die erst nach der Rückkehr des Instituts aus dem us-amerikanischen Exil (1950) in dasselbe eintraten, als die jüngere Generation bezeichnet werden.[1] Die Bezeichnung Frankfurter Schule wurde erst in den 1960er Jahren geprägt und bezeichnete „zunächst eine kritische Soziologie, die in der Gesellschaft eine antagonistische Totalität sah und Hegel und Marx nicht aus ihrem Denken verbannt hatte, sondern sich als deren Erben begriff“ (Wiggershaus 2001, 9). Wenngleich es sich bei den Mitgliedern der Frankfurter Schule um eine relativ heterogene Gruppe von Wissenschaftlern handelt, bestand und besteht das einigende Band darin, dass sich trotz des Bekenntnisses zur marxistischen Theorietradition keiner von ihnen mit der orthodoxen marxistischen Theorie identifizierte. Das heißt, dass das theoretische Paradigma der Kritischen Theorie sich nicht an der Kritik des

1 Zu den älteren Vertretern zählen – neben Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse – Ferdinand Pollock, Leo Löwenthal, Erich Fromm, Franz Neumann, Otto Kirchheimer und Walter Benjamin. Unter den jüngeren Repräsentanten sind insbesondere Jürgen Habermas, Oskar Negt und Ludwig von Friedeburg zu nennen sowie – eine akademische Generation jünger – Claus Offe, Hans-Jürgen Krahl und Axel Honneth, der heutige Institutsleiter (vgl. u.a. Dubiel 2001; Greven 1999; Held 1980; Honneth 1989b; Wiggershaus 2001).

Kapitalismus' als eines ökonomischen Systems mit davon abhängigem Überbau und ideologischem Denken orientiert, sondern an „dem Prinzipiellen der marxistischen Theorie“, wie Wiggershaus es nennt. „Dies Prinzipielle bestand in der konkreten Kritik entfremdeter und entfremdender gesellschaftlicher Verhältnisse“ (Wiggershaus 2001, 13).

Die demokratietheoretische Relevanz der Frankfurter Schule ist in den Sozialwissenschaften, insbesondere in der Politikwissenschaft, umstritten. Michael Greven arbeitet in einem Aufsatz die „fachwissenschaftliche Verlegenheit im Umgang mit der Kritischen Theorie“ (Greven 1999, 74) heraus. Die ältere Kritische Theorie und noch der junge Habermas hatten – so die Einschätzung von Greven – aus einer immanenten neomarxistischen Perspektive gute Gründe, Politik und Demokratie „nicht als autonome Bereiche und selbständige 'Gegenstände' wissenschaftlicher Arbeit anzusehen und disziplinär von der Analyse der gesellschaftlichen Totalität abzutrennen“ (Greven 1999, 78). Paradigmatisch sei vielmehr die Überzeugung gewesen, „dass der 'Widerspruch' zwischen dem demokratischen Selbstbestimmungsversprechen und den rechts- und sozialstaatlich abgesicherten Entfremdungsverhältnissen der privatkapitalistischen Produktionsweise und Eigentumsordnung immanent eben nicht aufzulösen, die Demokratie nur in einer nachkapitalistischen Gesellschaft voll zu entfalten sei“ (Greven 1999, 82). Die real existierende Demokratie der westlichen Gesellschaften sei zwar wegen ihres Beitrags zur Sicherung bürgerlicher Freiheiten begrenzt geschätzt worden, aber wegen des gleichzeitigen Ausbleibens eines revolutionären Subjekts sei sie vor allem als Teil des wirksamen Manipulationszusammenhangs kapitalistischer Gesellschaften, der die Emanzipation verhindert, interpretiert worden (vgl. Greven 1999, 83-85).[2]

2 Greven verweist bei seiner Zuordnung des „jungen“ Habermas zu einem solchen substantiellen Demokratieverständnis auf die einleitenden Bemerkungen, die Habermas und seine Kollegen zu der Ende der 1950er Jahre im Institut für Sozialforschung durchgeführten empirischen Untersuchung „Student und Politik“ darlegen (vgl. Greven 1999, 78-81). Zur Demonstration zitiert Greven folgende Stelle: „Demokratie verwirklicht sich erst in einer Gesellschaft mündiger Bürger; darum ist sie nicht unter beliebigen gesellschaftlichen Voraussetzungen möglich, nicht einmal an bestimmte bloß gebunden – sie ist vielmehr diese freie Gesellschaft selbst“ (Habermas u.a. 1961, 16). In dieser Studie wird die bürgerliche Demokratie von Habermas u.a. aber deutlich komplexer begriffen als von Greven dargelegt. Beispielsweise wenn die Autoren die Frage aufwerfen, ob nicht bereits zur Zeit der Untersuchung „eine echte Funktion staatsbürgerlicher Teilnahme am politischen Leben wenn schon nicht wirklich, so doch möglich ist“ (Habermas u.a. 1961, 50). Auch wird der politischen Sphäre gegenüber der Sphäre der Gesellschaft „eine gewisse Autonomie“ zugewiesen.

Habermas hat mit seiner Theorie des kommunikativen Handelns in den 1980er Jahren einen gesellschaftstheoretischen Entwurf vorgelegt, der dem zentralen sozialemanzipatorischen Anliegen Kritischer Theorie zwar verpflichtet bleibt, diese aber kategorial auf eine völlig neue Grundlage stellt. Greven identifiziert vor allem auch den Demokratiebegriff als ein markantes Unterscheidungsmerkmal zwischen Habermas' Fassung einer kritischen Sozialtheorie und jener der frühen Frankfurter Schule. Habermas habe – und das nicht erst in der Theorie des kommunikativen Handelns in den 1980er Jahren – seine Überlegungen zur Demokratie theoretisch wie normativ von der Prämisse entkoppelt, dass die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse eine notwendige Voraussetzung der Realisierung von Demokratie und Emanzipation darstelle (vgl. Greven 1999, 84). Damit entwickelt sich aber auch die Kritik der Demokratie methodisch und inhaltlich zu einem eigenen Gegenstandsbereich in Habermas' theoretischem Werk. Während dies für die Theorie des kommunikativen Handelns noch implizit gilt, wie u.a. Helmut Dubiel gezeigt hat (vgl. Dubiel 2001, 116), so legt Habermas in „Faktizität und Geltung" explizit einen eigenen Entwurf einer speziellen Rechts- und Demokratietheorie vor (vgl. Benhabib 1997; Greven 1999, 87; Günther 2006).[3]

Verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich ebenfalls einer Tradition sozialemanzipatorischen Denkens verpflichtet fühlen, kritisieren Habermas dafür, dass die Kategorie der Arbeit in seiner gesellschafts- und demokratietheoretischen Konzeption im Gegensatz zur Kategorie der Sprache und des kommunikativen Handelns keine zentrale Rolle spielt (vgl. u.a. Agger 1979; Arnason 1980; Beerhorst 2004; Berger 1982; Fraser 1994; Ganßmann 1990; Giddens 1982; Honneth 1999; 1989; 1980; König 1990; Negt 2001). Habermas selbst wehrt sich gegen den Vorwurf, dass er sich von Arbeit als relevanter Kategorie verabschiedet (vgl. Habermas 1986, 366-373, 388-393), und spricht Ende der 1990er Jahre die Demokratierelevanz von Arbeit durchaus an (vgl. Habermas 1999c, 148-150; 1998a, 94; 1998b, 68f.). In seinem demokratietheoretischen Hauptwerk „Faktizität und Geltung" (Erstausgabe 1992) spielen Fragen nach dem Zusammenhang von sozialer Arbeitsteilung und politischer Organisation oder

Wären politische Bewegungen einzig Reflexe einer ökonomischen Entwicklung, so sei eine Untersuchung des demokratischen Potentials der Subjekte überflüssig bzw. sinnlos (vgl. Habermas u.a. 1961, 50f.).

3 Im Zuge des Erscheinens von „Faktizität und Geltung" Anfang der 1990er Jahre interpretieren einzelne Forscherinnen und Forscher das gesamte Werk von Habermas retrospektiv als von einer normativen demokratietheoretischen Absicht geleitet (vgl. Benhabib 1997, 725; Bohman 1994, 897).

die Frage nach den politischen Folgen und Implikationen von gesellschaftlicher Arbeitsteilung allerdings kaum eine Rolle. Selbst in der „Theorie des kommunikativen Handelns" (Erstausgabe 1981), die den Versuch eines gesellschaftstheoretischen Gesamtentwurfs darstellt, werden Fragen nach der gesellschaftlichen Organisation und Bedeutung von Arbeit nicht eigenständig, sondern unter- und nachgeordnet behandelt (vgl. Habermas 1994a; 1995a, b).

Im Folgenden möchte ich zeigen, dass Habermas überwiegend einen negativen Zusammenhang zwischen Arbeit und Demokratie konstatiert und Arbeit deshalb bei ihm keine demokratietheoretisch relevante Kategorie darstellt. In Habermas' Kategorienschema wird Arbeit so gefasst, dass sie für das kommunikative Gesellschaftsparadigma keine zentrale Rolle spielt und auch im darauf aufbauenden Modell der deliberativen Demokratie nur von eingeschränkter Bedeutung ist. Gleichwohl leugnet Habermas die zentrale Bedeutung der Effekte des Sozialen für die Demokratie keineswegs und integriert die „soziale Frage" vor allem über eine implizite Verknüpfung von Demokratie und Sozialstaat in seinen Demokratieentwurf. Dies erfolgt allerdings vor dem Hintergrund der These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft". Es stellt sich jedoch die Frage, ob den von Habermas problematisierten Herausforderungen der Demokratie in Gestalt von hoher Dauerarbeitslosigkeit und einem Abbau des Sozialstaats (vgl. Habermas 1999c, 148) im Rahmen des deliberativen Demokratiekonzepts angemessen begegnet werden kann.

Um das Verhältnis von Demokratie und Arbeit in der demokratietheoretischen Konzeption von Habermas darzustellen, soll zunächst das Modell deliberativer Demokratie samt seiner gesellschaftstheoretischen und normativen Prämissen beschrieben und erläutert werden (3.1).[4] Im Anschluss daran wird herausgearbeitet, welchen Status Arbeit innerhalb dieser Demokratiekonzeption einnimmt (3.2). Gefragt wird beispielsweise, ob Habermas Arbeit als einen Bereich begreift, der der Demokratie zuträglich ist und/oder ob sie einen der Demokratie zugänglichen Bereich darstellt. Darüber hinaus werden die theoretischen Begründungen dieser Annahmen dargelegt. Dabei werden insbesondere die demokratietheoretischen Einsichten und Erkenntnisse, die der begrifflichen Fassung der Kategorie Arbeit zugrunde liegen, eruiert. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer kritischen

4 Das demokratietheoretische Hauptwerk von Jürgen Habermas bildet zweifelsohne die Schrift „Faktizität und Geltung". Wichtige Beiträge finden sich aber auch in einzelnen Vorarbeiten zu diesem Werk und in der Aufsatzsammlung „Die Einbeziehung des Anderen" (1999a).

Würdigung der Habermas'schen Konzeption von Demokratie in Hinblick auf den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit (3.3).

3.1 Deliberative Demokratie

Das Konzept der deliberativen Demokratie geht in seinen zentralen Prämissen und Voraussetzungen zurück auf ein kommunikatives Gesellschafts- sowie ein prozeduralistisches und diskurstheoretisches Rechtsparadigma. Dabei hält Habermas an einem normativen Demokratiebegriff fest. Die normative Orientierung schließt an radikaldemokratische Fassungen eines vernunftrechtlichen Demokratiebegriffs in der Tradition von Kant an, in dessen Zentrum die Begriffe der Freiheit und des Rechts stehen. Im Folgenden werden sowohl die gesellschaftstheoretischen Voraussetzungen als auch die normativen Prämissen deliberativer Demokratie rekonstruiert und dargestellt, welche konzeptionellen und institutionellen Konsequenzen sich daraus für den Demokratieentwurf von Jürgen Habermas ergeben.

3.1.1 Gesellschaftstheoretische Grundlagen

In Rahmen seiner Gesellschaftstheorie begreift Habermas Gesellschaft handlungstheoretisch als „systemisch stabilisierte Handlungszusammenhänge sozial integrierter Gruppen" (Habermas 1995a, 151). Soziales Handeln, über das gesellschaftliche Zusammenhänge hergestellt werden (vgl. Habermas 1995b, 228, 301), fasst er dabei unter dem Begriff des „kommunikativen Handelns" zusammen und beschreibt es allgemein als:

> „[d]ie Interaktion von mindestens zwei sprach- und handlungsfähigen Subjekten, die (...) eine interpersonale Beziehung eingehen. Die Aktoren suchen eine Verständigung über die Handlungssituation, um ihre Handlungspläne und damit ihre Handlungen einvernehmlich zu koordinieren. (...) In diesem Handlungsmodell erhält die Sprache, wie wir sehen werden, einen prominenten Stellenwert" (Habermas 1995a, 128).

Die Gültigkeitsbedingungen symbolischer Äußerungen verweisen dabei auf ein „von der Kommunikationsgemeinschaft intersubjektiv geteiltes Hintergrundwissen" (Habermas 1995a, 32). Zur Kennzeichnung dieses intersubjektiv geteilten Hintergrundwissens führt Habermas den Begriff der Lebenswelt ein. Die Lebenswelt bezeichnet so zunächst nichts anderes als ein „Korrelat zu Verständigungsprozessen" (Habermas 1995a, 107) und ist identisch mit dem Begriff der Gesellschaft (vgl. Habermas 1995b, 224). Im Rahmen des gesellschaftstheoretischen Entwurfs löst Habermas die zunächst eingeführte Identifikation zwischen

Gesellschaft und Lebenswelt analytisch wieder auf. Er geht nicht davon aus, dass sich die Integration einer Gesellschaft ausschließlich unter den Prämissen des verständigungsorientierten Handelns vollzieht. Die zielgerichteten Handlungen einzelner Gesellschaftsmitglieder werden nicht nur über Prozesse der Verständigung koordiniert, sondern auch über funktionale Zusammenhänge, die von den Beteiligten nicht intendiert sind und innerhalb der Alltagspraxis meistens auch nicht wahrgenommen werden. In Hinblick auf gesellschaftliche Integration und die Vergesellschaftung von Individuen unterscheidet Habermas dabei zwischen zwei Integrationsmechanismen: einerseits soziale Integration, die sich über Normen und Werte vollzieht und über einen normativen Konsens hergestellt und gesichert wird, andererseits funktionale oder systemische Integration, die über die nicht-normative Steuerung von subjektiv unkoordinierten Einzelentscheidungen erfolgt (vgl. Habermas 1995b, 179, 225-227, 278, 302).

Habermas betrachtet die Entwicklungsgeschichte moderner Gesellschaften als einen Prozess sozialer Evolution, in dem es zu einer Ausdifferenzierung von Lebenswelt und System kommt. Aus einer lebensweltlich integrierten traditionalen Gesellschaft bilden sich im Zuge kapitalistischer Modernisierung dort, wo die materielle Reproduktion einer Gesellschaft erfolgt, systemische Bereiche heraus, in denen die Handlungskoordinierung von Sprache auf andere Steuerungsmedien umgestellt wird (vgl. Habermas 1995a, 458f.; 1995b, 268-270, 572). Habermas identifiziert die privatwirtschaftliche Ökonomie und den modernen Verwaltungsstaat als ausdifferenzierte Subsysteme, die über die Steuerungsmedien „Geld" und „Macht" funktionieren (vgl. Habermas 1995b, 268-279). Diesen Systembereichen stehen die sozial integrierten Handlungsbereiche der Lebenswelt gegenüber, welche sich in die komplementär aufeinander bezogenen Sphären der Privatheit und Öffentlichkeit aufteilen. Als institutionellen Kern der Privatheit identifiziert Habermas die Kleinfamilie. Den institutionellen Kern der Öffentlichkeit bilden „Kommunikationsnetze", die durch den Kulturbetrieb und die Massenmedien repräsentiert werden (vgl. Habermas 1995b, 470f.).[5]

5 Der säkulare Trend der Entkopplung von System und Lebenswelt schlägt bei dem Ende des 20. Jahrhunderts erreichten Entwicklungsstand kapitalistischer Gesellschaften allerdings um in eine „Kolonialisierung der Lebenswelt" (Habermas 1995b, 522). Unter dieser These fasst Habermas den Effekt zusammen, dass die Rationalisierung der Lebenswelt eine Steigerung der Systemkomplexität ermöglicht, die ihrerseits einen Punkt erreicht, an dem „die losgelassenen Systemimperative die Fassungskraft der Lebenswelt, die von ihnen instrumentalisiert wird, sprengen" (Habermas 1995b, 232f.; vgl. 277, 522f.).

Diese Konstruktion von Gesellschaft kann in zweifacher Hinsicht als „kommunikatives Gesellschaftsparadigma“ bezeichnet werden: erstens, weil sie auf Sprache und Verständigung als zentrales Medium sozialer Integration und Vergesellschaftung rekurriert, und zweitens, weil sie Gesellschaft als ein komplexes Ganzes begreift, in dem verschiedene sozial und funktional integrierte Bereiche miteinander kommunizieren.

3.1.2 Normative Prämissen deliberativer Demokratie

Aus dem kommunikationstheoretischen Gesellschaftsverständnis leiten sich zwei normative Prämissen ab, auf die das deliberative Demokratiekonzept zurückgeht. Erstens gründet es – darauf verweist auch Axel Honneth – auf einem kommunikativen Freiheitsbegriff, der persönliche Freiheit in einem inhärenten Zusammenhang mit einem Netz von interpersonalen Beziehungen denkt, d.h. im Zusammenhang mit den kommunikativen Strukturen einer Gemeinschaft (vgl. Honneth 1999, 43): „Der Einzelne kann nicht frei sein, wenn nicht alle frei sind und alle können nicht frei sein, wenn nicht alle in Gemeinsamkeit frei sind“ (Habermas 1984, 76). Sowohl persönliche als auch politische Freiheit ist nur in einem Modell intersubjektiver Autonomie denkbar. Zweitens wird diese kommunikative Freiheit in einem ganz bestimmten Interaktionsmodell symbolisiert: in einem Modell der intersubjektiven Rede (vgl. Honneth 1999, 43f.). Grundbegrifflich wird das Demokratiekonzept – wie schon die Konzeption der Gesellschaft an sich – hier also an Prozesse sprachlicher Verständigung gebunden. Somit avancieren Sprache und der Kommunikationsprozess auch zu den zentralen demokratierelevanten Kategorien.

Ebenso relevant wie das intersubjektive und das sprachliche Moment ist für den Habermas'schen Begriff demokratischer Freiheit der auf Kant zurückgehende Autonomiebegriff. Kant begreift Freiheit als Selbstbestimmung und modelliert diese als Selbstgesetzgebung. Dieses Modell wird von Habermas wie folgt reformuliert: „Menschen handeln nur in dem Maße als freie Subjekte, wie sie genau den Gesetzen gehorchen, die sie sich gemäß ihrer intersubjektiv gewonnenen Einsichten selber geben“ (Habermas 1994a, 537).[6] In westlichen Gesellschaften

6 Während bei Kant der „kategorische Imperativ“ als Richtschnur für den Einigungsprozess gilt, führt Habermas die Kriterien für die Selbstgesetzgebung nicht mehr „auf die moralische Selbstgesetzgebung einzelner Personen“ (Habermas 1994a, 154) zurück, sondern knüpft sie diskurstheoretisch lediglich an die Bedingung eines kommunikativen Verständigungsprozesses (vgl. Habermas 1994a, 154f.). Somit

hat sich ein Rechtskonzept durchgesetzt, das der Positivität und dem Freiheit verbürgenden Charakter zwingenden Rechts gleichzeitig Rechnung tragen soll. Alle gesetzlichen Normen, die von staatlichen Sanktionsdrohungen gerahmt werden, gehen auf Beschlüsse eines politischen Gesetzgebers zurück und sind somit veränderbar. Als legitim gilt diese Art zwingenden Rechts aber nur, solange sie die Autonomie aller Rechtspersonen gleichmäßig gewährleist (vgl. Habermas 1994b, 84). Konzeptionell ergibt sich daraus eine Rollenteilung der Rechtspersonen zwischen (Recht setzenden und Recht sprechenden) Autoren und (dem geltenden Recht unterworfenen) Adressaten. Autonomie tritt hier also nur in der doppelten Gestalt von öffentlicher Autonomie (der Autoren) und privater Autonomie (der Adressaten) auf.

> „Die Staatsbürger können von ihren politischen Rechten nur einen angemessenen Gebrauch machen, wenn sie auf Grund einer gleichmäßig gesicherten privatautonomen Lebensgestaltung zu unabhängigem Urteilen und Handeln in der Lage sind. Andererseits kommen die Gesellschaftsbürger nur dann in den gleichmäßigen Genuss ihrer unverkürzten privaten Autonomie, wenn sie als Staatsbürger von ihren politischen Rechten einen angemessenen, das heißt nicht ausschließlich selbstinteressierten, sondern auch gemeinwohlorientierten Gebrauch machen“ (Habermas 2003, 369).

Subjektive Handlungsfreiheiten des Privatrechtssubjekts und die öffentliche Autonomie des Staatsbürgers ermöglichen sich wechselseitig (vgl. Habermas 1994b, 84-88). „Dem dient die Idee, dass Rechtspersonen nur in dem Maße autonom sein können, wie sie sich in Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte als Autoren genau der Rechte verstehen dürfen, denen sie als Adressaten Gehorsam leisten“ (Habermas 1994b, 88). Normativ betrachtet ergibt sich aus dem Rekurs auf Kant und einem Verständnis von demokratischer Freiheit als Selbstbestimmung im Sinne von Selbstgesetzgebung ein interner Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie (vgl. Habermas 2003; 1994a, 109-237; 1994b).

3.1.3 Konzeptionelle Grundlagen

Dieser von Habermas postulierte normative Zusammenhang von Demokratie und Recht hat für das Konzept der deliberativen Demokratie verschiedene Konsequenzen. Demokratietheoretisch hat die wechselseitige Verwiesenheit von Demokratie und Recht zum einen bestimmte rechts- und sozialstaatliche

wird der bei Kant noch einer *individuellen* Moralvorstellung folgende Prozess der Selbstgesetzgebung von Habermas als *intersubjektiver* begriffen.

Implikationen. Zum anderen erfolgt aus der diskurstheoretischen Lesart von politischer Autonomie ein anderer Machtbegriff für das Politische, als er von Habermas in seinem gesellschaftstheoretischen Entwurf der 1980er Jahre zunächst entwickelt wurde.

Habermas formuliert das deliberative Demokratiekonzept im Rahmen einer Rechtstheorie, die gleichzeitig eine Demokratietheorie darstellt. Das charakteristische Funktionsmerkmal der Demokratie besteht darin, allen Bürgerinnen und Bürgern die gleiche private und politische Autonomie zu sichern. Aus dieser Anforderung entwickelt er ein abstrakt hergeleitetes System von Rechten. Dieses soll genau die Grundrechte enthalten, die die Bürger sich gegenseitig einräumen müssen, wenn sie das Zusammenleben über positives Recht legitim regeln wollen (vgl. Habermas 1994a, 151-165).[7] Konzeptionell wird die deliberative Demokratie somit als Rechtsstaat begründet. Zum System der Rechte zählen:

1. Grundrechte, die sich aus dem Recht auf das größtmögliche Maß gleicher subjektiver Handlungsfreiheiten ergeben;
2. Grundrechte, die sich aus dem Status eines Mitglieds in einer freiwilligen Assoziation von Rechtsgenossen ergeben;
3. Grundrechte, die sich unmittelbar aus der Einklagbarkeit von Rechten und des individuellen Rechtsschutzes ergeben.

Die ersten drei Grundrechte gewährleisten die private Autonomie von Rechtssubjekten, da sich diese zunächst gegenseitig als Adressaten von Rechten anerkennen und sich damit einen Status einräumen, der es ihnen erlaubt, Rechte zu beanspruchen und gegeneinander geltend zu machen (vgl. Habermas 1994a, 155f.). Erst in einer weiteren Kategorie von Rechten erlangen sie auch die Rolle von Autoren ihrer Rechtsordnung. Es handelt sich dabei um:

4. Grundrechte auf die chancengleiche Teilnahme an Prozessen der Meinungs- und Willensbildung, in der Bürger ihre politische Autonomie ausüben und durch die sie legitimes Recht setzen (vgl. Habermas 1994a, 156).

Diese Ausformulierung abstrakter *demokratischer* Grundrechte in Gestalt von Freiheits- und Teilnahmerechten impliziert, dass Demokratie als eine konstitutive Bedingung des Rechtsstaats gilt und umgekehrt. Der Rechtsstaat bedarf einer demokratischen Verfassung, ebenso wie die Demokratie einer rechtsstaatlichen Institutionalisierung bedarf. Alle vier Grundrechte begründen den Status freier

7 Benhabib hat darauf hingewiesen, dass dieses abstrakte System der Rechte nicht in einem liberalen besitzindividualistischen Sinne gedeutet werden darf: „Rather, rights are understood as those very general norms that regulate the interaction of consociates in the practice of their communicative freedoms“ (Benhabib 1997, 726).

und gleicher Staatsbürger. Dieser Status wird von Habermas zwar nur formal ausgewiesen und nicht mit materialem Recht gefüllt. Da er aber selbstreflexiv sein soll, d.h. „den Bürgern ermöglicht, ihre materiale Rechtsstellung mit dem Ziel der Interpretation und Ausgestaltung privater und öffentlicher Autonomie zu verändern“ (Habermas 1994a, 156), wird ein weiteres Bündel von Rechten damit impliziert:

5. Grundrechte auf die Gewährung von Lebensbedingungen, die in dem Maße sozial, technisch und ökologisch gesichert sind, wie dies für eine chancengleiche Nutzung der vier erstgenannten Grundrechte unter gegebenen Verhältnissen jeweils notwendig ist (vgl. Habermas 1994a, 156f.).

Deliberative Demokratie setzt demnach nicht nur eine rechtsstaatliche Verfasstheit voraus, sondern es müssen auch soziale Rechte im Sinne von Teilhaberechten gewährleistet werden. Dies impliziert neben der rechts- auch eine sozialstaatliche Verfassung der Demokratie. Aus dem internen Zusammenhang von Recht und Demokratie lässt sich demnach auch ein interner Zusammenhang zwischen Demokratie und dem Sozialen ableiten. Dieser Zusammenhang wird von Habermas allerdings lediglich als ein indirekter betrachtet, da es sich bei den sozialen Grundrechten um „nur relativ begründete Teilhaberechte“ (Habermas 1994a, 157) handelt.[8]

Für das Konzept der deliberativen Demokratie ist darüber hinaus ein bestimmtes Machtverständnis grundlegend. Dieses geht zurück auf die Idee des Rechtsstaats als die gleichursprüngliche Verschränkung von Recht und politischer Macht. Diese Idee beantwortet nicht nur die Frage nach der Legitimität einer Herrschaftsordnung, sondern auch die nach der Legitimation der Ausübung politischer Herrschaft. Nicht ihre Rechtsförmigkeit allein legitimiert die Ausübung politischer Herrschaft, sondern einzig die Bindung an legitim gesetztes Recht. Im

8 Habermas betont, dass insbesondere aus einer historischen Perspektive das normative Verhältnis von Demokratie und dem Sozialen als ein impliziter Zusammenhang zu betrachten ist: „Normativ betrachtet werden sowohl die Materialisierung bestehender Freiheitsrechte wie die neue Kategorie von Leistungsrechten relativ begründet, nämlich mit Bezugnahme auf eine ihrerseits absolut begründete Gleichverteilung rechtlich geschützter subjektiver Handlungsfreiheiten“ (Habermas 1994a, 485). Die nachrangige Bedeutung, die Habermas den sozialen Rechten zuweist, wird auch darin deutlich, dass sie als Bestandteil des „Systems der Rechte“ in einer jüngeren, pointierten Darstellung seiner Fassung des demokratischen Rechtsstaats nicht auftauchen (vgl. Habermas 2001). Auch in der Rezeption des Habermas'schen Systems der Rechte wird zuweilen nur auf „vier Kategorien von Grundrechten“ verwiesen, die er als Ermöglichungsbedingungen eines demokratischen Diskurses verstehe (Wellmer 1998b, 269).

demokratischen Rechtsstaat gilt nur das als legitim, was in einer diskursiven Meinungs- und Willensbildung von allen Rechtsgenossen rational akzeptiert werden kann (vgl. Habermas 1994a, 166-169). Aus der normativen Perspektive des Rechts unterscheidet Habermas zwischen legitimer Macht, d.h. eine auf Recht gegründete oder aus ihm hervorgebrachte Macht, und illegitimer Macht als einer dem Recht externen oder das Recht instrumentalisierenden Form der Macht. Politische Macht gilt ihm als eine Form legitimer Macht, deren Spezifikum somit darin liege, dass sie rechtsförmig konstituiert sein muss (vgl. Habermas 1994a, 400).

Habermas' diskurstheoretische Lesart von politischer Autonomie erfordert nun allerdings gegenüber dem Begriff der Macht als Steuerungsmedium des staatlichen Subsystems, wie er in der Theorie des kommunikativen Handelns verwendet wird, eine Binnendifferenzierung im Begriff der politischen Macht: Der rechtsförmig konstruierten Macht der staatlichen Administration muss eine Recht setzende kommunikative Macht zugrunde liegen.[9] Unterschieden werden kann zwischen der kommunikativ erzeugten und der administrativ verwendeten Macht. In der politischen Öffentlichkeit begegnen und durchkreuzen sich somit zwei gegenläufige Prozesse: die kommunikative Erzeugung legitimer Macht und die Legitimationsbeschaffung durch das politische System, die administrative Macht reflexiv werden lässt (vgl. Habermas 1994a, 183-85, 622).[10]

Des Weiteren finden sich im deliberativen Modell der Demokratie verschiedene konzeptionelle Elemente wieder, die auch bei Dahl und Arendt bereits erschienen. Wie Dahl bestimmt Habermas Demokratie als einen Prozess sowie in Übereinstimmung mit Arendt als einen Prozess demokratischer Öffentlichkeit.[11]

9 Der Begriff der kommunikativen Macht stützt sich auf den Machtbegriff von Hannah Arendt. Wie in 2.1.2 dargestellt, begreift Arendt politische Macht weder als Unterdrückungsmacht zur Durchsetzung eigener Interessen und kollektiver Ziele noch als administrative Macht, die kollektiv bindende Entscheidungen trifft, sondern als eine autorisierende Kraft, die sich über das gemeinsame Handeln und Sprechen konstituiert. Habermas weist darauf hin, dass im Begriff der kommunikativen Macht zunächst nur die Entstehung politischer Macht, nicht ihre administrative Verwendung, also der Prozess der Machtausübung, reflektiert wird. Ebenso wenig erklärt dieser Begriff den Kampf um Positionen, die zur Verfügung über administrative Macht berechtigen (vgl. Habermas 1994a, 185f.).

10 Habermas verweist allerdings darauf, dass der demokratische, rechtsstaatlich regulierte Machtkreislauf real in seiner Durchsetzungsfähigkeit durch die illegitime Verselbstständigung von administrativer und sozialer Macht eingeschränkt wird (vgl. Habermas 1994a, 434).

11 Habermas bezieht sich bei der Entwicklung des deliberativen Demokratiekonzepts explizit auf „Robert Dahls Versuch einer soziologischen Übersetzung und empiri-

Ebenso wie im republikanischen Demokratiediskurs spielt auch für Habermas die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Prozess demokratischer Meinungs- und Willensbildung eine zentrale Rolle. Der entscheidende Unterschied zu einer republikanischen Konzeption besteht darin, dass Habermas nicht die unmittelbare Partizipation als den zentralen Modus demokratischer Beteiligung begreift, sondern die als Prozess vernünftiger Kommunikation bestimmte Deliberation (vgl. Habermas 1994a, 211-213, 359-366; 1994b; 1988).

Im Medium der Deliberation verschränkt Habermas die Idee einer republikanischen Selbstorganisation der Gesellschaft durch die kommunikativ vereinigten Bürgerinnen und Bürger mit der liberalen Annahme, dass in jeder Gesellschaft Interessenskonflikte existieren. Er akzeptiert die liberale Prämisse, dass unter der Bedingung von kulturellem und gesellschaftlichem Pluralismus hinter politischen Zielen oft relevante Interessen und Wertorientierungen stehen, die weder für die Identität des Gemeinwesens als Ganzes konstitutiv noch harmonisch und konsensual sind. Sie konfligieren innerhalb des Gemeinwesens ohne Aussicht auf Konsens, bedürfen aber eines Ausgleichs (vgl. Habermas 1999b, 284; 1994a, 359f.). Der Ausgleich widersprüchlicher und widerstreitender Interessen vollzieht sich im Rahmen eines deliberativen Verfahrens, dessen Kern der universalistische Begriff einer „idealen Prozedur für Beratung und Beschlussfassung" (Habermas 1994b, 359) bildet. Diese Konzeption zielt darauf, mittels der Einrichtung bestimmter Verfahren die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass politische Entscheidungen vernünftige Ergebnisse zeitigen. Jenseits der Festlegung auf gerechte Verfahren lässt sich die Identität einer demokratischen Bürgerschaft aber nicht konkret bestimmen. Inhaltlich normativ kann das Verfahren demokratischer Selbstbestimmung anhand jener formalen Kommunikationsbedingungen und -voraussetzungen bestimmt werden, die eine vernünftige Einigung erwarten lassen.[12]

schen Überprüfung des prozeduralistischen Verständnisses von Demokratie" (Habermas 1994a, 350; vgl. auch Habermas 1994a, 383-386, 389f.).

12 In einer ersten Konkretisierung folgt Habermas dabei einem Konzept von Joshua Cohen, welcher das Verfahren durch vier allgemeine Diskursregeln bzw. Postulate charakterisiert sieht: a) Beratungen vollziehen sich in argumentativer Form, d.h. es findet ein geregelter Austausch von Informationen und Gründen zwischen den Parteien statt. b) Beratungen sind inklusiv und öffentlich. c) Beratungen sind frei von externen Zwängen (die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind insofern souverän, als sie nur an die Kommunikationsvoraussetzungen und Verfahrensregeln der Argumentation gebunden sind). d) Beratungen sind frei von internen Zwängen, welche die Gleichstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beeinträchtigen könnten,

Wie Dahl erweitert auch Habermas die Zahl der demokratierelevanten Akteure, allerdings konzeptionell an einer anderen Stelle. Während Dahl die Anwendung des demokratischen Verfahrens auf die soziale Arbeitsteilung fordert, entwickelt Habermas das demokratische Verfahren als ein zweigleisiges Politikmodell, das die Sphäre demokratischer Politik auch in gesellschaftliche Bereiche ausdehnt und somit gesellschaftliche Akteure in den Bereich der Demokratie integriert. Hierbei geht es aber nicht wie bei Dahl um die Anwendung des demokratischen Verfahrens auf nicht-staatliche Organisationseinheiten, sondern es wird eine nicht formal institutionalisierte Öffentlichkeit in den demokratischen Prozesses einbezogen. Während es Dahl um eine Erweiterung des Anwendungsbereichs demokratischer Verfahren geht, vertieft Habermas das demokratische Verfahren. Demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen zwar von entsprechend legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten getroffen werden. Gleichwohl muss die Entscheidung darüber, welche Materien letztlich als entscheidungsrelevant erachtet werden und welche Probleme wahrgenommen werden, rückgekoppelt sein an die deliberativen Meinungs- und Willensbildungsprozesse in einer politischen Öffentlichkeit, die nicht mit dem institutionalisierten parlamentarischen Komplex formeller Demokratie identisch sind. Die Programmierung staatlicher Politik erfolgt in diesem Modell nicht nur über Wahlen und politischen Wettbewerb um Ämter und Macht, sondern auch durch die Probleme aufdeckenden Zusammenhänge lebensweltlicher und bürgerschaftlicher Auseinandersetzungen und Konflikte (vgl. Habermas 1994a, 359-366, 426-435).

Dabei gilt, dass diese komplexe Fassung des demokratischen Entscheidungsverfahrens normativ an Kommunikation und Verständigung als Voraussetzung und Produkt von Freiheit orientiert ist.

3.1.4 Das institutionelle Design

Im Zentrum des institutionellen Designs deliberativer Demokratie steht ein zweigleisiges Konzept der Politik als verschiedener Formen von Öffentlichkeit, das auf eine Unterscheidung hinsichtlich des Charakters von Willens- und Meinungsbildungsprozessen zurückgeht. Habermas differenziert zwischen den „entscheidungsorientierten Beratungen, die durch demokratische Verfahren reguliert sind" und „informellen Meinungsbildungsprozessen der Öffentlichkeit"

d.h. alle haben das gleiche Recht Vorschläge einzubringen, mitzudiskutieren und Ja-/Nein-Stellungnahmen werden ausschließlich durch den „zwanglosen Zwang des besseren Argumentes" (Habermas 1994a, 370) motiviert.

(Habermas 1994a, 372). Diese Trennung zwischen formalisierter und informeller Öffentlichkeit entspricht der analytischen Trennung von System und Lebenswelt, wie Habermas sie in „Theorie des kommunikativen Handelns" (1995a, b) für die Gesellschaftstheorie entwickelt.

Innerhalb der institutionellen Matrix entsprechen die unter der Rubrik „verfasste Meinungs- und Willensbildung" von Habermas zusammengefassten „Öffentlichkeiten des parlamentarischen Komplexes" (Habermas 1994a, 373) dem funktional integrierten Bereich des (politischen) Systems. Der Sinn der hier angesiedelten Verfahren besteht im Aushandeln und Bearbeiten von Problemen. Im Mittelpunkt stehen die Rechtfertigung der Problemwahl und die Entscheidung zwischen konkurrierenden Lösungsvorschlägen (vgl. Habermas 1994a, 272f.). Auf der lebensweltlichen Seite deliberativer Demokratie befinden sich die informelle Meinungs- und Willensbildung, welche Habermas auch als allgemeine Öffentlichkeit bezeichnet. Die Funktion dieser Öffentlichkeit besteht nicht in der Auseinandersetzung um die Lösung bestehender Probleme, sondern darin, dass sie den politisch-administrativen Komplex für neue Probleme sensibilisiert, indem sie diese entdeckt und identifiziert (vgl. ebd.). Diese von Beschlüssen entkoppelte „öffentliche Meinungsbildung" vollzieht sich „in einem offenen und inklusiven Netzwerk von sich überlappenden subkulturellen Öffentlichkeiten mit fließenden zeitlichen, sozialen und sachlichen Grenzen" (Habermas 1994a, 373). Die Knotenpunkte eines solchen Kommunikationsnetzes bilden freie Assoziationen und als soziale Trägerin solcher Assoziationen identifiziert Habermas die Zivilgesellschaft (vgl. Habermas 1994a, 435-467).

Die deliberative Demokratie setzt sich somit zusammen aus dem funktional integrierten Bereich des politischen Systems, welcher durch parlamentarische Willensbildung sowie administrative und juristische Umsetzung repräsentiert wird, und aus dem mit normativen Anforderungen verbundenen lebensweltlichen Bereich autonomer Öffentlichkeiten. Die für die gesellschaftlichen Bereiche kennzeichnenden verschiedenen Integrationsprinzipien übersetzen sich dabei in unterschiedliche Politikmodi. Dem systemischen Bereich der Demokratie ordnet Habermas eine instrumentelle Politiklogik zu, während der lebensweltlich zivilgesellschaftliche Bereich einem dialogischen Politikprinzip folgt.[13]

13 Die unterschiedlichen Politikmodi repräsentieren dabei jeweils das liberale und das republikanische Paradigma von Politik. Das liberale Verständnis von Politik basiere auf einer grundlegenden Trennung zwischen Staat und Gesellschaft, die in der Demokratie nicht überwunden, aber durch den demokratischen Prozess überbrückt werden könne (vgl. Habermas 1994a, 326-359; 1999b, 277-286). Die zentrale Funktion des demokratischen Prozesses werde darin gesehen, den Staat im Sinne der Gesellschaft

In der Konzeption des dialogischen Politikmodus' orientiert sich Habermas weitgehend an einem republikanischen Demokratieverständnis. Hierin wird ein struktureller Unterschied konstatiert zwischen kommunikativer Macht, die aus der politischen Kommunikation der Bürger hervorgeht, und administrativer Macht, über die der Staatsapparat verfügt. Auch Parteien, die um Zugang zu staatlichen Machtpositionen kämpfen, müssen sich auf den deliberativen Stil und den Eigensinn politischer Diskurse einlassen. Der kontinuierlich geführte politische Diskurs hat auch für die Art der Ausübung politischer Herrschaft bindende Kraft: Administrative Macht kann nur auf der Grundlage von jenen Politiken und in den Grenzen jener Gesetze verwendet werden, die aus dem demokratischen Prozess hervorgehen (vgl. Habermas 1994a, 331f.; 1999b, 282-285).

Den Machtkreislauf politischer Kommunikation im Medium der Deliberation charakterisiert Habermas im Anschluss an Bernhard Peters als eine Zentrum-Peripherie-Achse, die durch ein System von Schleusen strukturiert und durch zwei Arten der Problemverarbeitung gekennzeichnet ist. Der parlamentarische Komplex sowie Verwaltung und Justiz bilden den mit formeller Entscheidungskompetenz ausgestatteten und in sich polyarchisch gegliederten Kernbereich des politischen Systems (vgl. Habermas 1994a, 430). Die Peripherie wird von der Zivilgesellschaft gebildet, also von jenen Vereinigungen und Gruppen, die Einfluss auf den parlamentarischen Komplex ausüben und in denen sich der Kommunikationsfluss in Willensäußerungen transformiert. Das Zentrum wird als ein System von Schleusen dargestellt, das viele Prozesse im Bereich des politisch-administrativen Systems passieren müssen. Richtung und Dynamik dieser Prozesse kontrolliert das System aber nur in begrenztem

zu „programmieren" (Habermas 1994a, 326). Politik sei im Wesentlichen ein Kampf um Positionen, die Verfügung über administrative Macht einräumen. Der politische Prozess in Öffentlichkeit und Parlament sei durch die Konkurrenz strategisch handelnder kollektiver Akteure um den Erhalt oder Erwerb von Machtpositionen bestimmt. Charakteristisch für das liberale Paradigma sei das Bild einer instrumentellen Politik (vgl. Habermas 1994a, 331f.; 1999b, 282-285). Demgegenüber gehe ein republikanisches Demokratieverständnis davon aus, dass Politik konstitutiv ist für den Vergesellschaftungsprozess im Ganzen. Die Angehörigen einer Solidargemeinschaft seien sich ihrer Angewiesenheit aufeinander bewusst, und als Staatsbürger bilden sie die vorgefundenen Verhältnisse reziproker Anerkennung zu einer Assoziation freier und gleicher Bürger fort (vgl. Habermas 1994a, 327; 1999b, 277f.). Der Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung in Öffentlichkeit und Parlament gehorche den eigensinnigen Strukturen einer verständigungsorientierten öffentlichen Kommunikation, und das charakteristische Symbol des republikanischen Politikverständnisses stelle das Gespräch dar (vgl. Habermas 1999b, 282).

Maße, da Veränderungen ebenso durch die Peripherie induziert werden können (vgl. Habermas 1994a, 431).[14] In Habermas' Augen verändert administrativ verfügbare Macht ihren Aggregatzustand, solange sie mit einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung rückgekoppelt bleibt, die die Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern in gewisser Weise auch programmiert (vgl. Habermas 1994a, 364).

> „Eine in der Zivilgesellschaft verwurzelte Demokratie verschafft sich dann in der politischen Öffentlichkeit einen Resonanzboden für den vielstimmigen Protest der ungleich Behandelten, der Unterprivilegierten und Missachteten. Dieser Protest gegen das Leiden an sozialer Ungerechtigkeit und Diskriminierung kann zum Stachel von Selbstkorrekturen werden, die den universalistischen Gehalt des Prinzips staatsbürgerlicher Gleichheit in der Münze gleicher ethischer Freiheiten jeweils ein Stück weiter ausschöpfen" (Habermas 2003, 370).

Habermas' demokratietheoretische Konzeption basiert auf einem emphatischen Öffentlichkeitsbegriff. Demokratische Macht entsteht dabei aber nicht allein aus kommunikativem Handeln, sondern auch aus der dialogischen Form von Politik als Interaktion zwischen rechtsstaatlich institutionalisierten (System) und kulturell mobilisierten (Lebenswelt) Öffentlichkeiten. Innerhalb der deliberativen Demokratie stellt das Recht sowohl ein Medium als auch selbst eine Institution dar, in der die Demokratie faktisch aufgehoben ist (Faktizität) und die den (schwachen) Normen kommunikativer Vernunft Durchsetzungskraft garantiert (Geltung). Ausgehend von der Vorstellung, dass nicht nur gesellschaftliche, sondern auch demokratische Integration auf soziale Kooperation zurückzuführen ist, entwickelt Habermas die deliberative Demokratie als eine Synthese, in der die liberale Vorstellung von der 'Herrschaft des Rechts' verschmolzen wird mit dem republikanischen Prinzip der 'Volkssouveränität' zu dem „Projekt einer sich selbst bestimmenden Assoziation freier und gleicher Rechtsgenossen" (Habermas 2003, 370). Demokratie scheint hier auch als Form sozialer Kooperation nichts mit Arbeitsteilung zu tun zu haben, noch werfen Probleme, die von der gesellschaftlichen Organisation, Verteilung und Bewertung von Arbeit ausgehen, problematische Implikationen für die deliberative Demokratie auf. Handelt es

14 Im Normalfall ordnet das Zentrum durch Gerichtsurteile, Gesetzesinitiativen, Haushaltspolitik u.a. das gesellschaftliche Leben. Im Konfliktfall wird der normale Operationsmodus von einem anderen überlagert. Dieser ist gekennzeichnet durch Krisenbewusstsein, erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit, intensivierte Suche nach Lösungen, kurz: durch Problematisierung. Öffentliche Meinung erzeugt jenen Druck, der Parlamente und Gerichte zur rechtsstaatlichen Regulierung des Problems zwingt (vgl. Habermas 1994a, 432f.).

sich bei der Kategorie Arbeit in Habermas' Konzept somit um eine „demokratietheoretische Leerstelle" (Reese-Schäfer 2000)?

3.2 Die Konfiguration von Demokratie und Arbeit

3.2.1 Arbeit in der deliberativen Demokratie

Hinsichtlich der Frage, welchen Status Arbeit und soziale Arbeitsteilung im deliberativen Modell der Demokratie einnehmen, können verschiedene Aspekte herausgearbeitet werden. Während bei Dahl die Problematik des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit in erster Linie in Fragen nach der Demokratieverträglichkeit der Ökonomie mündet, wird sie bei Arendt abstrakter auf der Ebene grundlegender Kategorien menschlicher Existenz diskutiert. In Habermas' demokratietheoretischem Hauptwerk wird keine grundlagentheoretische Auseinandersetzung mit Arbeit geführt. Wie oben dargelegt, wird das Demokratiekonzept grundbegrifflich über einen intersubjektiven Freiheitsbegriff an kommunikative Prozesse als Form sozialer Kooperation gebunden. Insofern die Freiheit dabei im Muster der intersubjektiven Rede begriffen wird, reduziert Habermas die demokratierelevante Dimension sozialer Kooperation aber zugleich auf den Aspekt der sprachlichen Verständigung. Für eine demokratische Gemeinschaft gilt damit, was Habermas auch für die Rechtsgemeinschaft feststellt: Was sie „assoziiert, ist letztlich das linguistische Band, das jede Kommunikationsgemeinschaft zusammenhält" (Habermas 1994a, 372). Anders formuliert: Im Konzept der deliberativen Demokratie avancieren Sprache und der Kommunikationsprozess zu den zentralen demokratierelevanten Kategorien. Insofern der Bereich sozialer Arbeitsteilung und die sozialen Voraussetzungen der Demokratie für das Konzept der deliberativen Demokratie nur eine nachrangige Rolle spielen, bildet Arbeit bei Habermas eine demokratietheoretische Leerstelle. Dennoch ist Habermas nicht blind gegenüber den demokratiepolitisch kritischen Implikationen des Sozialen. An zwei Stellen räumt er zumindest einen impliziten Zusammenhang zwischen Demokratie als politischer und Demokratie als sozialer Realität und damit auch einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit ein.

Wie weiter oben herausgearbeitet wurde, erfordert für Habermas der innere Zusammenhang zwischen Recht und Demokratie eine explizit rechtsstaatliche Verfasstheit der Demokratie, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche subjektive Freiheits- und demokratische Teilhaberechte sichert. Der innere Zusammenhang zwischen Recht und Demokratie impliziert für demokratische Gemeinwesen darüber hinaus jedoch auch eine sozial- oder wohlfahrtsstaatliche Verfasstheit.

Sie gewährleistet, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheits- und Teilnahmerechte auch gleichermaßen nutzen können (Habermas 1994a, 135-207; 1994b; 1988). Habermas belässt es allerdings bei der abstrakten Formulierung solcher Rechte. Ob es sich dabei um sozialstaatlich durchgeführte Umverteilungspolitiken handeln soll, die ungleiche Ergebnisse sozialer Arbeitsteilung korrigieren, oder um staatliche Regulationen, die die ungleiche Ausgangssituation ökonomischer Subjekte innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu nivellieren versuchen, wird nicht klar.[15]

Der zweite Aspekt, in dem ein Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit gesehen wird, besteht darin, dass grundsätzlich nichts dagegen spricht, dass Arbeit zu einem Thema auf der Agenda deliberativer Demokratie wird. Eine der zentralen Dimensionen des deliberativen Demokratiekonzepts bildet das Verständnis von Demokratie als verfahrensgestützter Öffentlichkeit. Den zentralen Modus politischer Beteiligung bildet bei Habermas die Deliberation, d.h. der Austausch und die Diskussion von rationalen Argumenten. Dabei handelt es sich nicht um unmittelbare Partizipation in Form eines Gesprächs zwischen Bürgern, sondern um eine Beteiligung am politischen Kommunikationsprozess über Verfahren (Habermas 1994a, 349-398; 1988). Es ist dabei keinesfalls ausgeschlossen, dass Fragen und Probleme der sozialen Arbeitsteilung, wie z.B. Arbeitslosigkeit oder das Problem der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, in der deliberativen Demokratie auf die politische Agenda gesetzt werden. Die demokratische Öffentlichkeit ist prinzipiell offen gegenüber allen Themen. Was als ein substantielles Problem der Demokratie wahrgenommen wird, stellt sich

15 Innerhalb der demokratietheoretischen Auseinandersetzung herrscht keine Einigkeit darüber, ob Habermas' deliberativer Demokratie entgegen seinen eigenen frühen Vorbehalten gegen die liberale Demokratie (vgl. Habermas u.a. 1961) nun selbst eine liberale Wendung oder gar „resignation" (Scheuerman 1999) attestiert werden kann. Einige der Rezipierenden ordnen ihn aufgrund der Tatsache, dass er in seiner Demokratiekonzeption keine Maßnahmen zur Beseitigung von tatsächlich existierender Ungleichheit vorsieht, eindeutig dem liberalen Spektrum zu (vgl. Abraham 1994; Bohman 1994; Narr 1994, 99f.; Scheuerman 1999). Da Habermas eine Zuständigkeit des Staates nicht nur für die Gewährleistung formaler, sondern auch sozialer Teilhaberechte grundsätzlich vorsieht, bescheinigen ihm wiederum andere: „Habermas's view of the state differs from the limited view of state intervention that liberalism avows" (Grodnick 2005, 405) und halten sein Konzept deshalb für ein radikaldemokratisches. Insgesamt kann der Einschätzung Olsons zugestimmt werden: „The state, in this view, is first and foremost charged with promoting the political empowerment of his citizens, and only secondarily with providing goods and services commonly associated with welfare" (Olson 1998, 215).

als das Ergebnis von Kämpfen um Identifikations- und Deutungsmacht in der demokratischen Öffentlichkeit dar (vgl. Habermas 1994a, 380f.).

Zugespitzt lässt sich sagen, dass Arbeit – wie auch viele andere Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens – innerhalb dieses Demokratiekonzepts zwar auf die Agenda deliberativer Politik gesetzt werden kann, im Unterschied zum Recht aber nicht zwangsläufig Bestandteil der Agenda deliberativer Demokratie sein muss. Somit werden Arbeit und soziale Arbeitsteilung nicht als eine demokratisch ausgezeichnete Form des Handelns oder eine der Demokratisierung zugängliche Sphäre begriffen. Ein Befund, der sich erhärtet, wenn man die institutionellen Implikationen des Öffentlichkeitsbegriffs berücksichtigt. So hält Habermas an der liberalen Trennung von Staat und Gesellschaft fest. Er unterscheidet den demokratischen Staat allerdings nicht nur von einer nicht-demokratisch verfassten Marktgesellschaft, sondern insbesondere auch von der demokratierelevanten Zivilgesellschaft (vgl. u.a. Habermas 1999b, 288; 1994a, 443). Für den Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit ist hier von entscheidender Bedeutung, dass neben den formalisierten Bereichen der Öffentlichkeit lediglich die Zivilgesellschaft als demokratierelevant anerkannt wird und diese jenseits der Sphäre gesellschaftlicher Arbeit verortet wird.

3.2.2 Demokratietheoretische Einsichten zu Arbeit

Im Folgenden soll die These untermauert werden, dass Arbeit im Zusammenhang mit Demokratie für Habermas nicht einfach nur eine nebensächliche Angelegenheit darstellt, sondern explizit aus dem Gegenstandsbereich und den kategorialen Grundbegriffen deliberativer Demokratie ausgeschlossen wird. Der Ausschluss erfolgt dabei aus der Annahme heraus, dass Demokratie ein emanzipatorisches und normatives, verständigungsorientiertes Potential eigen ist, das Arbeit kategorial abgesprochen wird.[16]

Habermas begreift das in der Theorie des kommunikativen Handelns entwickelte kommunikative Gesellschaftsparadigma als theoretische Innovation kritischen sozialemanzipatorischen Denkens, welches bis dahin einem produktivistischen

16 Die These, dass Arbeit bei Habermas über kein emanzipatorisches Potential verfügt, vertreten u.a. auch Axel Honneth (vgl. Honneth 2004; 2000; 1989a, b; 1980), Agnes Heller (vgl. Heller 1982, 33) sowie Helmut König (vgl. König 1990, 339). Auch Bohmeyer arbeitet diese These heraus, bezieht sich dabei aber vor allem auf Honneths Argumentation (vgl. Bohmeyer 2006, 221-227).

Paradigma verhaftet gewesen ist (vgl. insb. Habermas 1995b, 548-593).[17] Der Ursprung des Produktionsparadigmas liegt in der Marx'schen Gesellschaftsanalyse, deren analytischen und normativen Kern die Kategorie der Arbeit bildet. So arbeitet Honneth heraus, dass die zentrale Kategorie sowohl der Herrschaftsanalyse als auch der Befreiungsvision bei Marx die Arbeit darstellt. Für Marx bildet die „Ausbeutung" der Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften die zentrale Achse des gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisses. Normativ wird der Arbeit innerhalb dieses Deutungsmusters aber durchaus emanzipatorisches Potential unterstellt: Es ist die „lebendige Arbeit", welche von Marx als entscheidende emanzipatorische Kraft identifiziert wird und geeignet ist, das über Arbeits- und Eigentumsverhältnisse herrschaftlich strukturierte Gesellschaftsverhältnis zu überwinden (vgl. Honneth 1980, 185f.). Auch für Habermas stellt das zentrale Problem bei Marx die Fremdbestimmung der Arbeit dar (Habermas 1985, 4f.). Innerhalb der „produktivistischen Fortschrittsvision" besteht das freiheitliche Ideal einer Arbeitsgesellschaft in der Emanzipation der Arbeit von ihrer Fremdbestimmung.[18] Hier sieht Habermas eine falsche Problemanalyse am Werk. In

17 Aus philosophischer Perspektive kritisiert Habermas an der produktivistischen Gesellschaftsvision das „Paradigma der Bewusstseinsphilosophie" und plädiert für ein „Paradigma der Sprachphilosophie". Während in einer bewusstseinsphilosophischen Grundlage erkenntnistheoretisch von einem sich Objekte vorstellenden und an ihnen arbeitenden Subjekt ausgegangen und handlungstheoretisch ein Zweck-Mittel-Schema postuliert wird, besteht die erkenntnistheoretische Grundlage des sprachphilosophischen Paradigmas in der Vorstellung von intersubjektiver Kommunikation. Handlungstheoretisch wird dabei auf das Schema symbolisch vermittelter Interaktion zwischen Subjekten abgestellt (Habermas 1995a, 455; vgl. dazu Berger 1982, 357f.; Held 1980, 331f.). In der Sekundärliteratur wird in dieser Operation der *linguistic turn* oder die „kommunikationstheoretische Wende" (Honneth 1979) der kritischen Theorie gesehen (vgl. Honneth 1979; 1982; MacCarthy 1980; Wellmer 1977).

18 Menschenwürdige, emanzipierte Lebensverhältnisse sollen in diesem Entwurf aus der Revolutionierung der Arbeitsverhältnisse, d.h. aus der Umwandlung von heteronomer Arbeit in Selbsttätigkeit, hervorgehen. Wissenschaft, Technik und Planung werden als verheißungsvolle Instrumente einer vernünftigen Kontrolle von Natur und Gesellschaft vorgestellt. Aus der richtig eingerichteten Produktion selbst geht demnach die Lebensform frei assoziierter Arbeiter hervor. Als die „arbeitsgesellschaftliche Organisation freier und gleicher Produzenten" (Habermas 1985, 2) beschreibt Habermas den sozialemanzipatorischen Kern frühsozialistischer Utopien. Auch das Sozialstaatsprojekt in westlichen Demokratien, dessen Strategie auf Reform statt Revolution baut, justiert in Habermas' Augen das Projekt der Emanzipation auf die Reformierung von Beschäftigungsverhältnissen (vgl. Habermas 1988, 618f; 1985, 4f.).

seinen Augen hat Arbeit, selbst wenn sie selbstbestimmt ausgeführt wird, keinen emanzipatorischen Gehalt.

Dieses Argument, dass Arbeit nicht als eine emanzipatorische Kategorie begriffen werden kann, lässt sich besser anhand Habermas' früher Schriften darstellen als in seinen ausgearbeiteten gesellschafts- und demokratietheoretischen Schriften, in denen die Kategorie Arbeit kaum noch vorkommt. Verschiedene Habermas-Rezipienten haben herausgearbeitet, dass Habermas den Produktivkräften ein befreiendes Moment abspricht und dabei wie Adorno und Horkheimer in ihrer Kritik der instrumentellen Vernunft mit einem emanzipatorischen Arbeitsbegriff bricht und ausschließlich die herrschaftliche Wirkung von Arbeit anerkennt (vgl. Honneth 1989b, 22-27; 1982; 1980; 1979; McCarthy 1980, 31f.).[19] Diese Einsicht mündet bei Habermas bereits Ende der 1960er Jahre in die Absicht, das begrenzte marxistische Deutungsmuster kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung ersetzen zu wollen: „Der Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen müsste durch den abstrakteren von Arbeit und Interaktion ersetzt werden" (Habermas 1968b, 92). Das gesellschaftstheoretische Deutungsmuster von Arbeit und Interaktion geht in seinen anthropologischen Prämissen zurück auf Kategorien aus der Hegel'schen Bewusstseinsphilosophie, die die Identität des (Selbst-)Bewusstseins als ein Gewordenes erfasst, dessen Konstitutionsprozess einem dialektischen Prinzip folgt (vgl. Habermas 1967). In einer anthropologischen Perspektive begreift Hegel Arbeit und Interaktion als unterschiedliche Bildungsmuster des Geistes.[20] Der entscheidende Unterschied, den Habermas aus Hegels Analyse herausarbeitet, besteht darin, dass Arbeit als ein dialektischer Prozess zwischen Subjekt und Objekt modelliert

19 Das Freiheit verbürgende Potential spricht Habermas der Arbeit als Produktivkraft deshalb ab, weil sie von einem wissenschaftlich technischen Fortschritt abhängt, der selbst Herrschaft legitimierende Funktionen übernimmt (vgl. Habermas 1968b, 92). Außerdem zeigt die historische Erfahrung in seinen Augen, dass eine Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht zwangsläufig in eine emanzipatorische Form von Arbeitsgestaltung im Sinne der Arbeiterselbstverwaltung einmündet (vgl. Habermas 1985, 3f.). McCarthy fasst Habermas' Position treffend zusammen: „Politische Emanzipation kann nicht mit technischem Fortschritt gleichgesetzt werden" (McCarthy 1980, 35).

20 Habermas arbeitet den Bildungsprozess des Geistes hier auf der Grundlage von Hegels „Philosophie des Geistes" heraus. Er weist darauf hin, dass Hegel in diesem Werk eine eigentümliche Systematik darlegt, die er in der ausgearbeiteten Version seiner Bewusstseinsphilosophie, der „Phänomenologie des Geistes" aufgegeben hat (Habermas 1967, 132; vgl. zu dieser Hegel'schen Systematik auch Honneth 1994a, 11-106; McCarthy 1980, 44-49).

wird, während die Erfahrung der Interaktion bei Hegel auf einen dialektischen Prozess zwischen Subjekten zurückgeführt wird.[21] Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass der Bildungsprozess eines jeden Subjekts als eine Vermittlung zwischen praktischen Erfahrungen aus intersubjektiven, kommunikativen Prozessen einerseits und instrumentellen Prozessen andererseits begriffen wird. Eine Zurückführung der Interaktion auf Arbeit oder eine Ableitung der Arbeit aus Interaktion ist somit grundbegrifflich nicht möglich: „Technische Regeln werden gewiss unter Bedingungen sprachlicher Kommunikation erst ausgebildet, aber sie haben nichts mit kommunikativen Regeln der Interaktion gemeinsam" (Habermas 1967, 145).

In dem gesellschaftstheoretischen Deutungsmuster von Arbeit und Interaktion greift Habermas die Hegel'schen Kategorien auf. Der Begriff von Arbeit, den er hier zugrunde legt, denkt diese ausschließlich als zweckrationales Handeln, d.h. als eine Form des Handelns, die einem Modell technischer Verfügbarkeit entspricht:

> „Unter 'Arbeit' oder *zweckrationalem Handeln* verstehe ich entweder instrumentales Handeln oder rationale Wahl oder eine Kombination von beiden. Instrumentales Handeln richtet sich nach *technischen Regeln*, die auf empirischem Wissen beruhen" (Habermas 1968b, 62; Hervorhebung im Original).

Fundamental unterscheidet Habermas hiervon eine zweite Form von Handlungen, die er als intersubjektiven Verständigungsvorgang begreift:

> „Unter *kommunikativem Handeln* verstehe ich andererseits eine symbolisch vermittelte Interaktion. Sie richtet sich nach obligatorisch *geltenden Normen*, die reziproke Verhaltenserwartungen definieren und von mindestens zwei handelnden Subjekten verstanden und anerkannt werden müssen. Gesellschaftliche Normen sind durch Sanktionen bekräftigt. Ihr Sinn objektiviert sich in umgangssprachlicher Kommunikation. Während die Geltung technischer Regeln und Strategien von der Gültigkeit empirisch wahrer oder analytisch richtiger Sätze abhängt, ist die Geltung gesellschaftlicher Normen allein in der Intersubjektivität der Verständigung über

21 Im Arbeitsprozess unterwirft sich das menschliche Subjekt bei Hegel zunächst den objektiven Bedingungen der Natur, um sich diese dann aber durch die Verwendung von Werkzeugen wiederum anzueignen. Die Dialektik der Arbeit entfaltet sich in einer Beziehung zwischen Subjekt und Objekt und wird als ein Modell der Entäußerung gedacht. Das Resultat der Bewegung besteht in der Aneignung des Objektivierten (vgl. Habermas 1967, 141f.). Das Bildungsmuster der Familie über das Medium der Liebe hingegen stellt Hegel als einen Prozess zwischen Subjekten vor. Aus der Erfahrung der Interaktion bildet sich das Selbstbewusstsein hier auf der Basis wechselseitiger Anerkennung. Es handelt sich dabei um eine Bewegung auf der Ebene der Intersubjektivität (vgl. Habermas 1967, 134, 135-137).

Intentionen begründet und durch die allgemeine Anerkennung von Obligationen gesichert" (Habermas 1968b, 62; Hervorhebung im Original).[22]

Emanzipatorisches Potential verortet Habermas dabei lediglich in der auf Verständigung orientierten Interaktion zwischen Subjekten, nicht in der Arbeit als Form zweckrationalen Handelns.

Das zweite Charakteristikum des produktivistischen Paradigmas, an das Habermas kritisch anschließt, besteht darin, dass Demokratie innerhalb dieses Ansatzes perspektivisch auf Arbeit reduziert wird. In der „produktivistischen Fortschrittsvision" nimmt das freiheitliche Ideal einer (Arbeits-)Gesellschaft die Form der Emanzipation der Arbeit von ihrer Fremdbestimmung an: Bereits in frühsozialistischen Konzepten steckte die Idee, dass „aus der richtig eingerichteten Produktion von selbst die konvivalen Lebensformen frei assoziierter Arbeiter hervorgehen würden" (Habermas 1988, 617). Dieselbe Idee von der Demokratie als einer Assoziation freier Produzenten steckt auch in der Marx'schen

22 Die analytische Trennung zwischen System und Lebenswelt als verschiedenen Formen gesellschaftlicher Integration geht letztendlich zurück auf diese Unterscheidung zwischen Arbeit und Interaktion (vgl. Habermas 1968b, 63-65). Auf einer anderen Ebene hebt Habermas allerdings auch hervor, dass es sich bei System und Lebenswelt um verschiedene methodische Zugänge zum Begriff der Gesellschaft selbst handelt. Handlungstheoretisch lässt Gesellschaft sich aus der Teilnehmerperspektive handelnder Subjekte als „Lebenswelt einer sozialen Gruppe" konzipieren. Systemtheoretisch nähert man sich dem Begriff aus der Beobachterperspektive eines Unbeteiligten und begreift Gesellschaft als ein „System von Handlungen" (vgl. Habermas 1995b, 179). Die handlungstheoretische Perspektive auf Gesellschaft als sozial integrierte Handlungskontexte folgt einer Begriffsstrategie, die vom kommunikativen Handeln ausgeht und Gesellschaft als Lebenswelt konstruiert. Methodisch wird die sozialwissenschaftliche Analyse hier an die Innenperspektive der Angehörigen einer sozialen Gruppe gebunden. Aus diesem Blickwinkel erscheint die Reproduktion der Gesellschaft als die Erhaltung der symbolischen Strukturen einer Lebenswelt. Gleichzeitig gilt die Erhaltung des materiellen Substrats dieser Lebenswelt als eine notwendige Bedingung der symbolischen Reproduktion. Dieses Substrat muss unter Nutzung knapper Ressourcen durch gesellschaftliche Arbeit erhalten werden. Für die materielle Reproduktion ist nicht der Aspekt der Verständigung, sondern vor allem der Aspekt der Zwecktätigkeit relevant. Materielle Reproduktion vollzieht sich durch das Medium zielgerichteter Eingriffe in eine objektive Welt. Die soziale Integration stellt sich als Teil der symbolischen Reproduktion der Lebenswelt dar, während die funktionale Integration gleichbedeutend ist mit einer materiellen Reproduktion der Lebenswelt, die als Systemerhaltung konzipiert werden kann (vgl. Habermas 1995b, 226, 348f. sowie 349-351; dazu auch Fraser 1994, 216f. Fußnote 16; McCarthy 1986, 213-215).

Vorstellung von der Befreiung der Arbeit, an deren Ende die herrschaftsfreie Gesellschaft steht als eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Marx/Engels 1848, 482). Dies bedeutet, dass im Rahmen des produktivistischen Gesellschaftsparadigmas nicht nur Gesellschaft, sondern auch die Demokratie grundbegrifflich und in ihren Prämissen ausschließlich an die Kategorie der Arbeit gebunden wird. Als Kern der darin enthaltenen Fortschrittsvision kann eine arbeitsgesellschaftliche Utopie identifiziert werden, in der mit der Herrschaft auch alle Politik aufhört zu existieren (vgl. ebd.).

In der Marx'schen Vorstellung von der Befreiung der Arbeit, die in die Lebensform freier und gleicher Produzenten mündet, steckt somit tatsächlich auch eine Vision von Demokratie, die diese substantiell auf Arbeit beschränkt. Habermas kritisiert diese Reduktion von Demokratie auf Arbeit. Dabei können ein empirisches und ein konzeptionelles Argument voneinander unterschieden werden: Das empirische Argument zielt darauf, dass ein solch reduktionistischer Demokratiebegriff der komplexen politischen Realität hochgradig differenzierter Industriegesellschaften nicht gerecht werden kann (vgl. Habermas 1988, 617f.; 1990, 90). Das konzeptionelle Argument bezieht sich darauf, dass Politik respektive Demokratie keine Eigenständigkeit zugestanden wird. In der politischen Ökonomie Marx'schen Ursprungs wird die Reichweite des Politischen zwar „von der Organisation des Staates (...) auf die Einrichtung der Gesellschaft im ganzen" (Habermas 1988, 617) erweitert. Für die Probleme, die sich hinsichtlich demokratischer Willensbildung in einer politisierten Gesellschaft ergeben, hat dieser Perspektivwechsel aber keinen Blick: „Dem erweiterten Begriff des Politischen entsprach kein vertieftes Verständnis der Funktionsweisen, Kommunikationsformen und Institutionalisierungsbedingungen egalitärer Willensbildung" (Habermas 1988, 617). Als Defizit dieses Politikbegriffs identifiziert Habermas „das beschränkte funktionalistische Verständnis des demokratischen Rechtsstaats" (Habermas 1990, 190), d.h., dass zu den Institutionen der Demokratie ein „rein instrumentelles Verhältnis" (ebd.) besteht. Fragen nach den Anforderungen für die Gestaltung jener Verfahren und Institutionen, die geeignet sind, nicht nur die Gleichheit, sondern auch die Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu sichern, liegen außerhalb der Reichweite dieses Politikentwurfs (Habermas 1990, 190; 1988, 616-618).

3.3 Würdigung und Kritik des Ansatzes

Habermas bricht an einer zentralen Stelle mit den kategorialen Grundlagen kritischer Gesellschaftstheorie. Das produktivistische Gesellschaftsparadigma erweist sich in seinen Augen gegenüber der Realität kapitalistischer Gesellschaften im ausgehenden 20. Jahrhundert als Sackgasse.[23] Gleichwohl beschäftigt er sich mit Demokratie, weil er an dem sozialemanzipatorischen Projekt dieser Theorietradition grundsätzlich festhält. So erfolgt auch seine Verteidigung des demokratischen Rechtsstaats in „Faktizität und Geltung" aus einer – wenn auch kritischen – Bezugnahme auf diese Tradition sozialemanzipatorischen Denkens. Zugespitzt und vereinfachend könnte man seine Kritik an der Tradition linker Gesellschaftstheorie und -politik in der These zusammenfassen, dass sie das moderne Projekt der Gleichheit gleichsam zu Lasten der Freiheit voranzutreiben versuche.

Habermas bezieht sich dabei auf massive Defizite in der Begründung individueller und politischer (Freiheits-)Rechte und versucht diese zu überwinden. Im Vorwort zu „Faktizität und Geltung" beispielsweise entwickelt er einen deliberativen Begriff von Sozialismus, der diesen nicht als eine konkrete Lebensform begreift, sondern als „Inbegriff notwendiger Bedingungen für emanzipierte Lebensformen, über die sich die Beteiligten selbst verständigen müssen" (Habermas 1994a, 12).[24] Folge man diesem Verständnis, so müsse man erkennen, dass der normative Kern des sozialistischen Projekts von der „demokratischen Selbstorganisation einer Rechtsgemeinschaft" (Habermas 1994a, 12) gebildet werde.[25]

23 Diese Ansicht zieht sich seit den 1960er Jahren bis zur Abschlussbetrachtung in „Theorie des kommunikativen Handelns" (1995b, 489-547) wie ein roter Faden durch sein Werk (vgl. Habermas 1988; 1985; 1976a, 144-199; 1968b, 84-92; 1963, 163-166).

24 Die Sozialismusdefinition entstammt ursprünglich dem Werk „Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf" (Habermas 1990). Darin hatte Habermas 1990 zu einer Verteidigung des Sozialismus' aufgrund seiner radikaldemokratischen und egalitären Normen angesetzt (vgl. dazu auch Bohman 1994, 898).

25 Die Bedingungen der demokratischen Selbstorganisation einer Rechtsgemeinschaft legt Habermas in „Faktizität und Geltung" ausführlich dar und fasst sie an anderer Stelle pointiert zusammen: „Die (...) hervortretende Idee gleicher Freiheiten für jeden nimmt im Prozess der Selbstgesetzgebung reflexive Gestalt an. Sie hält die Teilnehmer am demokratischen Prozess dazu an, einander auf dem Wege der gegenseitigen Perspektivenübernahme und der gemeinsamen Interessenverallgemeinerung diejenigen Rechte einzuräumen, die das Projekt einer sich selbst bestimmenden Assoziation freier und gleicher Rechtsgenossen im Lichte der historischen Umstände jeweils erfordert" (Habermas 2003, 370). In dieser Formulierung klingt deutlich das

Dabei geht es ihm darum, das Freiheitskonzept so aufzugreifen, dass es politisch nicht neoliberal oder konservativ wird. Der neoliberale Freiheitsbegriff kennt handelnde Subjekte nur im Rahmen eines „normativ ermäßigten Personenkonzepts":

> „Der Begriff des 'rationalen Entscheiders' ist unabhängig sowohl vom Begriff einer moralischen Person, die ihren Willen durch Einsicht in das, was im gleichmäßigen Interesse aller Betroffenen liegt, binden kann, als auch vom Begriff des Bürgers einer Republik, der sich gleichberechtigt an der öffentlichen Praxis der Selbstgesetzgebung beteiligt" (Habermas 1998a, 142).

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus akzeptiere die vorherrschende liberale Deutung der Freiheit den systemischen Eigensinn einer über Märkte gesteuerten Ökonomie voreilig. Sie sei zwar vor einer Überdehnung der Macht staatlicher Bürokratien auf der Hut, verfüge aber über keinerlei Sensibilität für die eigentlich gefährdete Ressource, „eine in rechtlichen Strukturen aufbewahrte und regenerationsbedürftige gesellschaftliche Solidarität" (Habermas 1994a, 12). Während im Rahmen der gesellschaftstheoretischen Reformulierung von Modernisierung in der „Theorie des kommunikativen Handelns" die begriffliche Fassung und analytische Deutung sozialpathologischer Erscheinungen kapitalistischer Gesellschaften im Vordergrund stand, wird in „Faktizität und Geltung" das sozialemanzipatorische Freiheitsprojekt als Demokratieprojekt formuliert.

Sowohl Habermas' empirischer als auch konzeptioneller Kritik an den demokratietheoretischen Implikationen des produktivistischen Paradigmas kann zugestimmt werden. So erinnert die Vorstellung von einer demokratischen Assoziation freier Produzenten in ihrem metaphorischen Gehalt tatsächlich stark an kleinräumige Lebens- und Politikformen, z.B. patriarchal verfasste mittelalterliche Handwerkszünfte. Sie orientieren sich nicht an emanzipatorischen Lebens- und Politikformen, wie sie für die modernen Flächenstaaten komplexer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften, die auch am Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter orientiert sind, kennzeichnend sein könnten. Habermas kritisiert zu Recht, dass ein Verständnis, welches Demokratie substantiell auf Arbeit und Fragen nach gesellschaftlicher Arbeitsteilung beschränkt, der Eigenständigkeit des Politischen und seiner Verschiedenheit vom Sozialen keine Rechnung trägt. Die Konsequenz, die von Habermas aus der Kritik am produktivistischen Para-

Marxzitat von der „freien Assoziation der Produzenten" als Ideal der Emanzipation an. Der arbeitstheoretische Kern dieses Ideals wird von Habermas allerdings als das intersubjektive Erbe der Kant'schen Demokratievorstellung rechtstheoretisch reformuliert.

digma für seine demokratietheoretischen Überlegungen gezogen wird, besteht nun allerdings nicht darin, Arbeit *anders* in ein anspruchsvolles Konzept der Demokratie zu integrieren. Dies wäre naheliegend, wenn man den demokratiepolitischen Implikationen des Sozialen Rechnung tragen will. Stattdessen legt er durch eine analytische Trennung zwischen Arbeit und Interaktion oder zwischen instrumentalem und kommunikativem Handeln den Grundstein dafür, Arbeit als wichtige Kategorie für die Demokratie 'entlassen' zu können. Die Realisierung menschenwürdiger und emanzipatorischer Lebensverhältnisse wird von ihm an das demokratische Projekt der Kommunikation, nicht aber an Arbeit gebunden. Bevor hier die problematischen Aspekte dieser Entscheidung in Hinblick auf den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit zusammengetragen werden, sollen zunächst aber die Stärken des Konzepts der deliberativen Demokratie gewürdigt werden.

3.3.1 Würdigung des deliberativen Demokratiekonzepts

Habermas hat mit dem Konzept der deliberativen Demokratie ein Modell vorgelegt, das bestehende Demokratien nicht nur soziologisch adäquat beschreiben will, sondern auch an einer radikaldemokratischen normativen Orientierung für diese Demokratien festhält. Der Begriff der deliberativen Demokratie bezieht sich nicht nur auf eine Herrschafts- oder Staatsform, sondern zeichnet die Demokratie auch als eine Lebensform aus. Bohman hält fest, dass Habermas in Anbetracht der sozialen Komplexität moderner Gesellschaften allerdings nicht einfach die Normen und Prinzipien partizipatorischer Demokratie verteidigt, sondern radikaldemokratische Prinzipien in eine komplexe Vorstellung der politischen und rechtlichen Institutionen einer Demokratie einbettet (vgl. Bohman 1994,897f.). Habermas bestimmt Demokratie als eine konkrete politische Praxis und als eine spezifische Form der Legitimation politischer Herrschaft. Das moderne demokratische Verständnis von politischer Praxis steht für ihn im Zeichen von Selbstbestimmung sowie Selbstverwirklichung, und die moderne Vorstellung von demokratischer Legitimation basiert auf dem Vertrauen in den vernünftigen Diskurs, durch den sich jede politische Herrschaft legitimieren soll (vgl. Habermas 1988, 604-608). Obwohl Habermas den Eigensinn und die Existenzberechtigung administrativer Systemlogik anerkennt, hält er daran fest, dass diese zumindest mittelbar den normativen Erfordernissen demokratischer Deliberation gegenüber offen sein müssen.

Der große Verdienst des Konzepts der deliberativen Demokratie besteht darin, dass es Habermas gelingt, die lebensweltliche Seite der Demokratie auch

politisch-institutionell zu verorten. Im liberalen Diskurs liegt ein Verständnis von Demokratie zugrunde, das auf einer Trennung von Staat und Gesellschaft basiert und nur jenen Aspekt der Demokratie erfasst, den Habermas als die verfasste Öffentlichkeit, das politische System begreift. In der deliberativen Demokratie übernimmt Habermas zwar die liberale Trennung zwischen Staat und Gesellschaft, er setzt sie aber nicht wie der vorherrschende liberale Diskurs um Demokratie mit einer Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit gleich. Durch die Unterscheidung von System und Lebenswelt gelingt es Habermas, die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit anders zu konfigurieren. Wie im Liberalismus bleiben das Politische und somit die Demokratie im öffentlichen Bereich angesiedelt, dazu zählt neben dem verfassten politischen System aber auch die lebensweltliche Arena der (Zivil-)Gesellschaft:

> „Das gesellschaftliche Substrat für die Verwirklichung des Systems der Rechte bilden weder die Kräfte einer spontan operierenden Marktgesellschaft, noch die Maßnahmen eines intentional operierenden Wohlfahrtsstaates, sondern die Kommunikationsströme und publizistischen Einflüsse, die aus Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit hervorgehen und über demokratische Verfahren in kommunikative Macht umgesetzt werden" (Habermas 1994a, 532f.).

Demokratie wird von Habermas zwar auch funktional als ein eigenständiger gesellschaftlicher Teilbereich gefasst. Sie wirkt aber dadurch, dass sie mit der Lebenswelt verschränkt und rückgekoppelt bleibt, nicht nur reflexiv auf sich selbst als politisches System, sondern auf die Gesellschaft als Ganze.

In Hinblick auf den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit lässt sich allerdings rekapitulieren, dass Arbeit keine grundlegende Kategorie des deliberativen Demokratieparadigmas darstellt. Habermas thematisiert und begreift Demokratie sowohl empirisch als auch normativ ausschließlich als ein Konzept und Problem des Rechts.[26] Dennoch erweist sich das Konzept der deliberativen Demokratie nicht als blind gegenüber dem Sozialen. Zum einen können Fragen

26 Bereits innerhalb der kritischen sozialtheoretischen Auseinandersetzung um die „Theorie des kommunikativen Handelns", die sich auch gegen die Habermas'sche Verurteilung der Kategorie Arbeit zur gesellschaftstheoretischen Bedeutungslosigkeit richtete, hatte Habermas seinen Kritikern entgegengehalten, dass die Trennung des sozialen Handelns in kommunikatives und instrumentelles Handeln „natürlich dem komplexen Begriff der gesellschaftlichen Kooperation, dem was Marx 'Arbeit' nennt, keineswegs seine Relevanz [raubt, A.L.]: Was in der sozialen Realität Gewicht hat, muss nicht auch begrifflich fundamental sein" (Habermas 1986, 367). Eine ähnliche Argumentation würde er wohl auch für die demokratietheoretische Bedeutungslosigkeit der Kategorie Arbeit vertreten.

und Probleme, die mit Arbeit und gesellschaftlicher Arbeitsteilung einhergehen, jederzeit auf die Agenda deliberativer Politik gesetzt werden. Arbeit kann also ein Gegenstandsbereich der Demokratie sein oder werden. Zum anderen erscheinen Arbeit und soziale Arbeitsteilung zumindest mittelbar als ein der deliberativen Demokratie zuträglicher Bereich. Über die Kategorie sozialer Rechte und der darin implizierten Sozialstaatlichkeit als Grundprinzip der Demokratie wird anerkannt, dass das anspruchsvolle Verfahren demokratischer Deliberation nur unter gewissen sozialen Voraussetzungen verwirklicht werden kann. Bestimmte soziale Bedingungen müssen erfüllt sein, damit alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen die Möglichkeit haben, sich an den Verfahren der demokratischen Deliberation zu beteiligen. Habermas geht zwar nicht soweit, die Demokratie genuin auch als ein soziales Projekt zu begreifen, aber immerhin hält er an ihr als einem sozial*staatlichen* Projekt fest.[27]

3.3.2 Kritische Einsichten in Hinblick auf Demokratie und Arbeit

Es konnte gezeigt werden, dass und wie die Habermas'sche Kritik am produktivistischen Paradigma in ein kommunikatives Demokratiekonzept mündet, das die sozialintegrativen Kräfte der Gesellschaft im Diesseits sprachlicher Verständigung, aber abseits von gesellschaftlicher Arbeit sieht, und im Grunde auch die emanzipatorische Gestaltung der Gesellschaft erst jenseits der Sphäre gesellschaftlicher Arbeit beginnen lässt. Arbeit und Probleme der sozialen Arbeitsteilung können zwar zum Gegenstand deliberativer Politik werden oder aber vermittelt in der Form von sozialen Rechten als Voraussetzung gleicher Teilnahmemöglichkeit an der deliberativen Demokratie anerkannt werden, aber Arbeit gilt bei Habermas nicht als eine Form der Demokratie. Das Modell demokratischer Partizipation stellt der „ideale Diskurs" dar. Demokratie wurzelt zwar in gesellschaftlicher Kooperation, aber die gemeinschaftliche Basis der Demokratie wird ausschließlich als Diskursgesellschaft konzipiert. Sein Demokratieverständnis bleibt dabei einem Begriff von Demokratie verhaftet, der diese ausschließlich als politisches und

27 Auch Abraham betont als einen Vorzug des Modells deliberativer Demokratie, dass Habermas trotz der Hervorhebung der lebensweltlichen, also nicht-staatlichen Seite der Demokratie darüber aber nicht vergisst, dass Demokratie auch eine (sozial-)staatliche Seite besitzt: „Finally, democracy is more than the state, or a state with progressive social policies. But democracy *needs* the state as well as the public sphere of civil society – something Habermas remembers despite the evident impact on his thought of lifeworld 'new social movements' and their antistatism" (Abraham 1994, 944; Hervorhebung im Original).

nicht auch als ein soziales Ideal begreift (vgl. dazu Honneth 1999, 64). Es gelingt ihm über das Konzept der Zivilgesellschaft zwar, eine gesellschaftliche Seite des Politischen demokratietheoretisch aufzuheben; die politische oder auch demokratische Seite des Sozialen wird aber auf eine staatliche Dimension beschränkt. Hier kann kritisch gefragt werden, ob es sich dabei um eine demokratiepolitisch angemessene Entscheidung handelt. Betrachtet man insbesondere die demokratiepolitischen Effekte sozialer Arbeitsteilung, z.B. die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung oder lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit, so lässt sich fragen, ob die politische Seite des Sozialen neben einer staatlichen nicht auch eine gesellschaftliche Dimension hat.

Damit einher geht die Frage, ob die Annahmen, die der kategorialen Konstruktion von Habermas zugrunde liegen, realitätstauglich und richtig sind. Eine, wenn nicht sogar die entscheidende Grundannahme von Habermas besteht darin, dass Arbeit, weil ihr jeglicher emanzipatorischer Gehalt abgesprochen wird, innerhalb des kategorialen Gerüsts keine Form der Demokratie sein kann. Hier muss aber betont werden, dass Habermas' Entgegensetzung von Arbeit und Freiheit, wie sie sich in der kategorialen Trennung von Arbeit und Interaktion oder auch von zweckrationalem und kommunikativem Handeln äußert, auf einem reduktionistischen Verständnis von Arbeit basiert. Habermas beschränkt den Begriff der Arbeit nicht nur auf Tätigkeiten, die produktiven Charakter haben, sondern reduziert ihn auf einen Begriff, der Arbeit letztendlich mit Technik gleichsetzt (vgl. dazu Honneth 1980; Ganßmann 1990). Bei Habermas bezeichnet Arbeit ausschließlich Formen instrumentalen und strategischen Handelns. Soziale Praxis im Medium der Arbeit konstituiert sich als ein funktional koordinierter Handlungskontext, der durch Erfolgsorientierung gesteuert wird. Ganßmann betont, dass an diese Form sozialer Praxis im Unterschied zu sozialen Beziehungen, die über kommunikative Handlungskontexte konstituiert werden und verständigungsorientiert ausgerichtet sind, kaum normative Anforderungen gerichtet werden (vgl. Ganßmann 1990, 230-237).[28] Arbeit wird zwar als eine Form sozialer Praxis gedeutet, dennoch stellt sie im Gegensatz zum kommunikativen Handeln keine intersubjektive Beziehungskategorie dar. Sie wird als eine über Gegenständlichkeit vermittelte soziale Praxis begriffen, d.h. auf eine Subjekt-Objekt-Interaktion zurückgeführt und nicht als eine Interaktion zwi-

28 Rödel u.a. haben wie auch Beerhorst darauf hingewiesen, dass Habermas Wirtschaft und politische Verwaltung als systemisch integrierte Bereiche aus der Zumutung demokratischer Verständigung entlässt (Rödel u.a. 1989, 155; Beerhorst 2004, 356).

schen Subjekten begriffen. Gegen eine solche Konstruktion von Arbeit lassen sich diverse Einwände erheben.

König hebt hervor, dass Habermas, indem er Arbeit ausschließlich als instrumentelles Handeln bestimmt, Gefahr läuft, aus einer bestimmten Form tayloristischer Industriearbeit das Wesen der Arbeit schlechthin zu machen (König 1990, 339). Damit wird der Begriff der Arbeit aber unzulässig verkürzt und in Hinblick auf ihr soziales Potential auch falsch wahrgenommen. Kambartel verweist darauf, dass selbst industrielle Arbeit nicht auf instrumentelles Handeln verkürzt werden kann (Kambartel 1993, 248).[29] In verschiedenen industriesoziologischen Studien konnte gezeigt werden, dass verständigungsorientiertes Handeln immer auch Teil von Produktionstätigkeiten ist – wie rationalisiert oder taylorisiert sie auch sein mögen (vgl. Knapp 1981; Leithäuser 1986; Volmerg u.a. 1986; Wolf 1999). Darüber hinaus hat Nancy Fraser dargelegt, dass das Deutungsmuster von Arbeit als instrumentellem Handeln dazu führt, dass überhaupt nur Tätigkeiten im so genannten produktiven Bereich, sprich der Ökonomie, als gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit wahrgenommen werden. Alle Tätigkeiten, die reproduktiven Charakter haben und vornehmlich im Bereich privater Haushalte stattfinden, erscheinen somit nicht als Arbeit (vgl. Fraser 1994, 182). Bezieht man aber gerade die versorgenden, erzieherischen und pflegenden Tätigkeiten – die durchaus auch als öffentliche Dienstleistung und nicht nur im so genannten reproduktiven Bereich erbracht werden – in die Wahrnehmung ein, dann zeigt sich, dass ein sehr großer Teil gesellschaftlicher Arbeit in seiner Handlungslogik durchaus dem verständigungsorientierten Handeln folgt und ein intersubjektives Geschehen darstellt.

Auch vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen im Bereich der Erwerbsarbeit erscheint der Arbeitsbegriff von Habermas fragwürdig. In vielen Arbeitsbereichen innerhalb der industriellen Produktion ebenso wie im Dienstleistungsbereich setzt sich gegenüber einer arbeitsteilig und technisch orientierten Form der Arbeit im Zuge des Einsatzes von neuen Informations- und Kommunikationstechniken die (vernetzte) Wissensarbeit als eine neue Form der Arbeit

29 Arnason arbeitet heraus, dass die von Habermas unterstellte in sich geschlossene, selbständige Struktur der Arbeit als instrumentelles Handeln keinen Raum lässt „für die soziale Transformation des Arbeitsprozesses selbst“ (Arnason 1980, 154). In der Logik von Produktionskräften und Produktionsverhältnissen heißt das im Unterschied zu Marx: „Die Produktionsverhältnisse werden auf diese Weise auf einen externen Rahmen reduziert, der nur den Input und Output des Produktionsprozesses, nicht jedoch seinen inneren Aufbau beeinflusst“ (ebd.; ähnlich argumentiert auch Heller 1982, 32-35).

durch. In diesem Zusammenhang werden nicht nur neue Anforderungen an die Beschäftigten hinsichtlich eines kontinuierlichen Erwerbs von neuem Wissen gestellt, sondern einen wichtigen Bestandteil dieser Form beruflicher Arbeit bildet die Fähigkeit, soziale Beziehungen zu organisieren (Shire 2001; Lepperhoff/Scheele 2003, 10f.).

Ein Problem steckt aber nicht nur in dem von Habermas zugrunde gelegten reduktionistischen Arbeitsbegriff, sondern auch darin, dass Habermas entlang der Unterscheidung von Arbeit und Interaktion bzw. instrumentellem und kommunikativem Handeln konkrete Handlungen klassifiziert. Dabei ist keinesfalls die analytische Trennung zwischen instrumentellem und kommunikativem Handeln im Sinne verschiedener Handlungslogiken an sich problematisch, sondern die Tatsache, dass Habermas diese Unterscheidung im Sinne einer Dichotomie zur Charakterisierung konkreter Handlungen benutzt. Auch wenn sich soziales Handeln analytisch nach der Art der ihm zugrunde liegenden Handlungskoordinierungen unterscheiden lässt, so überlagern sich diese Handlungsorientierungen innerhalb realer Handlungen doch fast immer. Zielgerichtetes Handeln enthält immer auch intersubjektive oder kommunikative Elemente, ebenso wie kommunikatives Handeln in der sozialen Realität selten oder nie ganz frei von zweckrationalen Elementen ist (vgl. Berger 1982, 358f.).[30]

Eine ähnlich problematische Konstellation findet sich auch in der institutionellen Deutung moderner Gesellschaften entlang der Kategorien von System und Lebenswelt. Es ist zwar richtig, dass innerhalb moderner Gesellschaften unterschiedliche Integrationsmechanismen wirksam werden. Gesellschaftliche Teilbereiche werden aber niemals ausschließlich nur entlang einer dieser beiden Logiken integriert. So liegt es z.B. auf der Hand, dass in entwickelten kapitalistischen Demokratien innerhalb der Ökonomie der Markt einen zentralen systemisch-funktionalen Integrationsmechanismus darstellt. Berufliche Arbeit folgt in ihrer Organisation, Gestaltung, Verteilung und Bewertung aber keinesfalls ausschließlich den funktionalen Imperativen einer auf Gewinnmaximierung orientierten Marktlogik. Feministische Wissenschaft hat gezeigt, dass Frauen

30 Verschiedene Autoren weisen darauf hin, dass Habermas – wenn auch nur in Fußnoten und Erwiderungen auf Kritik – die Trennung zwischen instrumentellem und kommunikativem Handeln auch auf analytischer Ebene nicht als eine absolute begreift, sondern als verschiedene analytische Aspekte sozialen Handelns und zwar im Sinne eines Versuchs, „einen Komplex zu analysieren“ (McCarthy 1980, 40; dazu auch Giddens 1982, 156). Dies wird aber in den Hauptwerken nicht expliziert und seine Anwendung der analytischen Kategorien auf die soziale Realität trägt dieser Intention keine Rechnung.

diskriminierende Effekte der Organisation von beruflicher Arbeit häufig nicht auf systemische Imperative des Marktes zurückzuführen sind. Anhaltende Einkommensdifferenzen, eine geschlechtshierarchische Segregation von Berufen, die im Durchschnitt schlechtere Positionierung von Frauen innerhalb beruflicher Hierarchien und eine ungleiche Verteilung der Anteile von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen wurzeln vielmehr in normativen Annahmen über Geschlechter und den ihnen jeweils sozial zugeschriebenen Eigenschaften und Fähigkeiten.

Ein weiterer nicht systemischer Aspekt beruflicher Arbeit liegt darin, dass Arbeit immer auch mit den Bedürfnissen und Ansprüchen der Individuen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung konfrontiert ist. Fraser hat in ihrer Analyse des Habermas'schen Modells gezeigt, dass die kategoriale Trennung zwischen System und Lebenswelt die institutionelle Trennung von Familie als Ort der unbezahlt (überwiegend von Frauen) geleisteten Hausarbeit und Ökonomie als Ort der bezahlten Berufsarbeit exakt abbildet. Dabei betont Fraser aber, dass die Charakterisierung von Familie als sozial integriertem Bereich einerseits und die Charakterisierung beruflicher Arbeit als systemisch integriertem Bereich andererseits die Unterschiede zwischen ihnen übertreibt und Ähnlichkeiten verdeckt. Die Charakterisierung bildet nicht ab, dass Frauen Männern zumeist in beiden Bereichen untergeordnet sind (vgl. Fraser 1994, 182). Fraser kann in ihrer geschlechtersensiblen Analyse der Theorie des kommunikativen Handelns auch zeigen, dass soziale Pathologien des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus' nicht nur auf die von Habermas vertretene These von der inneren Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Systeme zurückzuführen sind, sondern u.a. auch im patriarchalen Charakter des Wohlfahrtsstaats begründet sind. In den Bedeutungen und Normen der Geschlechteridentität wirkt die Lebenswelt kontinuierlich auf die Systeme ein.

> „Der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus benutzt einfach andere Mittel, um den bekannten 'normativ gesicherten Konsens' aufrecht zu erhalten, der die männliche Herrschaft und die weibliche Unterordnung beinhaltet. Aber die Habermas'sche Theorie übersieht diese Gegenbewegung von der Lebenswelt hin zum System" (Fraser 1994, 205).[31]

31 Auch Giddens hat herausgearbeitet, dass Habermas in der Darstellung gesellschaftlicher Entwicklung entlang der Klassifikation von System und Lebenswelt keinen Raum für Widersprüchlichkeiten lässt. In der Tendenz, Interaktion als ausschließlich von Kommunikation und Normen geleitet zu begreifen, gehe die Bedeutung, die Macht und konfliktorische Auseinandersetzungen für die soziale Entwicklung haben, verloren (vgl. Giddens 1982, 160f.). Für äußerst problematisch hält McCarthy darüber hinaus die Zuordnung der Politik ausschließlich in den systemischen Bereich. Auch in administrativen Organisationen erfolge die Integration keinesfalls nur entlang funktionaler Interaktionsanforderungen, sondern sie würden durchaus auch durch traditional vorgegebenen oder kommunikativ erzielten Konsens koordiniert (vgl. McCarthy 1985, 34-45).

Die Unterscheidung der sozialen Realität in System und Lebenswelt ist somit in verschiedener Hinsicht problematisch. Erstens trifft diese Unterscheidung die empirische Realität nicht. Innerhalb der beruflichen Welt sind lebensweltliche Aspekte ebenso von Bedeutung wie systemische und auch die Familie stellt real keinesfalls den lebensweltlichen Hort intakter und an normativen Werten orientierter Sozialbeziehungen dar, sondern diese Beziehungen sind ebenso von 'systemischen' Dimensionen wie Macht und Autorität geprägt. Zweitens erweist sich Habermas' Analyse in den Kategorien von System und Lebenswelt gegenüber der sozialen Realität als keinesfalls nur kritische. Hinsichtlich bestimmter Herrschaftsverhältnisse erweist sie sich sogar als affirmativ und reifizierend. Da er die institutionelle Realität des Sozialen in der analytischen Trennung von System und Lebenswelt aufgehen lässt, ist er nicht nur nicht in der Lage, geschlechtsspezifische Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sichtbar zu machen, sondern er schreibt sie innerhalb seines Kategorienschemas fort.

Kritisch zu überprüfen ist darüber hinaus auch das empirische Argument, mit dem Habermas die Notwendigkeit eines Wechsels von einem produktivistischen zu einem kommunikativen Gesellschaftsparadigma begründet. Er erklärt, dass sowohl die strukturbildende als auch die gesellschaftstransformierende Kraft abstrakter Arbeit in der gesellschaftlichen Realität zunehmend an Relevanz verliert (vgl. Habermas 1985, 4).[32] Wenn der Ausdruck „strukturbildende Kraft der Arbeit" sich auch darauf bezieht, welchen Stellenwert Arbeit im Leben der Individuen einnimmt, so lässt sich diese These heute nicht mehr halten und es ist fraglich, ob sie zum Zeitpunkt ihrer Formulierung Gültigkeit beanspruchen

32 Habermas knüpft hier an die gesellschaftliche Debatte um das „Ende der Arbeitsgesellschaft" an. Unter der programmatischen Überschrift „Im Entschwinden der Arbeitsgesellschaft" wurde diese Anfang der 1980er Jahre von Ralf Dahrendorf angestoßen (vgl. Dahrendorf 1980; vgl. auch Offe 1983b). Die These vom Ende der Arbeit oder der Arbeitsgesellschaft war aber sowohl politisch als auch wissenschaftlich zu keinem Zeitpunkt so unumstritten wie es bei Habermas den Anschein hat. Auch in den jüngeren Texten zur Entwicklung postnationaler Demokratieformen taucht die These vom Ende der Arbeit bei Habermas immer noch auf (vgl. Habermas 1998a, 136-140), obwohl – zumindest im wissenschaftlichen Diskurs der bundesdeutschen Arbeitsforschung – schon seit längerem nicht mehr vom Ende, sondern vielmehr von einer Transformation der Arbeit die Rede ist (vgl. hierzu Kapitel 5.2).

konnte. Betrachtet man z.B. die Lebensentwürfe und -orientierungen von Frauen, so lässt sich eine zunehmende Orientierung auf außerhäusliche berufliche Arbeit feststellen. Als zentrale empirische Referenz für die abnehmende Bedeutung der Arbeit als gesellschaftstransformierende Kraft gelten Habermas hier die so genannten neuen sozialen Bewegungen Westdeutschlands, die er als „industriegesellschaftliche Dissidenten" oder auch als die Basis einer „anti-produktivistischen Allianz" (Habermas 1985, 10; 1984, 214) bezeichnet. Diese Minderheiten verschiedenster Herkunft (er nennt Alte und Junge, Frauen und Arbeitslose, Schwule und Behinderte, Gläubige und Ungläubige) einigt die Ablehnung einer produktivistischen Fortschrittsvision (Habermas 1985, 10-12; 1984, 214f.). Für den Fall der neuen Frauenbewegung trifft diese Behauptung keinesfalls zu. Sie hat sich zwar kritisch gegenüber dieser produktivistischen Fortschrittsvision positioniert, dabei aber die Kategorie der Arbeit keinesfalls aufgegeben, sondern zu einem ihrer zentralen Bezugspunkte gemacht. Die feministische Kritik richtete und richtet sich vielmehr gegen einen verkürzten und verengten Arbeitsbegriff. Darüber hinaus wird ein Deutungsmuster problematisiert, das den aus Kapital und Arbeit resultierenden Konflikt als den für die gesellschaftliche Arbeitsteilung zentralen begreift, die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und das Ineinandergreifen von kapitalistischer und patriarchaler Herrschaft hingegen aber nicht in den Blick bekommt.[33]

Die Trennung und insbesondere die Polarisierung zwischen Arbeit und Interaktion sind aber nicht nur deshalb fragwürdig, weil sie auf Seiten der Arbeit von empirisch unhaltbaren Annahmen ausgehen. Sie führen in der Deutung von Interaktion und kommunikativem Handeln als Sphäre der Freiheit auch zu verkürzten bzw. falschen Annahmen über die Demokratie. Das intersubjektive Freiheitsverständnis von Habermas konstatiert einen eindeutigen Zusammenhang zwischen kommunikativem Handeln und Emanzipation. Die Lebenswelt erscheint gegenüber den Systemen als relativ herrschaftsfreie Arena; als Auslöser von herrschaftlichen Effekten in der Lebenswelt werden vielmehr die Systeme angesehen. Ein solch emphatisches Verständnis der Lebenswelt übersieht allerdings, dass in den zivilgesellschaftlichen Arenen nicht nur kommunikative Macht erzeugt und wirksam wird. Auch die zivilgesellschaftliche Deliberation der Bürgerinnen

33 Selbst wenn es gute Gründe gibt, die autonome Frauenbewegung als eine neue soziale Bewegung zu betrachten und einzuordnen, so gilt doch auch, dass sie im Unterschied zu anderen neuen sozialen Bewegungen durchaus in einer historischen Tradition steht, die über das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts hinausweist. Auch gehören Frauen keinesfalls einer gesellschaftlichen „Minderheit" an, sondern bilden die Hälfte der Bevölkerung.

und Bürger durchziehen durchaus herrschaftlich strukturierte Machtprozesse, die nicht zwangsläufig auf systemische Wirkungsmechanismen zurückgeführt werden können. Es ist zwar richtig, dass die emanzipatorischen Effekte nicht institutionalisierter Öffentlichkeiten darin bestehen können, gesellschaftliche Probleme, die bis dahin nicht wahrgenommen wurden, zu thematisieren und auf die Agenda der offiziellen Politik zu befördern. Dies sagt aber noch nichts über die demokratische Gestaltung solcher Deliberationsprozesse aus. Gerade in nicht verfassten Öffentlichkeiten existieren häufig keine Verfahren, die Transparenz und Rechenschaftspflicht verlangen. So wirkt auch in der Diskussion innerhalb einer Bürgerinitiative keinesfalls immer nur der „zwanglose Zwang des besseren Arguments", sondern durchaus auch die rhetorische Kraft des besser oder lauter vorgetragenen Arguments.

Schließlich benachteiligt die Anforderung des Austauschs „rationaler Argumente" in der Deliberation bestimmte Gruppen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern.[34] So hat beispielsweise Anne Phillips in einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit „autonomen" Politikformen der jüngeren Frauenbewegungen auf die nicht intendierten herrschaftlichen Effekte partizipatorischer Politikformen hingewiesen (vgl. Phillips 1995a, 195-236). Einige dieser herrschaftlichen Effekte oder auch gestörten Kommunikationsverhältnisse geraten nicht über die Konzentration auf Kommunikation als Mechanismus gesellschaftlicher Integration in den Blick, sondern lassen sich durch Effekte sozialer und geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung erklären.

In seiner Konzeption der deliberativen Demokratie gelingt es Habermas, wichtige bisher demokratietheoretisch unterbelichtete Aspekte moderner Demokratien, wie z.B. die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Demokratie und verschiedene Formen demokratischer Öffentlichkeit, deutlich zu machen. Innerhalb des deliberativen Paradigmas bleibt man aber blind für die auch in diesen kommunikativen Bereichen wirksamen herrschaftlichen Mechanismen, die nicht nur, aber doch in ausgeprägtem Maße mit sozialer Arbeitsteilung zusammenhängen.

34 Diesen letzten Punkt hat Iris Young in ihrer Kritik des Habermas'schen Demokratiemodells ausführlich diskutiert und dargestellt (vgl. Young 2000, 57-80).

4 „Which Equalities Matter?“ (Anne Phillips)

Die britische Politikwissenschaftlerin Anne Phillips (geboren 1950) zählt zu den renommiertesten feministischen Demokratietheoretikerinnen der Gegenwart. Zu ihren wichtigsten Beiträgen zur feministischen demokratietheoretischen Debatte gehört u.a. „Democracy and Difference“ (1993), eine Aufsatzsammlung, die vornehmlich Beiträge aus den Jahren 1991-1993 enthält. Die bis dato umfangreichste und systematischste Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Feminismus und Demokratie erfolgt in ihrer aus dem Jahr 1991 stammenden Monographie „Engendering Democracy“ (dt. 1995a). Hierin diskutiert sie nicht nur die feministische Kritik an vorherrschenden demokratietheoretischen Ansätzen, sondern arbeitet zugleich jene Agenda ab, die durch die Frauenbewegung auf die demokratietheoretische Tagesordnung gesetzt wurde: das Problem der Unterrepräsentation von Frauen auf allen Ebenen der Politik, die geschlechtsspezifische Bedeutung der Trennung in eine öffentliche und eine private Sphäre und die Praxis der autonomen Frauenbewegung als eine Form partizipatorischer Demokratie. In „The Politics of Presence“ (1995b) widmet sie sich der Frage, was faire Repräsentation („fair representation“) innerhalb einer liberalen Repräsentativdemokratie bedeutet und wie sie institutionell ausgestaltet sein könnte. In einer weiteren Monographie diskutiert sie unter der Überschrift „Which Equalities Matter?“ (1999) den Zusammenhang zwischen Demokratie und Gleichheit. Während in „The Politics of Presence“ das Hauptgewicht der Argumentation für die politische Gleichheit darauf liegt, dass diese überhaupt erst erreicht werden kann, wenn eine Restrukturierung der Verhältnisse ethnischer Gruppen sowie zwischen Männern und Frauen auch in den politischen Repräsentationsorganen stattgefunden hat, so hebt Phillips in „Which Equalities Matter?“ darüber hinaus die Bedeutung der „alten“ sozialen Frage als genuinen Bestandteil politischer Gleichheit hervor (Phillips 1999, 18). Das Problem der Gleichheit markiert darüber hinaus auch das zentrale Erkenntnisinteresse in ihren jüngsten Untersuchungen, in denen sie sich mit dem Verhältnis von Multikulturalismus und Universalismus aus demokratischer und geschlechterkritischer Perspektive auseinandergesetzt hat (Phillips 2007; 2001).

Phillips verortet sich selbst als Demokratietheoretikerin im Kontext radikaldemokratischer Demokratiekonzepte. Die Bezeichnung radikaldemokratisch zur Kennzeichnung demokratietheoretischer Konzepte ist innerhalb der einschlägigen Debatten keinesfalls eindeutig und abschließend geklärt. Honneth fasst hierunter demokratietheoretische Ansätze, die hinsichtlich des Partizipationsbegriffs normativ gehaltvollere Konzeptionen vertreten als es im liberaldemokratischen Diskurs, in dem Partizipation auf die periodische Wahl der Regierung beschränkt wird, der Fall ist (vgl. Honneth 1999, 38). Wie das anspruchsvollere Partizipationskonzept jeweils aussehen könnte, ist allerdings Gegenstand auch der feministischen Auseinandersetzung um Demokratie (vgl. Fraser 1997a; Holland-Cunz 1998, 101-106, 108, 192f.). Phillips fasst unter dem Begriff ‘radikaldemokratisch’ Auseinandersetzungen um Demokratie zusammen, die sich mit grundlegenden Widersprüchen und Grenzen des liberalen Demokratieverständnisses beschäftigen. Unterschieden werden von ihr dabei zwei grundlegende Debattenstränge, die sie jeweils einem europäischen, eher der Tradition sozialistischer Theorie und Praxis verbundenen Kontext, und einem usamerikanischen, eher republikanischen Traditionslinien verpflichteten Kontext, zuordnet (Phillips 1993, 3; 1995a, 33).

Die europäische Kritiklinie fokussiert die Problembeschreibung auf die liberale Trennung zwischen öffentlich und privat und dem daraus resultierenden Widerspruch zwischen „the public realm of political equality and the private realm of continuing economic and social subordination“ (Phillips 1993, 12). Aus dieser Perspektive wird in der Ausweitung der Demokratie auf so genannte private Bereiche ein Ansatz gesehen, diesen Widerspruch aufzulösen. Phillips verweist darauf, dass im Zuge sozialistischer Demokratiekritik hierunter ausschließlich der Bereich der Ökonomie fällt. Demgegenüber haben verschiedene soziale Bewegungen im ausgehenden 20. Jahrhundert den Anspruch an eine Demokratisierung des Privaten auf andere Bereiche des Privaten ausgeweitet. Eine feministische Perspektive lenkt den Blick z.B. auf die Demokratisierung von Familie und Haushalt. Eine partizipatorische Perspektive, die sich an der Dezentralisierung politischer Entscheidungen orientiert, bringt z.B. studentische und nachbarschaftliche Selbstverwaltungsstrukturen ein. Demgegenüber trägt die in den USA formulierte radikaldemokratische Kritik deutlicher republikanische Züge. Als das zentrale Problem liberaler Demokratien wird dort vornehmlich „the declining significance of the public sphere“ wahrgenommen (Phillips 1993, 13). Aus dieser Perspektive zeichnet sich eine erfolgversprechende Lösung liberaler Demokratieprobleme keinesfalls in Form von dezentralisierten „micropolitics of grassroots democracy“ ab, sondern in einer Stärkung politischer Öffentlichkeit: „[T]he prospects for a better democracy

lie not in dissolving distinctions between public and private but more actively revitalizing the public sphere“ (ebd.) (vgl. auch Phillips 1995a, 29-34).

Im ersten Teil des Kapitels werden zunächst zentrale normative Elemente der demokratietheoretischen Überlegungen von Anne Phillips dargestellt sowie die konzeptionelle Dimension ihrer feministischen Demokratiekritik behandelt und schließlich institutionelle Vorschläge nachvollzogen, die sich daraus ergeben (4.1). Der zweite Teil des Kapitels setzt sich damit auseinander, ob und wie Arbeit innerhalb ihrer demokratietheoretischen Überlegungen vorkommt und ob und wie ein Zusammenhang von Demokratie und Arbeit dabei in den Blick gerät (4.2). Würdigung und Kritik an Phillips' Auseinandersetzung mit Demokratie, insbesondere in Hinblick auf den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit, schließen wie in den vorangegangen Kapiteln die Betrachtung ab (4.3).

4.1 Feministische Kritik der liberalen Demokratie

Phillips entwickelt keine eigenständige feministische Vision der Demokratie, sondern setzt sich mit den geschlechterpolitischen Lücken und Defiziten des liberalen Demokratiediskurses kritisch auseinander. In zwei Aspekten sieht sie eine gemeinsame Schnittmenge zwischen Feminismus und Demokratie: Beide beschäftigen sich (a) mit Vorstellungen von Gleichheit und wenden sich (b) gegen willkürliche Machtausübung (vgl. Phillips 1995a, 7). Dabei geht es ihr darum, aus einer feministischen Perspektive, d.h. einer Perspektive, die Geschlecht als zentrale Analysekategorie einbezieht, Defizite und Verzerrungen in den normativen Grundlagen wie auch in Konzepten liberaler Demokratie herauszuarbeiten. Ihre Argumentation beruht auf der These, „dass das Geschlecht alle unsere politischen Perspektiven in Frage stellt, da es uns zwingt, jede Position und jede Vorstellung noch einmal genau zu bedenken“ (Phillips 1995a, 8). Sie arbeitet heraus, dass jahrhundertelang die gesamte Demokratiedebatte unter Ausschluss von Frauen stattgefunden hat. In den Fällen, in denen Frauen in den Blick genommen wurden, wurde ihnen lediglich ein untergeordneter Platz zugewiesen. Da diese Ungleichheit der Geschlechter das Fundament sowohl der klassischen als auch der zeitgenössischen Demokratiedebatten bildet, bedürfen sie einer umfangreichen Revision: „Politik muss ohne den blinden Fleck des Geschlechts neu konzeptionalisiert, Demokratie unter Einbeziehung beider Geschlechter neu gedacht werden“ (Phillips 1995a, 10).[1]

1 Phillips attestiert der feministischen Demokratiedebatte ein einvernehmliches Anliegen: Das theoretische System ebenso wie Methoden und Inhalte der Demokratie müssten grundlegend überprüft und kritisch erneuert werden. Dennoch existierten keine einheitlichen und einvernehmlichen feministischen Entwürfe und Zielvorstellungen geschlechtergerechter Demokratie. Während einige Ansätze von der Orientierung auf eine geschlechterneutrale Theorie bestimmt würden, orientierten sich andere an der Geschlechterdifferenz als notwendiger und entscheidender Trennlinie (Phillips 1995a, 13). Phillips verortet ihre eigene Position zwischen diesen beiden Polen.

Betrachtet man das demokratietheoretische Werk von Phillips seit Beginn der 1990er Jahre, d.h. im Anschluss an die Veröffentlichung von „Engendering Democracy“, so zeigt sich, dass ihre Überlegungen immer an dem Ziel politischer Gleichheit orientiert sind. Im Zentrum der Reformperspektive steht dabei die Veränderung der Zusammensetzung politischer Eliten innerhalb des liberaldemokratischen Repräsentativsystems der Demokratie.

4.1.1 Normative Grundlagen

Phillips kritisiert drei zentrale Punkte am normativen Grundgerüst liberaler Demokratietheorien: eine androzentrische Vorstellung des Individuums, eine geschlechtshierarchisch strukturierte Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit sowie einen universalistischen und formalen Begriff der Gleichheit.

Als den grundlegenden Gedanken des liberalen Demokratiediskurses identifiziert sie die Vorstellung, dass die Regierung ein künstliches Gebilde ist, das sich nur mit der Zustimmung 'von Natur aus' freier Subjekte rechtfertigen lässt: „Der radikale Individualismus betrachtet den einzelnen als der Gesellschaft voraus liegend und erkennt gerade noch die Existenz der Gesellschaft an“ (vgl. Phillips 1995a, 49). Sie betont allerdings, dass diese extreme Auffassung heute eher abgelöst wurde von der „Vorstellung vom einzelnen als 'sozialem Individuum', eingebunden in ein Netz sozialer Beziehungen“ (ebd.). Phillips' feministische Kritik richtet sich allerdings weniger auf die Frage, ob die Freiheit der Individuen dem politischen Kontext vorausgeht oder durch ihn überhaupt erst konstituiert wird. Sie problematisiert die geschlechtliche Verfasstheit dieses Individuums, welches in liberalen Theoriekontexten als abstraktes und somit geschlechtsneutrales Subjekt behauptet wird, aber ausgehend von männlichen Lebensrealitäten und -entwürfen konstruiert wurde (vgl. Phillips 1995a, 55-58).[2]

2 Sie führt hier insbesondere die Untersuchungen von Carole Pateman als Referenz an. Pateman hat sich in ihrem Werk „The Sexual Contract“ aus einer geschlechterkritischen Perspektive mit dem modernen Konzept der Freiheit als vertragstheoretischer Konstruktion auseinandergesetzt und dabei die Abstraktion des autonomen Indivi-

Feministinnen wie Carole Pateman, Zillah Eisenstein, Iris Young und andere haben gezeigt, dass die abstrakte Konstruktion des Individuums eine konkret männliche Figur darstellt (vgl. Phillips 1995a, 44-46, 58-66). Im liberalen Diskurs um Demokratie würden Menschen als abstrakte Staatsbürger behandelt und mögliche Unterschiede aufgrund von sozialen Klassen oder verschiedenen Geschlechtern verleugnet, ebenso wie lokale Identitäten und Differenzen ignoriert werden. Phillips hält demgegenüber fest, dass Demokratie nicht über die Geschlechterdifferenz erhaben sein kann, sondern im Bewusstsein dieser Differenz neu bestimmt werden muss (Phillips 1995a, 240). Sie fordert, sich von falschen Universalismen wie dem „Einheitsindividuum", das einer partikularen, nämlich männlichen, Realität entspricht, zu verabschieden und Raum für Differenz einzuräumen. Oder – wie sie Carole Pateman zustimmend zitiert – „um Platz für zwei Gestalten zu schaffen, eine männliche und eine weibliche" (Pateman zitiert nach Phillips 1995a, 63).

Phillips' Kritik an der liberalen Trennung von öffentlich und privat zielt darauf, dass dieser ein hierarchischer Geschlechtercode eingeschrieben ist, welcher dazu führt, dass die politische Unterordnung von Frauen aufrecht erhalten bleibt. Die öffentliche Gleichstellung von Frauen (in Gestalt des Wahlrechts) geht noch nicht mit politischer Gleichberechtigung einher, weil letztere z.B. durch die ungleiche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und die Stellung von Frauen im häuslichen Bereich unterlaufen wird.

> „Die häusliche Arbeitsteilung hat direkte Auswirkungen auf das Wesen und das Ausmaß der politischen Beteiligung und sollte aus diesem Grund als *politisches* und nicht nur gesellschaftliches Anliegen betrachtet werden" (Phillips 1995a, 253; Hervorhebung im Original).

Auf der Basis eines erweiterten Politikverständnisses wird Demokratie in der feministischen Politik als etwas betrachtet, das in die Struktur aller sozialen Beziehungen Eingang finden und nicht nur auf die Bildung einer Regierung beschränkt werden soll. Für Feministinnen ist öffentliche Gleichheit mit privater Unterordnung nicht vereinbar (Phillips 1995a, 150-156, 165-172). Somit vervielfacht der Feminismus „die Orte, an denen die Demokratie Bedeutung zu haben scheint und verändert auch die Dimensionen" (Phillips 1995a, 255). Der

duums als eine männliche Figur rekonstruiert. Sie entziffert den Gesellschaftsvertrag nicht als allgemeinen Sozialvertrag, sondern als einen „fraternal contract", den freie Männer miteinander eingehen. Diesem „fraternal contract" unterliegt aber ein „sexual contract", ein Geschlechtervertrag, in dem die Stellung von Frauen als den Männern untergeordnet festgeschrieben wird (vgl. Pateman 1988).

Feminismus stellt in Phillips' Augen die liberale Aufteilung der Sphären zwar zu Recht in Frage, sie erkennt jedoch auch Übereinstimmungen mit liberalen Konzeptionen von Demokratie – beispielsweise schließt sich die Argumentation für die freie und legale Abtreibung einer liberalen Vorstellung von unaufhebbaren persönlichen Belangen an (Phillips 1995a, 172-180). Phillips selbst spricht zudem auch der republikanischen Kritik am Liberalismus Bedeutung für feministische Anliegen und Politik zu.[3] Eine republikanische Position verweise darauf, dass selbst wenn sich die Menschen in einer demokratischen Gesellschaft in allen Bereichen gleichermaßen respektieren und anerkennen würden, dennoch Unterschiede zwischen den Lebensbereichen Haushalt, Arbeitsplatz und Staat existierten (Phillips 1995a, 186-194). Wegen dieser Unterschiede dürften zivilgesellschaftliche Demokratiebestrebungen „nicht als Alternative zur Wiederbelebung des öffentlichen Lebens" (Phillips 1995a, 258f.) betrachtet werden.

Darüber hinaus hält sie fest, dass sich der Bereich der Geschlechter- und Familienbeziehungen nicht auf dieselbe Weise regulieren und verallgemeinern lässt wie die Arbeitswelt oder die herkömmliche politische Sphäre (Phillips 1995a, 178).[4] Phillips argumentiert somit nicht für eine Aufhebung der Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, sondern „anstatt sie aufzugeben, sollten wir ihr lieber den geschlechtsspezifischen Charakter nehmen" (Phillips 1995a, 192). Sie hält somit an der liberalen Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit grundsätzlich fest, will aber die geschlechtsspezifische Relevanz des Unterschieds aufgehoben sehen. Des Weiteren unterstreicht sie in einem republikanischen Sinne die besondere Bedeutung und herausgehobene Stellung des öffentlichen Bereichs gegenüber dem Privaten. Dabei betont sie aber, dass die besondere Anerkennung des Öffentlichen nicht zu einer eindimensionalen Vorstellung politischer Subjekte führen darf, sondern dass auch in diesem Kontext die feministische Betonung von Gleichheit *und* Differenz wegweisend sein sollte: „Wir müssen eine politische Sprache finden, die Heterogenität und Differenz

3 In der Untersuchung „Demokratie und Geschlecht" kennzeichnet Phillips Demokratiekonzepte als republikanisch, die insbesondere im Anschluss an Arendt die besondere Bedeutung von Öffentlichkeit als Kennzeichen von Politik betonen (vgl. Phillips 1995a, 78-83).

4 Phillips bezieht sich hier darauf, dass es schwer bzw. unmöglich ist, Dinge wie Liebe, Zuneigung und Beziehungen öffentlich zu regulieren, verwehrt sich aber dagegen, den privaten Raum (d.h. meistens die Familie) zu romantisieren. Die Abtrennung des Privaten darf nicht dazu führen, dass Machtverhältnisse, die dort herrschen, nicht wahrgenommen werden (vgl. Phillips 1995a, 165-168).

anerkennt, ohne zugleich vor einem Reduktionismus zu kapitulieren, der jeden von uns nur durch einen einzigen Aspekt definiert“ (Phillips 1995a, 270).

Heterogenität und Differenz müssen in den Augen von Anne Phillips als zentrale Grundlage politischer Gleichheit anerkannt werden. Dies hält die Demokratietheoretikerin für den entscheidenden Aspekt, um den für eine liberale Konzeption der Demokratie zentralen Wert der Gleichheit einer geschlechterkritischen Revision unterziehen zu können, ohne dabei seine normative Zentralität und Orientierungsfunktion für Demokratie aufgeben zu müssen. Sie hält fest, dass dafür bei der Analyse von demokratietheoretischen Annahmen und Kategorien die Geschlechterdifferenz betont werden muss und Politik nicht als etwas über das Geschlecht Erhabenes betrachtet werden kann. Die Betonung des Geschlechterunterschieds hält sie jedoch lediglich für eine vorübergehende Notwendigkeit, um der bisher unterdrückten und marginalisierten Gruppe der Frauen die Möglichkeit des Sprechens und die Gewissheit des Gehörtwerdens zu verschaffen. Phillips’ demokratische Zukunftsvision zeichnet sich dadurch aus, dass die Geschlechterdifferenz als Kennzeichen von Demokratie darin keine Rolle mehr spielt, und ist insofern als geschlechtsneutral zu bezeichnen:

> „In diesem Zukunftsentwurf hätte die Unterscheidung in eine öffentliche und eine private Sphäre ihren geschlechtsspezifischen Charakter verloren. Männer und Frauen würden im gleichen Maße Verantwortung für Haushalt und Beruf übernehmen, die Erziehung der Kinder und die Pflege der betagten Eltern bewältigen; sie würden sich in ihren Vorlieben und Erfahrungen mehr als Individuen denn als Geschlechter unterscheiden und sich von einem politischen Leben gleichermaßen angezogen (oder abgestoßen!) fühlen. In einem solchen Kontext wäre es möglich, dass der Begriff des Staatsbürgers seine volle Bedeutung erlangt und die Menschen als gleiche über ihre gemeinsamen Ziele entscheiden“ (Phillips 1995a, 17).

Der Begriff der Gleichheit, der von Phillips als demokratische Norm formuliert wird, orientiert sich somit nicht an einer essentiellen Gleichheit aller Individuen. Gleichwohl erstreckt sich ihr normativer Anspruch an politische Gleichheit auf mehr als die im liberalen Demokratiediskurs zugrunde gelegte formale Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger. Maßgeblich ist für Phillips ein Konzept der Gleichheit in dem Sinn, dass sie alle als gleichwertige Individuen anerkannt werden: „Political equality understood not only as the equal right to participate on politics but as that deeper notion of equal intrinsic worth (…)“ (Phillips 1999, 15).[5]

5 Phillips bezieht sich in ihrer Vorstellung von Gleichheit als intrinsischer Gleichwertigkeit explizit auf Dahl, der politische Gleichheit nicht nur als das gleiche Recht auf politische Beteiligung im Sinne des gleichen und allgemeinen Wahlrechts begreift, sondern in der Rede von der Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger auch ein Verständnis angelegt sieht, das allen eine „roughly equal qualification for government“ (Dahl 1989, 97) attestiert (vgl. Phillips 1999, 15).

Während das traditionelle liberale Gleichheitsverständnis lediglich den Aspekt des gleichen Zugangs zu politischer Teilhabe problematisiert, problematisiert der von Phillips entwickelte Gleichheitsbegriff auch den Aspekt der gleichen bzw. gleichwertigen Anerkennung aller Individuen (vgl. Phillips 1999, 79-83). Phillips teilt zwar – wie auch Dahl – die Kritik an einem formalen Gleichheitsverständnis, das nicht danach fragt, ob soziale Bedingungen die tatsächliche Ausübung des formalen Rechts auf politische Beteiligung erlauben, und fordert gegebenenfalls eine Veränderung sozialer Bedingungen. Im Unterschied zu Dahl besteht sie aber darauf, dass das entscheidende Problem im Zusammenhang mit politischer Gleichheit nicht in der Frage nach dem gleichen Zugang besteht, sondern in der Frage nach der gleichen Anerkennung: „The problem for democracy is not just how to equalize people’s political resources but how to establish their equal human worth (…)“ (Phillips 1999, 83).

Phillips hebt auch hervor, dass eine feministische Perspektive ein abstraktes Konzept von Gleichheit ablehnt und auf einen kontextgebundenen Begriff von Gleichheit besteht. Feministinnen haben unterschiedliche handlungstheoretische Konsequenzen des Anspruchs auf Gleichheit untersucht. Gleichheit kann verstanden werden als die Aufforderung „being treated as equals“ oder aber auch als die Aufforderung „being treated as if we are the same“ (Phillips 1995b, 36). Für die Autorin gibt es weder logische noch politische Erfordernisse, die eine der beiden Optionen als die ausschließlich angemessene ausweisen könnten. Welche der beiden als die angemessene Variante gilt, könne jeweils nur anhand der gegebenen Bedingungen entschieden werden (vgl. Phillips 1995b, 36-38).

4.1.2 Konzeptionelle Dimension

Aus Phillips’ Zusammenfassung feministischer Kritik am liberalen Demokratiekonzept lassen sich auch jene Dimensionen ableiten, die sie für eine feministische Konzeption der Demokratie als grundlegend erachtet. Konzeptionell bedeutsam ist für sie dabei insbesondere die feministische Kritik am Universalismus liberaler Demokratie. Hierunter versteht sie nicht das Prinzip der Allgemeingültigkeit politischer Prinzipien, d.h. dass alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger über die gleichen universellen Rechte verfügen, sondern dass die Gleichbehandlung der Menschen als staatsbürgerliche Individuen auf einer Vorstellung beruht, die von konkreten Körpern völlig abstrahiert und Verschiedenheit nicht kennt. Macht

man Heterogenität und Differenz aber zum Ausgangspunkt von Demokratie, so ergibt sich für Phillips als eine Konsequenz daraus die Tatsache, dass die „Demokratie uns nicht nur als Individuen, sondern auch als Gruppen behandeln muss“ (Phillips 1995a, 240). Der Gedanke, dass demokratische Politik es nicht nur mit individuellen Staatsbürgern, sondern grundsätzlich auch mit Gruppen zu tun hat, spielt in Phillips konzeptionellen Überlegungen für Demokratie eine wichtige Rolle.

Darüber hinaus steht bei Phillips die Veränderung der Zusammensetzung politischer Eliten innerhalb eines liberaldemokratischen Repräsentativsystems im Zentrum der Reformperspektive auf Demokratie.[6] Konzeptionell plädiert sie in diesem Zusammenhang für einen veränderten Repräsentationsbegriff. Gemäß der herrschenden repräsentationstheoretischen Perspektive werden Differenzen innerhalb des liberalen Demokratiediskurses als Unterschiede in politischen Ideen und Meinungen wahrgenommen, die in jeweils verschiedenen parteipolitischen Programmen ihren Niederschlag finden. Im Rahmen politischer Auseinandersetzungen und Debatten geht es darum, diese Ideen zu vertreten und zu repräsentieren. Im Unterschied zur partizipatorischen Demokratie, wo es im Hinblick auf politische Ergebnisse und Entscheidungen von großer Bedeutung sein kann, welche Personen politisch aktiv sind, ist im Rahmen repräsentativer Politik weniger die Frage entscheidend, „wer“ uns repräsentiert, als „was“ repräsentiert wird. Anne Phillips bezeichnet dieses Verständnis repräsentativer Politik mit dem Begriff „politics of ideas“. Als charakteristisches Kennzeichen der „politics of ideas“ identifiziert sie die Auflage, dass gewählte Politikerinnen und Politiker gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern zur Rechenschaft verpflichtet sind. Das Verhalten und die Entscheidungen einzelner Politikerinnen und Politiker müssen sich an der jeweiligen parteipolitischen Agenda messen lassen (vgl. Phillips 1995a, 121-126; 1995b, 1-5; 1996, 139-142).

Diesem repräsentationstheoretischen Konzept der „politics of ideas“ stellt Phillips ein Konzept von Politik als „politics of presence“ gegenüber. Dessen zentrale Annahme besteht darin, dass es sehr wohl von Bedeutung ist, welche Personen politische Repräsentation ausüben (vgl. auch Phillips 1998; 1996). Normativ basieren „politics of presence“ auf den beiden demokratischen Prinzipien der öffentlichen Kontrolle der Regierung („popular control“) und der politischen

6 Dies bildet nicht nur das Zentrum der Untersuchung zu „Geschlecht und Demokratie“, sondern ist auch der zentrale Gegenstand ihres Werkes „Politics of Presence“ (1995b) und einiger kleinerer Schriften (Phillips 2004; 1998; 1996), die in die hier vorliegende Auseinandersetzung eingeflossen sind.

Gleichheit („political equality“). Von einer wirksamen Kontrolle der Regierung durch die Bevölkerung lässt sich allerdings erst sprechen, wenn letztere auch tatsächlich anwesend ist, und Gleichheit kann kaum als erreicht gelten, wenn einige Gruppen viel mehr Einfluss ausüben können als andere. Diese beiden normativen Prinzipien stecken somit theoretisch auch einen Rahmen für die Begründung einer Präsenzpolitik ab. Phillips' Kernargument geht aber auf die historisch konkrete Analyse der existierenden Exklusionsstrukturen in modernen Gesellschaften zurück (vgl. Phillips 1995b, 27-31). Dies bedeutet, dass nur solche Differenzen repräsentiert werden sollen, die für strukturelle Ungleichheiten verantwortlich gemacht werden können. Phillips identifiziert zwei relevante Strukturbereiche: zum einen die Ungleichheiten einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die zu einer verzerrten Wahrnehmung der Repräsentationsdefizite von Frauen als „Normalität“ führt[7], zum anderen den historischen Entstehungskontext bestimmter Nationen, der auf rassistischer Ungleichheit oder dem Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen (z.B. so genannter „UreinwohnerInnen“) beruht (Phillips 1995b, 171).[8] Entscheidend ist dabei in beiden Fällen, dass eine Benachteiligung in der Politik die Mitglieder solcher Gruppen nicht als individuelle Diskriminierung trifft, sondern als strukturelle Unterordnung, d.h. sie trifft sie als eine bestimmte Gruppe von Menschen. Phillips' These lautet: Wenn es keine geschlechtsspezifische Gesellschaftsordnung geben würde, d.h. Männer und Frauen gleich behandelt würden, wären sie voraussichtlich auch in gleicher Zahl

7 Die Tatsache, dass viele Frauen Kinder großziehen oder die alternde Elterngeneration versorgen und entsprechend weniger Zeit für (berufliche) Politik haben, stellt im Rahmen einer feministischen Analyse geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung keine „natürliche“ Folge individueller Präferenzentscheidungen dar, sondern einen Fall von struktureller Diskriminierung (Phillips 1998, 230).

8 Im Abschlusskapitel von „Politics of Presence“ weist Phillips darauf hin, dass „Klasse“ die dritte Strukturkategorie darstellt, über die politische Exklusion funktioniert. Im Unterschied zu Geschlecht und Ethnie sei Klasse aber immer schon als Exklusionskategorie problematisiert worden und das Problem sozialer Ungleichheit infolge von Klassengegensätzen habe im Verlauf der vergangenen zweihundert Jahre Eingang in politische Programme und Inhalte gefunden. Weil es im parteipolitischen Spektrum der „politics of ideas“ repräsentiert ist, sind Klasseninteressen für Phillips weniger dringlich auf die Strategie einer „politics of presence“ angewiesen (vgl. Phillips 1995b, 173-178). Als zentralen Punkt ihrer Ausklammerung dieses Problems benennt sie jedoch noch einen anderen zentralen Aspekt: „When it comes down to it, the real reason for my silence on class is simply that it does not lend itself to the same kind of solutions. This is as much a failure of political imagination as any more theoretically driven distinction“ (Phillips 1995b, 178).

in demokratischen Entscheidungsforen vertreten. Werden sie aber ungleich, d.h. unfair behandelt, dann bestehen besondere Anforderungen, um gleiche Präsenz zu gewährleisten (vgl. Phillips 1995a, 244).

Bei dem von Phillips entwickelten Konzept der „politics of presence" handelt es sich um eine Form von Gruppenrepräsentation, die die geschlechterpolitisch kritischen Effekte der „politics of ideas" korrigieren soll. Ihre Vorstellung beschränkt sich auf die quantitative Veränderung des Frauenanteils in der Politik, auch wenn sie nicht davon ausgeht, dass eine solche quantitative Veränderung zwangsläufig und vorab bestimmbare inhaltliche Implikationen für die von Frauen vertretene Politik haben muss. Phillips stimmt zwar der Feststellung zu, dass einige Frauen aufgrund bestimmter Spezifika weiblicher Lebensverhältnisse und -entwürfe, wie z.B. die Geburt und das Aufziehen von Kindern, voraussichtlich andere Interessen formulieren als Männer. Aus der allgemeinen Annahme, dass Frauen andere Interessen formulieren als Männer, lässt sich laut Phillips aber kein einheitliches oder gemeinsames Interesse aller Frauen ableiten. Da die Lebensverhältnisse von Frauen verschieden sind, sind auch ihre Interessen unterschiedlich. Ebenso wenig ist es daher möglich, sichere Aussagen darüber zu treffen, welche Inhalte Frauen in der Politik vertreten würden (vgl. Phillips 1995b, 66-71).

Die Erhöhung des Frauenanteils in der Politik stellt somit keine Garantie dafür dar, die Repräsentation der Interessen von Frauen zu erhöhen, weil Frauen nicht essentiell gleich sind und weil sich für die Kategorie Geschlecht innerhalb der gegebenen Formen repräsentativer Politik keine Rechenschaftsmechanismen installieren lassen (vgl. Phillips 1995b, 83). Letzteres wäre nur möglich, wenn liberale Repräsentationsformen der „politics of ideas" durch eine substantielle Gruppenrepräsentation ersetzt würden, d.h. dass einzelne Menschen immer und ausschließlich als Gruppe repräsentiert werden sollen (Phillips 1995a, 251f.). Phillips plädiert gleichwohl nicht dafür, die „politics of ideas" als Form repräsentativer Politik ganz durch Formen der „politics of presence" zu ersetzen, sondern eine Mischform zu finden. „Entscheidend ist die Forderung nach der politischen Präsenz von Frauen, womit nicht gesagt sein soll, dass in Frauenfragen nur Frauen etwas zu sagen hätten und nur als Vertreterinnen ihres Geschlechts sprechen dürfen" (Phillips 1995a, 269). Das Prinzip der politischen Repräsentation, das sich aus dem liberalen Konzept der „politics of ideas" ergibt, wird von Phillips mit dem Konzept der „politics of presence" zu einem Prinzip fairer Repräsentation („fair representation") (Phillips 1995b, 27) erweitert. Jedes demokratische System sollte in der Lage sein zu garantieren, dass seine Repräsentanten die ethnische und geschlechtspezifische Zusammensetzung der Bevölkerung spiegeln. Gleichwohl sollten Angehörige eines bestimmten Geschlechts oder einer ethnischen Gruppe

nicht als 'Vertreter' ihrer ethnischen Gruppe oder ihres Geschlechts betrachtet werden. Auch wenn mit feministischen Forderungen zu Recht danach gestrebt wird, dass Frauen nicht genötigt sein sollten, ihre geschlechtliche Identität abzulegen, sobald sie die politische Bühne betreten, so sollten sie doch auch nicht allein anhand dieses Kriteriums definiert werden.

Zusammenfassend sieht Phillips in Fragen der politischen Repräsentation einen entscheidenden Aspekt in der Existenz und Hervorhebung von unterschiedlichen Gruppen. Dies stellt eine bedeutende theoretische Korrektur des traditionellen liberalen Demokratiediskurses dar, der lediglich Individuen kennt, welche prinzipiell als Gleiche begriffen werden. Sie betont aber, dass sie keine Gruppenrepräsentation in einem substantiellen Sinne fordert, weil in einem solchen Konzept Menschen ausschließlich als Gruppe repräsentiert werden. Darüber hinaus hält sie die Politik auch weiterhin für ein Mittel, unterschiedliche individuelle Überzeugungen zu diskutieren und zu repräsentieren (vgl. Phillips 1995a, 244-252).

4.1.3 Institutionelle Aspekte

Phillips' Argumentation für „politics of presence" als einer Form fairer Repräsentation erfolgt vor dem Hintergrund der These, dass der personellen Zusammensetzung gewählter Versammlungen besonders hohe Relevanz zukommt, wenn man die grundlegende Differenz und Heterogenität von Menschen anerkennt. In ihren Augen stimmt in einer Demokratie etwas nicht, wenn die Charakteristika der Gewählten auf signifikante Weise von denen der Wählerschaft abweichen, da mit diesen Charakteristika zugleich auch unterschiedliche Machtpositionen verbunden sind. Jede Maßnahme zur Erhöhung des Frauenanteils in politischen Institutionen bringt zum Ausdruck, „dass die Geschlechterdifferenz politische Relevanz hat und die Demokratie Gruppen anerkennen muss" (Phillips 1995a, 242).

> „Die ökonomischen und politischen Strukturen zeitgenössischer Gesellschaften weisen ein hohes Maß an Geschlechter- und Rassentrennung auf und wo es genau bestimmbare Gruppen gibt, sind auch Gruppeninteressen nicht weit. Das Prinzip, an dem sich die demokratische Praxis orientieren sollte, lautet daher, dass die Repräsentanten die geschlechtliche, rassische und – falls von Belang – die nationale Zusammensetzung der Gesellschaft insgesamt widerspiegeln sollen und dass es Verfahren mit entsprechender Wirkung geben muss. Eine solche Verhältnismäßigkeit würde sich ohne persönliche Interessen und ohne Strukturen, die den Machterhalt bestimmter Gruppen sichern, von selbst ergeben (...)" (Phillips 1995a, 244).

Das Konzept einer fairen Repräsentation zielt darauf, strukturelle Repräsentationsdefizite bestimmter Gruppen aufzuheben. Phillips unterscheidet ihr Konzept

der fairen Repräsentation deutlich von Formen der so genannten Spiegel- oder deskriptiven Repräsentation. Der Ausgangspunkt für aktive Eingriffe zur Erhöhung der Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen muss laut Phillips auf mehr zurückgeführt werden können als auf ein statistisches *mismatch* zwischen Wählenden und Repräsentierenden (vgl. Phillips 1995b, 171).[9] Faire Repräsentation ist für Phillips aber auch nicht gleichzusetzen mit starken Formen der Gruppenrepräsentation.[10]

Anne Phillips räumt ein, dass es keine einstimmige Verständigung darüber gibt, welche Merkmale als konstituierend für Gruppen im obigen Sinne angesehen werden. Für sie gilt, dass Gruppen, die aufgrund eines „bestimmenden" Merkmals unterdrückt werden, sich darin auch selbst erkennen. In einem solchen Fall stellen Quotenregelungen eine legitime Forderung dar. Bei solchen Maßnahmen handelt es sich für Phillips um vorübergehende Fördermaßnahmen, die dann wieder außer Kraft treten sollen, wenn das Merkmal seine entscheidende Bedeutung verloren hat.

Neben Quoten als Maßnahme zur Erhöhung des Frauenanteils in politischen Institutionen sieht Phillips aber noch andere Aspekte einer Politik, die darauf zielt, die geschlechtsspezifische Ordnung der Gesellschaft zu verändern. Sie verweist hier auf die Arbeiten von Zillah Eisenstein oder Carole Pateman, in denen deutlich wird, dass Frauen aufgrund ihrer Erfahrungen als Unterdrückte zunächst einmal ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse herausfinden und kennenlernen müssen. Erst dann sind sie in der Lage, einen Standpunkt zu formulieren und folglich die politische Agenda zu beeinflussen. Dabei sähen Feministinnen nicht in Wahlen, in denen nur bereits bekannte Interessen zur Abstimmung stehen, das adäquate Mittel, sondern weisen der Diskussion, dem Gespräch und der

9 Unter dem Begriff 'Spiegel'-Repräsentation wird die Forderung verstanden, dass Abgeordnete auf irgendeine Weise ihre Wählerschaft 'spiegeln' sollen. Phillips verweist darauf, dass sich in der demokratietheoretischen Debatte spätestens seit der Repräsentationsstudie von Hannah Pitkin (1967) die Ansicht durchgesetzt hat, dass es weniger charakteristische Personenmerkmale sind, die Abgeordnete zu Repräsentanten machen, als vielmehr die Responsivität ihres politischen Handelns gegenüber ihrer Wählerschaft (vgl. Phillips 1998, 225f.; 1995b, 3f.).

10 Phillips setzt sich intensiv und kritisch mit dem Modell der substantiellen Gruppenrepräsentation auseinander, wie es beispielsweise von Iris Young vorgeschlagen wird. In diesem Modell werden Individuen nicht unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen gedacht. Young fordert die politische Repräsentation bestimmter strukturell benachteiligter Gruppen, um sie aus ihrer untergeordneten Machtposition zu befreien (vgl. Young 1993; 1990; kritisch dazu Phillips 1995a, 126-129; 1995b, 20f., 47f., 155-160).

direkten Beteiligung zentrale Bedeutung zu (vgl. Phillips 1995a, 70f.). Feministische Kritik an liberaler Demokratie sollte auf die Ausweitung partizipatorischer Politikformen drängen, weil in Versammlungen viel mehr als in formalen Abstimmungen politische Vorstellungskraft geweckt wird, ein breiteres Spektrum von Möglichkeiten wahrgenommen sowie potentielle Stärken erprobt werden können (vgl. Phillips 1995a, 259f.).

Gleichzeitig warnt die Demokratietheoretikerin aber auch vor den Nachteilen, die partizipatorische Politikformen insbesondere für Frauen haben: Die herrschende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Tatsache, dass Frauen qua ihrer Zuständigkeit für bezahlte und unbezahlte Arbeit zumeist anders eingebunden sind als Männer, birgt das Problem, dass sie über deutlich weniger Zeit verfügen, an Versammlungen teilzunehmen. Deshalb scheinen die Partizipationsanforderungen, die von der liberalen Demokratie auf ein so niedriges Maß heruntergeschraubt werden, dass sie tatsächlich für alle zugänglich sind, für viele Frauen vorteilhafter zu sein (vgl. Phillips 1995a, 260).[11] In ihrem eigenen Entwurf entscheidet sich Phillips für eine Beibehaltung der repräsentativen Verfassung, die um partizipatorische Elemente in bestimmten Angelegenheiten ergänzt werden soll. Lediglich die Stimmabgabe bei Wahlen auf der nationalen sowie der kommunalen Ebene und gegebenenfalls bei Volksabstimmungen löst für sie den Anspruch auf demokratische Gleichheit realistisch ein. Dies kann nur bedeuten, „dass eine Gesellschaft ihre 'letztgültigen' Entscheidungen einem Forum überlassen muss, an dem alle teilhaben können" (Phillips 1995a, 265). Demokratie sollte nach Phillips lediglich „in so genannten untergeordneten Fragen durch eine Partizipation auf Versammlungsbasis erweitert werden" (ebd.). Aber nach welchen Grundsätzen darüber entschieden werden kann, bei welchen Entscheidungen es sich um Fragen grundsätzlicher Natur handelt, lässt sich nicht kategorisch oder normativ vorab festlegen, sondern ist selbst Bestandteil von Politik (vgl. Phillips 1995a, 266).

Innerhalb der dargestellten grundsätzlichen demokratietheoretischen Überlegungen erschien Arbeit in Gestalt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bereits an verschiedenen Punkten als Problem der Demokratie. Im Folgenden soll nun genauer nachgezeichnet werden, welche Rolle Arbeit und soziale Arbeitsteilung in Hinblick auf Demokratie für Anne Phillips spielen.

11 Eine ausführliche Diskussion weiterer Probleme (Ineffizienz, mangelnde Konfliktfähigkeit, informelle Hierarchien, keine verfasste Mitgliedschaft, Beschränkung auf Anwesende), die innerhalb der autonomen Frauenbewegung mit partizipatorischen Politikformen gemacht wurden, erfolgt in „Geschlecht und Demokratie" (vgl. Phillips 1995a, 206-233).

4.2 Die Konfiguration von Demokratie und Arbeit

Im Zentrum von Phillips' demokratietheoretischen Auseinandersetzungen steht die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Geschlecht. Ihr zentrales Anliegen besteht, wie oben ausgeführt, darin, Repräsentationsdefizite von Frauen als Demokratiedefizite zu benennen. Gleichzeitig möchte sie mit ihren Vorschlägen zu erweiterten Formen der Partizipation und vor allem mit ihrem Modell der fairen Repräsentation als Gruppenrepräsentation einen Beitrag leisten, um dieses Demokratiedefizit innerhalb des liberalen Theoriekontexts bearbeiten zu können. Die Frage nach der Demokratierelevanz von Arbeit wird von Phillips dabei nicht explizit aufgeworfen, aber im Gegensatz zu vielen anderen demokratietheoretischen Ansätzen spielt die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und sozialer Arbeitsteilung in ihren demokratietheoretischen Schriften durchaus eine Rolle. Dabei lassen sich eine explizit analytische und eine eher nur implizit angelegte konzeptionelle Perspektive unterscheiden.

Im Rahmen der analytischen Perspektive wird soziale Arbeitsteilung von Phillips in verschiedener Hinsicht auf ihre demokratiepolitischen Implikationen untersucht. Von zentraler Bedeutung für den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit ist dabei soziale Arbeitsteilung vor allem in Form der geschlechtspezifischen Arbeitsteilung und deren demokratiepolitisch problematischen Implikationen. Hierzu werden sowohl in „Geschlecht und Demokratie" (1995a) als auch in „Politics of Presence" (1995b) Ausführungen gemacht (4.2.1). Der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit spielt in Phillips' Auseinandersetzung mit Demokratie aber auch noch in anderer Form eine Rolle. In ihrer Schrift „Which Equalities Matter?" (1999) legt Phillips dar, dass sowohl in der politischen als auch der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um Demokratie die Frage der Anerkennung bestimmter Differenzen als Voraussetzung für die tatsächliche Geltung politischer Gleichheit zunehmend diskutiert wird. Sie problematisiert allerdings, dass in diesen Diskursen die Frage sozialer Ungleichheit kaum noch als ein Problem ökonomischer Ungleichheit thematisiert wird (4.2.2). Beide Aspekte werden im Folgenden zunächst nachvollzogen, bevor im letzten Abschnitt des Kapitels der von Phillips implizierte konzeptionelle Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit als ein konsekutives Modell rekonstruiert wird (4.2.3).

4.2.1 Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Phillips stellt verschiedene Zusammenhänge zwischen geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und Demokratie her und untersucht die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Problemdimension geschlechtergerechter Demokratie auf unterschiedlichen Ebenen: zum einen als Problemdimension innerhalb etablierter repräsentativer Formen von Demokratie und zum anderen als Kategorie für eine feministische Kritik an partizipatorischen Demokratiekonzepten.

Anne Phillips betrachtet die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als ein Demokratieproblem und führt die – trotz formaler Gleichberechtigung – nur untergeordnete politische Rolle von Frauen auf die geschlechtsspezifische Ordnung der Trennung von öffentlich und privat zurück und insbesondere auf die Rolle, die Frauen innerhalb des Privaten zugeordnet wird. Die Auswirkungen der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in Form von Zeitmangel oder fehlendem Selbstvertrauen führen dazu, dass Frauen in der Politik weniger Gewicht haben als Männer (vgl. Phillips 1995a, 252). Sie formuliert diesen Zusammenhang anschaulich mit den Worten:

> „There is nothing particularly mysterious about the under-representation of women in politics, for in societies still shaped by a male breadwinner model and still requiring women to shoulder the bulk of care possibilities, it is entirely predictable that more men will be available for a full time political career. Men will be more concentrated in the occupations that tend to lead to political life, and will be perceived as more authoritative than women in speaking on public affairs" (Phillips 2004, 7).

Der geschlechtsspezifische Blick bestätigt hier, was in Hinblick auf Klasse immer wieder konstatiert wurde: Formale Gleichheit verbindet sich problemlos mit systematischer Benachteiligung und reicht allein nicht aus, das demokratische Versprechen der Gleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger einzulösen (Phillips 1995a, 253). Phillips weist darauf hin, dass es Feministinnen waren, die innerhalb der Debatte um den Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie herausgearbeitet haben, dass nicht nur die kapitalistische Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung im Bereich der Erwerbsarbeit problematische Implikationen für die Demokratie mit sich bringt. Auch die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und die Zuständigkeit der Frauen für den privaten Bereich werfen ebenso problematische Implikationen für die Demokratie auf (vgl. Phillips 1995a, 156-164). Das Neue am Feminismus besteht allerdings darin, dass er die Einsicht, dass gesellschaftliche Arbeitsteilung problematische Implikationen für die Demokratie hat, auf den häuslichen Bereich und die Familie ausdehnt. Für einen das Geschlecht berücksichtigenden demokratischen Ansatz gehört die Gleichstellung im häuslichen Bereich zu den Dingen, die die politische Wertigkeit eines jeden

ins Gleichgewicht bringt. Sie bildet einen Maßstab für Demokratie, wenn auch nicht den einzigen. „Solange die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen allerdings politische Konsequenzen hat, muss sie Gegenstand der politischen Debatte sein“ (Phillips 1995a, 254).

Auch in der Zusammenfassung feministischer Kritik an partizipatorischen Demokratiekonzepten spielt die Frage der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung für Phillips eine zentrale Rolle. Partizipatorische Demokratievorstellungen (u.a. Bachrach 1970; Bachrach/Botwiniek 1992; Barber 1994; Cook/Morgan 1971; Pateman 1970) bestehen auf einer Ausdehnung der Reichweite von Demokratie insbesondere auf den Bereich der Ökonomie, der im liberalen Kontext als privater Bereich gilt. Darüber hinaus bevorzugen Vertreterinnen und Vertreter dieser Demokratievorstellung die direkte Beteiligung an politischen Entscheidungen sowie die Versammlung als eine Möglichkeit der Diskussion und Aktion gegenüber der anonymen Stimmabgabe (Phillips 1995a, 66-69). An diesem Punkt trifft sich die partizipatorische Schule mit den Erfahrungen und Forderungen von Feministinnen, die ebenfalls dem Gespräch und der Diskussion als politischem Instrument besonderes Gewicht beimessen. Gleichwohl hält Anne Phillips von einem feministischen Standpunkt aus zwei zentrale Probleme der partizipatorischen Demokratie fest: „ihre Unfähigkeit, die zusätzliche zeitliche Belastung der Frauen zu erkennen, und ihre Betonung des Arbeitsplatzes als des wichtigsten Ortes für mehr Partizipation“ (Phillips 1995a, 75).

Die liberale Trennung zwischen einem öffentlich-politischen Bereich, für den demokratische Spielregeln gelten, und einem privat-ökonomischen Bereich, der nicht demokratisch verfasst und reguliert wird, lehnen partizipatorische Demokratieverfechterinnen und -verfechter ab. Sie zielen auf eine Ausweitung der Demokratie, indem sie für Selbstverwaltung durch die Beschäftigten, Arbeitsgenossenschaften und demokratische Arbeitsprozesse eintreten. Von feministischer Seite sei vielfach kritisiert worden, dass damit eine Fokussierung auf männliche Anliegen stattfindet, da diese ihre Identität zu großen Teilen mit Berufstätigkeit verknüpfen und auch vorrangig in ihrem Berufsleben erfahren, was Macht und Autorität bedeuten. Das Verhältnis von Frauen zur beruflichen Arbeit bestimmt sich jedoch noch immer anders. Die Zahl erwerbstätiger Frauen nimmt zwar zu, aber häufig sind sie nicht voll erwerbstätig, sondern teilen ihre Arbeitskraft zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit auf. Selbst wenn sie voll erwerbstätig sind, fällt ihnen ein Großteil privater Sorgearbeit zu. Sie haben ein gebrocheneres Verhältnis zum Berufsleben als Männer und es ist gut möglich, dass sie Unterordnung in ihrem Privatleben viel massiver erfahren als an ihrem Arbeitsplatz (Phillips 1995a, 76f.).

Wie bereits in 4.2.1 ausgeführt sieht Phillips in den zeitintensiven Anforderungen partizipatorischer Politikformen einen geschlechterdemokratisch problematischen Aspekt. Dies gilt insbesondere auch für Formen von demokratischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, da sie häufig über die Arbeitszeit hinaus stattfinden und Frauen diese zusätzliche zeitliche Belastung aufgrund der zumeist ihnen zugewiesenen privaten Reproduktionsarbeit nicht aufbringen können (vgl. Phillips 1995a, 75).

4.2.2 Politische Gleichheit und soziale Ungleichheit

Neben diesen Überlegungen zum Zusammenhang von partizipatorischer Demokratie und Arbeit finden das Thema Arbeit und die Rolle und Bedeutung der sozialen Arbeitsteilung für die Demokratie implizit auch in Phillips' Schrift „Which Equalities Matter?“ (1999) Beachtung. Der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit wird im Kontext dieser Untersuchung als die Frage nach der ökonomischen Dimension sozialer Ungleichheit und deren politische Konsequenzen thematisiert. Im Zentrum der Überlegungen steht die Erörterung von Gleichheit als einerseits demokratischer Norm und andererseits als politisches Prinzip.

Phillips geht von der Feststellung aus, dass in der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung um Demokratie zunehmend weniger von sozialer Ungleichheit als ökonomischer Ungleichheit die Rede ist. Sie konstatiert, dass das Problem sozialer und ökonomischer Transformation als Voraussetzung für das Erreichen politischer Gleichheit vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts diskutiert worden ist. Demgegenüber gilt für den Beginn des 21. Jahrhunderts, dass sich die Debatten um Gleichheit zunehmend in einem Kontext der Anerkennung von Differenz bewegen. Diese Debatten fokussieren die Frage nach politischen Ausschlussmechanismen auf sexuelle, ethnische, sprachliche oder kulturelle Differenzen, während die Frage nach ökonomischen Differenzen kaum noch eine Rolle spielt. Phillips' These lautet, dass sich die Debatte von sozialen Fragen zu politischen, d.h. vor allem institutionellen und konstitutionellen Aspekten einer politischen Ordnung verschoben hat. Die Frage nach der Relevanz von ökonomischer Gleichheit findet in diesem Kontext kaum noch Beachtung (vgl. Phillips 1999, 9-13).[12]

12 Analog zu Fraser, die in der Debatte um Gerechtigkeit eine Verschiebung des diskursiven Kerns von der Frage der Umverteilung („redistribution“) hin zur Frage der Anerkennung („recognition“) konstatiert hat (vgl. Fraser 2005a; 2003; 1997b), sieht Phillips diese Tendenz auch in der Demokratiedebatte, „where important new issues

Die Entwicklung innerhalb demokratietheoretischer Auseinandersetzungen sieht Phillips geprägt durch eine Tendenz zur Besinnung auf Politik als eigenständigen, eigensinnigen und wirkungsmächtigen Handlungskontext und durch ein Projekt der Reformulierung von Gleichheit unter Anerkennung von Differenz. Damit einher geht aber auch die Tendenz, Fragen nach ökonomischer Gleichheit in einen von der Politik getrennten Bereich zu verweisen und sie dort wiederum von Debatten um Demokratie und Differenz abgelöst zu diskutieren. Phillips formuliert als Ziel „to bring some of that discussion of economic equality back into connection with democratic theory" (Phillips 1999, 43). Sie verteidigt eine differenzpolitisch argumentierende Politik der Anerkennung gegenüber liberalen Kritiken. Dabei räumt sie allerdings ein, dass das ausschließliche Beharren auf differenzpolitischen Strategien und Theorien der Demokratie einen Beitrag dazu leistet, dass politische und ökonomische Gleichheit innerhalb der Auseinandersetzung um Demokratie getrennt werden (vgl. Phillips 1999, 18, 20-30). Als demokratische Forderung im Zusammenhang mit politischer Gleichheit betrachtet Phillips in ihrer Untersuchung „Which Equalities Matter?" nicht nur eine Restrukturierung zwischen Mehrheits- und Minderheitskulturen sowie eine andere geschlechtliche Zusammensetzung innerhalb der Politik, sondern bezieht mit „reducing income differentials and reforming the division of labour" (Phillips 1999, 18) explizit arbeitspolitische Fragen ein.

Phillips führt das Argument, dass ökonomische Ungleichheit die volle Entfaltung der Demokratie beeinträchtigt, auf zwei Zusammenhänge zurück: erstens auf den Aspekt des Zugangs zur Politik, d.h. auf die Frage nach den sozialen Bedingungen politischer Partizipation, und zweitens auf den genuin politischen Aspekt der Gleichwertigkeit und gleichen Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie (vgl. Phillips 1999, 74-83). Der erste Punkt deckt sich mit Ausführungen, die in der vorliegenden Untersuchung auch in Dahls Auseinandersetzung mit den demokratischen Implikationen des Ökonomischen bereits diskutiert wurden. Phillips arbeitet hierbei aber insbesondere geschlechtspezifische Effekte der sozialen Arbeitsteilung als Grund für die Beeinträchtigung politischer Gleichheit heraus, die Dahl in diesem Zusammenhang nicht als Problem erörtert.

Grundlegend für den ersten Aspekt ist die Tatsache, dass der Zugang zu Repräsentation und Partizipation über politische Ressourcen eröffnet oder beschränkt wird. Als politische Ressourcen benennt Phillips Geld, Erziehung, Kontakte und

about citizenship and difference crowd out older questions of economic equality" (Phillips 1999, 14).

Zeit (vgl. Phillips 1999, 74). Menschen, die qua ihrer Positionen innerhalb des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung über wenige dieser Ressourcen verfügen, sind nicht nur im Hinblick auf die Formation und Ausbildung politischer Eliten benachteiligt, sondern auch ganz allgemein hinsichtlich der Ausübung politischer Partizipation. Phillips verweist hier auf die Partizipationsforschung, die in vielen Studien und Untersuchungen eindeutige Zusammenhänge zwischen dem Bildungs- und Ausbildungsniveau von Menschen und ihrem individuellen Partizipationsniveau oder auch dem Zusammenhang zwischen Verfügungsmacht über ökonomische Ressourcen und dem Maß an politischem Einfluss untersucht hat (vgl. Phillips 1999, 74f.). Hervorgehoben wird von ihr dabei insbesondere auch der Punkt, dass die Ausbildung von politisch relevanten Kompetenzen und politischem Einfluss „less a matter of income than one of the distribution of occupation" (Phillips 1999, 78) ist.[13] Eines der Schlüsselelemente bildet hier die freie Verfügbarkeit über die eigene Zeit. In einer Gesellschaft, die hauptsächlich Frauen die Verantwortlichkeit für Kinder zuschreibt, gibt es bei der politischen Partizipation ihrer Mitglieder einen vorhersehbaren Gender Gap, der darin besteht, dass die meisten Frauen in der Zeit, in der sie Kinder bekommen und aufziehen, politisch quasi nicht partizipieren. Ein anderer wesentlicher Punkt liegt darin, dass die Ausbildung politischer Kompetenzen, wie z.B. Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit, wesentlich von der Verortung innerhalb der sozialen Arbeitsteilung abhängt. Viele der abhängig Beschäftigten, die vornehmlich Routinetätigkeiten ausführen, haben hier schlechtere Bedingungen als Personen in so genannten freien Berufen oder Managementpositionen (vgl. Phillips 1999, 75-77).

Demokratietheoretisch gewichtiger erscheint Phillips allerdings der zweite Aspekt und das Argument, dass ökonomische Ungleichheit das demokratische Prinzip des „equal human worth" unterläuft. Wie in Abschnitt 4.1.1 dargestellt, impliziert politische Gleichheit für Phillips die Annahme, dass alle Bürgerinnen und Bürger als gleichwertige Individuen anerkannt werden müssen. Diese Anerkennung des gleichen Werts eines jeden Individuums wird verhindert, wenn extreme Einkommensdifferenzen und -polarisierungen nicht nur die Form von unterschiedlichen Lebensstilen annehmen, sondern Segregationsprozesse nach sich ziehen. Soziale Segregation führt dazu, dass Menschen nur noch mit Personen ihrer eigenen sozialen Schicht in Kontakt kommen. Die Fähigkeit, andere Menschen als

13 Diese Erkenntnis führt Phillips zurück auf Einsichten, die sie aus einer britischen Partizipationsstudie (Parry u.a. 1992) gewonnen hat (vgl. Phillips 1999, 78 Fußnote 5).

Gleiche oder Gleichwertige anzuerkennen und ihnen denselben Wert zuzusprechen, wird aber ohne sozialen Kontakt zu Menschen, die anders leben und somit zunächst nicht gleich erscheinen, beeinträchtigt (vgl. Phillips 1999, 80-83).

> „The problem for democracy is not just how to equalize people's political resources but how to establish their equal human worth; the problem with economic inequality is not just that it constrains the exercise of political rights but that it shapes (and damages) perceptions of fellow citizens" (Phillips 1999, 83).

In der demokratietheoretischen Debatte der Gegenwart spielt die Frage nach der gleichwertigen Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Rolle. Im Rahmen dieser Debatten werden Anerkennungsprobleme im Zusammenhang mit strukturellen Ungleichheiten, die über die Kategorien Geschlecht, Ethnizität, Religion oder Sprache hergestellt werden, diskutiert, deren Zusammenhang mit ökonomischer Ungleichheit jedoch kaum thematisiert. Es scheint viel eher so, dass ökonomische Ungleichheit nur eine Konsequenz von Ungleichheits- und Herrschaftsmechanismen darstellt, die über kulturelle oder geschlechtliche Dominanz funktionieren (vgl. Phillips 1999, 84-90).

Demgegenüber hält Phillips daran fest, dass „many of the questions relating to recognition can be fully addressed only in association with changes in economic relations" (Phillips 1999, 90). Sie illustriert ihre These am Beispiel der hierarchischen Geschlechterkultur. Das hierarchische Verhältnis zwischen Männern und Frauen resultiert auch aus unterschiedlichen Wertschätzungen dessen, was als „männlich" und „weiblich" gilt. Phillips betont, dass es sich dabei nicht nur um soziale Konstruktionen handelt (vgl. Phillips 1999, 90-94) und die kulturelle Verknüpfung bestimmter Werte mit Männlichkeit und Weiblichkeit auch auf einen 'materialistischen' Unterbau zurückzuführen ist. Als einen Mechanismus, über den die Geschlechterhierarchie reproduziert wird, identifiziert sie die gesellschaftliche Anerkennung, die der jeweils von Männern und Frauen verrichteten Arbeit zukommt. Tätigkeiten, die vornehmlich von Männern ausgeführt werden, und Beschäftigungsbereiche, in denen hauptsächlich Männer zu finden sind, erfahren häufig deutlich mehr Anerkennung als jene, in denen Frauen dominieren. Die Überzeugung, dass die Geschlechter gleich viel wert sind, kann sich jedoch schwer durchsetzen gegenüber einer sozialen Realität, in der sie faktisch in bestimmte Beschäftigungsbereiche segregiert sind und im privaten, häuslichen Bereich unterschiedliche Rollen ausüben (vgl. Phillips 1999, 94-96). „A society in which women dominate the caring profession while men run the economy is unlikely to generate the more profound sense of equal worth that underpins the principle of political equality" (Phillips 1999, 97). Eine Veränderung dieser Anerkennungsverhältnisse lässt sich laut Phillips nur durch eine politische Strategie der

Konvergenz herbeiführen. Hierunter versteht sie, dass sich die Lebensbedingungen und -verhältnisse beider Geschlechter verändern und dabei angleichen müssen.

> „It depends on men and women being equally distributed across all the activities and roles in society (including the labour and pleasure to care for others) so that the difference of sex (...) is confounded, and we can differ as individuals rather than as representatives of a sex" (Phillips 1999, 94).

Zusammenfassend zeigen die Ausführungen, dass die Folgen ökonomischer Ungleichheit für Phillips in zweierlei Hinsicht demokratierelevant sind. Zum einen münden die Folgen sozialer Arbeitsteilung in eine unterschiedliche Ausstattung mit ökonomischen Ressourcen, die sich in eine ungleiche Ausstattung mit politischen Ressourcen übersetzt. Zum anderen deutet Anne Phillips ökonomische Ungleichheit aber auch als ein genuin demokratisches Problem, weil sie das Prinzip der Gleichwertigkeit und gleichen Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger unterläuft (vgl. Phillips 1999, 74-83).

4.2.3 Demokratie und Arbeit: Ein konsekutives Modell

Phillips referiert, dass Gleichheit im Rahmen einer liberalen Diktion bedeutet, dass alle Individuen grundsätzlich verschieden sind, sich in der politischen Sphäre aber als Gleiche begegnen und auch der Staat alle gleich zu behandeln habe, so dass soziale Ungleichheit keine Rolle für politische Partizipation spielt. Demgegenüber bestehen liberalismuskritische Ansätze vor allem in marxistischer, aber auch sozialdemokratischer Diktion darauf, dass sozioökonomische Ungleichheit das Prinzip gleicher politischer Partizipation unterläuft und dass politische Gleichheit erst verwirklicht werden kann, wenn es keine soziale Ungleichheit mehr gibt. Ein Konzept der Demokratieentwicklung, das unter dieser Prämisse steht, zielt in den Augen von Phillips strategisch primär auf politische Maßnahmen zu Restrukturierung sozioökonomischer Ungleichheitsverhältnisse (Phillips 1995b, 12).

Die Demokratietheoretikerin verwehrt sich allerdings gegen eine solche deterministische sozioökonomische Erklärung des Politischen.

> „Economic equality matters, and its absence has serious political effects. That said, if we make it all that matters, we can end up with a depoliticized determinism that denies any independent role to political action or political judgment" (Phillips 1999, 98).

Sie verteidigt nicht nur eine eigenständige Bedeutung des Politischen, sondern gewissermaßen auch den Primat der Politik als Ziel von politischen Veränderungsstrategien im Zusammenhang mit sozialen Ungleichheitsverhältnissen. Diese teilt zwar mit den älteren radikaldemokratischen Vorschlägen die Überzeugung,

dass die bestehende Verbindung zwischen struktureller sozialer Ungleichheit und deren politischer Reflexion in Form von unterschiedlichen Partizipations- und Einflussniveaus nur durch eine bewusste politische Intervention aufzubrechen ist. Phillips besteht aber darauf, dass hierzu insbesondere politische Mechanismen untersucht und in Angriff genommen werden müssen. Sie gelten ihr als Voraussetzung, unter der eine längerfristige soziale Transformation überhaupt erst ermöglicht wird (Phillips 1995b, 13).

Im Unterschied zur herkömmlichen repräsentativdemokratischen „politics of ideas" setzt Phillips dabei auf faire Repräsentation im Sinne einer „politics of presence", d.h. einer abgeschwächten Form der Gruppenrepräsentation. Die Strategie der „politics of presence" stellt somit nicht nur eine Herausforderung des herrschenden liberalen Repräsentationsverständnisses dar, sondern nimmt auch eine andere Perspektive ein als bestimmte – in den Worten von Phillips – radikaldemokratische Alternativen, die die Aufmerksamkeit primär auf ökonomischen oder sozialen Wandel gelegt haben. Alle sozialreformerischen Ansätze verfolgen über diverse Unterschiede hinweg dieselbe materialistische Analyse der Probleme, die sich im Zusammenhang mit politischer Gleichheit auftun. Sie betrachten gleiche Partizipationschancen als eine von fundamentalen Veränderungen in sozialen, ökonomischen und manchmal auch bildungspolitischen Bedingungen abhängige Variable. Diese These wird von einer Strategie, die nach gleicher oder angemessener Präsenz verlangt, umgekehrt: „The current interest in achieving equal or proportionate presence reverses this, focusing instead on institutional mechanisms – its critics would say 'political fixes' – that can achieve more immediate change" (Phillips 1995b, 13). Um strukturelle Ungleichheiten langfristig erfolgreich bekämpfen zu können, hält Phillips institutionelle Reformen innerhalb des politischen Systems für erforderlich und vorrangig. „Political reforms cannot substitute entirely for economic and social ones, but can certainly provide the enabling conditions" (Phillips 1999, 30).

Anne Phillips betrachtet somit den Ansatz, politische Gleichheit herzustellen, als eine Form der Bekämpfung struktureller sozialer Ungleichheit. Hierfür gibt sie drei Gründe an: Erstens bildet die Beteiligung im Sinne von *empowerment* benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen am politischen Prozess in der Regel eine Voraussetzung und keine Konsequenz einer mehr an Gleichheit orientierten sozialen Politik. Erst wenn die Betroffenen selbst aktiv an der Politikgestaltung beteiligt sind, kann man erwarten, dass Politikinhalte auch deren Bedürfnisse widerspiegeln.[14] Zweitens erweist sich die Kultur einer liberalen Demokratie

14 Diese Erwartung lässt sich aber nicht als Garantie verstehen (vgl. hierzu 4.2.1).

nachgiebiger gegenüber Forderungen nach politischer als gegenüber solchen nach sozialer Gleichheit. Politische Ungleichheit oder der Ausschluss von politischer Teilhabe werden in liberalen Demokratien der Gegenwart viel eher als ein drängendes und unerwünschtes Problem angesehen als die Existenz sozialer Ungleichheit. Als drittes hält sie – allerdings eher lamentierend als argumentierend – fest, dass die Menschen einfach keine Lust mehr haben, noch länger auf einen fundamentalen sozialen Wandel zu warten (vgl. Phillips 1999, 31, 34f.; 1995b, 13). Obwohl Phillips eine der zentralen Ursachen für die Repräsentationsdefizite von Frauen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung begründet sieht, plädiert sie also nicht für eine konkrete Reformpolitik im Bereich der sozialen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, sondern für gleichstellungspolitische Maßnahmen wie z.B. Frauenquoten zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik (vgl. Phillips 1999, 30-35; 1995b, 13). Sie ist sich der Kritik bewusst, dass die Forderung nach Frauenquoten in der Politik wie ein Versuch 'den Karren vor das Pferd zu spannen' erscheint. Kritikerinnen und Kritiker dieser Strategie halten Maßnahmen wie die Einrichtung oder Erhöhung der Plätze in der öffentlichen Kinderbetreuung, Arbeitszeitverkürzungen für Abgeordnete oder den Versuch, Männer zur Übernahme ihres Anteils an Sorge-, Pflege-, Betreuungs- und Versorgungsarbeit zu bewegen, für wesentlich sinnvoller (Phillips 1999, 34). Gegen eine solche Kritik an gleichstellungspolitischen Maßnahmen innerhalb der Politik verwehrt sich Phillips jedoch mit der Begründung, dass diese Kritik die Bedingungen, an die ein qualitativer Politikwechsel geknüpft ist, nicht ernst genug nimmt. Eine andere Politik muss nicht nur inhaltlich gestaltet werden, sondern es muss auch berücksichtigt werden, wie die neuen Inhalte überhaupt eingebracht und umgesetzt werden können. Dabei gilt für sie: „[C]hanging the people who formulate the policies looks a promising start" (ebd.).

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung stellt in Phillips' Argumentation ein politisches Problem dar, weil sie die politische Unterordnung von Frauen fortschreibt. Die Demokratietheoretikerin sieht darin aber nicht das einzige Geschlechterproblem mit politischen Implikationen. Innerhalb privater Beziehungen zwischen Männern und Frauen gibt es noch andere Aspekte, die politische Implikationen haben (z.B. Gewalt, Sexualität). Von feministischer Seite sind Maßnahmen vorgeschlagen worden, die diese Bedingungen verändern (z.B. Frauenhäuser, bezahlbarer Wohnraum, Veränderung der Arbeitszeiten und -bedingungen, Kampf gegen Vorurteile und Traditionen, die in Parteien gegenüber Frauen wirksam werden). Phillips hält alle diese Maßnahmen für wichtig und angemessen. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass keine davon eine Erhöhung der Zahl der politisch präsenten Frauen garantieren könne, da die Entscheidung, poli-

tisch aktiv zu werden, durch veränderte strukturelle Bedingungen zwar erleichtert werden kann, letztendlich aber jeder Frau selbst obliegt (vgl. Phillips 1995a, 242). Aus den skandinavischen Erfahrungen mit Gleichstellungspolitik innerhalb des politischen Systems zieht sie vielmehr den Schluss: „So scheint Politik eine sehr viel unabhängigere Größe zu sein, als man hätte vermuten können, und eine echte politische Gleichstellung scheint auch ohne grundlegende soziale oder ökonomische Reformen möglich" (Phillips 1995a, 36).[15]

Anne Phillips sieht einen Zusammenhang zwischen politischer Gleichheit und einer demokratischen Kultur, die nicht nur Ungleichheit als politisches Prinzip ausschließt, sondern auch nicht gewillt ist, Ungleichheiten in anderen Lebensbereichen hinzunehmen. Sie problematisiert, dass dieser Zusammenhang zunehmend aus dem Blick gerät. Ihres Erachtens liegt die Ursache dafür nicht so sehr darin, dass politische Gleichheit keine Garantie für soziale Gleichheit ist, sondern darin, dass politische Gleichheit gar nicht als erreicht gelten kann. In einer Demokratie, die in ihren formalen Repräsentationsorganen fortlaufend ganze Bevölkerungsgruppen wie z.B. Frauen oder Menschen nicht-weißer Hautfarbe ausschließt und dies, obwohl formale Bedingungen (allgemeines, gleiches, freies Wahlrecht und freie Meinungsäußerung) als verwirklicht gelten können, ist politische Gleichheit nicht erreicht. Phillips' Verständnis von politischer Gleichheit bezieht sich dabei nicht nur auf formal gleiche Rechte, sondern auch auf die Anerkennung eines „equal worth", der verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern jeweils zukommt. Sie begreift soziale und kulturelle Gleichberechtigung als Aspekte von politischer Gleichheit und nicht als deren Voraussetzung (Phillips 1999, 15f.).

Die Beseitigung sozialer Ungleichheit gilt Phillips somit weder als eine Voraussetzung, die erfüllt sein muss, damit politische Gleichheit herrschen kann, noch als ein Ziel, das aus einer Situation heraus, in der politische Gleichheit tatsächlich herrscht, angestrebt werden soll. Sie begreift die Beseitigung von sozioökonomischen Ungleichheitsverhältnissen vielmehr als eine Dimension politischer Gleichheit. Die Herstellung geschlechteregalitärer Arbeitsteilung, die Beseitigung von ungerechtfertigten Einkommensdifferenzen und eine grundlegende Reform gesellschaftlicher Arbeitsteilung stellen für sie deshalb nicht nur den Gegenstand sozialer Reformen dar, sondern bilden einen inhärenten

15 Diese Schlussfolgerung von Phillips kann in Anbetracht der Tatsache, dass in allen skandinavischen Ländern die hohe politische Partizipation von Frauen mit einer im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr hohen Rate an vollzeiterwerbstätigen Frauen einhergeht, allerdings kaum überzeugen.

Bestandteil des politischen Gleichheitsversprechens, das die Demokratie für alle ihre Bürgerinnen und Bürger bereithält (Phillips 1999, 16-18).

Gleichwohl betont Phillips, dass eine sozialistische und auch sozialdemokratische Kritik an der liberalen Demokratie, die immer darauf zielte, diese als eine lediglich formale Institution zu identifizieren, einseitig verengt ist. Ausgehend vom Widerspruch zwischen dem Anspruch politischer Gleichheit und der Existenz sozialer Ungleichheit zielt eine sozialistische Strategie auf die Überwindung der sozialen Differenz, die in unterschiedlichen sozialen Klassen ihren Ausdruck findet. Feministische Auseinandersetzungen mit Demokratie insistieren demgegenüber darauf, dass strukturelle Demokratiedefizite und -hindernisse nicht ausschließlich an der Kategorie der Klasse festgemacht werden können. Sie führen vor allem Geschlecht, aber auch Ethnie als Strukturkategorien ein, über die soziale und politische Ungleichheit funktionieren. Im Unterschied zum Umgang mit Klassendifferenzen zielt der Umgang mit Differenzen, die aus der geschlechtlichen oder ethnischen Zuordnung einer Person rühren, aber nicht auf die Abschaffung von Geschlecht oder Ethnie, sondern auf deren Anerkennung. Die Erweiterung der Ungleichheitsanalyse um die Kategorien Geschlecht und Ethnie führt somit zu der Einsicht, dass es sich bei den Kategorien Klasse, Geschlecht und Ethnie um Differenzen handelt, über die sich verschiedene Hierarchieverhältnisse konstituieren und deren Überwindung nicht durch eine einzige universelle Strategie angestrebt werden kann. Für Phillips resultiert daraus „a conviction that we must give up on the yearning for an undifferentiated unity as the basis for democratic politics" (Phillips 1993, 4). Demokratische Politik muss von einer differenten und heterogenen Zusammensetzung der politischen Subjekte ausgehen. Insofern orientiert sich Phillips' Vision der Demokratie an „democracy through difference" (Phillips 1993, 5). Die Politikwissenschaftlerin betont allerdings auch die Gefahr, dass das Insistieren auf Differenz und die Betonung der Partikularität von Gruppenidentitäten in eine individualistische Politik des Eigeninteresses münden kann, deren Implikationen demokratietheoretisch mindestens genauso problematisch sind wie die falschen Ansprüche und Forderungen, die aus dem Universalismus der liberalen Demokratietheorie resultieren. Normativ besteht für Phillips kein Zweifel daran, dass das Anliegen der Demokratie in der Verwirklichung politischer Gleichheit im Sinne einer gleichwertigen Anerkennung grundsätzlich verschiedener Personen bestehen muss.

In Hinblick auf die Frage, wie die Demokratie mit dem Problem der aus bestimmten Formen der Arbeitsteilung resultierenden sozialen Ungleichheit umgehen soll, plädiert Phillips implizit für ein konsekutives Modell der Herstellung von Gleichheit. Sie fordert konkrete politische Maßnahmen, die weniger auf

die soziale Sphäre der Arbeit zielen, als vielmehr auf die politische Sphäre der Demokratie. Phillips' These lautet, dass es einer Veränderung politischer Repräsentationsverhältnisse bedarf, um das formale Prinzip politischer Gleichheit in eine substantielle Form politischer Gleichheit zu transformieren und somit das Versprechen demokratischer Gleichheit für alle überhaupt erst einzulösen. Dies gilt ihr als die Voraussetzung, um Demokratie im Sozialen zu ermöglichen.

4.3 Würdigung und Kritik des Ansatzes

Den zentralen Referenzpunkt für die feministische Demokratiekonzeption von Anne Phillips bildet die geschlechterkritische Auseinandersetzung mit zentralen Annahmen, Normen und Voraussetzungen liberaler Demokratie. Die feministische Kritik mündet dabei in einem in doppelter Hinsicht kritischen bzw. erweiterten Politikverständnis: Zum einen wird der Bereich des Politischen für die in liberalen Demokratiekonzepten im Privaten verankerte Kategorie der Differenz geöffnet. Zum anderen werden Geschlechterbeziehungen, die im Rahmen des liberalen Demokratiediskurses als private Verhältnisse gelten und somit nicht innerhalb der Reichweite von Demokratie liegen, als Über- und Unterordnungsverhältnisse und somit als politische Verhältnisse identifiziert.

In liberalen Demokratiekonzeptionen gilt im Bereich des Öffentlichen, d.h. dort, wo sich die Individuen als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger begegnen, formale Gleichheit als organisierendes Prinzip, während für das Private Differenz und Ungleichheit kennzeichnend sind. Der geschlechterkritische Blick fördert allerdings zutage, dass es sich beim abstrakten Individuum als Ausgangspunkt und Ziel von demokratischer Gleichheit nicht um eine objektive, d.h. geschlechtsneutrale Figur handelt, sondern um eine geschlechtsspezifische Konstruktion, die männlich geprägt ist. Statt eine partikularistische Individuumskonzeption zur allgemeinen Norm zu machen, empfiehlt Phillips Differenz als Grundlage und als Ausgangspunkt von demokratischer Politik zu begreifen. Demokratie bedeutet dann nicht nur, dass verschiedene Ideen politisch zu repräsentieren sind, sondern auch verschiedene Individuen. Diese Anforderung übersetzt Anne Phillips in ihr Konzept von „politics of presence". Auf der Basis dieser Konzeption entwickelt sie eine Vorstellung von fairer Repräsentation, in der Differenz und Heterogenität Rechnung getragen werden kann. Sie argumentiert dabei aber nicht ausschließlich für das Prinzip der Gruppenrepräsentation, sondern will das herrschende liberaldemokratische Repräsentationssystem lediglich um Elemente der Gruppenrepräsentation erweitern. Erfasst werden von ihrem Repräsentationsmodell Gruppen, die im Rahmen der herrschenden Verhältnisse unter

strukturellen Benachteiligungen zu leiden haben, was sich auch in mangelnder Repräsentation bei den gewählten Abgeordneten widerspiegelt. Als zentrale gesellschaftliche Gruppenmerkmale in diesem Sinne identifiziert Phillips die Kategorien Geschlecht und Ethnie. Diese Kategorien erscheinen in Phillips' Demokratiekonzeption im Unterschied zu liberalen Demokratiekonzeptionen nicht als deskriptive Merkmale, sondern stellen genuin politische Kategorien dar.

Mit diesem Begriff von Geschlecht als einer Kategorie des Politischen und einem Verständnis von Geschlechterverhältnissen als politischen Verhältnissen, ist auch die zweite Erweiterung des feministischen gegenüber einem liberalen Politikverständnis benannt. Insofern als Geschlechterverhältnisse Über- und Unterordnungsverhältnisse darstellen, bilden sie politische Verhältnisse und in diesem Sinne gilt das Private als politisch. Wie Dahl öffnet Phillips das Verständnis von Politik zum Sozialen. Sie verweist dabei aber darauf, dass nicht nur die von Dahl betonte kapitalistische Verknüpfung von Eigentumsverhältnissen und Entscheidungsbefugnissen problematische Implikationen für die Demokratie hat. Auch hierarchische Geschlechterverhältnisse und die nicht nur kapitalistische, sondern auch androzentrische Verfasstheit des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beschränken die Entfaltung und Entwicklung von Demokratie.

Im Folgenden wird dargestellt, welche zentralen Einsichten und Erkenntnisse für den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit ausgehend von diesem doppelt erweiterten Politikverständnis aus Phillips' Auseinandersetzung mit Demokratie gewonnen werden können. Anschließend werden kritische Aspekte der Phillips'schen Konzeption des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit zusammengetragen.

4.3.1 Feministische Erkenntnisse zum Zusammenhang von Demokratie und Arbeit

Anne Phillips kommt das Verdienst zu, einen Problem- und Defizitbereich der Demokratie zu fokussieren, der jenseits feministischer wissenschaftlicher Debatten um Demokratie weitgehend unberücksichtigt geblieben ist. Sie betont die Bedeutung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die Zuständigkeit von Frauen für das Private als Demokratieproblem. Damit rückt sie einen demokratiepolitischen Problemkontext in den Blickpunkt, der in traditionellen Auseinandersetzungen um den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit oder Demokratie und Ökonomie außer Acht gelassen wird. Als Bereich gesellschaftlicher Arbeitsteilung wird in diesen Debatten lediglich der außerhäusliche, marktlich organisierte Bereich von Arbeit wahrgenommen. Phillips lenkt aus

einer feministischen Perspektive auf Demokratie den Blick auf die Bedeutung von privaten Geschlechterbeziehungen als Arbeitsbeziehungen.

Aus ihrer geschlechterpolitischen Auseinandersetzung mit Demokratie lassen sich in Hinblick auf die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit verschiedene Punkte festhalten: Nimmt man erstens das hierarchische Geschlechterverhältnis in der Demokratie in den Blick, so kommt man nicht umhin, einen Zusammenhang und eine Wechselwirkung zwischen den beiden Sphären sozialer Arbeitsteilung und politischer Aktivität festzustellen. Dieser Zusammenhang gestaltet sich zweitens derart, dass die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung den Anspruch auf politische Gleichheit unterläuft. Phillips stellt dar, wie geschlechtsspezifische Arbeitsteilung politische Gleichheit konterkariert: (a) Viele Frauen verfügen aufgrund der Zuständigkeit für versorgende, pflegende und erziehende Tätigkeiten über weniger Zeit für politische Aktivität als die meisten Männer. Dadurch wird das Prinzip gleicher politischer Partizipationsmöglichkeiten unterlaufen. (b) Ebenso verhindert die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, insbesondere durch die hierarchischen Bewertungen und Annahmen, die damit einhergehen, eine geschlechtergerechte Ordnung des Erwerbsarbeitsmarktes. Gleiche politische Repräsentation von Frauen wird u.a. auch durch berufliche Qualifikationen eingeschränkt: Frauen sind in bestimmten Berufen und in beruflichen Führungsfunktionen, die für eine politische Tätigkeit besonders qualifizieren oder von den Wählerinnen und Wählern für qualifizierend gehalten werden, deutlich weniger präsent als Männer. (c) Auch jene Bedingungen, die Politik als Beruf kennzeichnen, beschränken die Zugangschancen von Frauen für diesen Beruf – zumindest wenn sie sich neben dem Beruf eine Familie wünschen und in das Aufziehen und Versorgen der Kinder einbezogen sein möchten.

Darüber hinaus kann festgehalten werden, dass Phillips die Arbeitsteilung im Zusammenhang mit Demokratie nicht ausschließlich aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung problematisiert. Anhand der von ihr aufgeworfenen Frage „Which Equalities Matter?“ kritisiert sie aktuelle liberalismuskritische Demokratiekonzepte für die Vernachlässigung der ökonomischen Dimension von sozialer Ungleichheit. Phillips teilt zwar das Anliegen einer differenzpolitischen Kritik am Liberalismus. Auch sie hält die differenzpolitische Forderung, dass bestimmte soziale Kategorien wie ‘Geschlecht’ und ‘Ethnie’ als demokratierelevant anerkannt werden müssen, für unabdingbar. Sie verweist allerdings darauf, dass ökonomische Ungleichheit nicht nur eine Reflexion bestimmter kultureller Ungleichheiten darstellt, sondern eine eigene Dimension sozialer Ungleichheit. Soziale Effekte der Ökonomie stellen somit kein von kulturellen Diskriminierungsformen abgeleitetes, sondern ein eigenständiges Demokratieproblem dar. Phillips hält sozioökonomische Ungleichheit und das demokratische Prinzip politischer Gleichheit für unvereinbar, weil die unterschiedliche Ausstattung mit ökonomischen Ressourcen in eine ungleiche Verteilung politischer Ressourcen mündet. Geht man davon aus, dass die ungleiche Verteilung ökonomischer Ressourcen lediglich einen Ausdruck bestimmter Formen von Arbeitsteilung darstellt, so lässt sich Phillips dahingehend interpretieren, dass Arbeitsteilung, die in sozialer Ungleichheit mündet, die sozialen Voraussetzungen der Demokratie untergräbt. Der zweite und für die Demokratietheoretikerin wichtigere Punkt besteht darin, dass soziale Ungleichheit in ihren Augen dazu angetan ist, den politischen Wert der Gleichwertigkeit und der gleichen Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger außer Kraft zu setzen.

Die Fokussierung auf das geschlechterpolitische Defizit der Demokratie wirft auch auf die Auseinandersetzung um den Zusammenhang von Demokratie und Ökonomie ein neues Licht. Dahl betont in seiner Kritik am demokratischen Defizit ökonomischer Strukturen in erster Linie die dort herrschenden Autoritätsverhältnisse als Folge einer falschen Zuordnung von Eigentumsverhältnissen und Entscheidungsbefugnissen. Phillips hingegen kann darlegen, dass Autoritäts- und Herrschaftsverhältnisse auch einen Reflex bestimmter Anerkennungsverhältnisse darstellen und dass gerade die Anerkennung und Missachtung bestimmter beruflicher Tätigkeiten in hohem Maße von geschlechtsspezifischen Faktoren bestimmt werden. Gleichwertige Anerkennung wird dabei häufig durch geschlechtshierarchische Muster unterlaufen. Dabei wird auch deutlich, dass sich ökonomische Ungleichheiten nicht ausschließlich als Effekte ökonomischer Mechanismen erklären lassen. Der Blick auf die Effekte der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zeigt, dass Frauen nicht nur in der beruflichen Sphäre des Arbeitsmarktes Männern untergeordnet sind, sondern insbesondere auch innerhalb häuslicher Beziehungen, die sich ebenfalls über Arbeitsteilung konstituieren.

Anne Phillips spricht Arbeit und Arbeitsteilung insbesondere in Gestalt der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung eine zentrale Funktion für die Erklärung geschlechterpolitischer Defizite der modernen Demokratie zu. Damit integriert sie Arbeit als eine zentrale Kategorie in die demokratietheoretische Problemanalyse. Im Widerspruch dazu nimmt Arbeit innerhalb ihrer konzeptionellen Überlegungen zur Gestaltung geschlechtergerechter Demokratie allerdings keinen prominenten Platz ein.

4.3.2 Kritik an Phillips' Konzept von Demokratie und Arbeit

Phillips problematisiert den Zusammenhang von sozialer und politischer Arbeitsteilung in der Demokratie. Gleichwohl reproduziert sie in ihrem Konzept zur Beseitigung dieses Demokratiedefizits die charakteristische Trennung zwischen Politik und Ökonomie respektive Demokratie und Arbeit. Die Demokratietheoretikerin führt die Repräsentations- und Partizipationsdefizite von Frauen insbesondere auf Gleichheitsdefizite in den Geschlechterverhältnissen als Arbeitsbeziehungen zurück. Ihr Blick richtet sich dabei sowohl auf die hierarchische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen im privaten Bereich als auch auf die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung im Bereich der marktförmig organisierten Erwerbsarbeit. Die zentrale Schraube, an der ihrer Ansicht nach gedreht werden müsste, um Demokratie in einem geschlechtergerechten Modus zum Laufen zu bringen, stellt die „Geschlechterschraube" auf politischer Ebene dar. Erst wenn der Motor politischer Gleichheit richtig läuft, ist die Voraussetzung dafür hergestellt, auch in Fragen der sozialen Demokratie Fahrt aufzunehmen.

Hier findet sich eine ähnliche Argumentationsfigur, wie sie für das deliberative Demokratiekonzept von Habermas herausgearbeitet wurde (vgl. 3.2.1): Die Frage sozialer und ökonomischer Ungleichheit kann zum Gegenstand von Demokratie werden, d.h. auf die demokratische Agenda gesetzt werden. Sie stellt aber keine der Demokratie inhärente Dimension dar. Auch Phillips' feministisches Demokratieverständnis bricht in Hinblick auf die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit nicht grundlegend mit einer Konzeption von Demokratie, in der diese als die Arena der Auseinandersetzung um politische Probleme und deren Lösung angesehen wird, und in der vor allem Fragen nach der Gestaltung demokratischer Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren im Zentrum der demokratietheoretischen Diskussion stehen. Fragen der Arbeitsteilung und ökonomische Ungleichheit sind für Phillips insofern relevant, als sie in Hinblick auf die politische Repräsentation von Bedeutung sind.

Die feministische Perspektive von Phillips zeichnet sich gegenüber einem liberalen ebenso wie gegenüber einem republikanischen oder deliberativen Blick auf Demokratie dadurch aus, dass sie die Bedeutung privater (Geschlechter-) Verhältnisse (auch) als Arbeitsbeziehungen für Demokratie thematisiert und problematisiert. Dies bedeutet, dass geschlechterspezifische Defizite der Demokratie hier nicht nur über die Kategorie Geschlecht, sondern auch über die Kategorie Arbeit thematisiert werden. Phillips verhandelt die Kategorien Arbeit und Geschlecht im Zusammenhang mit Demokratie aber nicht auf derselben Bedeutungsebene. Die Kategorie Geschlecht erhält bei ihr den Status einer zentralen demokratietheoretischen Kategorie. Arbeit hingegen gilt zwar als eine

problematische Kategorie im Zusammenhang von Geschlecht und Demokratie, sie erreicht bei Phillips aber nicht den Status einer eigenständigen demokratietheoretisch relevanten Kategorie. Dies zeigt sich beispielsweise in Phillips' Kritik partizipatorischer Demokratieansätze. Sie kritisiert solche Ansätze als geschlechtsblind, weil sie erstens den Konflikt zwischen zeitintensiven Partizipationsformen und der Verantwortung für den privaten Sorge- und Pflegebereich von Frauen nicht sehen. Zweitens beschränken sie sich vor allem auf den Arbeitsplatz als zentralen Ort von erweiterten Demokratiekonzepten. Darin sieht Phillips eine Benachteiligung von Frauen, weil die Erwerbsarbeit für sie häufig nicht den zentralen Lebensbereich darstellt. Vor allem der zweiten Kritik von Phillips muss man – in Anbetracht der stetig wachsenden Erwerbsbeteiligung von Frauen – entgegenhalten, dass die Relevanz von außerhäuslicher beruflicher Arbeit in den Lebensentwürfen von Frauen kontinuierlich zunimmt. Das Problem partizipatorischer Demokratieansätze ist somit vielleicht nicht unbedingt darin zu sehen, dass sie den Arbeitsplatz als Ort von Demokratie fokussieren, sondern eher darin, dass die demokratische Gestaltung der Arbeit auch unter Einbeziehung feministischer Perspektiven erfolgen sollte.

Phillips' Strategie der fairen Repräsentation als gleichberechtigte Repräsentation und Partizipation von Frauen in den institutionalisierten Arenen demokratischer Politik richtet den Blick auf ein entscheidendes geschlechterpolitisches Defizit moderner Demokratie. Indem sie die Ursachen dieses Defizits (z.B. Arbeitsteilung) aber nicht selbst zum Gegenstand oder Ort demokratischer Prozesse macht, reproduziert sie auch aus einer geschlechterdemokratischen Perspektive blinde Flecken im Rahmen eines an politischer Gleichheit orientierten herrschaftskritischen Demokratieverständnisses. Phillips' geschlechterkritischer Blick auf die Demokratie deckt Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen Männern und Frauen im öffentlichen und privaten Bereich der Arbeit als Demokratiedefizit auf. Das hierarchische Geschlechterverhältnis wird hier als hierarchisches Arbeitsverhältnis kritisiert. Die Hierarchie in der Arbeit nimmt Phillips dabei allerdings ausschließlich als Problem der Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen Männern und Frauen wahr. Arbeit erweist sich aber sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum als ein Medium, über das Über- und Unterordnungsverhältnisse nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern durchaus auch innerhalb eines Geschlechts organisiert werden. So geht die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen beispielsweise auch mit einer neuen Hierarchisierung insbesondere unter Frauen einher: Viele gut ausgebildete Frauen wollen weder auf ihr Berufsleben noch auf Familie verzichten. Da sich das Erwerbsarbeitssystem aber in keiner Weise dahingehend verändert hat, dass es mit außerberuflichen

Anforderungen des Lebens kompatibel ist, setzt die Berufstätigkeit von Frauen in der Regel eine Umverteilung von Familien- und Erziehungsarbeit voraus. Diese Umverteilung der früher zumeist von Frauen unentgeltlich erbrachten Familienarbeit findet nun aber häufig nicht zwischen Männern und Frauen innerhalb einer Familie statt, sondern wird an andere Frauen – oft zu prekären Bedingungen – delegiert (vgl. Friese 1995; Hess/Lenz 2001; Gather/Geissler/Rerrich 2002).

Die Stärke von Phillips' Demokratieanalyse liegt in Hinblick auf die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit zweifelsohne darin, dass sie Effekte sozialer Arbeitsteilung insbesondere in Gestalt der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung nicht nur als soziales Problem, sondern als ein politisches und somit genuines Demokratieproblem begreift. Ausgehend von ihrer Frage nach den problematischen Zusammenhängen zwischen Demokratie und Geschlecht identifiziert sie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als eine zentrale Ursache für geschlechterdemokratische Defizite. Gleichwohl greift ihre Analyse der geschlechterhierarchischen Dichotomie zwischen öffentlich und privat zu kurz, wenn darin aus der Zuschreibung von privater Reproduktionsarbeit in Kombination mit mangelnder Anerkennung von vornehmlich von Frauen ausgeführten Tätigkeiten nur hierarchische Verhältnisse zwischen Männern und Frauen in den Blick geraten. Problematisch erscheint darüber hinaus, dass Phillips das Problem geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung als Demokratieproblem zwar analysiert, Arbeit aber nicht als Kategorie in ihr Demokratiekonzept integriert. In ihrer Vorstellung von fairer Repräsentation als Mittel zur Beseitigung von geschlechterdemokratischen Defiziten nimmt Arbeit als Dimension von Demokratie keinesfalls einen prominenten Platz ein.

5 Demokratie und Arbeit im Zusammenhang

In den vorangegangenen Kapiteln dieser Arbeit wurde jeweils exemplarisch ein Konzept aus einem liberal, republikanisch, deliberativ und feministisch geprägten Strang des demokratietheoretischen Diskurses systematisch daraufhin untersucht, wie der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit darin entwickelt und dargestellt wird. Die Auswahl orientierte sich an einem Aufsatz von Axel Honneth, in dem dieser das vorherrschende liberale ebenso wie ein republikanisches und deliberatives Demokratieverständnis dafür kritisiert, dass sie den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit nicht angemessen reflektieren. Die hier vorgelegte Rekapitulation der Konzepte erfolgte auf der Basis einer sehr viel detaillierteren und systematischeren Lektüre, als dies Honneth im Rahmen eines Aufsatzes möglich gewesen wäre. Darüber hinaus wurde ein feministisches Konzept in die Untersuchung einbezogen, weil feministische Auseinandersetzungen um Arbeits- wie auch Demokratieprobleme im Zusammenhang mit der Kategorie Geschlecht das Verhältnis von Demokratie und Arbeit problematisieren. In diesem Kapitel werden die Erkenntnisse aus der Untersuchung in Hinblick auf die Frage des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit zusammengestellt.

Strukturiert wird das Kapitel dabei von der Überlegung, die von Honneth formulierte Idee, Demokratie als reflexive Kooperation aufzunehmen und als einen innovativen Anstoß für die Auseinandersetzung um Demokratie als politisches und soziales Projekt zu begreifen. Einführend werden grundlegende Strömungen der bundesdeutschen Auseinandersetzung um Demokratie als politisches und soziales Projekt dargelegt und die darin bereits in der Einleitung angedeuteten Defizite der Debatte nachgezeichnet. Im nächsten Schritt wird Honneths Idee der Demokratie als reflexive Kooperation vorgestellt und kritisiert. Schließlich werden die aus der Untersuchung der vier Demokratiekonzeptionen gewonnenen Erkenntnisse zusammengeführt. Erkenntnisleitend ist dabei die Frage, welche Anknüpfungen aber auch Abgrenzungen sich daraus für die Idee der Demokratie als reflexive Kooperation ergeben.

5.1 Demokratie als politisches und soziales Projekt

In den Auseinandersetzungen um die Zukunfts- und Entwicklungsperspektiven der Demokratie können verschiedene Konzeptionen und Begriffe von Demokratie unterschieden werden. Sie lassen sich entlang diverser Kriterien voneinander abgrenzen. Für die Frage, inwiefern Konzepte der Demokratieentwicklung in der Lage sind, den Wandel der Arbeit als eine Blockade oder auch einen Motor derselben zu begreifen, spielt insbesondere der Aspekt der Reichweite und des Gegenstands von Demokratie eine wichtige Rolle. Entscheidend für die Frage, auf welche gesellschaftlichen Bereiche sich Demokratie überhaupt erstreckt, ist dabei der dem jeweiligen Demokratieverständnis zugrunde liegende Politikbegriff.

Ein enges Politikverständnis liegt jenen Demokratiekonzeptionen zugrunde, die Politik in einem liberalen oder republikanischen Sinn – wenn auch mit unterschiedlichen Vorzeichen – ausschließlich als eine öffentliche Angelegenheit begreifen. In einem liberalen Politik- und Demokratieverständnis erstreckt sich die Reichweite der Demokratie auf den Bereich des politischen Systems, in der Regel auf das Regierungshandeln und wird von einem privaten gesellschaftlichen Bereich getrennt betrachtet. Innerhalb des liberalen Diskurses wird der gesellschaftliche Bereich als Ort der Freiheit verstanden. Staat und Politik gelten als notwendige Instrumente, um die (private) Freiheit der Individuen zu schützen. Auch in einem republikanischen Politik- und Demokratieverständnis werden Öffentlichkeit und Privatheit scharf voneinander getrennt. Im Unterschied zum liberalen Demokratiediskurs hat die Freiheit für republikanisch orientierte Demokratietheoretikerinnen und Demokratietheoretiker ihren Sitz allerdings keinesfalls im gesellschaftlichen, sondern im politisch-öffentlichen Bereich. Während die liberale Demokratie auf einen negativen und instrumentalistischen Begriff von Politik rekurriert, liegt republikanisch inspirierten Demokratiekonzepten ein emphatischer Politikbegriff zugrunde (vgl. dazu Habermas 1994b). Habermas hat als grundlegenden Unterschied zwischen dem modernen liberalen Demokratieverständnis einerseits und dem republikanischen andererseits herausgearbeitet, dass ersteres an institutionellen Verfahren zur Sicherung individueller persönlicher Autonomie orientiert ist, während letzteres das „gute Leben" oder auch die Volkssouveränität, d.h. die öffentliche Autonomie der Bürgerinnen und Bürger, als die zentrale normative Referenz demokratischer Politik begreift (vgl. Habermas 1994b).[1] Gemeinsam ist beiden Ansätzen aber die Tatsache,

1 Habermas versteht seinen deliberativen Entwurf der Demokratie als Synthese aus dem liberalen Postulat der Vorrangigkeit privater Autonomie und dem republikanischen

dass die Sphäre sozialer Arbeitsteilung in der Regel außerhalb der Reichweite von Demokratie liegt. In diesem Punkt unterscheidet sich die deliberative Demokratie – wie in Kapitel 3 gezeigt werden konnte – kaum von liberalen oder republikanischen Ansätzen.

In den politischen und wissenschaftlichen Debatten um Demokratie existiert jedoch auch eine lange Traditionslinie, die auf einem anderen Politikverständnis basiert. Dieses erweiterte Politikverständnis begreift nicht nur die Institutionen und Verfahren des politischen Systems als Politik und somit auch als Gegenstand von Demokratie. Schmidt (2006) charakterisiert den darin zugrunde gelegten Politikbegriff – im Anschluss an Dolf Sternberger – als ein „aktivistisches" Verständnis von Politik, wonach dieses als Vorgang der gesellschaftlichen Veränderung zu begreifen ist und gleichzeitig auch als diejenige Tätigkeit, die diesen Vorgang auslöst, antreibt und fördert. Zugrunde liegt damit ein Politikverständnis, das Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht nur als solche anerkennt, wenn sie im öffentlich-administrativen Bereich des Staates liegen, sondern auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Machtverhältnisse in den Blick nimmt. In Konzepten sozialer Demokratie wird es für unabdingbar gehalten, der „potentiellen Despotie" ökonomischer und gesellschaftlicher Macht über die wirtschaftlich und gesellschaftlich schwächer gestellten Bürger Einhalt zu gebieten (vgl. Schmidt 2006, 241f.).

Meyer weist darauf hin, dass es keine einheitliche, umfassende und unumstrittene „Theorie der Sozialen Demokratie" gibt (Meyer 2005, 46). So unterschiedlich die verschiedenen Ansätze und Überlegungen aber auch sind, es eint sie gegenüber einem liberalen wie auch einem republikanischen Demokratiediskurs, dass sie vor allem die sozialen Implikationen und sozialen Bedingungen von Demokratie in den Blickpunkt rücken. In den Ansätzen, die Demokratie als ein politisches und soziales Projekt begreifen, geht es nicht darum, das für den politischen Liberalismus zentrale Prinzip der gleichen Menschen- und Bürgerrechte und seine Konsequenzen für die allein legitime Organisation der Formen staatlicher Herrschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. Aufgeworfen wird allerdings die Frage danach, wie weit der Geltungsanspruch dieses Prinzips in die gesellschaftliche Gesamtverfassung reicht und welche Voraussetzungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit gegeben sein müssen, um die legitimierenden Normen selbst als real erfüllt ansehen zu können (vgl. Meyer 2005, 32). Charakteristischerweise

von der Vorrangigkeit der öffentlichen Autonomie. Im Konzept der deliberativen Demokratie werden private und öffentliche Autonomie normativ gleich gewichtet und wechselseitig aufeinander bezogen (vgl. Habermas 1999b, 287-289; 1994b, 84-88).

wird in solchen Ansätzen der politische Output, d.h. das Ergebnis politischer Prozesse, betont. Die materiellen Ergebnisse von Politik werden ebenso zum Maßstab für Demokratie wie die Kriterien der Beteiligungschancen und der Kontrolle der Regierenden durch die Regierten. Politische soll zur gesellschaftlichen Demokratie erweitert werden und Verteilungs- und Machtstrukturen mit dem Ziel des Ausgleichs sozialer Ungleichheit gesteuert werden (vgl. Frevel 2004, 76; Meyer 2005, 23; Schmidt 2006, 240f.).

Innerhalb des Horizonts solcher Konzepte, die Demokratie nicht nur als politisches, sondern auch als soziales Projekt begreifen, lassen sich verschiedene Aspekte des Forderungskatalogs unterscheiden: Es geht grundsätzlich um die Erweiterung der politischen Rechte und Pflichten auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Einrichtungen und Prozesse. Dabei geraten zum einen der Auf- und Ausbau von Rechtsansprüchen auf Sozialleistungen im Sinne von sozialen Rechten in den Blick. Zum anderen werden aber auch autonome demokratische Interessenorganisationen in Gesellschaft und Wirtschaft fokussiert (Schmidt 2006, 240f.; Frevel 2004, 76f.). Das zentrale Kennzeichen solcher Demokratiekonzepte, die häufig unter Begriffen wie „soziale Demokratie" oder auch „Wirtschaftsdemokratie" rubriziert werden, besteht darin, dass sie nicht nur die Ordnung des politischen Bereichs, sondern auch Fragen nach einer (gerechten) Ordnung der Sphäre sozialer Arbeitsteilung als inhärente Bestandteile der demokratischen Frage erachten. Die in liberalen und republikanischen Demokratiediskursen grundlegende Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit wird insofern überwunden, als insbesondere der gesellschaftliche Bereich marktwirtschaftlicher Produktionseinheiten als öffentlich in dem Sinne gilt, dass er demokratischen Regelungs- und Ordnungsprinzipien zu unterliegen habe.

Im deutschsprachigen Raum wird ein Verständnis von Demokratie als auch soziales Projekt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunächst in den Arbeiter-Gesellen-Vereinen entwickelt. Nach der Revolution von 1848 bezeichnet aber auch der konservative Reformer Lorenz von Stein sein Konzept einer Kombination aus institutioneller Monarchie und sozialer Staatsverwaltung als soziale Demokratie. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird der Begriff soziale Demokratie mehr und mehr zum Kennzeichen einer bestimmten politischen Parteirichtung: der Sozialdemokratie (vgl. Schmidt 2006, 241). Bereits 1863 kritisierte Ferdinand Lassalle die „sittliche Idee der Bourgeoisie", die auf einer Ablehnung der geburtsrechtlichen Beschränkungen von freiheitlichen Rechten des Individuums beruht und die Forderung erhebt, „die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte als Einzelnem zu garantieren" (Lassalle zitiert nach Meyer 2005, 42). Lassalle befürwortet durchaus die hier betonte Abschaffung geburtsrechtlicher Privilegien. Er

verwehrt sich aber gegen die darin naturrechtlich postulierte Annahme von der Gleichheit aller Individuen. Da die Individuen in der sozialen Realität gerade nicht gleich sind, hat dies zur Folge, dass Schwächere von Stärkeren ausgebeutet werden. Deshalb sei die „sittliche Idee des Arbeiterstandes die, dass die ungehinderte freie Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum für sich allein noch nicht ausreiche, sondern dass zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit der Entwicklung" (Lassalle zitiert nach Meyer 2005, 42).[2]

Eine solche Vorstellung des sittlichen Gemeinwesens, basierend auf gesellschaftlicher Solidarität und Gleichberechtigung, findet sich 1899 als Demokratiekonzeption auch in der Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" von Eduard Bernstein (Bernstein 1899). Hierin formuliert Bernstein ein Verständnis von Demokratie, wonach diese „nicht nur eine bestimmte Regierungsform, sondern eine Leitidee gesellschaftlicher Organisation, bezogen auf den Maßstab gleichberechtigter Teilhaberschaft" sei (Kallscheuer 1986, 552). Diese Leitidee impliziere – in den Worten von Otto Kallscheuer – die Forderung nach einer beständigen Demokratisierung in einem doppelten Sinne: als Ausweitung demokratischer Gleichberechtigung auf immer mehr Subjekte und gleichzeitig die Ausweitung demokratischer Entscheidungsverfahren auf immer mehr gesellschaftliche Funktionsbereiche (vgl. Kallscheuer 1986, 552f.). Im Unterschied zu Marx und Engels sehe Bernstein den Sozialismus nicht durch das Absterben des Staates gekennzeichnet und auch administrative Zentralisierung und Planung der gesamten Wirtschaft nicht als reine, d.h. herrschaftsfreie, Verwaltung von Sachen (Kallscheuer 1986, 536, 554). Für ihn stelle die staatliche Organisation moderner Gesellschaften nicht wie für Marx und Engels ein „zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft notwendiges Gewaltinstrument" (Kallscheuer 1986, 537) dar, sondern ein notwendiges Übel, das durch demokratische Politikformen zu minimieren sei. Die Demokratisierung zentraler Staatsfunktionen solle über Föderalismus, kommunale und „gewerbliche Demokratie" erfolgen (vgl. Kallscheuer 1986, 554).

2 Meyer verweist darauf, dass ähnliche sozialmoralische Vorstellungen in dieser Epoche in England nicht – wie bei Lassalle – im Anschluss an eine hegelianische Argumentation der Abfolge von begrenzten Formen konkreter Sittlichkeiten, sondern zunächst von John Stuart Mill und später von den Theoretikern des Fabianismus auch innerhalb des universalistischen Liberalismus' selbst zum Ausdruck gebracht wurden (Meyer 2005, 43; vgl. dazu auch Beck 1962, 17-23; Bermbach 1986, 332-339; Dahl 1947; Sotelo 1987, 444-446).

Als einen der ersten „wissenschaftlich-systematischen Entwürfe einer Theorie der Sozialen Demokratie" (Meyer 2005, 48) bezeichnet Thomas Meyer das staatstheoretische Konzept von Herrmann Heller, der damit die Entwicklung von einer politischen zu einer sozialen Demokratie befördern wollte. Wie schon Bernstein verteidigt auch Heller in den 1920er Jahren gegenüber der marxistisch-leninistischen Orthodoxie den Eigenwert der liberalen Demokratie als Rahmen für jede legitime Transformation der sozialökonomischen Gegebenheiten kapitalistischer Gesellschaften.[3] Meyer führt aus, dass Heller die Unhintergehbarkeit staatlicher Verfasstheit moderner Gesellschaften ebenso postuliert wie die Tatsache, dass ihre Konflikthaftigkeit unumgänglich ist (Meyer 2005, 49). Konflikte gibt es für Heller auch in einer Gesellschaft, in der soziale und ökonomische Ungleichheiten durch soziale Reformen eingedämmt werden (Heller 1928, 427-429). Gegenüber der liberalen Rechts- und Demokratieauffassung seiner Zeit bestehe Heller aber – so Meyer weiter – auf die Integration der sozial-ökonomischen Gesellschaftssphäre in den Organisationsbereich der Demokratie (Meyer 2005, 49). Staatliche Einheit ist für Heller aus der Mitte einer antagonistisch strukturierten Gesellschaft heraus nur zu gewährleisten, wenn es auf der politischen Ebene gelingt, ein ausreichendes Maß an sozialer Homogenität zu sichern (vgl. Heller 1928). In den 1930er Jahren wird der rechtstheoretische Faden einer in diesem Sinne sozialen Demokratiekonzeption von Franz L. Neumann – auf die Voraussetzungen und den Rechtsbegriff einer Wirtschaftsverfassung fokussiert – weitergesponnen (vgl. Neumann 1931; 1930). Eine Fortführung des Heller'schen staatstheoretischen Konzepts findet sich schließlich in der Bundesrepublik nach 1945 im Rahmen der verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Frage nach der Vorrangigkeit von rechts- oder sozialstaatlichen Prinzipien vor allem bei Wolfgang Abendroth (1967) und in den sozialstaatlichen Überlegungen von Hans-Herrmann Hartwich (1998; 1970).[4]

Arbeit stellt im Rahmen der Auseinandersetzungen um Demokratie als politisches und soziales Projekt insofern eine zentrale Kategorie dar, als diese nicht nur die sozialstaatliche Absicherung von bestimmten „Risiken" persönlicher Lebenslagen behandeln, sondern immer auch die Demokratisierung des ökonomischen Bereichs einer Gesellschaft. In der Diskussion um Demokratie als politisches und soziales Projekt werden auch Konzepte von „Wirtschaftsdemokratie" oder „industrieller Demokratie" entwickelt und diskutiert.[5] Im deutschsprachigen Raum gibt es hier eine Traditionslinie, die von Fritz Naphtali, der in den 1920er Jahren im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Überlegungen anstellte, wie die wirtschaftliche Produktion gegen die kapitalistische Verwertungslogik an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet werden kann (vgl. Naphtali 1969), bis in die 1990er Jahre reicht. Innerhalb dieser Traditionslinie können systematisch drei Ebenen der Wirtschaftsdemokratie unterschieden werden (Demirović 2006, 84; vgl. auch Bontrup 2006; 2005): (1) Die gesamtwirtschaftliche Makroebene umfasst Maßnahmen der regionalen oder nationalstaatlichen Rahmenplanung (unter Mitwirkung der Gewerkschaften) sowie eine unternehmens- und branchenübergreifende Steuerung durch Wirtschafts- und Sozialräte (wie z.B. die drittelparitätisch aus Unternehmerinnen und Unternehmern, Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern zusammengesetzten Selbstverwaltungskörperschaften für verschiedene Wirtschaftszweige) und den Ausbau eines gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Sektors (vgl. Beerhorst 2004, 363). (2) Die Mesoebene richtet sich auf verschiedene Kontrollformen der Marktmacht von Unternehmen gegenüber konkurrierenden Unternehmen und den Konsumentinnen und Konsumenten. (3) Die Mikroebene des einzelnen Unternehmens oder Betriebs bezieht sich auf direkte Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte am Arbeitsplatz (vgl. Bontrup 2006; Vilmar 1999; 1975; Vilmar/Sattler 1978; Vilmar/Weber 2004). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts und im Zeichen von Globalisierung und sich vertiefender europäischer Integration wird über diese drei Dimensionen hinaus auch danach gefragt, wie ein Konzept von Wirtschaftsdemokratie aussehen müsste, das nationalstaatliche Grenzen überwindet. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Forderung, die demokratische Kontrolle der industriellen Produktion auf das international funktionierende Finanzmarktgeschehen auszuweiten. Außerdem wird die Frage aufgeworfen, wie sich die Shareholder-Value-Kultur einer Universalisierung der Konkurrenz zur Steigerung des Kapitalprofits umkehren lässt in eine Bewegung zu seiner Begrenzung (vgl. Aglietta/Rebérioux 2005; Beer-

3 Der orthodoxe sozialistische Gegenentwurf zu Hellers staatswissenschaftlich fundiertem Theorieansatz, der Demokratie als politisches und soziales Projekt begreift, findet sich insbesondere in Max Adlers Ausführungen zur Diskussion der Frage nach politischer *oder* sozialer Demokratie (vgl. Adler 1926).

4 Auch die Auseinandersetzungen um „soziale Bürgerrechte", wie sie im Anschluss an das Konzept des englischen Sozialtheoretikers T.H. Marschall ausgetragen wurden, können in diese Traditionslinie eingereiht werden (vgl. Marshall 1992, 1965; Marshall/Bottomore 1996).

5 Eine systematische und vollständige Diskussion unterschiedlicher Formen und Ausprägungen wirtschafts- oder industriedemokratischer Konzeptionen kann an dieser Stelle leider nicht erfolgen. Hierzu vergleiche die guten Überblicke in Beck 1962; Vilmar 1999; 1975; 1973a, b, c; Werner 1994).

horst 2004, 379f.; Bischoff 2006). Die Vorschläge und Ideen für die drei benannten Ebenen sind auf unterschiedlichem Niveau ausgearbeitet.[6]

Realisiert wurde in der Bundesrepublik Deutschland eine Demokratisierung der Wirtschaft bisher allerdings nur unvollständig. Formal ruht sie auf drei institutionellen Säulen: dem Tarifvertragssystem, der betrieblichen Mitbestimmung sowie der Unternehmensmitbestimmung (vgl. Bischoff 2006, 119-121). Demirović hebt hervor, dass das Prinzip der Partizipation am Arbeitsplatz in der Bundesrepublik traditionell weniger ausgeprägt sei, weil die Gewerkschaften es versäumt hätten, das Mitbestimmungsgebäude auf ein arbeitsplatzbezogenes Fundament zu stellen (Demirović 2006, 78). Im Zuge des Wandels der Arbeit und der Arbeitsorganisation werben demgegenüber insbesondere neue Managementkonzepte mit größeren Beteiligungsangeboten für die Beschäftigen. Zahlreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben allerdings gezeigt, dass und warum es sich bei verschiedenen neueren Managementstrategien und Organisationsprinzipien, die auf eine Verflachung von Hierarchien und verstärkte Partizipation der Beschäftigten bei der Arbeitsorganisation zielen, nicht unbedingt um demokratietheoretisch, sondern zumeist ausschließlich effizienztheoretisch eingebettete Forderungen handelt (vgl. Moldaschl 2004; 1996; Pekruhl 2004).[7]

Auffällig ist, dass in den gegenwärtigen einschlägigen Auseinandersetzungen das Projekt der Demokratie als politisches und soziales Ideal zumeist auf die Forderung nach „Wirtschaftsdemokratie" oder „Mitbestimmung" reduziert wird (vgl. u.a. Bontrup/Müller 2006; Demirović 2007; 2006). Demirović kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die aktuelle Auseinandersetzung um Mitbestimmung demokratietheoretisch unterbelichtet geführt wird: „Ihre Maßstäbe für Demokratie sind oft sehr unscharf und funktionalistisch auf den Erhalt von bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen an sich ausgerichtet" (Demirović 2006, 84). Er hält es für fraglich, ob die Mitbestimmung als Konzept ohne die Einbettung in eine Strategie der sozialen Demokratie überlebensfähig ist und wirft die Frage auf, ob sie nicht in dieser Richtung einer Vertiefung und Erweiterung bedarf (ebd.). Die demokratietheoretische Begrenztheit in der

6 Aktuelle Vorschläge finden sich bei Bontrup 2005 und Beerhorst 2004.

7 Kritische sozialwissenschaftliche Analysen identifizieren die Beschäftigten innerhalb dieser Entwicklung nicht mehr in der Figur des demokratischen Bürgers am Arbeitsplatz, sondern in erster Linie als Unternehmer ihrer Arbeitkraft (vgl. Pongartz/Voß 2000; Voß/Pongartz 1998). Gleichwohl gibt es auch Stimmen, die dafür plädieren, „den gegenwärtigen Formwandel jedoch nicht ideologiekritisch zu den Akten zu legen, sondern in seiner Ambivalenz und möglichen Dialektik wahrzunehmen" (Beerhorst 2005, 162).

Debatte um Demokratie als politisches und soziales Projekt drückt sich auch darin aus, dass in bestimmten Entwürfen zwar an das von Habermas formulierte Konzept der Deliberation als Verfahren angeknüpft wird, das auch im Bereich der Ökonomie Anwendung finden soll, dabei eine kritische Auseinandersetzung mit dem Habermas'schen Demokratiekonzept aber unterbleibt (vgl. Cohen/Rogers 1994; 1992; Hirst 1994). In Hinblick auf eine Konzeption von Demokratie als politisches und soziales Projekt ist dies insofern bedenklich, als die Ökonomie innerhalb der deliberativen Demokratie nicht als demokratisierbar gilt, weil sie ausschließlich einer instrumentalistischen Handlungslogik und einer funktionalistischen Handlungskoordination unterworfen ist.

Die bisher diskutierten Ansätze, in denen Demokratie als politisches und soziales Projekt begriffen wird, stehen allerdings noch vor einem weiteren Problem, das von der feministischen Demokratietheorie aufgezeigt wird: die Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit als ein in doppelter Hinsicht problematisches Fundament demokratietheoretischer Entwürfe (vgl. Elsthain 1981; Klinger 1996; Lang 1997; Moller Okin 1991; Pateman 1983; Wilde 1997). Konzepte, die Demokratie als soziales und politisches Ideal begreifen, überwinden die liberale Trennung zwischen dem politischen Bereich der Demokratie (Staat) und einem gesellschaftlichen Bereich der (Privat-)Wirtschaft. In ihnen wird auch die Ökonomie und somit Arbeit als eine politische Kategorie begriffen. Dem liberalen Demokratieparadigma ist aber noch eine zweite Trennung zwischen öffentlich und privat inhärent, die auch Konzeptionen sozialer Demokratie nicht überwinden. Es wird nicht nur zwischen Staat und (Privat-)Wirtschaft unterschieden, sondern auch zwischen Wirtschaft und (Privat-)Haushalten. Als demokratierelevant gilt dabei nur der Bereich der Wirtschaft. Durch die Ausblendung der privaten Seite der Ökonomie werden aber auch Geschlechterungleichheiten im Zusammenhang mit Arbeit ausgeblendet: Die für die Ökonomie konstitutive geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (bezahlt – unbezahlt) entzieht sich einer politischen Regulation ebenso wie die geschlechtshierarchische Arbeitsbewertung (hoch entlohnt – niedrig entlohnt). Der *homo oeconomicus* gilt als öffentliches Wesen, während die überwiegend von Frauen im Privaten geleistete Sorgearbeit ohne gesellschaftlichen Bezug und Anerkennung bleibt (vgl. Scheele 2008, 95). In der feministischen demokratietheoretischen Auseinandersetzung und Demokratiekritik wird dargelegt, dass es sich beim Geschlechterverhältnis auch in seiner privaten Form um ein hierarchisches soziales Verhältnis handelt, dass konstruiert und laufend reproduziert wird.[8]

8 Wegweisend ist hier – wie in Kapitel 4.1.1 ausgeführt wurde – das Werk von Carole Pateman, die in ihrer Demokratiekritik den modernen Gesellschaftsvertrag nicht

Problematisch scheint der aktuelle Stand der Debatten um Demokratie als politisches und soziales Projekt aber nicht nur in Hinblick auf demokratietheoretische Unzulänglichkeiten, sondern insbesondere auch auf die in der Einleitung dargelegte Komplexität der Probleme im Zusammenhang von Demokratie und Arbeit. In den Blick der Ansätze für eine soziale Demokratie geraten in der Regel Problembündel, die mit der *kapitalistischen* Verfasstheit von Arbeit und Ökonomie zu tun haben. Gegenüber der *androkratischen* Verfasstheit von Arbeit und Ökonomie und den damit einhergehenden Problemen erweisen sich solche Konzeptionen aber überwiegend als blind. Als Ursache dafür kann ein reduziertes und unzulängliches Verständnis von Arbeit innerhalb dieser Ansätze identifiziert werden.

5.2 Eine innovative Idee: Demokratie als reflexive Kooperation

Der von Honneth im Anschluss an Dewey entwickelte Gedanke, Demokratie als reflexive Kooperation zu begreifen, wird hier als ein innovativer Anstoß für die Debatte um Demokratie als politisches und soziales Projekt begriffen. Bei der von Honneth entwickelten Idee handelt es sich nicht um den Versuch, ein institutionelles Demokratie-Design auszuarbeiten, sondern im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit grundlegenden Kategorien und mit einem Verständnis von Demokratie als politisches und soziales Ideal.

In einem Aufsatz setzt sich der Sozialphilosoph mit der Frage nach dem inneren Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit auseinander (Honneth 1999). Einleitend hält er darin fest, dass sowohl der klassisch liberale Demokratiediskurs wie auch kritisch darauf bezogene Ansätze deliberativer und republikanischer Demokratie keinen Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit herstellen. Er rekonstruiert diesen Zusammenhang mit Hilfe der demokratietheoretischen Überlegungen von Dewey und arbeitet als deren normativen Kerngehalt den „internen Zusammenhang von Kooperation und Demokratie" (Honneth 1999, 42) heraus.

Die zentrale Prämisse eines Demokratiekonzepts, das in der Lage ist, Demokratie und Arbeit in einen normativen Zusammenhang zu bringen, lässt sich im Anschluss an Honneths Ausführungen als ein intersubjektives Freiheitsverständnis auszeichnen. Honneth hat an anderer Stelle gezeigt, dass die „ethische Idee, eine Form der gemeinsamen Praxis auszuzeichnen, in der die Subjekte miteinander oder kooperativ zur Selbstverwirklichung gelangen können" (Honneth 2004, 15), die gemeinsame Prämisse der unterschiedlichen sozialphilosophischen Richtungen innerhalb der Tradition der Kritischen Theorie darstellt. In der Annahme, dass „die Vergesellschaftung des Menschen nur unter Bedingungen kooperativer Freiheit gelingen kann" (Honneth 2004, 15), sieht er denn auch nicht nur einen Berührungspunkt zwischen der Kritischen Theorie und dem amerikanischen Pragmatismus (vgl. ebd., Anmerk. 13)[9], sondern arbeitet diese als das grundlegende Fundament für die Idee der Demokratie als reflexiver *Kooperation* heraus. In Hinblick auf die Frage, ob und wie Demokratie und Arbeit in einen Zusammenhang gebracht werden können, ist in einem solchen Freiheitsverständnis kategorial die Möglichkeit angelegt, dass politische und soziale Kooperation in einer Demokratie normativ aufeinander verweisen und in einer Konzeption von Demokratie als politisches und soziales Ideal aufeinander bezogen werden können.[10] Honneth rekonstruiert – im Anschluss an Dewey – konzeptionelle

als einen allgemeinen, auf Freiheit orientierten *social contract* entziffert, sondern als einen freiheitlichen *fraternal contract*, der auf einem auf Unterdrückung beruhenden *sexual contract* aufbaut und nicht unabhängig von diesem begriffen werden kann (vgl. Pateman 1988).

9 Diese zentrale These der Kritischen Theorie sieht Honneth in der Tradition der politischen Philosophie Hegels verwurzelt. Er arbeitet heraus, dass Hegel eine Konzeption von Vernunft entwirft, in der eine Verknüpfung zwischen geschichtlichem Fortschritt und Ethik hergestellt wird. Soziale Pathologien sieht Hegel als das Resultat von gesellschaftlichen Entwicklungen, in denen es nicht gelingt, ein in der Gegenwart existierender Gesellschaften bereits angelegtes Vernunftpotential in den Institutionen, Praktiken und Alltagsroutinen angemessen zum Ausdruck zu bringen (vgl. Honneth 2004, 12f.; 1994a, 20-29). Auch der amerikanische Pragmatismus in der Fassung von Dewey lässt sich auf diese Hegel'sche Wurzel zurückführen (vgl. Honneth 1999, 45).

10 Im Gegensatz dazu identifiziert Honneth ein individualistisches Freiheitsverständnis als normative Grundlage des liberalen Demokratiediskurses. Der klassische Liberalismus betrachte die persönliche Autonomie der Bürgerinnen und Bürger als unabhängig von Prozessen sozialer Interaktion und sehe die zentrale Aufgabe des Staates im Schutz dieser individuellen Freiheit (vgl. Honneth 1999, 42f.). Demgegenüber legen sowohl deliberative als auch republikanische Demokratieansätze „einen kommunikativen Begriff der menschlichen Freiheit" (Honneth 1999, 43) zugrunde, der individuelle Freiheit nicht unabhängig von sozialer Interaktion denke. Honneth kritisiert allerdings, dass dieses Konzept der Freiheit in beiden Entwürfen nach dem Muster der intersubjektiven Rede begriffen wird (vgl. ebd.). Daraus resultiert ein Öffentlichkeitskonzept als Fundament der Demokratie, in dem ein interner Zusammenhang zwischen Sprache und Demokratie hergestellt wird und das die Demokratie einseitig auf die politische Sphäre verkürzt (Honneth 1999, 43, 62f.).

Grundlagen für ein Verständnis von Demokratie als politisches und soziales Ideal. Für Dewey bildet „der gemeinschaftliche Einsatz individueller Kräfte bei der Bewältigung eines Problems" (Honneth 1999, 44), d.h. die Existenz freiwilliger gesellschaftlicher Kooperation, den zentralen Bezugspunkt des zugrunde liegenden intersubjektiven Freiheitsbegriffs. Individuelle politische Freiheit verdanke sich dann in erster Linie der Selbstverwirklichung in einer als Kooperation begriffenen Arbeitsteilung.

Honneth unterscheidet in seiner Rekonstruktion eine frühe und eine spätere Version des demokratietheoretischen Entwurfs von Dewey. Die frühe Version sei stark geprägt gewesen von der Vorstellung, dass das gesellschaftliche Zusammenleben sich gemäß dem Muster eines sozialen Organismus' vollziehe, in dem jedes einzelne Individuum durch seine Tätigkeit an der Reproduktion des Ganzen mitwirke. In seinen demokratietheoretischen Implikationen sei dieser Gesellschaftsbegriff dem Demokratieideal des frühen Marx sehr ähnlich, der die Vorstellung der demokratischen Selbstverwaltung ebenfalls unmittelbar aus der Prämisse einer kooperativen Arbeitsteilung ableite (Honneth 1999, 42). Das frühe Demokratiemodell Deweys beschreibt Honneth in einer kurzen Zusammenfassung wie folgt:

> „[E]ine demokratische Verfassung setzt individuelle Freiheit im Sinne einer ungezwungenen Persönlichkeitsentfaltung voraus, die unter Bedingungen institutionalisierter Chancengleichheit jedes Gesellschaftsmitglied genau die Fähigkeiten und Kräfte entwickeln lässt, die es ihm im Verein mit allen anderen erlauben, brüderlich, oder sagen wir besser: solidarisch zur Verfolgung der gemeinsam geteilten Ziele beizutragen" (Honneth 1999, 49).

Als demokratietheoretisch problematisch gilt Honneth dabei aber der Aspekt, dass sich die Tatsache der freiwilligen gesellschaftlichen Kooperation quasi automatisch in demokratische Selbstverwaltung übersetzt. Dies bedeutet, dass es keiner eigenständigen institutionellen Verankerung der politischen Sphäre bedarf. Ein eigener institutioneller Raum für Verfahren der kollektiven politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung existiert in dieser Fassung kooperativer Demokratie nicht (vgl. Honneth 1999, 50-55).

Einsichten zur Beseitigung dieses institutionellen Defizits gewinne Dewey allerdings unter Rückgriff auf die Erkenntnisse aus seiner Forschung zur Logik des wissenschaftlichen Arbeitens. Hieraus entwickle er Demokratie schließlich als kollektives Verfahren rationaler Problemlösung. Aus dieser Perspektive könne Dewey den „Prozeduren einer ungezwungenen Meinungs- und Willensbildung eine wesentlich größere Rolle für eine wahrhafte Demokratie" einräumen (Honneth 1999, 55). Der Ausgangspunkt und der normative Kern der entwickelten

Demokratiekonzeption von Dewey liegen somit immer noch in der sozialen Arbeitsteilung. Aus dieser gehen die institutionellen Verfahren einer Demokratie aber nicht automatisch hervor, sondern Dewey rekonstruiere den Staat als eigenständige „Sphäre der gemeinsamen Problemlösung" und führe „Öffentlichkeit als diskursives Medium einer kooperativen Problemlösung unter demokratischen Bedingungen" (Honneth 1999, 55) ein. Die politische Sphäre stellt in diesem kooperativen Demokratiekonzept nicht selbst den Ort der Ausübung von Freiheit dar, sondern ein Medium, über das Probleme sozialer Koordination erkundet, bearbeitet und gelöst werden. In einer solchen Konzeption gelten einer Gesellschaft ihre demokratischen Verfahren nicht als Selbstzweck, sondern „die Einrichtung von demokratischen Selbstverwaltungsorganen (...) als Mittel einer *politischen* Lösung ihrer *sozialen* Koordinierungsprobleme" (Honneth 1999, 58; Hervorhebung A.L.). Von entscheidender Bedeutung ist dabei, dass in der Fassung von Demokratie als *reflexiver* Kooperation das Politische nicht ganz im Sozialen aufgeht.

Das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, d.h. die Einsicht in die Notwendigkeit und Angemessenheit demokratischer Verfahren, könne von Dewey darauf zurückgeführt werden, dass jedes Gesellschaftsmitglied durch eine faire und gerechte Arbeitsteilung die Erfahrung machen könne, dass die eigenen Leistungen in Kooperation mit anderen zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele beitragen (vgl. ebd.). Demokratisches Bewusstsein werde somit als ein „Bewusstsein geteilter Verantwortung und Kooperation" (Honneth 1999, 60) gefasst, das nicht erst im Prozess der politischen Partizipation selbst entstehe, sondern in einem subpolitischen Bereich gesellschaftlicher Arbeitsteilung angelegt sei. Diese müsse allerdings ihrerseits „so fair und gerecht geregelt sein (...), dass jedes Gesellschaftsmitglied sich überhaupt als aktiver Teilnehmer eines kooperativen Unternehmens verstehen kann" (ebd.). Die zentrale Einsicht der Demokratiekonzeption von Dewey besteht in der Honneth'schen Rekonstruktion demzufolge in der Annahme eines inneren Zusammenhangs und einer wechselseitigen Verwiesenheit von Demokratie und Arbeit. Analytisch werden die Begriffe Demokratie und Arbeit dabei weder aufeinander reduziert noch geht einer im anderen auf; Demokratie und Arbeit bleiben als verschiedene Sphären erhalten, die allerdings in einem Zusammenhang stehen. Dieser Zusammenhang stellt sich für Honneth folgendermaßen dar:

> „[E]rst eine Form der Arbeitsteilung, die jedem Gesellschaftsmitglied nach Maßgabe autonom entdeckter Begabungen und Talente eine faire Chance der Übernahme sozial wünschenswerter Tätigkeiten einräumt, lässt jenes individuelle Bewusstsein einer gemeinschaftlichen Kooperation entstehen, aus dessen Sicht die demokratischen

> Verfahren deswegen einen Wert besitzen müssen, weil sie das beste Instrument der rationalen Lösung gemeinsam geteilter Probleme darstellen" (Honneth 1999, 61).

Gerechte und kooperative Formen der Arbeitsteilung stellen somit aufgrund der Funktionsbedingungen demokratischer Öffentlichkeit grundsätzlich ein normatives Erfordernis von Demokratie dar. Bei der Suche nach einer normativ anspruchsvolleren Fassung demokratischer Partizipation, als sie innerhalb des liberalen Demokratiediskurses vorherrscht, hält Honneth die Idee von Demokratie als reflexiver Kooperation für besonders geeignet, da in dieser die soziale Frage nicht nur als ein wichtiger Aspekt von Demokratie angesehen wird, sondern einen integrativen Bestandteil bildet (vgl. Honneth 1999, 63). Der Widerspruch zwischen der Norm politischer Gleichheit und der Existenz sozioökonomischer Ungleichheitsverhältnisse kann im Rahmen dieses Verständnisses von Demokratie inhärent problematisiert werden, d.h. soziale Ausbeutung und Unterdrückung können nicht nur, sondern müssen demokratietheoretisch kritisiert werden. Indem die sozialen Verhältnisse als genuiner Bestandteil der Demokratie verstanden werden, stellt auch die soziale Frage einen genuinen Bestandteil der demokratischen Frage dar.

Honneths Ausführungen über die konzeptionellen Grundlagen für Demokratie als reflexiver Kooperation schließen mit der Frage, in welche konkrete Form dieses Projekt gegossen werden kann. Hierzu hält der Sozialphilosoph fest, dass es vor dem absehbaren allmählichen Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft in den hoch entwickelten Ländern

> „nicht mehr einfach die Form einer normativ inspirierten Restrukturierung des kapitalistischen Arbeitsmarktes annehmen [kann, A.L.]; vielmehr ist eher an das Projekt einer weitreichenden, radikalen Neudefinition dessen zu denken, was in Zukunft in dem Sinn als kooperativer Beitrag zur gesellschaftlichen Reproduktion zu gelten hat, das jedes erwachsene Gesellschaftsmitglied erneut die Chance zur Mitwirkung an der arbeitsteiligen Kooperation erhält" (Honneth 1999, 65).

Seine demokratietheoretische Reflexion des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit mündet somit in der Aufforderung, einen demokratieverträglichen Arbeitsbegriff zu formulieren. Hier liegt ein zentraler Anknüpfungspunkt zur feministischen Theorie, in der ebenfalls über einen demokratisch sinnvollen Arbeitsbegriff diskutiert wird: Auch aus einer geschlechterkritischen Perspektive kann bezweifelt werden, dass die Idee der Demokratie als reflexiver Kooperation einfach die konkrete Form einer normativ inspirierten Restrukturierung des *kapitalistischen* Arbeitsmarktes annehmen kann. Feministische Wissenschaft hat nachgewiesen, dass herrschaftliche und undemokratische Effekte des modernen Arbeitsmarktes in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis nicht ausschließlich

auf dessen kapitalistische, sondern insbesondere auch auf seine androzentrische Verfasstheit zurückzuführen sind. Die geschlechtshierarchische Struktur des Arbeitsmarktes wurzelt gesamtgesellschaftlich in einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und darin, dass die Organisation, Verteilung und Bewertung von Arbeit nach wie vor einem hierarchischen Geschlechtercode folgt (Gottschall 1995; Kurz-Scherf/Lepperhoff/Rudolph 2003; Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2006; Wetterer 2002).

Kritisch zu hinterfragen ist zudem die These vom „allmählichen Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft" (Honneth 1999, 65). Wie in der Auseinandersetzung mit Habermas bereits herausgearbeitet wurde (vgl. Kapitel 3.3.3), trifft die These vom Ende der Erwerbsarbeit und der damit zusammenhängende Relevanzverlust der Kategorie Arbeit in der behaupteten Allgemeinheit keinesfalls zu. Besonders deutlich lässt sich dies zeigen, wenn man aus der Geschlechterperspektive auf den Gegenstand (Erwerbs-)Arbeit blickt. Die These vom subjektiven Bedeutungswandel respektive Bedeutungsverlust von Arbeit im Leben der Individuen widerspricht in eklatanter Weise der Tatsache, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Westdeutschland seit Jahren kontinuierlich steigt und in Ostdeutschland auf hohem Niveau verbleibt. Aber auch in den mit der Zukunft der Arbeit beschäftigten Disziplinen dominiert am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr die von den 1980er bis zur Mitte der 1990er Jahre vorherrschende These vom Ende der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft, sondern eine Position, die nicht das Ende, sondern einen grundlegenden Wandel der Arbeitsgesellschaft postuliert.[11] Diese Einsprüche gegen die von Honneth angeführte These vom Ende der Er-

11 Von diesem Standpunkt aus werden durchaus unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Zukunftsszenarien entworfen, so z.B. unterschiedliche Konzepte von Wissensgesellschaft (Heidenreich 2003; Stehr 2001; 1994) oder Bürgergesellschaft und Bürgerarbeit (vgl. Beck 2000b). Der Wandel der Arbeit wird zumeist mit den Konzepten „Subjektivierung der Arbeit" (vgl. Baethge 1991; Moldaschl/Voß 2002) oder „Entgrenzung der Arbeit" (Kratzer 2003; Pongratz/Voß 2000; Sauer 2005) beschrieben. Feministische Arbeitsforscherinnen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Analysen, aus denen beispielsweise die Thesen von der „Subjektivierung" oder „Entgrenzung der Arbeit" resultieren, zumeist fokussiert sind auf Beschäftigung, die sich im Rahmen des so genannten Normalarbeitsverhältnisses vollzieht sowie darüber hinaus fast ausschließlich auf männlich dominierte Beschäftigungsbereiche konzentriert. Sie kritisieren, dass den Debatten um Wandel und Zukunft der Arbeit nach wie vor ein reduktionistischer Arbeitsbegriff zugrunde liegt und dass dem Wandel der Geschlechterverhältnisse und deren Rückwirkung auf die Organisation von Arbeit zumeist ungenügende bis keine Beachtung geschenkt wird (vgl. Aulenbacher 2005, 205-265; Becker-Schmidt 2007; Correll/Janczyk/

werbsarbeit und die alleinige Bezugnahme auf die kapitalistische Verfasstheit des Arbeitsmarktes als Demokratiehindernis richten sich aber keinesfalls gegen die Relevanz der von ihm aufgeworfenen Frage nach einem demokratietauglichen Arbeitsbegriff. Das Forschungsdesiderat wird durch die feministische Kritik nur noch deutlicher unterstrichen und zugleich weist die feministische Kritik auf eine zentrale Dimension bei der Bearbeitung des Projekts hin, die in der ursprünglichen Fassung von Honneth unberücksichtigt geblieben ist: Eine normativ anspruchsvolle Konzeption der Demokratie, deren zentrales Merkmal darin besteht, Demokratie nicht nur als ein politisches, sondern auch als ein soziales Ideal zu begreifen, muss in der Lage sein, die Kategorie Arbeit so zu verstehen, dass nicht nur die kapitalistische, sondern auch die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung als Demokratieproblem sichtbar und formulierbar wird.

Selbst wenn die These vom Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft in der Form zutreffen würde, wie Honneth sie formuliert, muss kritisch gefragt werden, ob und wie wünschenswert diese Entwicklung wäre. Seit den gesellschaftstheoretischen Überlegungen von Karl Marx wird insbesondere innerhalb einer kritischen Gesellschaftstheorie – nicht zuletzt von Axel Honneth selbst – auf den ambivalenten Charakter der Arbeit verwiesen. Arbeit in ihrer modernen Form als abhängige Lohn- oder Erwerbsarbeit wird als eine Vermittlungskategorie begriffen, über die sich Herrschaftsverhältnisse konstituieren, die aber auch emanzipatorische Potentiale enthält (vgl. u.a. Beerhorst 2005; Honneth 1989; 1980; Marcuse 1933; Negt 2001; Wolf 2004; 1999): „Einerseits als Vehikel der sozialen Teilhabe und auch als Medium der Ausübung von Macht. Andererseits fungiert 'Arbeit' als Medium der sozialen Exklusion, als Objekt von Fremdbestimmung, Entfremdung und auch immer noch von Ausbeutung und Zwang" (Kurz-Scherf 2004a, 29). Die Teilhabe und Teilnahme an qualifizierter Erwerbsarbeit dient somit – trotz aller herrschaftlichen Effekte ihrer gesamtgesellschaftlichen Vermittlungsverhältnisse – auch der sozialen Inklusion, der ökonomischen Unabhängigkeit und der persönlichen Entwicklung. Dieser Aspekt von Arbeit wird auch in der Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Arbeit und Geschlecht betont. Kurz-Scherf u.a. verweisen darauf, dass die Ausübung eines Berufs bereits in der frühen Frauenbewegung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts in verschiedener Hinsicht als eine Chance und ein Mittel zur Emanzipation von Frauen angesehen wurde: Außerhäusliche berufliche Arbeit sichert eine eigenständige ökonomische Existenz, aber „eine nicht minder wichtige Dimension waren die

Lieb 2004; Kurz-Scherf 2007; 2004b; Kurz-Scherf/Lepperhoff/Rudolph 2003; Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2006, 13-16; Lohr/Nickel 2005).

durch Erwerbsarbeit erfahrbare Anerkennung sowie das durch eine qualifizierte Berufstätigkeit prinzipiell erweiterte Möglichkeitsspektrum der Selbstverwirklichung" (Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2006, 2). Wenn Arbeit also selbst in ihrer Form als abhängige Erwerbsarbeit ein Vehikel gesellschaftlicher Anerkennung und Teilhabe darstellen kann wie auch einen Ort persönlicher Entwicklung und eigensinniger Praxis, dann stellt sich aus einer demokratietheoretischen Perspektive in der Tat die Frage, inwiefern eine demokratische Gesellschaft auf diesen Integrationsmechanismus verzichten sollte.

5.3 Anknüpfungen und Abgrenzungen

Im Rahmen seiner Idee von Demokratie als reflexiver Kooperation problematisiert Honneth einerseits den klassischen liberalen Demokratiediskurs hinsichtlich eines ungenügenden, weil individualistisch und negativ verfassten Freiheitsbegriffs. Andererseits kritisiert er deliberative und republikanische Auseinandersetzungen um Demokratie dahingehend, dass sie den intersubjektiven Freiheitsbegriff ausschließlich als eine Vorstellung von kommunikativer Freiheit begreifen. Die diesen Konzeptionen zugrunde liegende Vorstellung von Freiheit als einem Modell der intersubjektiven Rede habe zur Folge, dass auch in den liberalismuskritischen Ansätzen soziale Kooperation und Arbeitsteilung kategorial außerhalb des demokratietheoretischen Gegenstandsbereichs verortet werden (Honneth 1999, 65). Problemtisch erscheint ihm dabei, dass die darin entwickelte Idee der demokratischen Öffentlichkeit von sozialen Voraussetzungen zehrt, die nur außerhalb ihrer selbst sichergestellt werden können.[12] Damit einher

12 In Honneths Augen löst der republikanische Entwurf von Arendt dieses Problem in einer in zweifacher Hinsicht kritischen „Ethisierung" von Politik: Erstens werde den Bürgerinnen und Bürgern die Ausbildung politischer Tugend zugemutet, die mit dem Wertepluralismus moderner Gesellschaften nur schwerlich zu vereinbaren sei. Damit eine demokratische Öffentlichkeit als Selbstzweck erhalten werden könne, müssten alle Gesellschaftsmitglieder die politische Partizipation selbst zum zentralen Ziel ihres Lebens machen. Zweitens werde innerhalb des republikanischen Konzepts von Arendt nie ganz klar, woran sich die institutionelle Form der intersubjektiven Meinungsbildung bemessen lassen soll, da sie nicht Mittel oder Instrument, sondern Selbstzweck sein solle (vgl. Honneth 1999, 61-63). Habermas verwehre sich im Unterschied zu Arendt gegen jede Form von essentialistischer „demokratischer Sittlichkeit", weil er sie als unvereinbar mit dem Prinzip des Wertepluralismus betrachte (vgl. Honneth 1999, 64). Für ihn stellen die Verfahren demokratischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auch keinen Selbstzweck dar, sondern orientieren sich an den Kriterien rationaler Deliberation (Honneth 1999, 39, 63). Dennoch müsse auch

geht die Kritik, dass Ungleichheitsverhältnisse und die soziale Frage bei Arendt normativ gar nicht berücksichtigt würden und bei Habermas nur insofern, als der normative Gleichheitsgrundsatz deliberativer Demokratie den Kampf gegen Formen sozialer Benachteiligung für alle benachteiligten Gruppen prinzipiell rechtlich legitimiere. Ob soziale Fragen zum Gegenstand der demokratiepolitischen Auseinandersetzung werden, sei dabei jedoch vom kontingenten Stand politischer Zielsetzungen abhängig (vgl. Honneth 1999, 63f.).

Im Folgenden werden diese Kritikpunkte anhand der Ergebnisse der hier vorgenommenen exemplarischen Untersuchung einzelner Demokratiekonzeptionen kritisch überprüft. Herausgearbeitet werden darüber hinaus weitere Abgrenzungen und Anknüpfungspunkte in Hinblick auf eine demokratietheoretische Konzeption, die Demokratie als politisches und soziales Projekt begreifen und Demokratie und Arbeit in ihrem Zusammenhang erfassen kann.

5.3.1 Dahl

Anhand der prozeduralistischen Demokratiekonzeption von Dahl lässt sich zeigen, dass das individualistische Freiheitskonzept des Liberalismus' nicht zwangsläufig in ein negatives Freiheitsverständnis münden muss, das demokratische Autonomie ausschließlich als Freiheit von staatlichem Zwang niedergelegt in bestimmten individuellen Freiheitsrechten zum Schutz der Persönlichkeit begreift. Dahl hält zwar an einem individualistischen Freiheitskonzept fest, distanziert sich aber implizit von einer ausschließlich negativen Fassung desselben. Er besteht darauf, dass Gleichheit die zentrale normative Grundlage der Demokratie bildet. In der prozeduralistischen Demokratiekonzeption von Dahl stehen dabei aber nicht nur gleiche individuelle Teilnahmerechte im Mittelpunkt, sondern zur Gleichheit gehört auch die gleiche Möglichkeit, die entsprechenden Rechte wahrnehmen zu können. Dies bedeutet, dass es hier nicht ausschließlich um die formale Verankerung bestimmter Rechte geht, sondern auch darum, dass bestimmte soziale Voraussetzungen erfüllt sein müssen, die jeder Bürgerin und jedem Bürger die Teilhabe am demokratischen Prozess überhaupt erst ermöglichen. Ein solches Gleichheitsverständnis impliziert auch einen anderen Begriff von

Habermas das Entstehen eines demokratischen Bewusstseins der Bürgerinnen und Bürger demokratietheoretisch externalisieren. Er begreife es nicht als normativen Inbegriff politischer Tugend, sondern als politische Kultur, mit deren „Entgegenkommen" aufgrund funktionaler Erfordernisse soziologisch gerechnet werden müsse (vgl. Honneth 1999, 64f.).

Freiheit. Freiheit wird von Dahl nicht mehr nur wie im vorherrschenden liberalen Demokratiediskurs als Synonym für die Freiheit von staatlichem Zwang begriffen. Die Perspektive auf Gleichheit als der gleichen Möglichkeit zur Teilnahme am demokratischen Prozess beinhaltet auch ein Verständnis von „Freiheit zu" im Sinne der Freiheit zu handeln und am demokratischen Prozess teilzuhaben.

Wichtiger als die sozialen Voraussetzungen politischer Gleichheit erscheint in Dahls Demokratiekonzept aber noch ein anderer Punkt: Freiheit ist für ihn auch ein Synonym dafür, dass „Regierung" (*government*), wo auch immer sie ausgeübt wird, demokratisch legitimiert und kontrolliert sein soll. Das heißt überall dort, wo in sozialen Einheiten einer Demokratie Politik im Sinne von Autoritäts- und Machtbeziehungen stattfindet und Freiheit verhindernde Effekte hat, ist ein demokratisches Verfahren zu deren Legitimierung notwendig. Einen solchen Bereich stellen bei ihm nicht nur bürokratisch verfasste staatliche Organisationen der öffentlichen Verwaltung und politische Institutionen wie z.B. Regierungen dar, sondern auch Teile der marktlich verfassten so genannten Privatwirtschaft. Insbesondere sehr große Unternehmen haben bei Dahl den Charakter eines politischen Gebildes, da hier Autoritäts- und Machtbeziehungen in institutionalisierter Form stattfinden. Ein solches Verständnis bricht mit der klassischen liberalen Trennung zwischen einem öffentlichen staatlichen Bereich, in dem Macht und Herrschaft ausgeübt werden, und einem privaten Bereich, der als Sitz der Freiheit gilt.

Im Gegensatz zu Honneths These, dass im liberalen Demokratiediskurs kein Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Kooperation hergestellt wird, verlängert Dahl die demokratische Perspektive durchaus in das Soziale hinein. Das Anliegen bewegt sich dabei aber auf einer konkreteren Ebene als in Honneths Untersuchung zentraler Kategorien und Grundbegriffe demokratietheoretischer Konzepte. Dahl rückt aus einer liberalen egalitätstheoretischen und am Verfahren orientierten Perspektive einen wichtigen Aspekt der sozialen Dimension von Demokratie in das Zentrum der Betrachtung. Der Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit wird von ihm in einem Konzept von Wirtschaftsdemokratie auf den Nenner gebracht. Das Ziel dieses Konzepts besteht keinesfalls darin, den Unterschied zwischen Politik und Ökonomie einzuebnen oder aufzuheben. Für Dahl stellen sie eindeutig zu trennende, weil verschiedenen Zwecken und auch unterschiedlichen Handlungslogiken folgende gesellschaftlich-institutionelle Bereiche dar. Sein Konzept der Wirtschaftsdemokratie bezieht sich aber auf den Aspekt, dass im Rahmen einer funktionierenden Demokratie auch das Wirtschaftssystem demokratieverträglich zu gestalten sei. Hierbei unterscheidet er einerseits zwischen dem einer Demokratie angemessenen gesamtgesellschaft-

lichen Modus der Regulation und Steuerung des ökonomischen Systems und andererseits zwischen der Gestaltung von Kontroll- und Entscheidungsprozessen auf der Unternehmensebene.

Das einer Demokratie angemessene Wirtschaftssystem besteht für Dahl keinesfalls zwingend in der Form einer freien Marktwirtschaft. Ein weder durch staatliche Regulation noch andere gesellschaftliche Anforderungen gezügeltes Marktsystem generiert ein solch hohes Maß an sozialer Ungleichheit, dass dadurch die sozialen Bedingungen politischer Gleichheit unterlaufen werden. In Dahls Augen wird die zentrale demokratische Anforderung der politischen Gleichheit aber von einer vollständig unter staatlicher oder gesellschaftlicher Kontrolle stehenden Ökonomie ebenfalls unterlaufen bzw. außer Kraft gesetzt. Politische Gleichheit wird hierbei weniger durch soziale Ungleichheit konterkariert als vielmehr durch eine nicht demokratieverträgliche Macht- und Autoritätskonzentration, die in einem solchen Wirtschaftssystem jenen Stellen zuwächst, die wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen haben. Aus diesem Grund basiert das von Dahl konzipierte ideale Wirtschaftssystem einer Demokratie auf dem Markt als allgemeinem Koordinationsmechanismus wirtschaftlicher Entscheidungen. Dieser Markt ist aber durchaus einer gesamtgesellschaftlichen bzw. staatlichen Regulation zu unterwerfen. Nur dadurch lasse sich verhindern, dass einzelwirtschaftlich rationale Entscheidungen in der Summe eventuell zu gesamtgesellschaftlich suboptimalen bzw. negativen Ergebnissen führen können.

Dahl hält somit auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene alternativlos am Markt als dezentralem Steuerungsmechanismus für ökonomische Entscheidungen in einer Demokratie fest. Auf der einzelwirtschaftlichen Ebene hingegen bricht er mit der im liberalen Demokratiediskurs zentralen Prämisse der Verknüpfung von privaten Eigentumsverhältnissen und zentralen Entscheidungsbefugnissen in der Ökonomie. Er begreift die herrschende kapitalistische Eigentumsordnung und deren steuerungs- und entscheidungspolitische Implikationen innerhalb der Ökonomie als ein ernsthaftes Hindernis bei der weiteren Demokratisierung von Polyarchien. Da Kontroll- und Entscheidungsbefugnisse innerhalb von Unternehmen an Eigentumsrechte gebunden sind, wird die „Regierung" kapitalistischer Unternehmen in aller Regel eher in einer absolutistischen als demokratischen Form ausgeübt. Dahl plädiert für die Einführung demokratischer Formen auch innerhalb der Kontroll- und Entscheidungsmechanismen eines großen Unternehmens. Dies – darüber ist er sich durchaus im Klaren – wird auf der Basis von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen aber nicht möglich sein. Obwohl Dahl eindeutig einem liberalen und keinem marxistischen oder sozialistischen Theoriekontext zuzurechnen ist, hält er die herrschende kapitalistische Eigentumsordnung in der Ökonomie keineswegs für sakrosankt. Die Demokratiefrage in der Wirtschaft löst sich für ihn allerdings auch nicht auf dem Weg der Verstaatlichung. In Hinblick auf alternative Regulationsformen innerhalb der Ökonomie diskutiert er als eine Möglichkeit Wirtschaftsdemokratie im Sinne von interner Demokratie am Arbeitsplatz bzw. als Arbeiterselbstverwaltung.

Kritisch anzumerken ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass Dahl in seinen Überlegungen zur Demokratisierung der Ökonomie den Blick ausschließlich auf große Industrieunternehmen als Ort von Demokratie in der Wirtschaft richtet. Insbesondere in seinen jüngeren Veröffentlichungen fehlt eine Auseinandersetzung mit angemessenen Steuerungsprinzipien des gesamtwirtschaftlichen Geschehens. So spielen weder wirtschafts- noch sozialrechtliche Aspekte oder auch konkrete Fragen wie z.B. die in der Bundesrepublik verankerte Tarifautonomie bei ihm eine Rolle. Verkürzt erscheint seine Perspektive auf die Wirtschaftsdemokratie auch in Hinblick darauf, dass nur die jeweils in einem Unternehmen beschäftigten und als Besitzerinnen und Besitzer beteiligten Personen als Akteure der Wirtschaftsdemokratie vorkommen. Ausgeklammert bleiben arbeitslose Erwerbspersonen, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure wie z.B. Arbeitsloseninitiativen, Verbraucherverbände oder Betroffene von Umweltschäden und Produktmängeln. Problematisiert werden muss darüber hinaus der Aspekt, dass es sich bei der Analyse des Zusammenhangs von Demokratie und Kapitalismus insbesondere aus einer geschlechterdemokratischen Perspektive um eine verkürzte Problemwahrnehmung handelt, die mit einem reduzierten Arbeitsbegriff einhergeht. Dahls Deutung des Verhältnisses von Kapitalismus und Demokratie als einem Konflikt, der aus widersprüchlichen Prinzipien resultiert, übersieht die androkratische Allianz der beiden Prinzipien hinsichtlich des fortgesetzten Ausschlusses oder marginalisierten Einschlusses von Frauen in die Zentren ökonomischer und demokratischer Macht.

Dahls Thema ist nicht die Frage, ob Freiheit als ein individualistisches oder kooperatives Unternehmen zu verstehen ist. Ihn interessiert vielmehr der Aspekt, dass auch ein liberales Demokratieverständnis, das auf einem individualistischen Freiheitskonzept beruht, nicht umhin kommt, einerseits den sozialen Bedingungen politischer Gleichheit entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken und andererseits der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Macht und Autorität, die demokratischer Legitimation und Kontrolle bedürfen, nicht nur im staatlich-administrativen Bereich anzutreffen sind.

5.3.2 Arendt

Die an Arendt anknüpfenden Demokratiekonzeptionen werden von Honneth positiv gewürdigt, weil in Arendts Politikentwurf ein intersubjektives Freiheitsverständnis zugrunde liegt. Während das von Honneth kritisierte liberale Freiheitsverständnis Freiheit als die individuelle Voraussetzung von Politik begreift, entsteht Freiheit bei Arendt im gemeinsamen Handeln und Sprechen von Menschen. Sie stellt somit keine Voraussetzung, sondern das Ergebnis der Assoziation von Individuen dar. Die Möglichkeit, Demokratie und Arbeit in einen Zusammenhang zu bringen, eröffnet ein solches Freiheitsverständnis insofern, als soziale Kooperation quasi ein Ausdruck politischer Freiheit sein kann. Die Kritik von Honneth richtet sich darauf, dass diese Option aber dadurch, dass im Arendt'schen Konzept intersubjektive Kooperation im Modell der Rede gedacht wird, sogleich wieder verschlossen werde. Kategorial werden in dem Entwurf Demokratie und Sprache in einen internen Zusammenhang gebracht, nicht aber Demokratie und Arbeit.

Dieser Befund deckt sich an zentralen Stellen mit dem, was auch in der hier vorgelegten Rekapitulation des Zusammenhangs von Politik und Arbeit bei Arendt festgehalten wurde. Arendts politische Philosophie basiert auf einem normativ gehaltvollen und emphatischen Verständnis von Politik, das handlungstheoretisch verankert und intersubjektiv verfasst ist. Emphatischer als in Arendts Diktum „Der Sinn von Politik ist Freiheit" (Arendt 1993, 28) lässt sich ein Begriff von Politik in der politischen Philosophie kaum auf den Punkt bringen. Und selten sind die Möglichkeiten politischen Handelns eindrücklicher dargestellt worden als in Arendts positivem und produktivem Machtbegriff. Ihr verdanken wir die Einsicht, dass „politisch" sein und mithin frei sein können keine essentielle Eigenschaft einzelner Individuen darstellt, sondern ein Potential, dass der Pluralität und der Differenz von Menschen entspringt. Arendts Kategorie der Politik betont insbesondere deren subjektive Seite und in diesem Zusammenhang werden Pluralität oder auch Intersubjektivität, Spontaneität und Kontingenz als grundlegende Eigenschaften politischen Handelns hervorgehoben.

Die Honneth'sche These, dass in Arendts Entwurf Arbeit und soziale Arbeitsteilung außerhalb der Demokratie liegen, lässt sich aber noch wesentlich schärfer akzentuieren: Die Argumentation von Arendt ist größtenteils deutlich gekennzeichnet von einer Perspektive, die Demokratie und Arbeit zwar durchaus in einen Zusammenhang bringt, allerdings in einen negativen. Im Rahmen dieses Deutungsmusters begreift Arendt Politik und Arbeit als zwei sich wechselseitig ausschließende Bereiche menschlicher Existenz. Dabei gilt das Arbeiten explizit

als anti-politische Tätigkeit. Diese Tätigkeit stellt für Arendt im Gegensatz zum Handeln keinen intersubjektiven Praxiskontext dar, sondern einen quasi natürlichen Metabolismus, in dem Menschen dem Zwang und der Notwendigkeit eines natürlichen Kreislaufs verhaftet bleiben und Freiheit nicht denkbar ist. Arbeit erreicht bei Arendt nicht einmal das Niveau einer Subjekt-Objekt-Relation, die den Subjekten gegenüber dem Objekt ihrer Tätigkeit zumindest potentiell die Möglichkeit von Selbstbestimmung und Souveränität einräumt. Problematisch wird dieses Deutungsmuster des Zusammenhangs von Politik und Arbeit aber nicht nur, weil es in eine Ethisierung von Politik mündet, die nicht mehr angeben kann, was eigentlich der Gegenstand von Politik sein soll. Das macht sich z.B. dann bemerkbar, wenn soziale Probleme nicht als politische Fragen gelten, sondern als Probleme, zu deren Lösung es ausschließlich vernünftiger administrativ-technischer Verfahren bedarf. Problematisch ist das emphatische Politik- und Öffentlichkeitskonzept von Arendt insbesondere deshalb, weil Arendt dazu neigt, die analytische Trennung von Politik und Arbeit in eine soziale Hierarchisierung von Menschen, die arbeiten, und anderen, die politisch tätig sind, zu übersetzen. Freiheit und Notwendigkeit werden von Arendt hier nicht in einem demokratieverträglichen Zusammenhang gedacht.

Gleichwohl konnte neben diesem dominanten Deutungsmuster des Zusammenhangs von Politik und Arbeit innerhalb der Arendt'schen Argumentation aber auch eine widersprüchliche Tendenz aufgezeigt werden, die von Arendt selbst nicht aufgelöst und von der Arendt-Rezeption kaum wahrgenommen wird. Angelegt ist bei Arendt nämlich durchaus auch eine andere Interpretationsmöglichkeit des Zusammenhangs von Demokratie und Arbeit. Es findet sich in den Analysen der „Vita activa" auch eine Argumentationslinie, die Handeln und Arbeiten zwar als getrennte, aber zu integrierende Momente einer menschlichen Existenz begreift, ohne dabei in eine soziale Hierarchie zu münden. Innerhalb dieses Argumentationsmusters geht es Arendt zwar auch darum, die Verschiedenheit der Tätigkeit zu betonen, aber sie im Hinblick auf die *condition humaine*, die Bedingungen menschlicher Existenz, als komplementäre Bereiche zu betrachten. Auch wenn sie sie in eine hierarchische Ordnung bringt, besteht sie doch darauf, dass in einem erfüllten menschlichen Leben auf keine der drei Tätigkeiten als menschlichem Erfahrungsbereich verzichtet werden kann. Im Rahmen dieses Argumentationsmusters muss die Unterscheidung von Arbeit und Politik nicht in eine soziale Trennung zwischen Menschen, die arbeiten oder politisch tätig sind, münden. Im Anschluss hieran ließe sich beispielsweise die Forderung formulieren, dass Arbeit so organisiert sein müsste, dass allen Menschen auch eine politische Existenz möglich ist.

Ein anschlussfähiges Potential, das in Arendts Kritik an den modernen Arbeitsgesellschaften steckt, besteht nicht zuletzt auch darin, dass sie einen Weg eröffnet, über das nachzudenken, was wir tun, wenn wir nicht arbeiten. Sie bestimmt als das Andere der Arbeit die Politik. Arendt lässt in schillernden Darstellungen Politik als einen Raum aufleben, in dem das „gute Leben" jenseits der Notwendigkeit durch aktive und unmittelbare Anteilnahme an einem öffentlichen Leben realisiert wird. Dem Bedeutungsverlust von Politik, den sie in modernen Gesellschaften um sich greifen sieht, hält sie ein Plädoyer für die „Wiedergewinnung des Politischen" (Bielefeldt 1993) entgegen.

Arendts Kritik an der modernen Arbeitsgesellschaft als einer Form menschlichen Zusammenlebens, in der alle Tätigkeiten auf das Niveau von Arbeit reduziert werden und Arbeit zur höchsten Form menschlichen Tuns erklärt wird, kann nicht als völlig unberechtigt zurückgewiesen werden. Damit das Denken Hannah Arendts für die Frage, wie im Entschwinden von Arbeit und Politik die Vielfältigkeit des Lebens in demokratischer Perspektive gedacht werden kann, anschlussfähig wird, ist es jedoch erforderlich, das Projekt der „Wiedergewinnung des Politischen" (Bielefeldt 1993) um ein Projekt der „Wiedergewinnung der Arbeit" zu ergänzen. Dies wird innerhalb des von ihr entwickelten Kategorienschemas nicht möglich sein. Aber die Defizite ihres Arbeitsbegriffs zeigen an, wo sich weiterdenken ließe. Arbeit wird von Arendt als eine Form sozialer Praxis verstanden, in der die Menschen den natürlichen Stoffwechsel mit der Natur vollziehen, dabei an die Naturnotwendigkeiten gebunden bleiben und deshalb nicht frei sein können. Es konnte gezeigt werden, dass ein solcher Arbeitsbegriff der Realität der Arbeit in modernen Gesellschaften keinesfalls angemessen ist. Arbeit nimmt nicht nur die Form einer metabolischen Tätigkeit an, sondern vollzieht sich als soziale Praxis auch unmittelbar zwischen Menschen. Deshalb müsste gegen Arendt kritisch gefragt werden, ob die Menschen tatsächlich nur im Handeln oder nicht viel eher in allem, was sie tun, als plurale Wesen in Erscheinung treten. Beruht ihre Verschiedenheit nur auf ihrer Einzigartigkeit als Person oder nicht auch darauf, dass sie Verschiedenes tun, sprich: arbeiten? Dies würde aber bedeuten, dass Menschen nicht nur im Handeln, sondern auch im Arbeiten ein Geflecht von Beziehungen zwischen sich etablieren. Versteht man Arbeit in diesem Sinne als eine intersubjektive Kategorie, so kann sie auch als eine politische und somit potentiell emanzipatorische Kategorie begriffen werden.

5.3.3 Habermas

Es konnte herausgearbeitet werden, dass Habermas mit dem Konzept der deliberativen Demokratie ein Modell vorgelegt hat, dass bestehende Demokratien nicht nur soziologisch adäquat beschreiben will, sondern auch auf einer normativen Orientierung dieser Demokratien besteht. In Hinblick auf den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit muss die inhaltliche Ausrichtung der normativen Orientierung in Habermas' Entwurf allerdings kritisch betrachtet werden. Wie bei Arendt stellt auch hier ein kommunikatives Freiheitsverständnis im Muster der intersubjektiven Rede die Ursache dafür dar, dass in dem Konzept ausschließlich ein normativer Zusammenhang zwischen Demokratie und Sprache unterstellt wird und somit Sprache, aber nicht Arbeit, eine emanzipatorische Kategorie darstellt.

Auch wenn man Honneths Kritik in diesem Punkt folgen kann, muss zwischen den Entwürfen von Habermas und Arendt insbesondere hinsichtlich der jeweils zugrunde liegenden Arbeitsbegriffe differenziert werden. Arendt konzipiert Arbeit als eine eher subsistenzwirtschaftliche Tätigkeit im Sinne der notwendigen Lebenserhaltung. In der Verknüpfung von Arbeit und Notwendigkeit liegt die Begründung dafür, dass Arbeit nicht frei sein kann und somit nicht nur einen unpolitischen, sondern sogar einen antipolitischen Charakter hat. Bei Habermas erscheint Arbeit als instrumentalistisches Handeln und entspricht damit eher dem, was von Arendt als „Herstellen" charakterisiert wird. In dieser Konzeption von Arbeit als sozialer Praxis eröffnen sich Spielräume für emanzipatorisches Potential, d.h. Freiheit. Diese Spielräume werden aber zugleich auch wieder verschlossen, da Arbeit lediglich die Form einer über Gegenständlichkeit vermittelten sozialen Beziehung annehmen kann. Auch bei Habermas enthält Arbeit als industrielle Lohnarbeit keine intersubjektiven Momente, die theoretisch die Voraussetzung bilden, um sie als eine emanzipatorische Kategorie begreifen zu können. Habermas' Kritikerinnen und Kritiker haben darauf hingewiesen, dass eine solche Konzeption von Arbeit Gefahr laufe, aus einer bestimmten Form tayloristischer Industriearbeit das eigentliche Wesen der Arbeit zu machen und sie damit auf technische Aspekte zu verkürzen. In Hinblick auf ihr soziales Potential werde Arbeit so aber falsch wahrgenommen, da selbst rationalisierte und taylorisierte Produktionstätigkeiten immer auch Momente verständigungsorientierten Handelns enthalten. Darüber hinaus kommen mit einem auf die instrumentelle Dimension der Arbeit verkürzten Arbeitsbegriff so genannte personengebundene Dienstleistungen – insbesondere versorgende, erziehende und pflegende Tätigkeiten – gar nicht in den Blick. Solche Tätigkeiten

haben jedoch gemeinsam, dass sie in einem intersubjektiven Handlungskontext stattfinden und trotzdem (Erwerbs-)Arbeit darstellen.

Im Unterschied zu Arendt hat der Bereich sozialer Arbeitsteilung bei Habermas aber keinesfalls einen antidemokratischen Charakter. Er weist sozialen Fragen für die Verwirklichung deliberativer Demokratie eine zentrale Bedeutung zu. Über die Sozialstaatsfrage werden solche Probleme – durchaus prominenter, als Honneth es dem Konzept der deliberativen Demokratie zuerkennt – in den Gegenstandsbereich der Demokratie hineingeholt. Habermas beschränkt die demokratische Seite des Sozialen dabei allerdings auf eine staatliche Dimension und unterstellt gleichzeitig einen empirischen Bedeutungsverlust der Arbeit. Über diesen behaupteten Relevanzverlust der Arbeit im Alltag entwickelter Demokratien wird Arbeit noch auf ganz andere Weise als über das kommunikative Freiheitsverständnis aus einer relevanten Rolle für die Gesellschafts- und Demokratietheorie herausdefiniert. Insgesamt resultiert daraus ein Demokratiekonzept, das soziale bzw. sozialstaatliche Voraussetzungen der Demokratie zwar anerkennt, nämlich insofern als sie die Teilnahmemöglichkeit aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der demokratischen Deliberation sichern sollen. Der sozialen Kooperation kommt aber jenseits sprachlicher Verständigungsprozesse keinerlei normative Bedeutung für die Demokratie zu; demokratische Partizipation nimmt ausschließlich die Form des Diskurses an.

In Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen Demokratie und Arbeit innerhalb der deliberativen Demokratie ist aber nicht nur der kommunikative Freiheitsbegriff, der in das Modell der intersubjektiven Rede gegossen wird, kritisch zu hinterfragen, sondern auch die Klassifikation konkreter Handlungen entlang der Unterscheidung von Arbeit und Interaktion bzw. kommunikativem und instrumentellem Handeln. Problematisch ist dabei weniger die analytische Trennung verschiedener Handlungslogiken, sondern die Tatsache, dass Habermas konkrete Handlungen anhand dieser dichotomen Kategorien charakterisiert. Instrumentelle und kommunikative Handlungslogiken stellen zwar unterschiedliche Dimensionen sozialen Handelns dar, sie werden jedoch in konkreten Tätigkeiten gleichzeitig – wenn auch durchaus in unterschiedlicher Ausprägung – wirksam.

Ähnliches gilt auch für die institutionelle Deutung demokratischer Gesellschaften entlang der Kategorien System und Lebenswelt. Die analytische Unterscheidung von System und Lebenswelt als verschiedene gesellschaftliche Reproduktionsmechanismen erscheint für moderne Gesellschaften durchaus angemessen. Die Übersetzung dieser analytischen Kategorien in gesellschaftliche Institutionen bzw. Handlungsbereiche, wie Habermas sie mit der Zuordnung

von Staat und Ökonomie in den Bereich der Systeme sowie Öffentlichkeit und Familie zur lebensweltlichen Seite vornimmt, werden der Realität moderner Gesellschaften aber nur bedingt gerecht. Gesellschaftliche Institutionen sind in unterschiedlicher Intensität immer sowohl systemisch als auch kommunikativ integriert. So ist beispielsweise fraglich, ob in zivilgesellschaftlichen Assoziationen, welche Habermas als demokratische Arenen par excellence begreift, tatsächlich möglichst herrschaftsfreie Deliberationsprozesse stattfinden. Ohne institutionalisierte Verfahren, die transparente Strukturen gewährleisten, ist es schwierig, den tatsächlichen Demokratiegehalt einer deliberativen Arena zu identifizieren. Setzt sich in der Tat immer das beste Argument durch oder vielleicht doch nur das am besten vorgetragene? Wirken hier tatsächlich nur die demokratischen Effekte kommunikativer Macht oder nicht doch auch Reflexe sozialer und kultureller Macht? Auch die Familie ist keinesfalls ein ausschließlich unter lebensweltlichen Vorzeichen stehender Hort der kommunikativen Reproduktion und der Sozialisierung bestimmter an Verständigung orientierter Werte und Normen. Sie stellt ebenso eine Institution dar, in der Macht- und Autoritätsverhältnisse – nicht nur im intergenerativen Verhältnis, sondern auch zwischen den Geschlechtern – reproduziert werden. Auf der anderen Seite folgt die berufliche Arbeit, welche auf der Seite der Systeme verortet wird, zwar durchaus der Verwertungslogik eines kapitalistischen Marktes. Sie markiert darüber hinaus aber auch einen gesellschaftlichen Ort, an dem die Individuen in ihrer Arbeit auch Selbstverwirklichungs- und Autonomieansprüchen nachgehen.

Problematisch ist die Trennung zwischen System und Lebenswelt bei Habermas aber nicht nur, weil sie in eine empirisch falsche Dichotomisierung gesellschaftlicher Institutionen mündet, sondern auch, weil sie den Ansprüchen Kritischer Theorie nur bedingt gerecht wird. Faser (1994) hat gezeigt, dass die Art und Weise, wie Habermas die institutionelle Realität des Sozialen in der Trennung von System und Lebenswelt aufgehen lässt, sich als affirmativ und reifizierend gegenüber bestimmten Herrschaftsverhältnissen erweist. Die Sozialphilosophin macht deutlich, dass geschlechtsspezifische Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse in Habermas' These von der „Kolonialisierung der Lebenswelt" nicht nur nicht sichtbar, sondern innerhalb des Kategorienschemas selbst fortgeschrieben werden. Über die Dichotomisierung von System und Lebenswelt ist es somit nicht möglich, Dominanz und Unterdrückung entlang der Kategorie Geschlecht in Ökonomie und Familie zu erklären.

5.3.4 Phillips

Feministische Demokratiekonzeptionen gehören ihrem Selbstverständnis nach ebenfalls zu den normativ anspruchsvollen Alternativen eines klassischen liberalen Demokratiekonzepts. Dennoch wurden sie in Honneths Auseinandersetzung um einen anspruchsvollen normativen Demokratieentwurf nicht berücksichtigt. In die vorliegende Untersuchung wurde jedoch ein feministisches Konzept integriert, weil in diesem der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit durchaus eine Rolle spielt. Bei dem ausgewählten Konzept von Anne Phillips handelt es sich explizit um eine kritisch an den liberalen Demokratiediskurs anknüpfende Perspektive. Deshalb werden zunächst die Kritiken von Honneth und Phillips am klassischen liberalen Demokratiediskurs verglichen. Im nächsten Schritt wird herausgearbeitet, welche weiterführenden Erkenntnisse über den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit sich im Anschluss an den untersuchten feministischen Demokratieentwurf festhalten lassen.

Wie in allen feministischen Auseinandersetzungen mit Demokratie bildet auch bei Phillips das Verhältnis von Demokratie und Geschlecht den Ausgangpunkt ihrer Überlegungen. Sie entschlüsselt in Übereinstimmung mit anderen feministischen Kritikansätzen die moderne Demokratie als eine realexistierende Androkratie, in der das Prinzip „Männlichkeit" zum Maßstab des allgemein Menschlichen erhoben wird und in die Grundbegriffe wie in die normativen Grundlagen aller modernen Demokratiekonzeptionen eingelassen ist.[13] Phillips kritisiert wie Honneth die enge Politikkonzeption liberaler Demokratie – allerdings aus einer anderen Argumentationsperspektive. Eine geschlechterorientierte Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse zeigt auf, dass Macht nicht nur im Rahmen der offiziellen Politikarenen ausgeübt wird, sondern dass auch Geschlechterverhältnisse als Überordnungs- und Unterordnungsbeziehungen funktionieren, d.h. dass das hierarchische Geschlechterverhältnis nicht nur politische Konsequenzen hat, sondern selbst als politisches Verhältnis, als ein Herrschaftsverhältnis begriffen werden muss. Hieraus resultiert ein feministisches Verständnis von Demokratie, dass diese nicht nur als Staats-, sondern auch als Gesellschaftsform begreift.

Wie Honneth kritisiert Phillips den klassischen liberalen Demokratiediskurs dafür, dass Politik ausschließlich als eine Angelegenheit des Staates betrachtet wird, d.h. die Reichweite der Demokratie auf den Bereich des politischen Systems beschränkt wird. Im Unterschied zu Honneth richtet sich ihre Kritik aber nicht dagegen, dass in einem solchen Entwurf die Sphäre sozialer Arbeitsteilung außerhalb des Gegenstandsbereichs der Demokratie bleibt, sondern dagegen, dass einem solchen Politikbegriff die politische Dimension des hierarchischen Geschlechterverhältnisses verborgen bleibt. Gleichwohl erweist sich auch bei Phillips Arbeitsteilung als einer der zentralen Mechanismen, über die sich Geschlechterverhältnisse als Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen Männern und Frauen konstituieren. Sie rückt dabei aber eine bestimmte Form sozialer Arbeitsteilung als demokratiepolitisch problematisch in den Blick, die von Honneth nicht thematisiert wird. Auch bei Dahl, der die Ökonomie wegen der dort stattfindenden Macht- und Autoritätsprozesse zum Gegenstand demokratischer Verfahren machen will, wird diese Form sozialer Arbeitsteilung nicht zur Kenntnis genommen. Dahl problematisiert den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie, da kapitalistische Arbeitsverhältnisse kritische Implikationen für die Demokratie mit sich bringen. Phillips arbeitet hingegen heraus, dass Feministinnen die Einsicht, dass gesellschaftliche Arbeitsteilung Demokratieprobleme impliziert, nicht nur für den Bereich der Ökonomie gelten lassen, sondern auf den häuslichen Bereich und die Familie ausdehnen.

Das individualistische Freiheitsverständnis des Liberalismus' wird von Phillips nicht wie von Honneth im Vergleich zu einem intersubjektiven Freiheitsbegriff diskutiert. Die Kritik der Politikwissenschaftlerin richtet sich vielmehr gegen die angebliche Universalität des abstrakten Begriffs vom autonomen Individuum. Sie fokussiert nicht die Tatsache, dass die Freiheit des Individuums als aller gesellschaftlichen Kooperation vorgängig konzipiert wird, sondern dass dieser Begriff des autonomen Individuums eine Abstraktion männlicher Lebensrealitäten darstellt und insofern keinesfalls als allgemeingültig gelten könne. Sie fordert eine Auflösung des falschen Universalismus' eines abstrakten einheitlichen Individuums zugunsten eines Begriffs vom Individuum, der dieses als unterschiedlich wahrnimmt und somit die Differenz zur kategorialen Grundlage politischer Theorie macht. Hierin ist eine normative Grundlegung politischen Handelns impliziert, die sehr viel mehr an Arendts These vom Pluralismus als grundlegender Bedingung menschlicher Existenz erinnert als an die liberale Vorstellung vom ungebunden Selbst.

Dennoch besteht Phillips wie Dahl und im Unterschied zu Arendt auf Gleichheit als zentraler normativer Grundlage und Ausgangspunkt der Demokratie. Im Unterschied zu Dahl formuliert Phillips ihr Verständnis von Gleichheit allerdings aus einer pluralistischen oder differenztheoretischen Perspektive, d.h. sie geht auch kategorial davon aus, dass die Subjekte demokratischer Politik nicht alle

13 Für die deutschsprachige Debatte siehe hierzu u.a. Abels/Sifft 1999; Biester/Holland-Cunz/Sauer 1994; femina politica 1998.

gleich sind. Das Gebot demokratischer Gleichheit impliziert somit eine Gleichwertigkeit verschiedener Subjekte. Dahl problematisiert den Zugang zur Teilhabe an demokratischer Partizipation als eine der entscheidenden Bedingungen demokratischer Gleichheit: Allein die formale politische Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger kann gleiche Partizipation nicht gewähren, da letztere häufig von sozialer Ungleichheit unterlaufen wird. Phillips hingegen arbeitet aus einer differenztheoretischen Perspektive noch ein anderes Problem gleicher demokratischer Partizipation heraus. Sie verweist darauf, dass eine der zentralen Voraussetzungen gleicher und gleichberechtigter Teilhabe am Politischen die gleichwertige Anerkennung von unterschiedlichen Subjekten darstellt. Aus einer geschlechterkritischen Perspektive erweist sich dabei nicht nur die formale Anerkennung als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger als zentrales Moment, sondern insbesondere auch die gleichwertige Anerkennung verschiedener gesellschaftlich relevanter Tätigkeiten, die von den Subjekten ausgeführt werden. Die androkratische Grundstruktur liberaler Demokratien versagt vielen von Frauen ausgeführten Tätigkeiten und Berufen immer noch eine gleichwertige Anerkennung gegenüber anderen eher von Männern ausgeführten Tätigkeiten und Berufen.

Somit kommt dem feministischen Demokratiekonzept von Phillips das Verdienst zu, geschlechtshierarchische Arbeitsteilung als ein strukturelles Demokratieproblem zu begreifen. Der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit wird bei ihr in Gestalt der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung gesehen und als ein empirisches Problem entwickelter Demokratien aufgeworfen. Die Demokratietheoretikerin setzt in ihren Reformvorschlägen für die liberale Demokratie auf eine Veränderung politischer Eliten und faire Repräsentation. Arbeit und Arbeitsteilung gelten ihr zwar als eine wesentliche Bedingung für gleichberechtigte politische Teilhabe, gleichwohl gesteht sie dem politischen Bereich ein hohes Maß an Autonomie zu und geht davon aus, dass eine quantitative Veränderung der Repräsentationsverhältnisse die Bedingung der Möglichkeit einer qualitativen Veränderung demokratischer Politik und damit der Entwicklung von Demokratie auch als sozialer Demokratie darstellt.

6 Schlussbemerkung: An die Arbeit! – Eine Anstiftung zur Demokratie[1]

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildete die Frage, ob und wie verschiedene demokratietheoretische Ansätze einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit herstellen. In den untersuchten Konzeptionen werden Demokratie und Arbeit ansatzweise in einen Zusammenhang gestellt, so z.B. bei Dahl als Widerspruch zwischen dem Gebot politischer Gleichheit und der Existenz sozialer Ungleichheit sowie als Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Ökonomie, bei Phillips in Form des geschlechterdemokratischen Problems geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung oder bei Habermas als demokratisches Sozialstaatsgebot.

Es wurde jedoch deutlich, dass nur Dahl das Verhältnis von Demokratie und Arbeit systematisch problematisiert. Er begreift (große) ökonomische Organisationen als soziale, gesellschaftliche Organisationen und nicht als private, da sich dort Macht- und Autoritätsprozesse vollziehen. Den politischen Aspekt der Ökonomie sieht Dahl darin, dass hier ebenso wie im staatlichen Bereich „Regierung" ausgeübt wird. Regierung muss demokratisch legitimiert werden, wenn ein Gemeinwesen die beiden grundlegenden Kriterien der Demokratie erfüllt: a) Es herrscht ein Bedarf an kollektiven Entscheidungen und b) alle Mitglieder können grundsätzlich als gleich qualifiziert gelten, diese Entscheidungen zu treffen. Beides erachtet Dahl auch in einem ökonomischen Unternehmen als gegeben. Im Unterschied dazu klammern Habermas und Arendt die Arbeit kategorial explizit aus dem Gegenstandsbereich der Demokratie aus. Ein positiver

1 Der Titel dieser Schlussbemerkung ist angelehnt an die Tagung „An die Arbeit! Eine Anstiftung zur Politik", die im Herbst 1998 von der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wurde. Gegenstand der Veranstaltung war die „Zukunft der Arbeit" und diskutiert wurden verschiedene Visionen und Leitbilder für die soziale Organisation von Arbeit im 21. Jahrhundert. Ursprünglich entstammte der Tagungstitel der Feder von Matthias Greffrath, der Ende der 1990er Jahre eine gleichnamige Publikation angekündigt hatte, die leider nicht erschienen ist.

Zusammenhang zwischen den beiden Kategorien Demokratie und Arbeit wird somit nicht hergestellt.

Die Erörterung von und kritische Auseinandersetzung mit Ansätzen, die Demokratie als ein politisches und soziales Projekt begreifen, verweist – wie auch das prozedurale Demokratiekonzept von Dahl – darauf, dass der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit demokratietheoretisch nur angemessen berücksichtigt werden kann, wenn zum einen ein erweiterter Politikbegriff zugrunde gelegt wird, der dies ermöglicht. Zum anderen muss aber auch ein Arbeitsbegriff zugrunde liegen, in dem Arbeit nicht auf eine technische und instrumentelle Tätigkeit verkürzt und „Ökonomie" nicht auf den Bereich großer Produktionsunternehmen reduziert wird. Welche kategorialen Aspekte müsste eine Demokratiekonzeption berücksichtigen, damit Arbeit nicht länger eine „demokratietheoretische Leerstelle" darstellt, sondern vielmehr dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit Rechnung getragen wird und dies in einer Art und Weise, die auch der realen Komplexität der Probleme in diesem Zusammenhang gerecht wird? Demokratietheoretischen Ansätzen, die Politik und Arbeit als zwei gegensätzliche, voneinander getrennte und sich wechselseitig ausschließende Bereiche betrachten, ist es kategorial nicht möglich, einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit zu rekonstruieren. Hierzu ist ein Verständnis von Politik notwendig, das Fragen und Probleme in der Sphäre sozialer Arbeitsteilung als genuin politische und nicht nur als soziale Fragen einer demokratischen Gesellschaft erfasst, d.h. die soziale Dimension des Politischen begreifen kann. Ebenso braucht es aber ein Verständnis von Arbeit, das auch die politischen Implikationen und Dimensionen des Sozialen einschließt. In einer solchen kategorialen Rahmung von Politik und Arbeit dürfen das Politische und das Soziale gleichwohl begrifflich nicht ineinander aufgelöst werden oder die Sphären aufeinander reduziert werden.

Auch wenn sich in den untersuchten Ansätzen über den expliziten und positiven Zusammenhang von Demokratie und Arbeit nur wenig erkennen ließ, so finden sich jedoch wichtige Anknüpfungspunkte für ein Politikverständnis, das geeignet ist, Demokratie so zu fassen, dass Arbeit in einem Zusammenhang mit ihr gesehen werden kann. Insbesondere Arendt hat verdeutlicht, dass der Begriff der Politik und somit auch die Demokratie der Kategorie des politischen Handelns bedürfen. Diese Erkenntnis verweist auf die Rolle, die Subjekte innerhalb politischer Handlungszusammenhänge spielen. Politik und Demokratie sind nicht nur eine Frage von Strukturen und Prozessen, sondern es gibt darüber hinaus relevante subjektive Dimensionen. An erster Stelle benennt Arendt dabei das Faktum der Pluralität, d.h. die Tatsache, dass handelnde Subjekte sich immer in einer intersubjektiven Konstellation bewegen. Diese Grundkonstellation

politischen Handelns als einem intersubjektiven Kontext findet sich auch bei Habermas und Honneth. Pluralität und Intersubjektivität als Grundbedingungen politischen Handelns implizieren aber – so Arendt weiter –, dass es keine Souveränität innerhalb der Politik geben kann. Handlungskonstellationen zwischen verschiedenen Subjekten bedingen es, dass der eigene Wille oder das eigene Interesse in gewisser Weise nur mit der Zustimmung und durch die Anerkennung von anderen durchgesetzt werden können bzw. zumeist die Aushandlung eines Kompromisses erforderlich sein wird. Politische Handlungsfähigkeit lässt sich somit nicht in der liberalen Figur eines autonomen unabhängigen Individuums abbilden, sondern die Autonomie politischer Subjekte muss unter der Grundbedingung der Intersubjektivität – wie Arendts Analysen des Handelns zeigen – in einem Spannungsverhältnis von Autonomie und Anerkennung verortet werden. Konzipiert man politische Handlungsfähigkeit ausgehend von der Voraussetzung, dass die Menschen viele und verschiedene sind, so eröffnet dies kategorial auch eher als die Figur des einheitlichen autonomen Individuums die Möglichkeit, die Tatsache zu berücksichtigen, dass eine Dimension der Verschiedenheit von Menschen über Geschlecht hergestellt wird.

Neben der Pluralität arbeitet Arendt noch zwei weitere Aspekte der subjektiven Dimension des Politischen heraus. Da politisches Handeln in einem intersubjektiven Kontext stattfindet, sind die Ergebnisse politischen Handelns weder aus individueller noch aus gesellschaftlicher Perspektive voraussagbar. Demokratische Bürgerinnen und Bürger haben es ebenso wie Politikerinnen und Politiker somit immer mit Kontingenz zu tun. Als dritten Aspekt der subjektiven Dimension des Politischen identifiziert Arendt neben Pluralität und Kontingenz die Spontaneität. Diese Fähigkeit der Menschen, immer wieder von Neuem anfangen zu können, versetzt sie zwar nicht in die Lage, politische Handlungsergebnisse ungeschehen zu machen oder, um es in einer politikwissenschaftlichen Terminologie zu formulieren, strukturelle und institutionelle Dimensionen des Politischen aufzuheben und außer Kraft zu setzen. Gleichwohl verweist die Fähigkeit zum Neubeginn doch auch darauf, dass mit einem neuen Anfang immer auch neue Richtungen und andere Wege eingeschlagen werden können. Darin liegt somit das Potential, aus jedem Status Quo heraus Alternativen nicht nur zu denken, sondern auch handelnd anstoßen zu können.

Was implizieren diese subjektiven Dimensionen des Politikverständnisses nun für zentrale begriffliche Grundlagen wie z.B. Freiheit und Gleichheit als normativer Grundlage einer Demokratiekonzeption, in der der Zusammenhang von Demokratie und Arbeit erfasst werden könnte? Ein zentrales Moment für die begriffliche Bestimmung des Freiheitsbegriffs anhand der subjektiven Di-

mensionen des Politischen stellt die Grundbedingung der Pluralität und Intersubjektivität dar. Habermas, Honneth und auch Arendt machen deutlich, dass individuelle Autonomie im Rahmen eines intersubjektiven Freiheitsbegriffs aus der Tatsache sozialer Kooperation resultiert. Im Gegensatz zum liberalen Freiheitskonzept wird Freiheit hier nicht als individuelle Eigenschaft begriffen, die aller gesellschaftlich-politischen Kooperation voraus liegt und gegenüber dieser verteidigt werden muss. Folgt man der intersubjektiven Prämisse, so stellt sich allerdings die Frage, ob Freiheit somit wie im liberalen Demokratiediskurs als Autonomie im Sinne von Souveränität oder Unabhängigkeit begriffen werden kann. Müssten nicht vielmehr die Abhängigkeit von oder auch die Angewiesenheit auf Handlungen, Interessen und Bedürfnisse anderer Menschen als zentrale Aspekte eines intersubjektiven Freiheitsbegriff verstanden werden? Wenn Freiheit aber nicht gleichgesetzt werden kann mit Unabhängigkeit, sondern immer auch Abhängigkeit von, Angewiesenheit auf und Gebundenheit an andere handelnde Subjekte einschließt, müsste politische Handlungsfreiheit dann nicht vor allem auch innerhalb eines unauflösbaren Spannungsverhältnisses von Autonomie und Anerkennung bestimmt werden?

Ebenso ist zu fragen, ob darüber hinaus nicht auch das Verständnis von Gleichheit aus einer intersubjektiven Perspektive anders gefasst werden müsste, als es im liberalen Demokratiediskurs, aber auch in Ansätzen, die Demokratie als politisches und soziales Projekt begreifen, der Fall ist. Während Gleichheit im Rahmen des liberalen Demokratiediskurses in der Regel als formale Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger konzipiert ist, zielt der traditionelle Diskurs um Demokratie als politisches und soziales Projekt zumeist auf soziale Gleichheit als Anforderung an die Ergebnisse demokratischer Politik. Begreift man Gleichheit aber ausgehend von der Prämisse der Pluralität und Intersubjektivität, so erweist sich nicht die Frage danach, ob es sich um ein formales oder materiales Gleichheitsverständnis handelt, als die entscheidende konzeptionelle Grundbedingung des Gleichheitsbegriffs, sondern die Tatsache, dass Differenz als Grundbedingung von Gleichheit anerkannt werden muss. Mit Phillips und Dahl kann man gegen einen Begriff von Gleichheit im Sinne essentieller Identität aller Individuen, aber für das normative Prinzip der gleichen Anerkennung grundsätzlich verschiedener Individuen argumentieren, d.h. einem Status als gleichwertige Individuen. Bei Arendt wiederum findet sich ein Begriff dafür, wie sich dieses Prinzip in die Politik übersetzen lässt: Ebenbürtigkeit. In einer demokratischen Perspektive lässt sich die Kategorie der Ebenbürtigkeit aber nicht – wie bei Arendt deutlich angelegt – auf die Wenigen beschränken. Man müsste somit quasi gegen Arendt für die gleichwertige Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger als Ebenbürtige plädieren.

Diese Perspektive einer Anerkennung der Differenz einzunehmen, kann im Anschluss an die Erkenntnisse aus der vorliegenden Untersuchung auch in Hinblick auf den Zusammenhang von Demokratie und Arbeit als relevanter Punkt dargelegt werden. Traditionelle Ansätze sozialer Demokratie tendieren – wie Habermas im Rahmen seiner Kritik am produktivistischen Gesellschaftsparadigma festgehalten hat – dazu, Demokratie auf Arbeit zu reduzieren. Demgegenüber lässt sich mit Habermas und Arendt festhalten, dass Politik und Arbeit und somit auch Demokratie und Arbeit aber keinesfalls dasselbe sind und dass das eine nicht auf das andere reduziert werden kann. Demokratie darf substantiell nicht auf Arbeit und Fragen nach gesellschaftlicher Arbeitsteilung beschränkt werden. Auch ein Demokratiekonzept, dass Demokratie als politisches und soziales Projekt begreifen will, muss der Eigenständigkeit des Politischen und seiner Verschiedenheit vom Sozialen Rechnung tragen. Gleichwohl darf Arbeit aber auch nicht – wie bei Habermas – völlig aus dem Bezug zur Demokratie entlassen werden, wenn den demokratiepolitischen Implikationen des Sozialen angemessen Rechnung getragen werden soll. Eine Demokratiekonzeption, in der – wie im deliberativen oder republikanischen Modell – Demokratie und Partizipation ausschließlich die Form der kommunikativen Verständigung annehmen, kann diesem Anliegen nicht wirklich gerecht werden. Wie Honneth im Anschluss an Dewey zeigt, müsste Partizipation innerhalb eines Demokratiekonzepts dazu auch die Form der sozialen Kooperation annehmen können.

Habermas, aber auch Dahl weisen darauf hin, dass Demokratie nicht nur funktional und systemtheoretisch als ein Verfahren der Meinungs- und Willensbildung begriffen werden sollte, sondern dass sie einem normativen Ideal verpflichtet sei, aus dem sich auch die Maßstäbe zur Beurteilung von Defiziten und Problemen gegebener Demokratien ergeben. Die Bindung eines Demokratiekonzepts an ein normatives Ideal wirft allerdings die Frage danach auf, wie dieses aussehen kann oder soll. Für eine Konzeption von Demokratie, die dem Zusammenhang von Demokratie und Arbeit Rechnung tragen kann, erscheint dabei der von Habermas, aber auch von Phillips aufgeworfene Aspekt von Bedeutung, Demokratie nicht nur als Staats- und Herrschaftsform, sondern auch als Lebens- und Gesellschaftsform zu begreifen. Dies kommt in Ansätzen zum Ausdruck, die Demokratie als ein politisches und soziales Projekt begreifen, oder auch in Honneths Begriff von der Demokratie als politisches und soziales Ideal. In Honneths Idee der Demokratie als reflexive Kooperation sind erste konzeptionelle Überlegungen festgehalten, wie ein solches Demokratiekonzept aussehen könnte. Aufgeworfen wird von Honneth als demokratietheoretisches Projekt aber insbesondere die Frage nach einem demokratietauglichen Arbeitsbegriff.

Darüber hinaus hat ein Verständnis von Demokratie, dass diese nicht nur als politisches, sondern auch als soziales Ideal begreift, aber auch Implikationen für die institutionelle Betrachtung einer solchen Demokratie. Es genügt nicht – wie Habermas dies tut – ausschließlich auf die Zivilgesellschaft und deren Beitrag zur Lebens- und Gesellschaftsform der Demokratie zu verweisen. In den Blick geraten müssten auch die institutionalisierten Formen der Arbeitsteilung in einer Gesellschaft.

Dahl verweist dabei auf die herausragende Bedeutung der Ökonomie für die Demokratie. Er rückt zwei grundlegende Fragen hinsichtlich des institutionellen Zusammenhangs von Demokratie und Ökonomie in den Blickpunkt. Unter dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie werden bei ihm einerseits die Frage nach der einer Demokratie angemessenen Verfassung der Ökonomie und andererseits die Frage nach der Demokratisierung der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb eines Unternehmens zusammengefasst. Konzeptionen und Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie bilden auch in der Bundesrepublik traditionell das Herzstück von Ansätzen, die Demokratie auch als soziales Projekt begreifen. Das von Dahl entwickelte repräsentativ-demokratische Modell der internen Unternehmenssteuerung geht über die in der Bundesrepublik praktizierten Ansätze betrieblicher Mitbestimmung jedoch hinaus. Es bleibt zu überprüfen, inwiefern dieses Modell anschlussfähig ist. Kritisch zu betrachten sind einzelne Punkte wie z.B. die Begrenzung der Akteure betrieblicher oder unternehmensinterner Demokratie auf die Beschäftigten der entsprechenden Produktionseinheit oder die Tatsache, dass Dahl nur industriell geprägte Großunternehmen, d.h. weder Finanz- noch Dienstleistungsunternehmen oder den Öffentlichen Dienst in den Einzugsbereich betrieblicher oder unternehmensinterner Demokratie einbezieht. Es wird darüber hinaus zu prüfen sein, wie weit sein Modell der Demokratie am Arbeitsplatz auch für multi- und transnationale Unternehmensformen einen plausiblen Ansatz darstellt. Außerdem ist aus einer feministischen Perspektive auch die Geschlechterproblematik in die Auseinandersetzung um Wirtschaftsdemokratie einzubeziehen.

Es konnte herausgearbeitet werden, dass Konflikte zwischen dem ökonomischen Bereich und der Demokratie nicht ausschließlich eine Folge davon sind, dass kapitalistische Prinzipien der Profitorientierung mit einer demokratischen Orientierung an Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung der Individuen konfligieren. Geschlechtergerechte Ansprüche an die Demokratie werden auch deshalb nicht eingelöst, weil die androkratische Verfasstheit sowohl von Ökonomie als auch von Politik diese Anforderungen unterläuft. Berücksichtigt man diese Erkenntnis bei der institutionellen Betrachtung einer Demokratie, so

müsste nicht nur mit Dahl die Frage nach einer der Demokratie angemessenen Verfasstheit der Wirtschaft oder die Frage nach der demokratischen Gestaltung von Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen innerhalb der Wirtschaft diskutiert werden. Einzubeziehen ist darüber hinaus die gesamtgesellschaftliche Organisation, Verteilung und – worauf Phillips explizit verweist – auch die Bewertung von Arbeit. Die feministische Arbeitsforschung verweist darauf, dass hierbei eine erweiterte Perspektive auf Arbeit einzunehmen ist. Notwendig ist nicht nur die Einbeziehung nichterwerbsförmig organisierter Arbeit in die Betrachtung, sondern es müssen auch Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Widersprüche, in denen Arbeit steht und geleistet wird, anerkannt werden (vgl. Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2006, 16).

Einen Hinweis darauf, wie ein Begriff von Arbeit beschaffen sein muss, der diese Anforderung erfüllt, findet sich bereits in der Honneth'schen Rekonstruktion der Idee von Demokratie als reflexive Kooperation. Der normative Zusammenhang zwischen Demokratie und Arbeit kann hier nicht nur aufgrund eines kooperativen Freiheitsverständnisses hergestellt werden, sondern auch, weil Arbeit in einer anderen Weise gefasst wird, als es in den Entwürfen deliberativer und republikanischer Demokratie der Fall ist. Arendt begreift Arbeit als natürlichen Stoffwechselprozesses, bei Habermas erscheint sie als eine ausschließlich über Gegenständlichkeit und nicht über Intersubjektivität definierte Form sozialer Praxis. Demgegenüber stellt sprachliche Kommunikation jene Form sozialer Praxis dar, die auf Intersubjektivität gründet und somit über einen emanzipatorischen Gehalt verfügt. Honneth hat bereits in seinen früheren Arbeiten diese von Habermas vollzogene „kommunikationstheoretische Wende kritischer Sozialphilosophie" (Honneth 1979) problematisiert. Dabei hat er über die Auseinandersetzung mit dem Marx'schen Arbeitsbegriff im Unterschied zu Habermas an einem emanzipatorischen Verständnis von Arbeit festgehalten (vgl. Honneth 1989; 1980). Er begreift Arbeit nicht als ein Subjekt-Objekt-Verhältnis, d.h. nur als eine über Gegenständlichkeit vermittelte soziale Praxis, sondern als soziale Interaktion zwischen Subjekten, d.h. als eine intersubjektive Kategorie.

Einen solchen intersubjektiven Arbeitsbegriff sieht Honneth auch bei Dewey angelegt. Das Modell, an dem Dewey soziale Kooperation veranschaulicht, ist das wissenschaftliche Arbeiten als eine Form sozialer Arbeitsteilung, in der durch kooperative Interaktion von Subjekten qualitativ bessere Problemlösungen erzielt werden als in einer individuellen Arbeitsweise. Diese werden umso besser, je freier und kritischer die daran beteiligten Personen diskutieren und beraten. Somit führt eine möglichst hierarchiefreie Kooperation zu besten Ergebnissen. Es stellt sich aber die Frage, ob in dieser Betrachtung das intersubjektive Potential der

Arbeit nicht auf einen bestimmten Aspekt beschränkt bleibt: nämlich darauf, dass Arbeitsteilung und deliberative Kooperation bei der Lösung „objektiver" Probleme beste Ergebnisse erzielen. Stellt soziale Arbeitsteilung nur als intersubjektive Auseinandersetzung um objektive Probleme einen intersubjektiven Kontext dar oder nicht auch noch in einer grundsätzlicheren Art? Vollzieht Arbeit sich nicht immer direkt zwischen Menschen? Kambartel hat Arbeit in einem gesellschaftlichen Sinn als „Tätigkeit für andere" (Kambartel 1993, 241) bezeichnet, die zumindest prinzipiell auch von anderen verrichtet werden könnte.[2] Aus dieser Tatsache bezieht Arbeit – in den Worten von Kurz-Scherf – ihren Anspruch auf Anerkennung, darin liegt aber auch ein unaufhebbares Moment der Fremdbestimmtheit von Arbeit:

> „Das Prinzip der Austauschbarkeit der Person als Charakteristikum von Arbeit ist die Bedingung der Möglichkeit der Veränderung einer bestehenden Arbeitsteilung beispielsweise zwischen den Geschlechtern. Auch in diesem Prinzip ist eine grundlegende Ambivalenz von Arbeit enthalten, weil sich in ihm die soziale Anerkennung jedes und jeder Einzelnen durch die Teilhabe an der gesellschaftlich anerkannten Arbeit wie aber auch ein unaufhebbares Moment der Entfremdung von Arbeit vermischen. Das Prinzip der Austauschbarkeit der Person als einem Charakteristikum von Arbeit ermöglicht einerseits eine solidarische Arbeitsteilung, es ist aber andererseits auch die Grundlage der Konkurrenz an Arbeitsmärkten" (Kurz-Scherf 2004a, 31).

Ein solches Verständnis von Arbeit eröffnet die Möglichkeit, Arbeit als eine politische Kategorie zu begreifen. Ansätze hierzu finden sich insbesondere im Rahmen feministischer Arbeitsforschung, die sich auch um einen zukunftsfähigen Arbeitsbegriff bemüht (vgl. Kurz-Scherf 2007; 2005; Kurz-Scherf/Senghaas-Knobloch 2005). Sie verweist darauf, dass es hilfreich ist, Arbeit als ein politisches Feld zu begreifen, das von unterschiedlichen und widersprüchlichen Interessen und Werten, sich wandelnden Kräfteverhältnissen und Machtkonstellationen strukturiert und reguliert wird (vgl. Scheele 2008, 102-120; 2005). Entscheidend ist dabei, dass Arbeit nicht nur als Objekt von Politik, sondern zugleich auch als Prozess- und Subjektkategorie und damit auch selbst als Form und Arena individuellen und kollektiven Handelns verstanden wird (vgl. Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2006, 17). Für die Gestaltung der Zukunft der Arbeit impliziert ein intersubjektiver und normativ auf Demokratie orientierter Arbeitsbegriff beispielsweise, dass auch danach gefragt wird, wie Arbeit gestaltet sein muss, damit sie partizipatorischen Ansprüchen genügt, d.h. handelnde Subjekte voraussetzt und deren Handlungsfähigkeit gleichzeitig fördert. Die demokratisch begründete Norm „guter Arbeit" rückt dann vor allem auch Fragen und Themen in den Blickpunkt, die mit qualitativen Ansprüchen und Anforderungen an die Gestaltung von Arbeit zusammen hängen. Hierzu zählen die Frage nach angemessener Entlohnung, Arbeitsschutz und Gesundheitsprävention ebenso wie Fragen der Qualifikation (Aus- und Weiterbildung), des Zuschnitts von Arbeit (Inhalte), der zeitlichen und räumlichen Organisation der Arbeit, d.h. auch die Frage nach der Vereinbarkeit von Arbeit mit dem Rest des Lebens sowie selbstverständlich auch alte und neue Fragen der Mitbestimmung.

2 Bei Kambartel findet sich die prinzipielle Substituierbarkeit der ausführenden Personen als Kennzeichen gesellschaftlicher Arbeit nicht direkt, sondern als negatives Abgrenzungskriterium gegenüber solchen Formen individueller Praxis, die nicht den Charakter gesellschaftlicher Arbeit annehmen können: „Allgemein gehören in diese Perspektive diejenigen unserer Bemühungen, bei denen wir als menschliche Personen (im allgemeinen) nicht vertretbar sind" (Kambartel 1993, 243).

Literatur

Abels, Gabriele/Sifft, Stefanie (Hg.), 1999: Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform. Frankfurt/M., New York: Campus.

Abendroth, Wolfgang, 1967: Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Neuwied: Luchterhand, 109-138.

Abraham, David, 1994: Persistent Facts and Compelling Norms: Liberal Capitalism, Democratic Socialism, and the Law. In: Law & Society Review 28. No. 4, 939 946.

Adler, Max, 1926: Politische oder soziale Demokratie. Berlin: E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung.

Agger, Ben, 1979: Work and Authority in Marcuse und Habermas. In: Human Studies 2, 191-208.

Aglietta, Michel/Rebérioux, Antoine, 2005: Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2005.

Ahrens, Kerstin/Bargen, Henning von/Schambach, Gabriele, 2002: Die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung. Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.

Altvater, Elmar u.a. (Hg.), 2000: Vernetzt und verstrickt: Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. 2. Auflage. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Arendt, Hannah, 1996a : Vita activa oder vom tätigen Leben. 8. Auflage. München: Piper.

–, 1996b: Macht und Gewalt. 12. Auflage. München: Piper.

–, 1994a : Über die Revolution. 4. Auflage. München: Piper.

–, 1994b: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken. Hrsg. von Ursula Ludz. München: Piper.

–, 1994c: Freiheit und Politik. In: Dies., 1994b: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken. Hrsg. von Ursula Ludz. München: Piper, 201-226.

–, 1993: Was ist Politik? Hrsg. von Ursula Ludz. München: Piper.

–, 1970: Reflexionen über die Gewalt. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Jg. 24. Heft 1, 1-24.

–, 1964: Labor, Work, Action. In: Bernauer, James W. (Hg.), 1987: Amor Mundi. Explorations in the Faith and Thought of Hannah Arendt. Boston, Dordrecht, Lancaster: Martinus Nijhoff Pub., 29-42.

–/Jaspers, Karl, 1993: Briefwechsel 1926-1969. Hrsg. von Lotte Köhler, Hans Saner. 3. Auflage. München: Piper.

Arnason, Johann P., 1980: Marx und Habermas. In: Honneth, Axel/Jaeggi, Urs (Hg.): Arbeit, Handlung, Normativität. Theorien des Historischen Materialismus 2. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 137-184.

Aulenbacher, Brigitte, 2005: Rationalisierung und Geschlecht in soziologischen Gegenwartsanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bachrach, Peter, 1970: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.

–/Botwiniek, Aryeh, 1992: Power and Empowerment: A Radical Theory of Participatory Democracy. Philadelphia: Temple University Press.

Baethge, Martin, 1991: Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – Zur zunehmenden normativen Subjektivierung von Arbeit. In: Soziale Welt. Jg. 42. Heft 1, 6-20.

Bakan, Mildred, 1979: Hannah Arendt's Concepts of Labor and Work. In: Hill, Melvyn (Hg.): Hannah Arendt. The Recovery of the Public World. New York: St. Martins's Press, 49-65.

Balibar, Etienne, 2007: (De)constructing the Human as Human Institution. A Reflection on the Coherence of Hannah Arendt's Practical Philosophy. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Hannah Arendt: Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität? Berlin: Akademie Verlag Verlag, 261-268.

Barber, Benjamin, 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch.

Bargen, Henning von, 2005: Geschlechterdemokratie – Die Heinrich-Böll-Stiftung: Erfahrungen in der Praxis. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien. Jg. 23. Heft 3, 121-134.

Beck, Markus, 1962: Wirtschaftsdemokratie. Zürich, St. Gallen: Polygraphischer Verlag.

–, 2000a: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt/M., New York: Campus.

– (Hg.), 2000b: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Beck-Gernsheim, Elisabeth, 1980: Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie. Frankfurt/M.: Fischer.

–, 1976: Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt: Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen. Frankfurt/M.: Aspekte.

Becker-Schmidt, Regina, 2007: Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse in Bewegung. In: Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 250-268.

–/Knapp, Gudrun-Axeli/Schmidt, Beate, 1984: Eines ist zuwenig – beides ist zuviel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Fabrik und Familie. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.

Beerhorst, Joachim, 2005: Objekt und Subjekt – Von den Möglichkeiten und Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Arbeitspolitik. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 156-171.

–, 2004: Demokratisierung der Wirtschaft – theoretische Desiderate und politische Erinnerung. In: Beerhorst, Joachim/Demirović, Alex/Guggemos, Michael (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 354-383.

Behrens, Maria (Hg.), 2005: Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Benhabib, Seyla, 1998: Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne. Hamburg: Rotbuch.

–, 1997: Review of Habermas „Between Facts and Norms". In: The American Political Science Review. Vol. 91. No. 3, 725-726.

–, 1995a: Modelle des „öffentlichen Raums". Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas. In: Dies.: Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 96-130.

–, 1995b: Ein deliberatives Modell demokratischer Legitimität. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Jg. 43. Heft 1, 3-29.

–, 1988: Hannah Arendt und die erlösende Kraft des Erzählens. In: Diner, Dan (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt/M.: Fischer, 150-174.

Bennett, John, 1959: „The Human Condition". Hannah Arendt. In: American Anthropologist. Vol. 61. No. 4, 684-688.

Benz, Arthur, 2001: Postparlamentarische Demokratie und kooperativer Staat. In: Leggewie, Claus/Münch, Richard (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 263-280.

–, 1998: Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, Michael (Hg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen: Leske und Budrich, 201-222.

Berger, Johannes, 1982: Die Versprachlichung des Sakralen und die Entsprachlichung der Ökonomie. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 11. Heft 4, 353-365.

Bermbach, Udo, 1986: Englischer Liberalismus. In: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Band 4: Neuzeit: Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus. München: Piper, 324-341.

Bernstein, Eduard, 1899: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart: J.H.W. Dietz Nachf.

Bernstein, Richard J., 1986: Rethinking the Social and the Political. In: Ders.: Philosophical Profiles. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 238-259.

–, 1977: Hannah Arendt: The Ambiguities of Theory and Practice. In: Ball, Terence (Hg.): Political Theory and Praxis: New Perspectives. Minneapolis: University of Minnesota Press, 141-158.

Bielefeldt, Heiner, 1993: Wiedergewinnung des Politischen. Eine Einführung in Hannah Arendts politisches Denken. Würzburg: Königshausen und Neumann.

Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hg.), 1994: Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt/M., New York: Campus.

Bischoff, Joachim, 2006: Demokratisierung der Wirtschaft – ein historischer Irrtum? In: Bontrup, Heinz J./Müller, Julia u.a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternativen zum Shareholder-Kapitalismus. Hamburg: VSA, 116-144.

Blättler, Sidonie, 2001: Feministische Politik und Hannah Arendts Konzeption der Pluralität. In: Kahlert, Heike/Lenz, Claudia (Hg.): Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt. Königstein/Taunus: Helmer, 106-135.

Bluhm, Harald, 2001: Handeln und Verantwortung. Hannah Arendts Konzept politischen Denkens. In: Ballestrem, Karl Graf/Gerhardt, Volker/Ottmann, Henning/Thompson, Martyn P. (Hg.): Politisches Denken. Jahrbuch 2001. Stuttgart, Weimar: Metzler, 1-17.

Bohman, James, 1994: Complexity, Pluralism, and the Constitutional State: On Habermas's „Faktizität und Geltung". In: Law & Society Review 28. No. 4, 897-930.

Bohmeyer, Axel, 2006: Jenseits der Diskursethik. Christliche Sozialethik und Axel Honneths Theorie sozialer Anerkennung. Münster: Aschendorff.

Botstein, Leon, 1983: Liberating the Pariah: Politics, the Jews, and Hannah Arendt. In: Salmagundi 1983. No. 60, 73-106.

Bontrup, Heinz J., 2006: Die Wirtschaft braucht Demokratie. In: Ders./Müller, Julia u.a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternativen zum Shareholder-Kapitalismus. Hamburg: VSA, 10-48.

–, 2005: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. Köln: Papyrossa.

–/Müller, Julia u.a., 2006: Wirtschaftsdemokratie. Alternativen zum Shareholder-Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag.

Brand, Ulrich, 2007: Zwischen Normativität, Analyse und Kritik: Die jüngere Diskussion um Global Governance. In: Journal für Entwicklungspolitik. Jg. 23. Heft 1, 26-50.

–/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter, 2000: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Braun, Kathrin, 2001: (K)Eine Denkerin der Vermittlung? Gesellschaftstheorie und Geschlechterverhältnis im Werk von Hannah Arendt. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 132-156.

Breen, Keith, 2007: Violence and power: a critique of Hannah Arendt on the „political". In: Philosophy and Social Criticism. Vol. 33. No. 3 (May), 343-372.

Brumlik, Micha, 2007: Zwischen Polis und Weltgesellschaft. Hannah Arendt in unserer Gegenwart. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Hannah Arendt: Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität? Berlin: Akademie Verlag, 311-329.

–, 2006: Ein doppelter Geburtstagsgruß. Hannah Arendt und den „Blättern" gewidmet. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 51. Heft 6, 1480-1490.

Brunkhorst, Hauke, 2005: Demokratie als globales Projekt. In: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, 100-113.

Brunkhorst, Hauke, 2000: Equality and Elitism in Arendt. In: Villa, Dana (Hg.): The Cambridge Companion to Hannah Arendt. Cambridge: Cambridge University Press, 178-198.

–, 1999: Hannah Arendt. beck'sche reihe denker. München: Beck.

–, 1994: Brot und Spiele? Hannah Arendts zweideutiger Begriff der Öffentlichkeit. In: Kubes-Hofmann, Ursula (Hg.): Sagen, was ist. Zur Aktualität Hannah Arendts. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 153-168.

Bude, Heinz, 2008: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Hanser.

–/Willisch, Andreas (Hg.), 2008: Exklusion. Die Debatte über die 'Überflüssigen'. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–/Willisch, Andreas (Hg.), 2006: Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition.

Canovan, Margaret, 2002: The People, the Masses, and the Mobilization of Power. The Paradox of Hannah Arendt's „Populism". In: Social Research. Vol. 69. No. 2, 403-422.

–, 1994: Hannah Arendt. A Reinterpretation of Her Political Thought. Cambridge: Cambridge University Press.

–, 1978: The Contradictions of Hannah Arendt's Political Thought. In: Political Theory. Vol. 6. No. 1, 5-26.

Cohen, Joshua, 1989: The Economic Basis of Deliberative Democracy. In: Social Philosophy and Policy. Vol. 6. No. 2, 25-50.

–/Rogers, Joel, 1994: Solidarity, Democracy, Association. In: Streeck, Wolfgang (Hg.): Staat und Verbände. Sonderheft 25 der Politischen Vierteljahresschrift. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 136-159.

–/Rogers, Joel, 1992: Secondary Associations and Democratic Governance. In: Politics and Society. Vol. 20. No. 4, 393-472.

Cook, Terrence/Morgan, Patrick M. (Hg.), 1971: Participatory Democracy. San Francisco: Canfield Press.

Cooper, Leroy, 1976: Hannah Arendts politische Philosophie: eine Deutung. In: Reif, Adelbert (Hg.), 1979: Hannah Arendt. Materialien zu ihrem Werk. Wien, München, Zürich: Europaverlag, 137- 173.

Correll, Lena/Janczyk, Stefanie/Lieb, Anja 2004: Innovative Potentiale einer genderkompetenten Arbeitsforschung. In: Baatz, Dagmar/Rudolph, Clarissa/Satilmis, Ayla (Hg.): Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 255-277.

Crouch, Colin, 2004: Post-Democracy. Cambridge/Malden, M.A.: Polity.

Cunningham, Frank, 2002: Theories of Democracy. A Critical Introduction. London, New York: Routledge.

Dahl, Robert A., 2006: Politische Gleichheit – ein Ideal? Hamburg: Hamburger Edition.

–, 2005: What Institutions Does Large-Scale Democracy Require? In: Political Science Quarterly. Vol. 120. No. 2, 187-197.

–, 2001a: Democracy. In: International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences. Oxford: Elsevier, 3405-3409.

–, 2001b: Political Equality in the Coming Century. In: Dowding, Keith/Hughes, James/Margetts, Helen (Hg): Challenges to Democracy: Ideas, Involvement and Institutions. The PSA Yearbook 2000. New York: Palgrave, 3-17.

–, 1998a: On Democracy. New Haven, London: NB Yale University Press.

–, 1998b: Justifying Democracy. In: Society. Vol. 35. Issue Jan./Feb., 386-392.

–, 1997: From Personal History to Democratic Theory. In: Ders.: Toward Democracy. A Journey. Reflections 1940-1997. Volume 1. Berkeley: IGS Press, 3-16.

–, 1997a: Equality versus Inequality. Ders.: Toward Democracy. A Journey. Reflections 1940-1997. Volume 1. Berkeley: IGS Press, 131-151.

–, 1997b: Political Culture and Economic Development. In: Ders.: Toward Democracy. A Journey. Reflections 1940-1997. Volume 1. Berkeley: IGS Press, 523-544.

–, 1997c: Economics, Politics, and Democracy. In: Ders.: Toward Democracy. A Journey. Reflections 1940-1997. Volume 2. Berkeley: IGS Press, 547-551.

–, 1997d: Development and Democratic Culture. In: Diamond, Larry/Plattner, Marc F./Chu, Yun-han/Tien, Hung-mao (Hg.): Consolidating the Third Waves Democracies. Themes and Perspectives. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press, 34-39.

–, 1996: Polyarchy. In: Ders., 1997: Toward Democracy. A Journey. Reflections 1940-1997. Volume 1. Berkeley: IGS Press, 93-105.

–, 1993: Why all Democracies have mixed Economies, in: Chapman, John W./Shapiro, Ian (Hg): Nomos XXXV. Community and Democracy. New York: New York University Press, 259-282.

–, 1992: Why Free Markets Are Not Enough. In: Journal of Democracy. Vol. 3. No. 3, 82-89.

–, 1990a: Social Reality and Free Markets. In: Dissent. Vol. 37. Spring, 222-228.

–, 1990b: After the Revolution? Authority in a Good Society. Revised Edition. New Haven, London: Yale University Press.

–, 1989: Democracy and its Critics. New Haven, London: Yale University Press.

–, 1987: Sketches for a Democratic Utopia. In: Scandinavian Political Studies. Vol. 10. No. 3, 195-206.

–, 1986: Introduction. In: Ders.: Democracy, Liberty, and Equality. Oslo: Norwegian University Press, 7-24.

–, 1985: A Preface to Economic Democracy. New Haven, London: Yale University Press.

–, 1984a: Polyarchy, Pluralism, and Scale. In: Scandinavian Political Studies. Vol. 7. Dec., 225-241.

–, 1984b: Democracy in the Workplace. Is it a Right or a Privilege? In: Dissent. Vol. 31. Winter, 54-60.

Dahl, Robert A., 1982: Dilemmas of Pluralist Democracy: Autonomy vs. Control. New Haven, London: Yale University Press.
–, 1979: Procedural Democracy. In: Laslett, Peter/Fishkin, James (Hg.): Philosophy, Politics and Society. Oxford: Basil Blackwell, 97-133.
–, 1978: Pluralism Revisited. In: Comparative Politics. Vol. 10. Jan., 191-203.
–, 1977: On Removing Certain Impediments to Democracy in the United States. In: Political Science Quarterly. Vol. 92. Spring, 1-20.
–, 1973: Governing the Giant Corporation. In: Nader, Ralph/Green, Mark J. (Hg): Corporate Power in America. New York: Grossmann, 10-24.
–, 1971: Polyarchy: Participation and Opposition. New Haven, London: Yale University Press.
–, 1970: Power to the Workers. In: New York Review of Books. Vol. 15. No. 9, 20-24.
–, 1961: Equality and Power in American Society. In: Drucker, Peter F./Miller, Delbert C./Dahl, Robert A. (Hg.): Power and Democracy in America. Westport, Connecticut: Greenwoods Press, 73-89.
–, 1959a: Business and Politics: A Critical Appraisal of Political Science. In: The American Political Science Review. Vol LIII. No. 1, 1-34.
–, 1959b: The Politics of Planning. In: International Social Science Journal. Vol. XI. No. 3, 340-350.
–, 1955: Hierarchy, Democracy, and Bargaining in Politics and Economics. In: Bailey, Stephan K. u.a. (Hg.): Research Frontiers in Politics and Government. Brookings Lectures. Westport, Connecticut: Greenwood Press, 45-69.
–, 1948: Marxism and Free Parties. In: The Journal of Politics. Vol. 10. Nov., 787-813.
–, 1947: Workers' Control of Industry and the British Labor Party. In: The American Political Science Review. Vol. 41. No. 5, 875-900.
–, 1940: On the Theory of Democratic Socialism. In: Ders., 1986: Democracy, Liberty, and Equality. Oslo: Norwegian University Press, 25-54.
–/Lindblohm Charles, 1953: Politics, Economics and Welfare: Planning and politico-economic Systems resolved into basic social processes. New York: Harper & Row.
Dahrendorf, Ralf, 1983: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Matthes, Joachim (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt/M., New York: Campus, 25-37.
–, 1980: Im Entschwinden der Arbeitsgesellschaft. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Jg. 34. Heft 7, 749-760.
D'Entreves, Maurizio Passerin, 1989: Freedom, Plurality, Solidarity: Hannah Arendt's Theory of Action. In: Philosophy and Social Criticism 15, 319-350.
Demirović, Alex, 2007: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
–, 2006: Demokratie, Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Zum aktuellen Diskussionstand und den Perspektiven. In: Bontrup, Heinz J./Müller, Julia u.a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternativen zum Shareholder-Kapitalismus. Hamburg: VSA, 54-92.

Demirović, Alex, 2003: Revolution und Freiheit. Zum Problem der radikalen Transformation bei Arendt und Adorno. In: Auer, Dirk/Rensmann, Lars/Schulze-Wessel, Julia (Hg.): Arendt und Adorno. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 260-285.
Diaz, Victor Rego, 2003: Geschlechterdemokratie. In: Haug, Frigga (Hg): Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus. Band 1: Abtreibung bis Hexe. Hamburg: Argument, 436-442.
Dietz, Mary G., 2002: Turning Operations. Feminism, Arendt, and Politics. New York, London: Routledge.
–, 1991: Hannah Arendt and Feminist Politics. In: Shanley, Mary Lyndon/Pateman, Carole (Hg.): Feminist Interpretations of Political Theory. Cambridge: Politiy Press, 231-252.
Dörre, Klaus, 2006: Prekäre Arbeit und soziale Desintegration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Jg. 56. Heft 40/41, 7-13.
Dossa, Shiraz, 1989: The Public Realm and the Public Self. The Political Theory of Hannah Arendt. Waterloo (Ontario): Wilfried Laurier University Press.
Dubiel, Helmut, 2001: Kritische Theorie der Gesellschaft. Eine einführende Rekonstruktion von den Anfängen im Horkheimer-Kreis bis Habermas. 3. Auflage. Weinheim, München: Juventa.
–, 1997: Hannah Arendt and the Theory of Democracy. A Critical Reconstruction. In: Kielmansegg, Peter Graf/Mewes, Horst/Glaser-Schmidt, Elisabeth (Hg.): Hannah Arendt und Leo Strauss. German Emigrés and American Political Thought after World War II. Cambridge: Cambridge University Press, 11-28.
–, 1994a: Der entfesselte Riese? Die „zivile" Gesellschaft und die liberale Demokratie nach 1989. In: Leggewie, Claus (Hg.): Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik. Darmstadt: Verlag Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 49-60.
–, 1994b: Das nicht angetretene Erbe. Anmerkungen zu Hannah Arendts politischer Theorie. In: Ders.: Ungewissheit und Politik. Frankfurt/M., 29-66.
Dunkel, Wolfgang/Rieder, Kerstin, 2004: „Working Gender" – Doing Gender als Dimension interaktiver Arbeit. In: Baatz, Dagmar/Rudolph, Clarissa/Satilmis, Ayla (Hg.): Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 199-211.
Eckart, Christel, 1998: Keine Angst vor der Feminisierung der Arbeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 49. Nr. 6/7, 341-345.
Elshtain, Jean Bethke, 1981: Public Man, Private Woman. Women in Social and Political Thought. Oxford: Robertson.
Espenhorst, Jürgen, 1983: Wege aus der Krise in die Zukunft der Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Jg. 33. Heft 6, 16-27.
Femina Politica, 2008: Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft: Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation. Jg. 17. Heft 2.
–, 1998: Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft: Staats- und Demokratietheorien. Jg. 7. Heft 1.

Fetscher, Iring, 2007: Hannah Arendts Demokratie-Ideal und das Problem seiner Realisierung – heute. In: Horster, Detlef (Hg.): Verschwindet die politische Öffentlichkeit? Hannah-Arendt-Lectures und Hannah-Arendt-Tage 2006. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 85-101.

–, 1998: Arbeit – wozu? In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 49. Nr. 6/7, 346-348.

–, 1996: Hannah Arendt über „produktive und unproduktive Arbeit" bei Smith und Marx. In: Gerhardt, Volker/Ottmann, Henning/Thompson, Martyn P. (Hg.): Politisches Denken. Jahrbuch 1995/96. Stuttgart, Weimar: Metzler, 117-124.

Flores d'Arcais, Paolo, 1993: Libertärer Existentialismus. Zur Aktualität der Theorie von Hannah Arendt. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik.

Fraser, Nancy, 2005: Mapping the Feminist Imagination: From Redistribution to Recognition to Representation. In: Constellations. Vol. 12. Issue 3, 295-307.

–, 2003: Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: Fraser, Nancy/Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 13-128.

–, 1997a: Multiculturalism, Antiessentialism, and Radical Democracy. A Genealogy of the Current Impasse in Feminist Theory. In: Dies.: Justice Interruptus. Critical Reflections on the „Postsocialist" Condition. New York, London: Routledge, 173-188.

–, 1997b: From Redistribution to Recognition? Dilemmas of Justice in a „Postsocialist" Age. In: Dies.: Justice Interruptus. Critical Reflections on the „Postsocialist" Condition. New York, London: Routledge, 11-40.

–, 1994: Was ist kritisch an der kritischen Theorie? Habermas und die Geschlechterfrage. In: Dies.: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 173-221.

Frevel, Bernhard, 2004: Demokratie: Entwicklung, Gestaltung, Problematisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (UTB).

Friese, Marianne, 1995: Modernisierungsfallen im historischen Prozeß. Zur Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit in einem gewandelten Europa. In: Berliner Journal für Soziologie. Jg. 5. Heft 2, 149-162.

Fuchs, Dieter, 1998a: Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien. In: Greven, Michal (Hg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen: Leske und Budrich, 51-179.

Fuss, Peter, 1979: Hannah Arendt's Conception of Political Community. In: Hill, Melvyn (Hg.): Hannah Arendt. The Recovery of the Public World. New York: St. Martins's Press, 157-176.

Ganßmann, Heiner, 1990: Kommunikation und Arbeit. Zum Arbeitsbegriff bei Habermas. In: König, Helmut/Greiff, Bodo von/Schauer, Helmut (Hg.): Sozialphilosophie der industriellen Arbeit. Leviathan Sonderheft. Opladen: Westdeutscher Verlag, 227-239.

Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (Hg.), 2002: Weltmarkt Privathaushalt: Bezahlte Hausarbeit im globalen Wandel. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Gehlen, Arnold, 1961: Vom tätigen Leben. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Jg. 15. Heft 4, 482-486.

Geißel, Brigitte, 1999: Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf der kommunalen Ebene. Opladen: Leske und Budrich.

Gender-Index: Informationsportal. Eine Kooperation von Hans-Böckler-Stiftung und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. http://www.gender-index.de (Zugriff 14.11.2008)

Giddens, Anthony, 1982: Labour and Interaction. In: Thompson, John B./Held, David (Hg.): Habermas. Critical Debates. London: Macmillan Press Ltd., 149-161.

Gorz, André, 1991: Und jetzt wohin? Hamburg: Rotbuch.

Gottschall, Karin, 1995: Geschlechterverhältnis und Arbeitsmarktsegregation. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M, New York: Campus, 125-162.

Greven, Michael Th., 1999: Die fehlende Demokratietheorie der Kritischen Theorie. In: Busch, Andreas/Merkel, Wolfgang (Hg.): Demokratie in Ost und West. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 73-89.

–, 1993: Hannah Arendt – Pluralität und die Gründung der Freiheit. In: Kemper, Peter (Hg.): Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt. Frankfurt/M.: Fischer, 69-96.

Grodnick, Stephan, 2005: Rediscovering Radical Democracy in Habermas' „Between Facts and Norms". In: Constellations. Journal of Critical and Democratic Theory. Vol. 12. Issue 3, 392-408.

Grunenberg, Antonia, 1995: 'Macht kommt von möglich …'. In: Grunenberg, Antonia/Probst, Lothar (Hg.) 1995: Einschnitte. Hannah Arendts politisches Denken heute. Bremen: Edition Temmen, 83-95.

– (Hg.), 2003: Totalitäre Herrschaft und republikanische Demokratie. Fünfzig Jahre „The Origins of Totalitarianism" von Hannah Arendt. Hannah Arendt Studien 1. Frankfurt/M.: Peter Lang.

–/Meints, Waltraud/Bruns, Oliver/Harckensee, Christine (Hg.), 2008: Perspektiven politischen Denkens. Hannah Arendt zum 100. Geburtstag. Schriftenreihe des Hannah-Arendt-Zentrums der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Hannah Arendt Studies. Frankfurt/M.: Peter Lang.

Günther, Klaus, 2006: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. In: Honneth, Axel (Hg.): Schlüsseltexte der kritischen Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 199-203.

Habermas, Jürgen, 2003: Kulturelle Gleichbehandlung und die Grenzen des postmodernen Liberalismus. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Jg. 51. Heft 3, 367-394.

–, 2001: Der demokratische Rechtsstaat – eine paradoxe Verbindung widersprüchlicher Prinzipien? In: Ders.: Zeit der Übergänge. Kleine politische Schriften IX. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 132-151.

Habermas, Jürgen, 1999a: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–, 1999b: Drei normative Modelle der Demokratie. In: Ders., 1999a: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 277-292.

–, 1999c: Der europäische Nationalstaat – Zu Vergangenheit und Zukunft von Souveränität und Staatsbürgerschaft. In: Ders., 1999a: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 128-153.

–, 1998a: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie. In: Ders.: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 91-169.

–, 1998b: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Beck, Ulrich (Hg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 67-84.

–, 1995a [1981]: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–, 1995b [1981]: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–, 1994a [1992]: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 4. durchgesehene und erweiterte Auflage. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–, 1994b: Über den internen Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie. In: Preuß, Ulrich (Hg): Zum Begriff der Verfassung. Frankfurt/M.: Fischer, 83-94.

–, 1990: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute? In: Ders.: Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 179-204.

–, 1988: Volkssouveränität als Verfahren. In: Ders., 1994a: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 4. durchgesehene und erweiterte Auflage. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 600-631.

–, 1986: Entgegnung. In: Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.): Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns". Frankfurt/M.: Suhrkamp, 327-405.

–, 1985: Die neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Jg. 39. Heft 1, 1-14.

–, 1984: Konservative Politik, Arbeit und Utopie heute. In: Basler Zeitung vom 7. Januar 1984. Wieder abgedruckt in: Ders., 1985b: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 59-76.

–, 1976a: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–, 1976b: Hannah Arendts Begriff der Macht. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Jg. 30. Heft 10, 946-960.

–, 1968a: Technik und Wissenschaft als Ideologie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–, 1968b: Technik und Wissenschaft als Ideologie. In: Ders.: Technik und Wissenschaft als Ideologie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 48-103.

–, 1967: Arbeit und Interaktion. In: Ders., 1968: Technik und Wissenschaft als Ideologie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 9-47.

–, 1966: Hannah Arendt. Die Geschichte von den zwei Revolutionen. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Jg. 20. Heft 5, 479-482.

–, 1963: Theorie und Praxis. Neuwied, Berlin: Luchterhand.

–/Friedburg, Ludwig von/Oehler, Christoph/Weltz, Friedrich, 1961: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten. Neuwied: Luchterhand.

Hartwich, Hans Hermann, 1998: Die Europäisierung des deutschen Wirtschaftssystems. Fundamente – Realitäten – Perspektiven. Opladen: Leske und Budrich.

–, 1970: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Hausen, Karin, 2000: Arbeit und Geschlecht. In: Kocka, Jürgen/Offe, Claus (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt/M., New York: Campus, 343-361.

Heidenreich, Martin, 2004: Die Debatte um die Wissensgesellschaft. In: Böschen, Stefan/Schulz-Schaeffer, Ingo (Hg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 25-51.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), 2007: Hannah Arendt: Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität? Berlin: Akademie Verlag.

Held, David, 1996: Models of Democracy. 2nd edition. Cambridge: Polity Press.

–, 1980: Introduction to Critical Theory. From Horkheimer to Habermas. London: Hutchinson.

–/Koenig-Archibugi (Hg.), 2005: Global Governance and Public Accountability. Malden, Mass.: Blackwell.

–/McGrew, Anthony (Hg.), 2002: Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance. Cambridge: Polity Press.

Heller, Agnes, 1982: Habermas and Marxism. In: Thompson, John B./Held, David (Hg.): Habermas. Critical Debates. London: Macmillan Press Ltd., 21-41.

Heller, Hermann, 1931: Staat. In: Ders., 1971b: Gesammelte Schriften Bd. 3. Leiden: A.W. Sijthoff, 3-23.

–, 1930: Rechtsstaat oder Diktatur? In: Ders., 1971a: Gesammelte Schriften Bd. 2. Leiden: A.W. Sijthoff, 445-463.

–, 1928: Politische Demokratie und soziale Homogenität. In: Ders., 1971a: Gesammelte Schriften Bd. 2. Leiden: A.W. Sijthoff, 421-433.

Herb, Karl Friedrich, 2001: Licht und Dunkel. Zum Republikideal bei Jean-Jacques Rousseau und Hannah Arendt. In: Politisches Denken. Jahrbuch 2001. Hrsg. von Ballestrem, Karl Graf/Gerhardt, Volker/Ottmann, Henning/Thompson, Martyn P. Stuttgart, Weimar: Metzler, 59-68.

Hess, Sabine/Lenz, Ramona, 2001: Das Comeback des Dienstmädchens. In: Dies. (Hg.): Geschlecht und Globalisierung. Ein kulturwissenschaftlicher Streifzug in transnationalen Räumen. Königstein/Taunus: Helmer, 128-165.

Heuer, Wolfgang, 2006: Politik und Verantwortung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Jg. 56. Heft 39, 8-15.

–, 1997: Ein schwieriger Dialog. Die Hannah Arendt-Rezeption im deutschsprachigen Raum. In: Ganzfried, Daniel/Hefti, Sebastian (Hg.): Hannah Arendt. Nach dem Totalitarismus. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 21-28.

Hinchman, Lewis P./Hinchman, Sandra K., 1984: In Heidegger's Shadow: Hannah Arendt's Phenomenological Humanism. In: Review of Politics. Vol. 46. No. 2, 183-211.

Hirst, Paul, 1994: Associative Democracy. New Forms of Economic and Social Governance. Cambridge: Polity Press.

Hoecker, Beate, 2000: Geschlechterdemokratie im europäischen Kontext. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Jg. 50. Heft 31/32, 30-38.

–, 1999: Frauen, Männer und die Politik. Lern- und Arbeitsbuch. Bonn: Dietz.

– (Hg.), 2006: Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

– (Hg.), 1998: Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen: Leske und Budrich.

Höffe, Otfried, 1999a: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. München: Beck.

– 1999b: Eine föderale Weltrepublik? Über Demokratie in Zeiten der Globalisierung. In: Information Philosophie. Jg. 27. Nr. 3, 7-19.

–, 1993: Politische Ethik im Gespräch mit Hannah Arendt. In: Kemper, Peter (Hg.): Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt. Frankfurt/M.: Fischer, 13-33.

Holland-Cunz, Barbara, 1998: Feministische Demokratietheorie: Thesen zu einem Projekt. Opladen: Leske und Budrich.

Honig, Bonnie, 1995: Introduction: The Arendt Question in Feminism. In: Dies. (Hg.): Feminist Interpretations of Hannah Arendt. University Park: Pennsylvania State University Press, 1-16.

Honneth, Axel, 2004: Eine soziale Pathologie der Vernunft. Zur intellektuellen Erbschaft Kritischer Theorie. In: Halbig, Christoph/Quante, Michael (Hg.): Axel Honneth: Sozialphilosophie zwischen Kritik und Anerkennung. Münsteraner Vorlesungen zur Philosophie. Bd. 5. Münster: Lit Verlag, 9-32.

–, 2000: Anerkennung oder Umverteilung? In: Ulrich, Peter/Maak, Thomas (Hg): Die Wirtschaft in der Gesellschaft. Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend. Bern, Stuttgart: Haupt Verlag, 131-150.

–, 1999: Demokratie als reflexive Kooperation. John Dewey und die Demokratietheorie der Gegenwart. In: Brunkhorst, Hauke/Niesen, Peter (Hg.): Das Recht der Republik. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 37-65.

–, 1994a: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–, 1989: Logik der Emanzipation. Zum philosophischen Erbe des Marxismus. In: Krämer, Leo Hans/Leggewie, Claus (Hg.): Wege ins Reich der Freiheit. Berlin: Rotbuch, 86-106.

–, 1982: Von Adorno zu Habermas. Der Gestaltwandel kritischer Gesellschaftstheorie. In: Bonß, Wolfgang/Honneth, Axel (Hg): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential kritischer Theorie. Frankfurt/M: Suhrkamp, 87-126.

–, 1980: Arbeit als instrumentales Handeln. In: Ders./Jaeggi, Urs (Hg.): Arbeit, Handlung, Normativität. Theorien des historischen Materialismus 2. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 185-233.

–, 1979: Adorno und Habermas. Zur kommunikationstheoretischen Wende kritischer Sozialphilosophie. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Jg. 33. Heft 7, 648-665.

Horster, Detlef (Hg.), 2007: Verschwindet die politische Öffentlichkeit? Hannah-Arendt-Lectures und Hannah-Arendt-Tage 2006. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Internationale Zeitschrift für Philosophie. Jg. 16 (2007), Heft 1.

Isaac, Jeffrey C., 1994: Oases in the Desert: Hannah Arendt on Democratic Politics. In: American Political Science Review. Vol. 88. No. 1, 156-168.

–, 1988: Dilemmas of Democratic Theory. In: Shapiro, Ian/Reeher, Grant (Hg.): Power, Inequality, and Democratic Politics. Essays in Honor of Robert A. Dahl. Boulder, London: Westview Press, 132-152.

Jaeggi, Rahel, 2007: Die im Dunklen sieht man nicht: Hannah Arendts Theorie der Politisierung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Hannah Arendt: Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität? Berlin: Akademie Verlag, 241-250.

–, 1997: Welt und Person: Zum anthropologischen Hintergrund der Gesellschaftskritik Hannah Arendts. Berlin: Lukas Verlag.

Jahoda, Maria, 1988: Wirklich Ende der Arbeitsgesellschaft? Eine Auseinandersetzung mit Hannah Arendt. In: Rosenmayr, Leopold/Kolland, Franz (Hg.): Arbeit – Freizeit – Lebenszeit. Opladen: Westdeutscher Verlag, 21-27.

Jarren, Otfried/Lachenmeier, Dominik/Steiner, Adrian (Hg.), 2007: Entgrenzte Demokratie? Herausforderung für die politische Interessenvermittlung. Baden Baden: Nomos.

Jay, Martin, 1978: Hannah Arendt: Opposing Views. In: Partisan Review. Vol. 45. No. 3, 348-368.

Jung, Tina, 2007: Geschlechterdemokratie als „rhetorische Modernisierung"? Eine feministische ReVision. Freiburg: fwpf.

Kallscheuer, Otto, 1993: Der verweigerte Dialog. Hannah Arendt und die europäischen Intellektuellen. In: Kemper, Peter (Hg): Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt. Frankfurt/M.: Fischer, 142-180.

–, 1986: Marxismus und Sozialismus bis zum ersten Weltkrieg. In: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Band 4: Neuzeit:

Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus. München: Piper, 515-588.

Kambartel, Friedrich, 1993: Arbeit und Praxis. Zu den begrifflichen Grundlagen einer aktuellen politischen Debatte. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Jg. 41. Heft 2, 239-249.

Kateb, George, 1989: Arendt and Representative Democracy. In: Garner, Reuben (Hg.): The Realm of Humanitas. Responses to the Writings of Hannah Arendt. New York: Lang, 187-233.

–, 1983: Hannah Arendt. Politics, Conscience, Evil. Totowa (New Jersey): Rowman & Allanheld.

–, 1977: Freedom and Worldliness in the Thought of Hannah Arendt. In: Political Theory. Vol. 5. No. 2, 141-182.

Kemper, Peter (Hg.), 1993: Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt. Frankfurt/M.: Fischer.

King, Richard H./Stone, Dan (Hg.), 2007: Hannah Arendt and the Uses of History. Imperialism, Nation, Race, and Genocide. New York, Oxford: Berghahn Books.

Klammer, Ute, 1998: Reformbedarf und Reformoptionen der sozialen Sicherung vor dem Hintergrund der „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses". In: Eicker-Wolf, Kai u.a. (Hg.): Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat. Marburg: Metropolis, 249-288.

Klein, Ansgar, 2002: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske und Budrich.

–, 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgen. Opladen: Leske und Budrich.

Klett, Joachim H., 2003: ver.di: Geschlechterdemokratie ist das Ziel – Gender Mainstreaming der Weg. In: Jansen, Mechthild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hg.): Gender Mainstreaming. Herausforderungen für den Dialog der Geschlechter. München: Olzog Verlag, 94-123.

Klinger, Cornelia, 1996: Private Freiheiten und öffentliche Ordnung. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage des 21. Jahrhunderts. Berlin: Siedler, 413-434.

Knapp, Gudrun-Axeli, 1981: Industriearbeit und Instrumentalismus. Zur Geschichte eines Vorurteils. Bonn: Verlag neue Gesellschaft.

König, Helmut, 1990: Krise der Arbeitsgesellschaft. In: König, Helmut/Greiff, Bodo von/Schauer, Helmut (Hg.): Sozialphilosophie der industriellen Arbeit. Leviathan Sonderheft. Opladen: Westdeutscher Verlag, 322-345.

Kohn, Jerome, 2000: Hannah Arendt and the Political. In: Grunenberg, Antonia/Kohn, Jerome: Zur Eröffnung des Hannah Arendt-Zentrums. Oldenburger Universitätsreden Nr. 118. Oldenburg: Universität Oldenburg, 22-37.

Kratzer, Nick, 2003: Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen. Berlin: Edition Sigma.

Kronauer, Martin, 2007: Neue soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeitserfahrungen: Herausforderungen für eine Politik des Sozialen. In: WSI-Mitteilungen. Jg. 60. Heft 7, 365-372.

Kröhnert, Steffen/Klingholz, Reiner, 2007: Not am Mann? Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin. http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Studien/Not_am_Mann_Webversion.pdf (Zugriff 16.01.2008).

Kulla, Ralf, 1999: Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit. Über die verdrängte Nähe von Hannah Arendt zu Rosa Luxemburg. Hannover: Offizin Verlag.

Kurz-Scherf, Ingrid, 2007: Soziabilität – auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik. In: Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 269-284.

–, 2005: „Arbeit neu denken, erforschen und gestalten" – ein feministisches Projekt. In: Dies./Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 15-35.

–, 2004a: „Hauptsache Arbeit?" – Blockierte Perspektiven im Wandel von Arbeit und Geschlecht. In: Baatz, Dagmar/Rudolph, Clarissa/Satilmis, Ayla (Hg.): Hauptsache Arbeit? Feministische Perpsektiven auf den Wandel von Arbeit. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 24-46.

–, 2004b: Suchbewegungen im Wandel von Arbeit, Geschlecht und Gesellschaft. In: Baatz, Dagmar/Rudolph, Clarissa/Satilmis, Ayla (Hg.): Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 8-15.

–, 2003: Arbeiten bis zum letzten Job. Zum internen Zusammenhang von Arbeit und Demokratie. In: Dies./Arlt, Hans-Jürgen (Hg.): Arbeit, Bildung und Geschlecht. Prüfsteine der Demokratie. Festschrift für Jutta Roitsch. Frankfurt/M., New York: Campus, 290-311.

–/Senghaas-Knobloch, Eva, 2005: Zukunftsfähige Arbeitsforschung. Zum Memorandum des Netzwerks feministische Arbeitsforschung. In: Feministische Studien. Jg. 23. Heft 2, 320-322.

–/Lepperhoff, Julia/Rudolph, Clarissa, 2003: Geschlechterperspektiven auf den Wandel von Arbeit. In: WSI-Mitteilungen. Jg. 56. Heft 10, 585-590.

–/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra, 2006: Arbeit und Geschlecht im Wandel. Kontinuitäten, Brüche und Perspektiven für Wissenschaft und Politik. Onlinetext auf www.gender-politik-online.de, Zugriff Dezember 2007.

Länder-Genderindex: Gender-Index auf der Ebene der Bundesländer zum pdf Download http://www.gender-index.de/Laender-Genderindex.pdf (Zugriff 14.11.2008).

Lang, Sabine, 1997: Geschlechterordnung in der Demokratie: Über die Maskulinität politischer Öffentlichkeit. In: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.): Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 245-267.

Lee, Donald, 1991: Polyarchy: The Political Theory of Robert A. Dahl. New York, London: Garland Pub. Inc.

Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra, 2003: Kooperieren(d) Lernen: Methodologische Überlegungen für die Arbeitsforschung. GendA Discussion Papers 2/2003. Marburg.

Leithäuser, Thomas, 1986: Subjektivität im Produktionsprozess. In: Volmerg, Birgit/Senghaas-Knobloch, Eva/Ders.: Betriebliche Lebenswelt. Eine Sozialpsychologie industrieller Arbeitsverhältnisse. Opladen: Westdeutscher Verlag, 245-266.

Lieb, Anja, 2005: Demokratische Leerstelle Arbeit? In: Kurz-Scherf, Ingrid/Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegen in ihrem Wandel. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 172-188.

Lipset, Seymour Martin, 2000: Conditions for Democracy. In: Klingemann, Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Zur Zukunft der Demokratie: Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB Jahrbuch 2000. Berlin: Edition Sigma, 393-410.

–, 1994: The Social Requisites of Democracy Revisited. In: American Sociological Review. Vol. 59. No. 1, 1-22.

–, 1959: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: The American Political Science Review. Vol. 53. No. 2, 60-105.

–/Seong, Kyoung-Ryung/Torres, John Charles 1993: A comparative analysis of the social requisites of democracy. In: International Social Science Journal 136 (May 1993), 155-175.

Lister, Ruth, 1997: Citizenship: Feminist perspectives. New York: New York University Press.

Lohr, Karin/Nickel, Hildegard Maria (Hg.), 2005: Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Lovenduski, Joni/Norris, Pippa (Hg.), 1993: Gender and Party Politics. London: Sage Pub.

Ludz, Ursula, 1993: Hannah Arendts Pläne für eine „Einführung in die Politik". In: Arendt, Hannah: Was ist Politik? Hrsg. von Ursula Ludz. München: Piper, 137-190.

Lukoschat, Helga, 1997: Vorschläge zu einer Verankerung feministischer Politik in der reformierten Stiftung. In: Thoma, Susanne/Scherer, Christine/Kretschmann, Martina (Hg.): Geschlechterdemokratie als ein neues Konzept? Hrsg. v. Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin, 28-41.

Mack, Arien/Kohn, Jerome (Hg.), 2002: Hannah Arendt. The Origins of Totalitarianism: 50 Years Later. Social Research. Vol. 69. No. 2.

Macpherson, Crawford B., 1977: Demokratietheorie. Beiträge zu ihrer Erneuerung. München: Beck.

Marchart, Oliver, 2006a: Ein revolutionärer Republikanismus – Hannah Arendt aus radikaldemokratischer Perspektive. In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Bielefeld: transcript Verlag, 151-169.

–, 2006b: Die Welt und die Revolution. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Jg. 56. Heft 39, 33-38.

Marcuse, Herbert 1933: Über die philosophischen Grundlagen des wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsbegriffs. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Jg. 69. Heft 3, 257-292.

Markell, Patchen, 2006: The Rule of the People: Arendt, Arche, and Democracy. In: The American Political Science Review. Vol. 100. No. 1, 1-14.

Marshall, Thomas H., 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/M., New York: Campus.

–, 1965: Class, Citizenship and Social Development. New York: Anchor.

–/Bottomore, Tom (Hg.), 1996: Citizenship and Social Class. London u.a.: Pluto.

Marti, Urs, 1992: Öffentliches Handeln – Aufstand gegen die Diktatur des Sozialen. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Jg. 40. Nr. 5, 513-523.

Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1848: Manifest der kommunistischen Partei. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1959: Werke. Band 4. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz Verlag, 461-493.

Mayer, Robert, 2001a: Robert Dahl and the Right to Workplace Democracy. In: The Review of Politics. Vol. 63. No. 2, 221-248.

–, 2001b: Discussion – A Rejoinder to Robert Dahl. In: The Review of Politics. Vol. 63. No. 2, 255-258.

Mayntz, Renate/Streeck, Wolfgang (Hg.), 2003: Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden. Frankfurt/M., New York: Campus.

McCarthy, Thomas, 1986: Komplexität und Demokratie – Die Versuchungen der Systemtheorie. In: Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.): Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns". Frankfurt/M.: Suhrkamp, 177-215.

–, 1985: Complexity and Democracy, or Seducements of Systems Theory. In: New German Critique 1985. Nr. 35 (Spring/Summer), 27-53.

–, 1980: Kritik der Verständigungsverhältnisse. Zur Theorie von Jürgen Habermas. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Medzeg, Gisela, 1995: Arbeit als Last – Arbeit als Utopie. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. Jg. 18. Heft 39, 27-40.

Meints, Waltraud/Klinger, Katherine (Hg.), 2004: Politik und Verantwortung. Zur Aktualität von Hannah Arendt. Hannover: Offizin Verlag.

Memorandum zur zukunftsfähigen Arbeitsforschung, 2007: Arbeit und Geschlecht – Plädoyer für einen erweiterten Horizont der Arbeitsforschung und ihrer Förderung. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Correll, Lena/Janczyk, Sefanie (Hg.): In Arbeit: Zukunft.

Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegen in ihrem Wandel. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 278-292.
Meyer, Birgit, 1997: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt, New York: Campus.
–, 1992: Die 'unpolitische' Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Jg. 42. Heft 25/26, 3-13.
Meyer, Thomas, 2005: Theorie der Sozialen Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Moldaschl, Manfred, 2004: Partizipation und/als/statt Demokratie. Zum Entwicklungsverhältnis von gesellschaftlicher Demokratisierung und organisationaler Partizipation. In: Weber, Wolfgang G./Pasqualoni, Pier-Paolo/Burtscher, Christian (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und Verantwortung. Kontinuitäten und Brüche. Göttingen: Vandenhoek und Ruprecht, 216-245.
–, 1996: Kooperative Netzwerke und Demokratisierung. In: Scherer, Eric/Schönsleben, Paul/Ulrich, Eberhard (Hg.): Werkstattmanagement. Zürich: vdf, 131-156.
–/Voß, Günter, 2002: Subjektivierung der Arbeit. München, Mehring: Hampp Verlag.
Moller Okin, Susan, 1991: Gender, the Public and the Private. In: Held, David (Hg.): Political Theory Today. Cambridge: Polity Press, 67-90.
Müller, Ernst, 2003: Hannah Arendts Marxkritik. In: Berliner Debatte Initial. Sozial- und Geisteswissenschaftliches Journal. Jg. 14. Heft 2, 104-112.
Muhll, George von der, 1977: Robert Dahl and the Study of Contemporary Democracy. In: The American Political Science Review. Vol. 71. No. 3, 1070-1096.
Naphtali, Fritz, 1969 [1928]: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. 4. unveränderte Auflage. Mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
Narr, Wolf Dieter, 1994: Recht – Demokratie – Weltgesellschaft. Überlegungen anlässlich der rechtstheoretischen Werke von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann (Teil 1). In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Jg. 24. Heft 94, 87-112.
Negt, Oskar, 2001: Arbeit und menschliche Würde. 2. Auflage. Göttingen: Steidl.
Neumann, Franz L., 1931: Über die Voraussetzungen und den Rechtsbegriff einer Wirtschaftsverfassung. In: Die Arbeit. Jg. 8. Heft 8, 588-606.
–, 1930: Die soziale Bedeutung der Grundrechte in der Weimarer Verfassung. In: Die Arbeit. Jg. 7. Heft 9, 569-582.
Neyer, Jürgen, 2003: Politische Herrschaft in postnationalen Konstellationen. Vergesellschaftung und Verrechtlichung jenseits des Staates. Baden Baden: Nomos.
Norris, Pippa/Inglehart, Ronald, 2001: Women and Democracy. Cultural Obstacles to Equal Representation. In: Journal of Democracy. Vol. 12. No. 3, 126-140.
Offe, Claus, 1983a: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? In: Matthes, Joachim (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt/M., New York: Campus, 38-65.

–, 1983b: Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt/M., New York: Campus.
Olson, Kevin, 1998: Democratic Inequalities: The Problem of Equal Citizenship in Habermas' Democratic Theory. In: Constellations. Vol. 5. Issue 2, 215-233.
Ostner, Ilona, 1978: Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft. Frankfurt/M., New York: Campus.
Parekh, Biku, 1981: Hannah Arendt and the Search of a New Political Philosophy. London: MacMillan.
–, 1979: Hannah Arendt's Critique of Marx. In: Hill, Melvyn (Hg.): Hannah Arendt. The Recovery of the Public World. New York: St. Martins's Press, 67-101.
Parry, Geraint/Moyser, George/Day, Neil (Hg.), 1992: Political Participation and Democracy in Britain. Cambridge: Cambridge University Press.
Pateman, Carole, 1988: The Sexual Contract. Cambridge: Polity Press.
–, 1983: Feminist Critiques of the Public/Private Dichotomy. In: Dies., 1989: The Disorder of Women: Democracy, Feminism and Political Theory. Cambridge: Polity Press, 118-140.
–, 1970: Participation and Democratic Theory. Cambridge: Cambridge University Press.
Paul-Horn, Ina, 1994: Resistenz gegen die Faszination der Gewalt, Hannah Arendts Machtbegriff. In: Kubes-Hofmann, Ursula (Hg.): Sagen, was ist. Zur Aktualität Hannah Arendts. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 95-110.
Pekruhl, Ulrich, 2004: Partizipation im Betrieb: Ein Begriff für drei Konzepte. In: Paul, Hansjürgen/Latniak, Erich (Hg.): Perspektiven der Gestaltung von Arbeit und Technik. München, Mehring: Hampp, 113-140.
Penrose, Virginia, 1993: Orientierungsmuster des Karriereverhaltens deutscher Politikerinnen. Ein Ost-West-Vergleich. Bielefeld: Kleine Verlag.
Phillips, Anne, 2007: Multiculturalism without Culture. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
–, 2004: Defending Equality of Outcome. In: The Journal of Political Philosophy. Vol. 12. No. 1, 1-19.
–, 2001: Multiculturalism, Universalism and the Claims of Democracy. Democracy, Governance and Human Rights Programme Paper Number 7. Hrsg.: United Nations Research Institute for Social Development.
–, 1999: Which Equalities Matter? Cambridge: Polity Press.
–, 1998: Democracy and Representation: Or why should it matter who our representatives are? In: Dies. (Hg.): Feminism and Politics. Oxford, New York: Oxford University Press, 224-240.
–, 1996: Dealing with Difference: A Politics of Ideas, or a Politics of Presence? In: Benhabib, Seyla (Hg): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 139-152.
–, 1995a: Geschlecht und Demokratie. Berlin: Rotbuch Verlag.

Phillips, Anne, 1995b: The Politics of Presence. Oxford: Clarendon Press.

–, 1993: Introduction. In: Dies.: Democracy and Difference. Cambridge: Polity Press, 1-22.

–, 1991: Engendering Democracy. Cambridge: Polity Press.

Pitkin, Hanna F., 1998: The Attack of the Blob. Hannah Arendt's Concept of the Social. Chicago, London: University of Chicago Press.

–, 1981: Justice. On Relating Private and Public. In: Political Theory. Vol 9. No. 3, 327-352.

–, 1967: The Concept of Representation. Berkeley: University of California Press.

Pongartz, Hans J./Voß, Günther, 2000: Vom Arbeitnehmer zum Arbeitskraftunternehmer – Zur Entgrenzung der Ware Arbeitskraft. In: Minssen, Heiner (Hg.): Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation von Arbeit. Berlin: Edition Sigma, 225-247.

Putnam, Robert, 1994: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Rau, Johannes, 1999: „Ich will zuhören, damit niemand ungehört bleibt." In: Frankfurter Rundschau vom 02.07.1999 (Dokumentation).

Reese-Schäfer, Walter, 2000: Demokratietheoretische Leerstelle Arbeit. In: Ludwig, Heiner/Gabriel, Karl (Hg.): Gesellschaftliche Integration durch Arbeit: Über die Zukunftsfähigkeit sozialkatholischer Traditionen von Arbeit und Demokratie am Ende der Industriegesellschaft. Münster: Lit Verlag, 113-134.

Rese, Friederike, 2008: Macht, Gewalt und öffentlicher Raum bei Hannah Arendt. In: Grunenberg, Antonia/Meints, Waltraud/Bruns, Oliver/Harckensee, Christine (Hg.): Perspektiven politischen Denkens. Hannah Arendt zum 100. Geburtstag. Schriftenreihe des Hannah Arendt-Zentrums der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Hannah Arendt Studies. Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag, 109-131.

Reist, Manfred, 1990: Die Praxis der Freiheit: Hannah Arendts Anthropologie des Politischen. Würzburg: Königshausen und Neumann.

Ring, Jennifer, 1989: On Needing Both Marx and Arendt. In: Political Theory. Vol. 17. No. 3, 432-448.

Risse, Thomas, 2005: Global Governance and Communicative Action. In: Held, David/Koenig-Archibugi (Hg.): Global Governance and Public Accountability. Malden, Mass.: Blackwell, 164-189.

Rödel, Ulrich/Frankenberg, Günther/Dubiel, Helmut, 1989: Die demokratische Frage. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Roller, Edeltraut, 2005: The Performance of Democracies. Political Instiutions and Public Policies. Oxford: Oxford University Press.

Rorty, Richard, 1967: Metaphilosophical Difficulties of Linguistic Philosophy. In: Ders. (Hg.): The Linguistic Turn. Recent Essays in Philosophical Method. Chicago, London: The University of Chicago Press, 1-39.

Roundtable Disussion, 1988: Roundtable Discussion Politics, Economic, and Welfare. Teilnehmer: David Cameron, Robert A. Dahl, Herbert A. Kaufmann, Charles E. Lindblohm, Theodore J. Lowi, James Tobin. In: Shapiro, Ian/Reeher, Grant (Hg.): Power, Inequality, and Democratic Politics. Essays in Honor of Robert A. Dahl. Boulder, London: Westview Press, 153-167.

Rueschemeyer, Dietrich, 2004: Adressing Inequality. In: Journal of Democracy Vol. 15. No. 4, 76-90.

Sartori, Giovanni, 1992: Demokratietheorie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Sauer, Brigit, 2006: Geschlechterdemokratie und Arbeitsteilung. Aktuelle feministische Debatten. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. Jg. 31. Nr. 2, 54-76.

–, 1999: Demokratisierung mit oder gegen den Staat? Sieben Thesen zu einer feministischen Revision staatstheoretischer Ansätze. In: Abels, Gabriele/Sifft, Stefanie (Hg.): Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform. Frankfurt/M., New York: Campus, 79-103.

Sauer, Dieter, 2005: Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen. Hamburg: VSA.

Schaal, Gary S., 2006: Die politische Theorie der liberal-prozeduralistischen Demokratie: Robert A. Dahl. In: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart I. Eine Einführung. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich (UTB), 247-276.

Schäfer, Gert, 1993: Macht und öffentliche Freiheit: Studien zu Hannah Arendt. Frankfurt/M.: Materialis Verlag.

Scharpf, Fritz W., 2006: Problem Solving Effectiveness and Democratic Accountibility in the EU. Institut für Höhere Studien. Reihe Politikwissenschaft 107. Wien.

–, 1999: Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch? Frankfurt/M, New York: Campus.

–, 1993: Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat. In: Czada, R./Schmidt, M.G. (Hg.): Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schavan, Annette, 2007: „Der Sinn von Politik ist Freiheit". In: Horster, Detlef (Hg.): Verschwindet die politische Öffentlichkeit? Hannah-Arendt-Lectures und Hannah-Arendt-Tage 2006. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 103-110.

Scheele, Alexandra, 2008: Arbeit als politisches Feld. Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

–, 2005: Arbeit als politisches Feld. Überlegungen für die politikwissenschaftliche Bearbeitung des Zusammenhangs von Politik und Arbeit. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 189-204.

–, 2004: Feminisierung der Arbeit und die Arbeitsforschung. In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik. Jg. 13. Heft 2, 173-176.

Scheuerman, William E., 1999: Between radicalism and resignation: democratic theory in Habermas's „Between Facts and Norms". In: Dews, Peter (Hg.): Habermas. A Critical Reader. Malden, Massachusetts: Blackwell Pub., 183-177.

Schindler, Roland W., 2000: Erschöpfung der Demokratie? Erneuerung der Politik. Hannah Arendt über Parteiendemokratie und Rätewesen. In: Utopie kreativ: Diskusion sozialistischer Alternativen. Heft 113, 264-275.

–, 1996: Geglückte Zeit – gestundete Zeit. Hannah Arendts Kritik der Moderne. Frankfurt/M., New York: Campus.

Schmalz-Bruns, Rainer, 2001: The postnational Constellation: Democratic Governance in the Era of Globalization. In: Constellations. Vol. 8. No. 4, 55-568.

Schmidt, Manfred G., 2006: Demokratietheorien. Eine Einführung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schnell, Martin, 1995: Phänomenologie des Politischen. München: Fink.

Schöler-Macher, Bärbel, 1994: Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten. Weinheim: Deutscher Studienverlag.

Senghaas-Knobloch, Eva, 2001: Postfordistische Grenzverwischungen der Arbeitswelt und das feministische politische Projekt. In: Kahlert, Heike/Lenz, Claudia (Hg.): Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt. Königstein/Taunus: Helmer Verlag, 264-298.

–, 1998: Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Zu einer aktuellen Debatte. In: Feministische Studien Jg. 16. Heft 2, 9-13.

Shapiro, Ian/Reeher, Grant (Hg.), 1988: Power, Inequality, and Democratic Politics. Essays in Honor of Robert A. Dahl. Boulder, London: Westview Press.

Shire, Karen A., 2001: Arbeiten und Lernen in der Wissensgesellschaft: Thesen zur Entwicklung wissensbasierter Arbeit im Front-Line-Bereich. Beitrag zum Kongress 'Gut zu Wissen'. Heinrich-Böll-Stiftung: Berlin.

Sifft, Stefanie/Zwingel, Susanne, 1996: Kollektives Handeln, Gemeinsinn und individuelles Selbstbewusstsein im politischen Denken Hannah Arendts. In: Penrose, Virginia/Rudolph, Clarissa (Hg.): Zwischen Machtkritik und Machtgewinn. Feministische Konzepte und politische Realität. Frankfurt/M., New York: Campus, 71-88.

Social Research. Vol. 74 (2007a). No. 3. Special Issue: Hannah Arendt's centenery: Political and Philosophic Perspectives, Part I.

Social Research. Vol. 74 (2007b). No. 4. Special Issue: Hannah Arendt's centenery: Political and Philosophic Perspectives, Part II.

Sotelo, Ignacio, 1987: Demokratischer Sozialismus. In: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Band 5: Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen. München: Piper, 437-454.

Stehr, Nico, 1994: Arbeit, Eigentum, Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

–, 2001: Moderne Wissensgesellschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Jg. 51. Heft 36, 7-13.

Sternberger, Dolf, 1979: Die versunkene Stadt – Über Hannah Arendts Idee der Politik. In: Reif, Adelbert (Hg.): Hannah Arendt. Materialien zu ihrem Werk. Wien, München, Zürich: Europaverlag, 109-122.

Suchting, W. A., 1962: Marx and Hannah Arendt's Human Condition. In: Ethics. Vol. LXXIII. No. 1, 47-55.

Teubner, Günther, 1999: Polykorporatismus: Der Staat als „Netzwerk" öffentlicher und privater Kollektivakteure. In: Brunkhorst, Hauke/Niesen, Peter (Hg.): Das Recht der Republik. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 346-372.

Thaa, Winfried, 2005: Kulturkritik und Demokratie bei Max Weber und Hannah Arendt. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 52. Nr. 1, 25-56.

–, 1999: Die notwendige Partikularität des Politischen. Über Hannah Arendts republikanische Perspektive auf Politik und Weltgesellschaft. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 46. Heft 4, 404-423.

–, 1997: Hannah Arendt. Politik und Weltentfremdung. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 38. Nr. 4, 695-715.

Tlaba, Gabriel Masoane, 1987: Politics and Freedom. Human Will and Action in the Thought of Hannah Arendt. Lanham: University Press of America.

Tulchin, Joseph S. (Hg.), 2002: Democratic Governance and Social Inequality. Boulder; London: Lynne Rienner Publishers.

Ulrich, Otto, 1998: Gefangen im Mythos der Arbeit. In: Bierter, Willy/Winterfeld, Uta (Hg.): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Berlin: Birkhäuser, 52-69.

Vanhanen, Tatu, 1997: Prospects of Democracy. A Study of 172 countries. London, New York: Routledge.

–, 1989: The level of democratization related to socioeconomic variables in 147 states in 1980-85. In: Scandinavian Political Studies. Vol. 12. No. 2, 95-127.

Villa, Dana, 2000: Introduction: The Development of Arendt's Political Thought. In: Ders. (Hg.): The Cambridge Companion to Hannah Arendt. Cambridge: Cambridge University Press, 1-21.

–, 1996: Arendt and Heidegger. The Fate of the Political. Princeton: Princeton University Press.

Vilmar, Fritz, 1999: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität. In: Hlmedag, Fritz/Reuter, Nobert (Hg.): Der Wohlstand der Personen. Marburg: Metropolis Verlag.

–, 1975: Wirtschaftsdemokratie. Theoretische und praktische Ansätze, entwickelt auf der Basis des gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms der BRD. In: Ders. (Hg.): Industrielle Demokratie in Westeuropa. Menschenwürde im Betrieb II. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 26-78.

–, 1973a: Strategien der Demokratisierung. Band 1: Theorie und Praxis. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.

–, 1973b: Strategien der Demokratisierung. Band 2: Modelle und Kämpfe der Praxis. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.

Vilmar, Fritz (Hg.), 1973c: Menschenwürde im Betrieb. Modelle der Humanisierung und Demokratisierung der industriellen Arbeitswelt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

–/Sattler, Karl-Otto, 1978: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit. Systematische Integration der wichtigsten Konzepte. Köln, Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.

–/Weber, Wolfgang G., 2004: Demokratisierung und Humanisierung der Arbeit – ein Überblick. In: Weber, Wolfgang G./Pasqualoni, Pier-Paolo/Burtscher, Christian (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und Verantwortung. Kontinuitäten und Brüche. Göttingen: Vandenhoek und Ruprecht, 105-143.

Vobruba, Georg, 1998: Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft. In: Eicker-Wolf, Kai u.a. (Hg.): Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat. Marburg: Metropolis, 21-51.

Vollrath, Ernst, 1993: Hannah Arendts 'Kritik der politischen Urteilskraft'. In: Kemper, Peter (Hg.): Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt. Frankfurt/M.: Fischer, 34-54.

–, 1979: Hannah Arendt über Meinung und Urteilskraft. In: Reif, Adelbert (Hg.): Hannah Arendt. Materialien zu ihrem Werk. Wien, München, Zürich: Europaverlag, 85-108.

–, 1971: Politik und Metaphysik. Zum politischen Denken Hannah Arendts. In: Zeitschrift für Politik (Neue Folge). Jg. 18. Nr. 3, 205-232.

Volmerg, Birgit/Senghaas-Knobloch, Eva/Leithäuser, Thomas, 1986: Betriebliche Lebenswelt. Eine Sozialpsychologie industrieller Arbeitsverhältnisse. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Vorländer, Hans, 2003: Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien. München: Beck.

Voß, Günter/Pongartz, Hans J., 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 50. Heft 1, 131-158.

Vowinckel, Annette, 2007: Hannah Arendts Begriff der Macht. Antizyklische Gedanken. In: Horster, Detlef (Hg.): Verschwindet die politische Öffentlichkeit? Hannah-Arendt-Lectures und Hannah-Arendt-Tage 2006. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 45-56.

Ware, Alan, 1998: Robert Dahl. Political Scientist. In: Government and Opposition. Vol. 33. No. 3, 394-400.

Waschkuhn, Arno, 1998: Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge. München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Waylen, Georgina, 1999: Demokratisierung, demokratische Konsolidierung und Geschlecht. Überlegungen für eine feministische Analyse. In: Abels, Gabriele/Sifft, Stefanie (Hg.): Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform. Frankfurt/M., New York: Campus, 37-63.

Weingarten, Michael, 2000: Arbeit als Natur? Die Fragwürdigkeit der Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln. In: Ders. (Hg.): Warum Hannah Arendt? Aufklärungsversuche linker Missverständnisse. Bonn: Pahl Rugenstein Verlag, 59-83.

Wedl, Juliette/Bieringer, Jutta, 2002: Geschlechterdemokratie – Begriffsgeschichte und Problemfelder. Eine Einleitung. In: Femina Politica. Jg. 11. Heft 2, 9-18.

Wellmer, Albrecht, 1998a: Hannah Arendt über die Revolution. In: Ders.: Revolution und Interpretation. Demokratie ohne Letztbegründung. Amsterdam: Assen, 45-75.

–, 1998b: Menschenrechte und Demokratie. In: Stefan Gosepath/Georg Lohmann (Hg.): Philosophie der Menschenrechte. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 265-291.

–, 1977: Kommunikation und Emanzipation. Überlegungen zur 'sprachanalytischen Wende' der kritischen Theorie. In: Jaeggi, Urs/Honneth, Axel (Hg.): Theorien des Historischen Materialismus. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 465-500.

Werner, Harald (Hg.), 1994: Wirtschaftsdemokratie. Eine alte Antwort neu befragt. Bonn: Pahl Rugenstein.

West, C./Zimmerman, D.H., 1987: Doing Gender. In: Gender & Society. Vol. 1. No. 2, 125-151.

Wetterer, Angelika, 2002: Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion: „Gender at Work" in theoretischer und historischer Perspektive. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

– (Hg.), 1995: Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen. Frankfurt/M., New York: Campus.

Wiggershaus, Rolf, 2001: Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung. 6. Auflage. München: dtv.

Wild, Thomas, 2006: Hannah Arendt. Leben, Werk, Wirkung. Suhrkamp BasisBiographie 7, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Wilde, Gabriele, 1997: Staatsbürgerstatus und die Privatheit der Frauen. Zum partizipatorischen Demokratiemodell von Carole Pateman. In: Kerchner, Brigitte/Wilde, Gabriele (Hg.): Staat und Privatheit. Aktuelle Studien zu einem schwierigen Verhältnis. Opladen: Leske und Budrich, 69-106.

Wolf, Harald, 2004: Arbeit, Autonomie, Kritik. In: Beerhorst, Joachim/Demirović, Alex/Guggemos, Michael (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 147-242.

–, 1999: Arbeit und Autonomie. Ein Versuch über Widersprüche und Metamorphosen kapitalistischer Produktion. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Wolff, Kurt, 1961: Man's Historicity and Dualism: The Significance of Hannah Arendt's The Human Condition for Sociology. In: Ders., 1983: Beyond the Sociology of Knowledge. Lanham: Wiley & Sons, 67-104.

Wolin, Sheldon S., 1989: Hannah Arendt: Democracy and The Political. In: Garner, Reuben (Hg): The Realm of Humanitas. Responses to the Writings of Hannah Arendt. New York: Lang, 167-186.

Young, Iris Marion, 2000: Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford University Press.

–, 1998: Digging into the meaning of democracy. Interview mit Femina Politica (Barbara Holland-Cunz und Gabi Abels). In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. Jg. 7. Heft 1, 66-72.

Young, Iris Marion, 1993: Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des universalen Staatsbürgerstatus. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg): Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik. Frankfurt/M.: Fischer, 267-375.

–, 1990: Justice and the Politics of Difference. Princeton: Princeton University Press.

Young-Bruehl, Elisabeth, 1996: Hannah Arendt Among Feminists. In: May, Larry/Kohn, Jerome (Hg.): Hannah Arendt. Twenty Years Later. Cambridge, London: MIT Press, 307-324.

Zerilli, Linda M.G., 2006: Einsicht in die Perspektive. Nach dem Ende aller Maßstäbe: Hannah Arendts Überlegungen zur demokratischen Urteilskraft sind von ungebrochener Aktualität. In: Frankfurter Rundschau vom 7.1.2006, 17.

Zürn, Michael, 2000: Democratic Governance Beyond the Nation State: The EU and Other International Institutions. In: European Journal of International Relations. Vol 6. Issue 2, 183-222.